Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 5472

Irrtüml. Einheft

SOENNECKEN

Deutsches Zentralarchiv Potsdam

Dr. Kluka (Jerusalem)

(Vorstandssp., Aktennotizen, Schr. (Durchschr.)

05

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 5472

IX o/7

Sofort
Eilt sehr

1

1. Der Inhalt des beigefügten
3 Ordner ist je 3 x abzulichten.

2. Je eine Ablichtung ist zu
nehmen zu:
a/ den Akten 1 Ks 1/69,
b/ den HA 1 Ks 1/69,
c/ der Handsammlung 1 Js 1/65
(RSHA/1)

3. Vorg. mit Ablichtungen
zurückgeben am 10. 7. 1969

4. Dann Akte alsdann z. d. HA

26/6

Eingang: 26. Juni 1969

Ausgang: 17. Juli 1969

1 Ks 1/69 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Für die Hauptverhandlung gegen W ö h r n benötige ich baldmöglichst je 2 Ablichtungen bzw. Abzüge folgender Teile der Reichsvereinigungsunterlagen aus Israel:

a) Aktennotizen vom 1. 4. 1940 bis 31. 3. 1941
(3 Halbhefter)

b) Aktennotizen
F 1 - 70
(4 Halbhefter)

- jeweils der gesamte Inhalt der zwei in Betracht kommenden Leitzordner -

c) aus dem Leitzordner "Vorstandsprotokolle, Aktennotizen, Schriftverkehr":
RV, Aktennotizen und Schriftverkehr
aa) 30. 6. 1942
bb) 30. 6. 1942 - 31. 12. 1942
cc) ab 1. 1. 1943
} 3 Halbhefter, jeweils gesamter Inhalt

sowie, dd)
aus dem Halbhefter RV, Vorstandsprotokolle
Protokoll vom 21. und 29. 10. 1942 - 3 Blätter -

2. Herrn EStA Klingberg
zum Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA)
mit der Bitte um weitere gefl. Veranlassung vorgelegt.

3. Durchschrift dieser Vfg. z. d. HA.

Berlin 21, den 25. Juni 1969

Staatsanwalt

Ad.

F 8

RV

Akten wohljun
&
Schriftverkehr

(– 30.6.42)

Dr.E./My

10. März 1941

An den
Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin
Wohnungsberatungsstelle
z.Hd. von Herrn Assessor B r a s c h
Oranienburgerstrasse 29
B e r l i n N 4

Betrifft: Zuzug von Jenny Sara und Hellmut Israel MISCHKOWSKI
aus Halberstadt

In der Anlage überreichen wir einen Aktenvermerk über den Zuzug von zwei Personen aus Halberstadt mit der Bitte, der Wohnungsberatungsstelle aufgrund der staatspolizeilichen Weisung entsprechende Mitteilung zu machen und Jenny Sara Mischkowski zur weiteren Regelung schnellstens einzubestellen, da sie ihre polizeiliche Anmeldung bis dahin zurückstellen muss.

Nach Entscheidung über die Unterbringung bitten wir um einen kurzen Bericht in zweifacher Ausfertigung zur Weitergabe in Urschrift an die Staatspolizeileitstelle Berlin.

Mit vorzüglicher Hochachtung
REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

A k t e n n o t i z

Es erscheint auf Weisung der Staatspolizeileitstelle Berlin Fräulein Jenny Sara M i s c h k o w s k i, geb.21.6.1922 in Halberstadt, deutsche Staatsangehörigkeit, Mischling jüdischer Konfession, zurzeit fürsorglich untergebracht bei ihrer Schwester, Wally Sara Mischkowski, geb.30.1.1916 in Halberstadt, wohnhaft Motzstrasse 6 bei Arnstein. Jenny Sara Mischkowski befindet sich dort seit dem 5.März 1941. Sie berichtet folgendes:

Sie hat bei der Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin um die Genehmigung zum Zuzug in das möblierte Zimmer ihrer Schwester gebeten. Diese Genehmigung wurde ihr im Zusammenhang mit der Zuzugsregelung versagt. Fräulein Mischkowski hat dann versucht, die Genehmigung durch die Staatspolizeileitstelle zu erlangen, die sie an den Unterzeichneten verwiesen hat.

Aus der Darstellung der Familienverhältnisse ergibt sich folgendes: Vater (Jude) ist am 29.3.1940 verstorben, die Mutter (Arierin jüdischer Konfession) ist am 27.7.1937 verstorben. Fräulein Mischkowski hat nach der Schulentlassung aus der Jüdischen Schule in Halberstadt den elterlichen Haushalt versorgt. Es sind fünf Geschwister vorhanden: ein Bruder Herbert, der über Palästina nach U.S.A. ausgewandert ist, ein weiterer Bruder Werner, der zugleich Vormund der minderjährigen Geschwister ist und in Nürnberg arbeitet, die in Berlin wohnhafte Schwester Wally, die sich seit einem halben Jahr bei Pertrix im Arbeitseinsatz befindet, sowie ein jüngerer Bruder Helmuth (11 Jahre alt), der zurzeit in Halberstadt die jüdische Schule besucht und von den Geschwistern unterhalten wird. An Wohlfahrtsunterstützungen wurde für den Haushalt bisher seitens der Jüdischen Kultusvereinigung Halberstadt zur Verfügung gestellt eine Mietbeihilfe von RM 10.- und ein Waisengeld von RM 15.- monatlich. Fräulein Mischkowski, deren Entschluss nach Berlin zu übersiedeln, auch dadurch beeinflusst worden ist, dass sie wegen Zusammenkommens mit Ariern in Halberstadt drei Wochen im Polizeigefängnis in Haft war, verfolgt bei dieser Übersiedlung im wesentlichen die Absicht, hier in den Arbeitseinsatz zu gehen und dadurch ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Nach ihrer Angabe ist in Halberstandt ein Arbeitseinsatz nicht möglich. Sie hat weiter die Absicht, den elfjährigen Jungen mit nach Berlin zu nehmen und hier in einem möblierten Zimmer oder Leerzimmer zusammen mit ihrer älteren Schwester und dem jüngeren Bruder zu wohnen. Auf diese Weise würde der Lebensunterhalt dieser drei Personen ohne Wohlfahrtsunterstüzung möglich werden, indem die beiden Schwestern aus ihrem Verdienst im Arbeitseinsatz in Berlin sowie der in Nürnberg lebende Bruder aus dem Arbeitsverdienst für einen etwa übrig bleibenden Fehlbetrag allein aufkommen.

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle, Herrn Prüfer
10.3.1941, 11.40 Uhr

Der Sachverhalt wird vorgetragen. Die Staatspolizeileitstelle erklärt sich bereit, in diesem Fall einer Ausnahme von der Zuzugssperre zuzustimmen. Die Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin könne in diesem Fall eine Einweisung von Jenny

Sara und Hellmut Israel Mischkowski ~~ist~~ in das möblierte [illegible] Dr.E./
der Schwester Wally, Motzstrasse 6 bei Arnstein, vornehme
die drei Personen zusammen in einem anderen Zimmer in ein
schen Haus unterbringen. Über das Veranlasste soll der St
zeistelle berichtet werden.

Berlin, den 10.3.1941
Dr.E./My

227a

Akten-Notiz A1

125

Anruf der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herr P r ü f e r)
am 13.3.1941, 15^{30} Uhr

Herr P r ü f e r ersucht darum, dass in geeigneter Weise ein Umlauf unter sämtlichen Mitarbeitern der Reichsvereinigung und der J.K.V. Berlin erfolge, in dem bekanntgegeben werde, dass Zuschriften von bisherigen Mitarbeitern der jüdischen Organisationen über ihre Entlassung an die Geheime Staatspolizei zu unterlassen seien. Es könne darauf hingewiesen werden, dass diese Mitteilung auf behördliche Weisung erfolge.

Es seien in der letzten Zeit mehrere Zuschriften dieser Art eingegangen, u.a. eine Zuschrift von Jda Sara M e y e r, in der auf die Tatsache, dass Brüder im Weltkriege gefallen seien, hingewiesen werde. Derartige Zuschriften seien nicht angängig. Wenn Entlassungen verfügt worden seien, dann müsse es hierbei sein Bewenden haben. Die Mitarbeiter hätten sich damit abzufinden. Sollten weitere derartige Zuschriften erfolgen, müssten staatspolizeiliche Massnahmen gegen die Verfasser vorbehalten bleiben.

14.3.1941
Dr.E/Sch.

(Dr. Eppstein)

Herrn Dr. Lilienthal

Herrn H e n s c h e l

Aktennotiz A 2

224

Anruf der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
am 26.März 1941, 12.15 Uhr

Es wird um eine Auskunft darüber ersucht, ob der Arzt Dr. F l a t o w, Wilmersdorf, Prinzregentenstrasse 5, zugelassen sei. Gegebenenfalls sind die Personaldaten mitzuteilen sei. Der Betreffende sei zu befragen, ob er zwei Personen, namens Meyer, Joachimstalerstr.5 und Fisch, behandelt habe.

Nach fernmündlicher Rücksprache mit Dr. Metz wird der zugelassene Krankenbehandler Dr. Berthold Israel F l a t o w, Praxis: Pariserstr.11, Wohnung Droysenstr.18 (97-9094) angerufen. Auf Befragen erklärt Dr. Flatow, dass er niemals in der Prinzregentenstr.5, jedoch vor mehr als 20 Jahren Prinzregentenstr.95, gewohnt habe. Die Frage, die im Auftrag der Staatspolizeileitstelle zu stellen war, ob die Patienten Meyer bezw. Fisch von ihm behandelt worden seien, wird von Dr. Flatow verneint. Er gibt jedoch an, dass möglicherweise sein Vetter, Dr.Fritz Israel F l a t o w, Prinzregentenstr.6, der Zahnbehandler sei, gemeint sein könne. Die Personaldaten seines Vetters sind ihm unbekannt, jedoch sei diesem vor kurzem die Praxis entzogen worden.

Es wird festgestellt, dass im Fernsprechbuch eine Fernsprechnummer von Dr. Fritz Israel Flatow nicht enthalten ist. Darauf wird der festgestellte Sachverhalt der Staatspolizeileitstelle mitgeteilt. Weiteres ist nicht zu veranlassen.

Dr.E./My

gez. Dr.EPPstein

Herrn Dr. M e t z

Aktennotiz Nr. A 4

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn Pastewka, am 9.4.1941, 11.30 Uhr

1. Anmeldung der Ausstellungs-Veranstaltung

Die Anmeldung der Veranstaltungen anlässlich der Ausstellung Awodah soll mit allen in Betracht kommenden Genehmigungsbescheiden, insbesondere des Propaganda-Ministeriums, am 10.ds. Mts.-eingereicht werden.

2. Fortschreibung der Tabelle, betr. Abnahme der Juden in Berlin durch Auswanderung und natürliche Verminderung

Der Zeichner soll am 10.ds.Mts. vormittags 8 Uhr zur Fortschreibung der Tabelle erscheinen.

3. Grundstück Pankow, Berlinerstrasse (Altersheim)

Es wird davon Kenntnis gegeben, dass das Altersheim Pankow besichtigt worden sei und dass, wie gestern im Reichssicherheitshauptamt eröffnet wurde, die Baupläne eingefordert worden sind. Es sei jedoch erklärt worden, dass noch nicht entschieden sei, ob das Heim in Anspruch genommen werde, zumal für den in Betracht kommenden Zweck zwei weitere Grundstücke (Siegmundshof 11 und Meinekestrasse 10) benannt worden sind. Herr Pastewka nimmt hiervon Kenntnis und ersucht darum, dass sofort Meldung erfolge, sobald über die etwaige Inanspruchnahme weiteres bekannt werde.

Dr.E./My

gez. Dr.Eppstein

A k t e n n o t i z Nr. A 5

221

I. Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr P r ü f e r am 15.4.1941, 12 Uhr

1. Zuzug Ehepaar Freund, Chemnitz

Herr Prüfer teilt mit, dass Alfred Israel Freund, geb.20.10.79 in Rybnik O/S, wohnhaft, Chemnitz, Agricolastr.9, mit seiner (Arischen) Ehefrau nach Berlin gereist sei, um hier zuzuziehen mit der Angabe, dass ein Aufenthalt in Chemnitz nicht genehmigt sei. Ein derartiger Zuzug könne nicht in Betracht kommen. Es sei sofort mit der JKV Chemnitz in Verbindung zu treten, damit das Ehepaar bis längstens 16.ds.Mts. abends nach Chemnitz zurückkehren könne. Das Ehepaar werde zur Vorsprache bei der RV veranlasst.

2. Anmeldung der Ausstellung

Herr Prüfer ersucht darum, sofort eine Abschrift der Anmeldung, die am 10.ds.Mts. bei der Postannahme (Zimmer 231) abgegeben worden ist und bisher noch nicht in seinen Besitz gelangte, durch Boten im Zimmer 178 a abgegeben werde. Künftig sollen Briefe, die für Zimmer 178a bestimmt sind, nur dort abgegeben werden, um eine etwaige Verzögerung durch den Geschäftsgang zu vermeiden.

II. Telefongespräch mit der JKV Chemnitz
Herrn B e n j a m i n 12.30 Uhr

Herrn Benjamin erklärt, dass dem Ehepaar Freund in einem Vorort von Chemnitz, Siegmar-Schönau, ein Zimmer in einer jüdischen Villa zugewiesen worden sei. Das Ehepaar könne diese Wohnung beziehen. Es sei auf eigene Verantwortung nach Berlin gefahren, um dort einen Zuzug zu versuchen. Die JKV Chemnitz habe hiervon abgeraten.

Es wird Herrn Benjamin davon Kenntnis gegeben, dass das Ehepaar Freund gemäss Auflage der Staatspolizeileitstelle Berlin bis längstens 16.ds.Mts. abends nach Chemnitz zurückkehren werde. Es sei zu veranlassen, dass das Ehepaar die zugewiesene Wohnung beziehe und für den Fall, dass diese Wohnung nicht mehr zur Verfügung stehen sollte, eine andere Wohnung in Siegmar-Schönau oder in Chemnitz zugewiesen erhalte.

III. Vorsprache des Ehepaars Freund, 15.15 Uhr

Auf Vorhalt bestätigt Herr Freund die Angaben des Herrn Benjamin Er weist jedoch darauf hin, dass bezüglich der Villa Verkaufsverhandlungen schweben, sodass das Ehepaar befürchtet, nach Verkauf dieses Hauses in Siegmar-Schönau keine andere Wohnung zu finden und in Chemnitz die Zuzugserlaubnis nichtzu erhalten. Aus diesem Grunde habe es versucht in Berlin zuzuziehen. Herr und Frau Freund bestätigen, dass sie gemäss der erteilten Auflage bis längstens 16.ds.Mts. abens Berlin verlassen und nach Siegmar-

Aktennotiz Nr. A 6

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn P r ü f e r
am 17.4.1941, 15 Uhr

1. Ehepaar Freund

Es wird über die Unterbringung des Ehepaars Freund in Siegmar-Schönau berichtet.

2. Ausstellung

Es wird berichtet, dass als Termin für die Behörden-Vorbesichtigung der Ausstellung der 21.April, 9 Uhr bestimmt worden ist. Herr Prüfer nimmt hiervon Kenntnis.

3. Zeitungsbezug für Dr.Hirsch

Es wird vorgetragen, dass das Reichssicherheitshauptamt die Genehmigung für ein Zeitungsabonnement für Dr.Hirsch erteilt und wegen der Erledigung der hierfür erforderlichen Formalitäten an die Staatspolizeileitstelle verwiesen habe. Herr Prüfer erklärt, dass eine schriftliche Mitteilung andie Staatspolizeileitstelle zu richten sei, in der erwähnt werde, dass die Genehmigung durch das Reichssicherheitshauptamt (O.I. Wehnr) erteilt worden sei. Dieser Brief werde dann durch die Staatspolizeileitstelle dem Polizeigefängnis übermittelt werden.

gez. Dr.Eppstein

A k t e n n o t i z Nr. A 7

219

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn P a s t e w k a
22.April 1941, 14.30 Uhr

Es wird um Auskunft darüber ersucht, ob der amerikanische Anwalt Rederic W i r t h Jude sei und ober in Berlin ein Büro unterhalte. Es wird zunächst darüber berichtet, dass die amerikanischen Eigentümer des von der RV gepachteten Grundstücks in Neuendorf, soweit wir erfahren haben, nach Auswanderung des derzeitigen Beauftragten Testamentsvollstreckers J a c o b y die Absicht hatten, den amerikanischen Anwalt W i r t h zu dessen Nachfolger zu bestellen.

Nach Erkundigung bei Konsulent Dr.Marcuse wird berichtet, dass Herr Wirth nicht Jude sei. Er unterhalte in Berlin, Lützowufer 17, ein Büro und sei als Devisenberater zur Vertretung amerikanischer Interessen vor deutschen Behörden zugelassen. Soweit bekannt, befindet er sich bereits seit etwa 20 Jahren in Deutschland.

Dr.E./My

gez. Dr.Eppstein

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn P a s t e w k a
22.April 1941, 16 Uhr

Betrifft: Ila

Herr Pastewka fragt an, ob im Zusammenhang mit der Änderung in der Berufsumschichtung die Jüdische Landarbeit G.m.b.H. noch aufrechterhalten werden müsse. Es wird berichtet, dass die Ila aktiv mit der Berufsausbildung nichts zu tun habe, dass sie vielmehr Siedlungsprojekte bearbeite, insbesondere Träger der in Parana vorgesehenen Siedlung sei, die jedoch bisher nicht zustande gekommen ist. Herr Pastewka bemerkt, dass dann doch wohl eine Eingliederung oder Auflösung in Betracht gezogen werden könne. Es soll ein Bericht über Aufgaben-und Tätigkeitsgebiet der Ila mit Angaben über deren Vermögen eingereicht werden.

gez.Dr.Eppstein

Aktennotiz Nr. A 8

Anruf der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Pastewka am 25.4.1941, 12.30 Uhr

Betrifft: Sammlungsveranstaltung in Berlin

Herr Pastewka empfiehlt, vor Durchführung von besonderen Sammlungsveranstaltungen in Berlin eindeutig zu klären, dass dieser Veranstaltungen nach den Bestimmungen des Sammlungsgesetzes entweder genehmigt werden oder nicht genehmigungspflichtig sind. Erst wenn diese Frage geklärt sei, sei die Voraussetzung zu einer Erörterung über Anmeldung und Durchführung solcher Veranstaltungen gegeben. Die Klärung dieser Frage könne auch bei der Abteilung IV des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin erfolgen.

gez. Dr. Eppstein

A k t e n n o t i z Nr. A 9

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn P a s t e w k a am 10.5.1941, 12.15 Uhr

1. Akten des Büros Pfarrer Grüber

Im Zusammenhang mit der Freimachung der Räume, in denen bisher das Büro Pfarrer Grüber untergebracht war, sollen die Akten, die die RV (Wanderungsabteilung, Fürsorge) betreffen, wie seitens der Aufsichtsbehörde eröffnet, zu gegebener Zeit nach deren Aussonderung abgeholt werden. Herr Pastewka sagt zu, sich mit der Abteilung C (Herrn Günther) in Verbindung zu setzen und bezüglich des Termins Mitteilung zu machen.

2. Grundstück Artilleriestrasse 14

Es wird Bezug genommen auf die Anzeige der JKV Berlin und darüber berichtet, dass das Grundstück im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Umzug der RV in einem gemeindeeigenen Grundstück als Bürohaus Verwendung finden soll. Infolgedessen sei der Universitätskurator, der sich für den Erwerb des Grundstücks interessiert, gebeten worden, sich unmittelbar mit der Aufsichtsbehörde in Verbindung zu setzen.

3. Genehmigungspflicht für Grundstücksverkäufe

Herr Pastewka lässt sich über das seitens der Aufsichtsbehörde verfügte Verfahren berichten und gibt anheim, bei nächster Gelegenheit ein Stück des Rundschreibens, mit dem dieses Verfahren bekannt gemacht worden sei, einzureichen. Auf Befragen wird geantwortet, dass sich dieses Verfahren nur auf den Verkauf von Grundstücken, dagegen nicht auf Miete oder Pacht beziehe.

In diesem Zusammenhang bemerkt Herr Pastewka, dass bei Inanspruchnahme aufgrund des Reichsleistungsgesetzes eine rechtzeitige Einschaltung der Staatspolizeistellen zweckmässig sei und gibt anheim, diesen Sachverhalt unter Bezugnahme auf das Beispiel des Grundstücks Lützowstrasse der Aufsichtsbehörde zwecks genereller Regelung vorzutragen.

gez. Dr. Eppstein

216

Aktennotiz Nr. A 10

Anruf der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin
am 6.5.1941, 12 Uhr

Es wird mitgeteilt, dass dem Antrag der Reichsvereinigung auf Haftentlassung von Arthur Israel B e h r e n d, Henriette Sara B e h r e n d und bei den anderen in diesem Antrag erwähnten Fällen (F u s s , [illegible] p e t , L i c h t L i p p m a n n etc) bis auf weiteres nicht entsprochen werden könne.

gez. Dr. Eppstein

Aktennotiz Nr. A 1/

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle
Herrn P r ü f e r am 11.6.1941; 12.30 Uhr

1. Kommerzienrat Samuel und Emilie Jaffé'sche Familien-Stiftung, Berlin

Es wird darüber berichtet, dass die Eingliederungsverfügung durch Boten der Staatspolizeileitstelle anforderungsgemäss zugeschickt werde. Eine Bekanntgabe der Aufhebung der Eingliederungsanordnung an die RV. sei seitens des Reichssicherheitshauptamts bisher noch nicht erfolgt. Im Zuge der Eingliederung, die am 10.10.1940 zum Abschluss gelangt sei, seien Barmittel in Höhe von RM 1.807,42 und Wertpapiere im Nennwert von RM 54.700.- auf die RV übergegangen. Sobald die Genehmigung zur Rückzahlung erteilt sei, werde eine Rücküberweisung erfolgen. Herr Prüfer bemerkt, dass die Zurücknahme der Eingliederungsverfügung damit zusammenhänge, dass sich die Stiftung nachträglich als paritätisch erwiesen habe. Eine entsprechende Eröffnung werde der RV gegenüber unmittelbar erfolgen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Rückzahlung der übernommenen Vermögenswerte erörtert werden. Dr. Östberg habe seitens der Staatspolizeileitstelle die Auflage erhalten, in der Angelegenheit einen Bescheid der RV abzuwarten.

2. Grundstück Altersheim Pankow, Berlinerstrasse

Es wird berichtet, dass eine Besichtigung des Altersheims Pankow, Berlinerstrasse durch das Reichssicherheitshauptamt angekündigt worden sei. Wenn sich aus der Besichtigung ergebe, dass eine etwaige Inanspruchnahme des Grundstücks in Betracht zu ziehen sei, werde Dr. Cohn hierüber berichten.

gez. Dr. Eppstein

213

A k t e n n o t i z Nr. A 14

— 212

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr P a s t e w k a am 18.6.1941, 12.30 Uhr

Betrifft: Jüdisches Kindergärtnerinnen-Seminar

Herr Pastewka erkundigt sich nach dem derzeitigen Status des Jüdischen Kindergärtnerinnen-Seminars. Nach Rücksprache mit Fräulein Karminski wird berichtet, dass der Lehrgang für Kinderpflegerinnen mit Wirkung vom 1.Juni an eingestellt worden sei und dass von den beiden Lehrgängen für Kindergärtnerinnen nur die Oberklasse weitergeführt werde, die planmässig im März 1942 beendet wird. Eine weitere Fortführung des Kindergärtnerinnen-Seminars sei nicht geplant.

gez. Dr.Eppstein

A k t e n n o t i z Nr. A 15

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
(51 0023 Apparat 354)
am 22.7.1941, 8.20 Uhr

Der Beamte erkundigt sich danach, ob im Hause Kantstrasse 158 wohnende Mieter über die Zentrale der Reichsvereinigung telefonieren können. Es wird darauf geantwortet, dass dies grundsätzlich nicht der Fall sei mit einer Ausnahme, nämlich des im Hause Kantstrasse 158 wohnenden Mitarbeiters G r o n o w s k i , der einen Nebenanschluss der Reichsvereinigung in seiner Wohnung habe. Der Beamte erkundigt sich dann nach der Möglichkeit, ob von diesem Telefonapparat aus Amtsgespräche geführt werden können. Diese Frage wird bejaht.

gez. Meyer

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr P r ü f e r
am 22.7.1941, 9.15 Uhr

Herr Prüfer eröffnet folgendes:

Mit sofortiger Wirkung sind Privatgespräche von dem Telefonapparat Gronowski aus untersagt. Der Apparat darf nur zu dienstlichen Zwecken benutzt werden bezw. nur dann, wenn auf diesem Apparat Anrufe etwa von Behörden zu Zeiten, in denen die Büros der Reichsvereinigung geschlossen sind, ankommen. Dies ist Gronowski und seiner Familie zur strikten Einhaltung bei Vermeidung weiterer Massnahmen, zu denen auch die Sperre von weiteren Telefonapparaten der Reichsvereinigung gehören könne, bekannt zu geben.

Bei dieser Gelegenheit erkundigt sich Herr Prüfer nach der Tätigkeit von Gronowski bei der Reichsvereinigung und nach dem Grund, warum er im Hause Kantstrasse 158 wohne. Die Tätigkeit von Gronowski in der Expedition als Botenmeister wird kurz beschrieben und mitgeteilt, dass Gronowski für die Büros der Reichsvereinigung den ständigen Luftschutzdienst wahrnehme, weshalb ein Interesse daran bestände, dass er im Hause wohne.

gez. Dr. Eppstein

Dr. E/Eh
22.Juli 1941

1. Herrn Dr. L i l i e n t h a l mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Fräulein H a l i t z k i

Dr. Eppstein

Schragenheim

211

Berlin, den 22. Juli 1941
I/Dr.Li/Kl.

An die
T e l e f o n - Zentrale
im Hause -

Im Einvernehmen mit Herrn G r o n o w s k i ersuche ich bis auf weiteres

1.) keine Amtsgespräche in die Wohnung von Gronowski zu geben,

2.) keine Nachtleitung in die Wohnung von Gronowski durchzustellen.

(Dr.Lilienthal)

Herrn Dr. Eppstein

mit der Bitte um Kenntnisnahme

209

Anruf bei der Geheimen Staatspolizeistelle Berlin (Herrn Prüfer) am 22. Juli 1941, 15 Uhr 50



Es wird berichtet, dass das Grundstück Artilleriestrasse 14 gemäss Weisung des Reichssicherheitshauptamts an den Universitätskurator verkauft werden soll und dass die Reichsvereinigung als Grundstückseigentümerin die Verhandlungen aufgenommen habe.

Es wird ferner berichtet, dass das Grundstück Parkstrasse 22 (Taubstummenheim) nach fernmündlicher Ankündigung des Reichssicherheitshauptamts heute um 14 Uhr von einem Herrn in Zivil besichtigt worden ist.

22. Juli 1941
Dr.C/Pg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

2208

Aktennotiz Nr. A 16

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr Prüfer am 2.8.1941, 11 Uhr

Herr Prüfer erkundigt sich nach dem Ehepaar Grunow, insbesondere nach dem Grund der Entlassung des Herrn Grunow als Betriebsleiter in Eichow. Es wird vorgetragen, dass die Entlassung vor allem aus Einsparungs- und Leistungsgründen erfolgt sei, dass im übrigen Nachteiliges über das Ehepaar Grunow nicht bekannt geworden sei.

Herr Prüfer bemerkt, dass das Ehepaar Grunow vorgeladen worden sei, weil es sich bei der Aktion am 31.Juli nach 21 Uhr nicht in der Wohnung befunden habe, wo es polizeilich gemeldet war. Er werde Herrn Grunow aufgeben, sich am 4.ds.Mts. bei der Fontanepromenade zum Arbeitseinsatz zu melden.

gez. Dr.Eppstein

Herrn Altmann

204

Aktennotiz:
H./Dal.

Berlin, den 4. August 1941

Anruf von Herrn Dr. Epstein

Es soll mit dem Reichsfiskus ein pro forma Miets-Vertrag wegen der Raeumung geschlossen werden, welche dieses im Hause Oranienburgerstr.28 innehat; Herr Freudenberg werde sich deswegen mit mir in Verbindung setzen.

Nach telefonischer Vereinbarung erscheint sodann Herr Freudenberg in Begleitung von Herrn Arndt. An der Besprechung nehmen die Herren Baumeister Beer und Dr. Mendelsohn teil. Es stellt sich heraus, dass ein Mietsvertrag fuer das Gesamtgrundstueck Oranienburgerstr.28/29 gemeint ist, durch welchen das Reichsfiskusamt sich dieses Grundstueck fuer den Fall ihrer Raeumung durch die JSV Berlin sichern will. Herr Dr. Epstein, hierueber fernmuendlich unterrichtet, will die Sache bei dem Reichssicherheitshauptamt klaeren.

Herr Freudenberg bittet, den Entwurf eines Vertrages noch im Laufe dieser Woche vornehmen, er soll kurzerhand Herrn Arndt uebergeben werden.

Herr Freudenberg erhaelt von Herrn Baumeister Beer je einen Plan des III., IV. Stockes und des Dachgeschosses von Oranienburgerstr.28/29.

(Moritz Israel Henschel)

205

Aktennotiz:
H./Dal.

Berlin, den 5. August 1941

Betr. Oranienburgerstr.28/29.
Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin. (mittags).
Der Sachverhalt wird Herrn Pruefer vorgetragen; Herr Pruefer erklaert, dass ich Bescheid erhalten wuerde.

Nachmittags ruft Herr Pruefer an und bestaetigt, dass der Vertrag mit dem Vorbehalt der Benutzung -solange das Haus benoetigt wird- abgeschlossen werden kann.

Betr. Rosenstr. 2-4

Der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin wird von dem Schreiben der Reichspostbaudirektion wegen Rosenstr. 2-4 und Heidereutergasse Kenntnis gegeben.

Herr Pruefer ruft nach einiger Zeit an und teilt mit, dass am Montag, den 11.d.Mts. eine Besichtigung der Rosenstrasse durch mehrere Herren stattfinden wuerde; desgleichen der Synagoge Heidereutergasse und anschliessend der Raeume des Hilfsvereins. Es solle ein Rabbiner bei der Besichtigung der Synagoge anwesend sein, ich nannte Herrn Dr. Klingermann als den Rabbiner, den ich zuziehen wuerde.

Mir ist aufgetragen, mich am Sonnabend wegen der Zeit der Besichtigung an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle zu wenden.

(Moritz Israel Henschel)

Aktennotiz:
E./Dal.

Berlin, den 6. August 1941

Betr. Rosenstr. 2-4 und Heidereutergasse 4-5.
Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Pruefer) nachmittags 14.30 Uhr.

Herr Pruefer teilt mit, dass er mit der im Schreiben vom 4.d.Mts. angegebenen Stelle fernmuendlich gesprochen und erfahren habe, dass eine Inanspruchnahme des Grundstuecks noch fuer laengere Zeit nicht zu erwarten sei. Es bestaende sogar die Moeglichkeit, dass es fuer Postzwecke ueberhaupt nicht gebraucht wuerde.

Herr Pruefer teilte weiter mit, dass es bei der fuer Montag vorgesehenen Besichtigung verbleibe. Es waere erwuenscht, wenn dann bereits ein Plan fuer die Unterbringung der JKV und der RV bestuende.

(Moritz Israel Henschel)

A k t e n n o t i z Nr. A 17

190

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herr P r ü f e r am 13.8.1941, 16.30 Uhr

Herr Prüfer erkundigt sich nach JKVn im Reich, in denen für Juden besondere Geschäfte zum Einkauf bestimmt sind. Es wird kurz über die Regelung in München und Hamburg berichtet. Um eine genaue Darstellung dieser Regelung zu erhalten, ersucht Herr Prüfer darum, den Vorsitzender der JKV Hamburg zu veranlassen, sich am 14.ds.Mts., in Berlin einzufinden und zwischen 12 und 15 Uhr zu einer Darlegung zur Verfügung zu stehen. Bezüglich München wird auf die Anwesenheit eines Vertreters der JKV München, Hechinger, in Berlin hingewiesen, der ebenfalls veranlasst werden soll, sich am 14.ds.Mts. zur gleichen Zeit zu einer Darlegung zur Verfügung zu halten.

Es soll am 14.ds.Mts. vormittags fernmündlich der Staatspolizeileitstelle Bescheid darüber gegeben werden, dass die beiden Herren zu der angegebenen Zeit verfügbar sind.

Fernmündliche Mitteilung von Herrn Henschel

Herr Prüfer hat mit dem Ersuchen um Bekanntgabe an die RV mitgeteilt, dass seine Dienststelle heute in die Burgstrasse umziehe und dass er daher in den nächsten Tagen nur in vordringlichen Angelegenheiten angerufen zu werden wünsche. Die neue Fernsprechnummer werde von ihm noch mitgeteilt werden.

gez. Dr.Eppstein

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn P r ü f e r am 15.8.1941, 14 Uhr
(41-6911, App.49)

Auf Befragen, ob Dr.Plaut, Hamburg und Hechinger, München noch in Berlin bleiben sollen, erklärt Herr Prüfer, dass gegen eine Rückkehr der Herren nach Hamburg bezw. München Bedenken nicht bestehen. Sofern eine weitere Erörterung erforderlich sei, werde er von sich aus auf die Angelegenheit zurückkommen.

Herren Dr. C o h n
Dr. L i l i e n t h a l

gez.Dr.Eppstein

[illegible] August 1941

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Gruner- Gokr Dienststrasse
B e r l i n C 2

Betrifft: Lebensmittelversand für Juden
in Hamburg und München

Ergebenst gestatten wir uns, in der Anlage zum Berichte über die Regelung des Lebensmittelversands für Juden in Hamburg und München zu überreichen.

[illegible]

Anlagen

Regelung des Einkaufs von Lebens- und Genussmitteln von Juden in Hamburg

Auf Veranlassung der Herrn Reichsstatthalters in Hamburg und unter Mitwirkung der Geheimen Staatspolizei-Stelle, Hamburg, ist in Hamburg eine Sonderregelung erfolgt. Die Anlehnung an die Niederelbische Verbraucher-Genossenschaft (früher Produktion) wurde die Hamburger Lebensmittel G.m.b.H. gegründet. Vorstand der Gesellschaft sind z.Z. Herr Arbeitsführer Becker und Herr Bormann, die führenden Männer der Niederelbischen Verbraucher-Genossenschaft.

Die Gesellschaft hat im Laufe der Zeit 7 Verkaufsläden in den von Juden hauptsächlich bewohnten Bezirken eröffnet und zwar:

1 Kolonialwaren-Laden, in denen die Bestände der städtischen Markthalle und ausserdem Brot und Milchverkauft werden,

2 Schlachterläden

1 Fischladen

2 Brotläden.

Sämtliche Läden stehen unter Leitung eines Geschäftsführers. Der Geschäftsführer besorgt den Einkauf; soweit es sich um Marktwaren handelt, wird die Ware auf den Märkten gekauft, im übrigen liefert die Niederelbische Verbraucher-Genossenschaft. Mangelware wird nicht geführt. Gelegentlich werden jedoch Waren, die in grösserer Menge auf dem Markt sind, abgegeben. (z.B. Obst). Soweit für Kriegsgeschädigte Ausnahmen zugelassen sind, wird die entsprechende Ware vorrätig gehalten. Die Läden sind zu den üblichen Verkaufszeiten geöffnet. Das Verkaufspersonal ist arisch. Der Lebensmittelvertrieb für Juden sind in Hamburg besonders gekennzeichnet. Die Geheime Staatspolizei in Hamburg hat den Jüdischen Religionsverband Hamburg e.V. veranlasst, an die zum Einkauf in diesen Läden verpflichteten Juden Rundschreiben zu versenden.

Diejenigen Juden, die in Aussenbezirken der Hansestadt Hamburg wohnen, brauchen nicht in diesen Läden zu kaufen. Sie erhalten

zwar ebenfalls mit "J" gekennzeichnete Lebensmittelkarten, können aber in allen Geschäften kaufen. Unter diese Ausnahme fallen nur verhältnismäßig wenig Juden. Zahl der Juden in Hamburg: etwa 8.0t.

den 13. .1941

Dr. Karl Ignatz Plaut
Vorsitzender der Jüdischen Religionsverbände Hamburg e.V.
Jüdisches Krankenhaus Hamburg Fernruf: 3 09045

Anlagen.

Abschrift: "Aus der Zeitung" der Einzelhandel" der Nordmark
Mitteilungsblatt der Einzelhandelsabteilung
der Industrie- und Handelskammer Hamburg
1940 Folge 6 30.Juni 1940

Verkaufsstellen für Juden in Hamburg.

Das Haupternährungsamt der Hansestadt Hamburg hat uns folgende Anweisung vom 20.Juni 1940 zugestellt, deren genaueste Beachtung wir unseren Betrieben zur Pflicht machen:

"Für eine Reihe von Ortsgruppen der Hansestadt Hamburg, welche besonders stark mit Juden durchsetzt sind, werden mit Wirkung vom 1.Juli 1940 Sonderverkaufsstellen für Juden eingerichtet. Die Juden und die zu ihrem Haushalt gehörenden arischen Personen können dort Lebensmittel aller Art, einschliesslich der Getränke, sowie Tabakwaren erwerben. Die Juden m ü s s e n lediglich in diesen Sonderverkaufsstellen kaufen, die arischen Mitglieder der Haushaltungen können nach ihrer Wahl in den Sonderverkaufsstellen oder in beliebigen anderen Verkaufsstellen kaufen.

Diese Regelung wird einstweilen für die Juden und jüdischen Wohnstifte in den Ortsgruppen 211, 212, 213 durchgeführt. Die Juden in diesen Ortsgruppen erhalten besondere Lebensmittelkarten, welche auf dem Stammabschnitt, den Bestellscheinen und Abschnitten mit einem "J" bedruckt sind. Ausserdem trägt die Rückseite des Stammabschnittes den Vermerk, dass auf die Karte Lebensmittel nur in einer Sonderverkaufsstelle für Juden bezogen werden können. Diesen Vermerk tragen auch die auszustellenden Einzelbezugsscheine.

Die Regelung bedingt, dass sämtliche Kleinverteiler der Hansestadt Hamburg mit Ausnahme der Sonderverkaufsstellen für Juden keine Lebensmittel und Tabakwaren an Juden und jüdische Wohnstifte aus den Ortsgruppen 211, 212 und 213 verkaufen. Ein solcher Verkauf wird daher ausdrücklich verboten. Die Kleinverteiler werden darauf aufmerksam gemacht, dass ihnen Bestellscheine, Abschnitte und Einzelbezugsscheine, welche den Buchstaben "J" oder den obenerwähnten Vermerk tragen, nicht in Bezugsscheine umgewandelt werden. Die Ortsdienststellen werden vielmehr solche Abschnitte, die in ihre Hände gelangen, einziehen, ohne dafür irgendwelchen Ersatz zu geben.

Auch nicht bewirtschaftete Waren, z.B. Obst und Gemüse, Getränke, Tabakwaren usw. dürfen Juden der Ortsgruppen 211/213 lediglich in den neu eingerichteten Verkaufsstellen für Juden einkaufen. Eine kartenmässige Kontrolle lässt sich hier nicht durchführen, jedoch erhalten die in Frage kommenden Juden durch ihren Religionsverband entsprechende Weisung, deren Innehaltung seitens der Geheimen Staatspolizei genauestens überwacht werden wird.

Kontrollkartenpflichtige Artikel (Schokolade, Süsswaren, Fische, Wild und Geflügel, Pferdefleisch) dürfen Juden nicht kaufen. Diese Artikel werden auch in den neuen Judenverkaufsstellen nicht geführt. Um Umgehungen dieser Regelung zu verhindern, muss strengstens darauf geachtet werden, dass beim Verkauf, insbesondere von Fischen, die Kontrollkarte regelmässig abgefordert und abgestempelt wird. Insbesondere erhalten die Betriebe des ambulanten Gewerbes hierdurch noch einmal die Anweisung, Fische und Fischwaren nur gegen Abstempelung der Kontrollkarten abzugeben.

gez. Rautenberg.

Jüdischer Religionsverband Hamburg e. V., Hamburg 13, Beneckestr. 2

Bekanntmachung

Im Auftrage der Geheimen Staatspolizei Staatspolizei-Leitstelle Hamburg wird folgendes bekanntgemacht:

Betrifft: Zuweisung von besonderen Lebensmittelgeschäften für Juden.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1940 werden den Juden besondere Lebensmittelgeschäfte zugewiesen. Diese Massnahme wird zunächst auf die Ortsgruppen 211, 212 und 213 beschränkt. Die in diesem Gebiet wohnhaften Juden erhalten besonders gekennzeichnete Lebensmittelkarten. Sie sind verpflichtet, ihre gesämten Lebens- und Genußmittel einschließlich Getränke in den durch Merkblatt bekanntgegebenen Geschäften der Hamburger Lebensmittel G. m. b. H. zu erwerben. Das Betreten anderer Geschäfte ist untersagt. Desgleichen ist es verboten, die genannten Waren durch dritte Personen in anderen Geschäften kaufen zu lassen.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird mit staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet werden.

Der Besuch der Gaststätte im Jüdischen Gemeinschaftshaus steht nach wie vor allen Juden frei. Bei der Entnahme markenpflichtiger Speisen und Gebäcke werden auch die besonders gekennzeichneten Lebensmittelkarten entgegengenommen.

Der Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V.

195

Diese Bekanntmachung gilt mit Wirkung vom 23. 9. 40 ab auch für die Ortsgruppen 116, 117, 118, 119, 209 und 214.

Die Wahl der zugewiesenen Geschäfte bleibt den einzelnen Verbrauchern überlassen.

Soweit den jüdischen Verbrauchern in den Ortsgruppen 116-119 bei der letzten Lebensmittelkartenverteilung noch Fleischmarken ohne J zugeteilt wurden, dürfen sie Fleischwaren bei ihren bisherigen Lieferanten kaufen.

Hamburg, 19. September 1940

Der Vorstand des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg e. V.
gez. Dr. Max Israel Plaut

Gültig vom 30. 6. bis 27. 7. 1941

25

Reichsfleischkarte

HEA. Hamburg (B II 434)

„J" ★

Ortsdienststelle Nr. R

Ordnungs-Nr. 4+21

1006

Name: Berta Sara Ingelmann

Wohnort: Hamburg

Straße: Rentzelstr. 75

Die Abschnitte der linken Kartenseite berechtigen auch zum Bezuge von Fleischwaren.

Ohne Namenseintragung und Angabe der Ortsdienststellen- und Ordnungs-Nr. ungültig!

Nicht übertragbar! Sorgfältig aufbewahren!

Fl 1	Fl 2	Fl 3
„J" 30. 6.–27. 7. 41 ✱ 25	„J" 30. 6.–27. 7. 41 ✱ 25	„J" 30. 6.–27. 7. 41 ✱ 25

Bericht

Betrifft: Lebensmitteleinkauf der Juden in München

Im Herbst 1939 wurde mit der Jüdischen Kultusvereinigung München der Plan erörtert, den Verkauf von Lebensmitteln an Juden durch Einschaltung der Kultusvereinigung als Vertriebsstelle zu regeln. Von der Durchführung dieses Planes ist jedoch Abstand genommen worden.

Es ist folgende Regelung getroffen worden : Der Einkauf von Lebensmitteln erfolgt in besonderen durch die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel im Benehmen mit der Geheimen Staatspolizei benannten arischen Einzelhandelsgeschäften, die auf einzelne Stadtbezirke verteilt sind. Es sind 11 solcher Geschäfte benannt worden, die zum Teil auch ausser den Kolonialwaren Gemüse und Obst führen. Soweit diese Geschäfte Obst und Gemüse nicht führen, sind zusätzlich Spezialgeschäfte zum Einkauf hierfür in den gleichen Stadtbezirken bestimmt worden. Ebenso ist für jeden Stadtbezirk eine Metzgerei zum Einkauf für Juden bestimmt.

Seit Beginn des Jahres 1941 ist die Einkaufzeit in diesen Geschäften auf die Wochentage Montag bis Freitag einschliesslich von 15 bis 17 Uhr festgesetzt worden. Für die Metzgereien ist eine Sonderregelung getroffen : In diesen Geschäften ist die Einkaufszeit auf Dienstag von 15 bis 17 Uhr und Freitag von 8 bis 10 Uhr festgesetzt.

In München gibt es noch rund 3300 Juden, davon rund 500 in Heimen mit Gemeinschaftsverpflegung bei zentralem Einkauf. Ferner gibt es 371 privilegierte Mischehen mit etwa mindestens 700 Personen. Die Lebensmitteleinkaufsregelung in München bezieht sich daher auf rund 2000 Juden.

zurzeit Berlin, den 14.August 1941

Julius Israel Hechinger
Vorstandsmitglied der Jüdischen Kultusvereinigung München
Julius Israel Hechinger

Jude Kennort München Kenn-Nr. A 00773

Aktennotiz Nr. A 18

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
Herrn Prüfer am 20.8.1941, 16.30 Uhr

1. Grundstück Meinekestrasse 10

Von der Räumungsauflage bis 31.ds.Mts. wird Kenntnis gegeben, zugleich mit einem Bericht darüber, dass im September die Renovierung und am 1.Oktober der Einzug der in Anspruch nehmenden Behörde stattfinden soll. Die in Anspruch nehmende Behörde sei noch nicht genannt worden. Die arischen Mieter (Professor Adrion, Potez, Prahl) können bis auf weiteres wohnen bleiben.

Es wird vorgetragen, dass sich im Hause noch einige behördlich versiegelte Schränke befinden, über die eine Entscheidung zu treffen sei. Herr Prüfer teilt mit, dass er, falls kein Gegenbescheid ergeht am 22.ds.Mts. 9 Uhr sich in der Meinekestrasse 10 einfinden werde, um die Schränke amtlich zu öffnen und zu entscheiden, was mit dem darin befindlichen Material zu geschehen habe. Es soll festgestellt werden, ob sich noch Schlüssel für die Schränke in unserem Besitz befinden. Über das Ergebnis der Feststellung ist Herrn Prüfer fernmündlich am 21.ds.Mts. durch Herrn Rosenberg zu berichten, der auch bei dem Termin zur Öffnung der Schränke anwesend sein soll.

2. Grundstück Kantstrasse 158

Es wird über die Besichtigung der durch die RV gemieteten Räume durch den Beauftragten der Reichspostdirektion, Postrat Kessler, berichtet und dargelegt, dass die Reichspost vorbehaltlich der Genehmigung durch den Generalbauinspektor sich für eine Inanspruchnahme der Räume der RV nach deren Umzug interessiere. Herr Prüfer erklärt hierzu, dass er die Reichspost auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht habe, um eine vorzeitige Inanspruchnahme des Grundstücks Rosenstrasse zu vermeiden.

gez. Dr.Eppstein

Notiz an Herrn Dr. E p p s t e i n

Am 22.August 1941 vormittags 9 Uhr war Herr Prüfer von der Staatspolizeileitstelle Berlin hier, um die versiegelten Schränke usw. zu besichtigen.

Das eiserne Postfach wurde geöffnet; die darin noch befindlichen Briefe hat Herr Prüfer entnommen und nach Durchsicht Herrn Lotrz übergeben mit der Anweisung, sie zu verbrennen.

Der eiserne Schrank ist freigegeben worden.

Die Aktenkästen sowie ein Aktenschrank, in denen sich Unterlagen der früheren ZVfD befinden, sind von Herrn Prüfer wieder versiegelt worden. In dieser Angelegenheit wird noch weitere Weisung erteilt.

Die beiden Schränke mit den Sportpreisen des früheren Bar Kochba sind geöffnet worden. Herr Prüfer hat angeordnet, dass die Preise einer Metallschmelze schnellstens zu übergeben seien und der Erlös der Reichsvereinigung zuzuführen ist. Er wünscht dann einen genauen Bericht mit Angabe des Quantums usw.

In einem der Schränke befinden sich 9 Bände der Encyclopaedia Judaica. Diese Bände sollen vorerst der Reichsvereinigung übergeben werden und sollen dort aufbewahrt bleiben, bis weitere Weisung erfolgt.

22.8.1941 Kurt Israel Rosenberg

B e r i c h t

Betrifft: Grundstück, Berlin W 15, Meinekestrasse 10

Weisungsgemäss ist das Grundstück Meinekestrasse 10, soweit es bisher durch die Reichsvereinigung und durch den Jüdischen Kulturbund benutzt worden ist, am 29.ds.Mts. geräumt worden.

Die in den Räumen des ehemaligen Palästina-Amts noch befindlichen Gegenstände (drei Aktentröge und ein Aktenschrank) die staatspolizeilich versiegelt sind, wurden gemäss der am 28.ds.Mts. fernmündlich erteilten Weisung in die Kellerräume des Grundstücks Oranienburgerstrasse 31 befördert.

Die aus den entsiegelten Schränken entnommenen Sportpreise (1 Vase, 1 Leuchter, 6 Schalen, 9 Becher, 34 Pokale, 12 bronzierte Figuren, 67 Plaketten) sind gemäss der am 22.ds. Mts. erteilten Weisung an die Metallfirma Carl B i e n e r t, Charlottenburg, Gatschkestrasse 18 (34-4505) verkauft worden. Der Erlös von RM 20,- ist an die Reichsvereinigung abgeführt worden.

Die neun Bände der Encyclopaedia Judaica sind weisungsgemäss der Reichsvereinigung zur Aufbewahrung übergeben worden.

Berlin, den 29. August 1941

Kurt Israel Rosenberg

(Kurt Israel Rosenberg)

Der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 29
B e r l i n C 2
überreicht.

Berlin, den 29. August 1941

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

CARL BIENERT

Eisen · Metalle · Maschinen

Fernsprecher: 34 45 05

Charlottenburg, den 25.8.41
Gotschkestr. 18

157

Reinigung der Fenster
in Werkstätte Hermannstr. 10

lieferte
empfing

1 Posten Fensterreinigung Werkstätte Hermannstr. 10			
Pokale gereinigt			
Plaketten ab			20.—

A k t e n n o t i z A 19

184

Anruf der Staatspolizeileitstelle
(Herr P r ü f e r) am 11.9.1941, 14.45 Uhr

Herr Prüfer ersucht um Mitteilung über die derzeitige räumliche und personelle Verwaltung des Kulturbunds, nachdem er Herrn Henschel nicht erreicht habe.

Nach Rücksprache mit Herrn Kreindler wird folgendes mitgeteilt:

1. Vorstand besteht aus Henschel und Dr.Lilienthal, Berlin Dr.Löwenherz und Dr.Grün, Wien, letzterer anstelle des durch Auswanderung ausgeschiedenen Dr.Rottenberg, Wien.

   Dem Propagandaministerium sind die vier Abteilungsleiter für ihre Abteilungen verantwortlich.

2. Abteilungen:

   a) Künstlerischer Betrieb: Wisten, Kommandantenstr.58/59
   (Vorführungsraum)
   Kommandantenstr. 57,II (Büro): 17-7735

   b) Jüdisches Nachrichtenblatt: Kreindler, Oranienburgerstr.[illegible]1
   (42-5921) /41

   c) Buchverlag: Pless, Wilsnackerstr.3
   Buchverkaufsstellen Aschaffenburgerstr.18,
   Artilleriestr.31,
   Wilsnackerstr.3,

   d) Finanzabteilung: Ehrlich, Wilsnackerstr.3

   Es soll mitgeteilt werden, zu welchen Zeiten der Laden Aschaffenburgerstr.18 geöffnet ist.

gez. Dr.Eppstein

Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
XXXXXXXXXX

11. Sept. 41

Re./Dal.

Herrn Fritz Israel Wisten
Juedischer Kulturbund in Deutschland e.V.
Kommandantenstr.57
Berlin SW 68

Sehr geehrter Herr Wisten,

Heute mittag rief die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herr Pruefer an, um sich nach der Leitung des Kulturbundes zu erkundigen. Da ich mich gerade in der Kantine befand, erhielt meine Sekretaerin den Auftrag, ich solle nach meiner Rueckkehr alsbald anrufen. Als ich dies tat, teilte Herr Pruefer mir mit, dass er sich die gewuenschten Angaben inzwischen von Herrn Dr.Eppstein beschafft habe. Er wiederholte mir, dass die kuenstlerische Abteilung unter Ihnen in der Kommandantenstrasse, der Buchverlag unter Herrn Pless in der Wilsnackerstrasse und der Zeitungsverlag unter Herrn Kreindler in der Oranienburgerstrasse untergebracht seien. Ich ergaenzte diese Angabe noch dahin, dass die Finanzabteilung unter Herrn Ehrlich sich auch in der Wilsnackerstrasse befaende.

Einige Zeit spaeter rief Herr Pruefer nochmals an und fragte mich, wer in Vorstandssitzungen des Kulturbundes den Vorsitz fuehre. Ich erwiderte, dass solche Vorstandssitzungen sehr selten und dann unter meinem Vorsitz stattfinden. Ich wies weiter darauf hin, dass ueber die Leitungsverhaeltnisse Sie, sehr geehrter Herr Wisten, am besten Auskunft geben koennten, weil Sie von Herrn Kochanowski unmittelbar Weisung erhalten haetten, waehrend Dr.Lilienthal und ich nicht empfangen worden waeren; die Anweisungen seien dahin gegangen, dass jeder Abteilungsleiter seine Abteilung selbstaendig unter eigener Verantwortung leite, und dass im Ministerium ueber die kuenstlerischen Dinge Ihnen, im uebrigen aber Herrn Kreindler der Vortrag aufgegeben sei. Herr Pruefer bemerkte hierzu, dass er Sie demnaechst zu sich bestellen wolle.

In vorzueglicher Hochachtung
Ihr ergebener

Hans Israel Hansel

H. A. Eppstein

Aktennotiz A 20

Rücksprache in der Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn P r ü f e r) am 20.September 1941, 11.30 Uhr

gemeinsam mit Dr. ROSENTHAL (Kriegsopferfürsorge)

1. Schutzabzeichen für Kriegsbeschädigte

Herr Prüfer teilt mit, dass sich in der letzten Zeit die Fälle mehren, in denen Kriegsbeschädigte Anträge auf Genehmigung zum Tragen des Schutzabzeichens (gelbe Armbinde mit schwarzen Punkten) eingegangen seien von Personen, die neben dem Tragen des Judenkennzeichens ein besonderes Interesse daran haben, dieses Schutzabzeichen zu tragen. Diesen Anträgen werde nicht entsprochen. Dr.Rosenthal ~~XXXXX~~ legt die Rechtslage dar, indem er darauf hinweist, dass versorgungsrechtlich das Schutzabzeichen für Hirnverletzte, Blinde und Taube in Betracht komme. Herr Prüfer weist darauf hin, dass von der Abteilung Kriegsopferfürsorge selbst ein Antrag für einen Beinamputierten gestellt worden sei, der also den gesetzlichen Vorschriften nicht entspreche. Zu diesem Antrag werde er sich noch besonders äussern. Es bestehen keine Bedenken dagegen, dem Beinamputierten mitzuteilen, dass die Stellung solcher Anträge zu unterlassen sind.

2. Tragen des Judenkennzeichens

Herr Prüfer bemerkt, dass sich bereits Fälle bemerkbar machen, in denen Juden das Kennzeichen durch Aktenmappen, Bücher oder in sonstiger Weise verdecken. Dies sei unzulässig.

Es wird darüber berichtet, dass eine Veröffentlichung der Richtlinien im "Nachrichtenblatt" nicht erfolgen könne, dass daher zu prüfen sei, in welcher Weise der Inhalt der Richtlinien bekannt gegeben werden könne. Herr Prüfer bemerkt, dass gegen entsprechende Anschläge in den Synagogen bezw. in den Dienststellen der JKV Bedenken wohl nicht bestehen dürften. Ausserdem werden ja die Richtlinien durch mündliche Weitergabe bekannt werden. Jedenfalls sei mit exemplarischen Massnahmen zu rechnen, wenn Verstösse gegen die Verordnung vorkommen sollten.

Fünf Stücke der Richtlinien werden übergeben.

3. Austritte aus der JKV Berlin

Über die erteilte Weisung des RSH, wonach Austrittserklärung, die nach dem 1.9.1941 eingegangen seien, rechtsunwirksam sind, wird berichtet. Es werde noch eine entsprechende Anweisung an die JKV ergehen, Falls sich bei der Durchführung dieser Anweisung Schwierigkeiten ergeben sollten, müsse die Durchführung durch die Staatspolizeistellen erfolgen. Herr Prüfer ersucht darum, ihn über die entsprechende Weisung des RSH zu unterrichten.

4. Toller

Herr Prüfer erklärt, dass die Beschäftigung von Herrn Toller in der Wanderungsabteilung unbesoldet erfolgen soll.Mit dem Vorschlag, vor Antritt der Tätigkeit von Herrn Toller eine Erklärung unterschreiben zu lassen, in der die Art seiner Tätigkeit genau umschrieben werde, erklärt Herr Prüfer sich einverstanden. Abschrift dieser Erklärung könne eingereicht werden. Es wird ausserdem darauf hingewiesen, dass vor einiger Zeit die Wanderungsabteilung mit einem Fall befasst worden sei, in dem für die Bearbeitung der Auswanderung einer Person, die sich im Konzentrationslager befand, von Herrn Toller RM 250.-

verlangt worden sind, obwohl nach der generell erteilten Weisung Anträge in solchen Fällen kaum Aussicht auf Erfolg haben. Der Betrag ist ihm auch tatsächlich ausgezahlt worden. Herr Prüfer gibt anheim, hierüber schriftlich zu berichten.

Berlin, den 20.September 1941

gez. Dr.Eppstein

123a

Dr. E./S.

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Prüfer)

am 3. September 1941 10 Uhr 35.

Es wird berichtet, dass soeben ein uniformierter Schutzpolizeibeamter die drei Reatheime Lützowstr. 77, Lützowstr. 67 und Derfflingerstr. 17 besichtigt habe, angeblich im Auftrage der Staatspolizei. Herr Prüfer bemerkt, dass ihm hierüber nichts bekannt sei und ersucht, Herrn Dr. Eppstein zu benachrichtigen, damit er das Reichssicherheitshauptamt in Kenntnis setze.

Anschliessend wird Frau Myrants fernmündlich unterrichtet mit der Bitte, den Bericht an Herrn Dr. Eppstein weiterzugeben. Es handle sich um die ehemaligen Dependancen des behördlich in Anspruch genommenen grossen Iter-Heime Lutzowstrasse, drei Mietwohnungen mit rund [illegible] Plätzen.

Berlin, 3.9.1941.

(Dr. Conrad Israel Cohn).

Durchschriften

Herrn Henschel

Dr. Eppstein

Frau Henschke

A k t e n n o t i z A 21

181

Anruf der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herr Prüfer) am 26.9.1941, 16.15 Uhr

1. Angelegenheit Busch

Auf Befragen wird über den dem RSH mitgeteilten Sachverhalt berichtet. Herr Prüfer ersucht um sofortige Einsendung einer Abschrift des Berichts.

2. Angelegenheit Toller

Auf Befragen, ob bereits eine Entscheidung bekanntgegeben werden könne, erklärt Herr Prüfer, dass eine Weisung noch erteilt werde. Fall Toller sich inzwischen melde, könne ihm mitgeteilt werden, dass von der für ihn vorgesehenen Beschäftigung in der Wanderungsabteilung so lange Abstand zu nehmen ist, bis die in Aussicht gestellte Weisung erteilt worden ist.

gez. Dr. Oppstein

R i/pm

Berlin, den 8. Oktober 1941

1 Sch

V e r m e r k.

Besuch bei der Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer in Sachen Verkauf Niederschönhausen. um 14 Uhr 30.

Herr Prüfer hatte mich durch sein Büro aufgefordert, ihn sofort wegen Niederschönhausen aufzusuchen.

Ich wurde gefragt, was denn eigentlich mit dem Verkauf der Maschinen in Niederschönhausen los sei. Ich schilderte ihm den bisherigen Verlauf der Dinge und gab hierbei an, dass eine grössere Zahl von Firmen zur Angebotsabgabe zu einem festen Termin von uns aufgefordert waren, dass hierbei die Firma Rose Höchstbietende gewesen sei, und dass einen Tag später die Firma Baden uns erklärt habe, sie biete RM 1.- über den bisher gebotenen Höchstpreis.

Ich setzte auseinander, dass wir darauf einen neuen Ausschreibungstermin festsetzten, nachdem wir auch der Firma Rose gesagt hatten, dass von anderer Seite ein höheres Gebot abgegeben worden sei.

Zur gesetzten Frist gingen die Angebote der Firma Baden und Rose ein. Da die Firma Rose hierbei Höchstbietende war, und wir gehalten sind, auf ein für die J. .V. möglichst günstiges finanzielles Ergebnis zu sehen, haben wir der Firma Rose den Zuschlag erteilt und den Vertrag den 4 uns seinerzeit von Herrn Dr. Lange, Syndikus der Ind.u.Handelskammer zu Berlin, genannten Stellen zugeleitet.
Dort sei zurzeit die Entscheidung.

Herr Prüfer fragte, ob diese Stellen schon entschieden hätten.

Ich verneinte diese Frage.

Zwischendurch hat Herr Prüfer erklärt, die Firma Rose sei eine Produktenhandlung. Ob uns dies bekannt sei. Ich erwiderte, dass uns bekannt sei, dass sie neben ihrer Produktenabteilung auch eine Eisenabteilung führe.

Nach Schluss meiner Ausführungen erklärte Herr Prüfer, das genüge ihm völlig. Ich könne nach Hause gehen.
Mein Anerbieten, ihm die schriftliche Unterlage für das, was ich gesagt hatte -und die ich bei mir führte- vorzulegen, lehnte er ab mit den Worten: "Das reiche völlig aus."

Auf dem Korridor vor Herrn Prüfer's Zimmer sass, als ich hinkam, Herr Baden, der, nachdem ich entlassen war, zu Herrn Prüfer hereingerufen wurde.

Die Unterredung fand unter 4 Augen statt.
Notizen hat Herr Prüfer nicht gemacht.

Herrn Kozower!

Herr Dr. Oppstein hat Abschrift erhalten.

Steinkenberg
Hm

Aktennotiz A 22

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r ü f e r) am 10. Oktober 1941, 17.30 Uhr

1. Austritte

Es wird über die beim RSH erteilten Weisungen berichtet, insbesondere darüber, dass eine Namensliste derjenigen Personen eingereicht worden sei, die der Aufforderung zur Rückgabe der Austrittsbestätigungen nicht nachgekommen seien. Gemäss Entscheidung des RSH sind auch Austrittserklärungen von deutschblütigen Personen nach dem 1.9.1941 als rechtsunwirksam anzusehen.

2. Jüdischer Kulturbund

Es wird über die Anweisungen betreffend Gehaltsauszahlungen an die Angestellten des aufgelösten Jüdischen Kulturbunds berichtet und in diesem Zusammenhang um Aushändigung der für die Gehaltszahlungen erforderlichen Unterlagen aus dem versiegelten Büro des Kulturbunds gebeten. Herr Prüfer verweist in diesem Zusammenhang an den Sachbearbeiter, Apparat 45, bei dem die Herausgabe erbeten werden könne. Bezüglich der Arbeitspapiere sei mit dem Arbeitsamt die Vereinbarung getroffen worden, dass die in Betracht kommenden Personen bis zur Aushändigung der Arbeitsbücher sogenannte Notkarten ausgehändigt erhalten, damit sie sich sofort zum Arbeitseinsatz melden können.

Bezüglich der Schliessung der Arbeitsbücher erhebt Herr Prüfer keine Bedenken dagegen, dass dies unter dem Namen Jüdischer Kulturbund erfolgt, obwohl dessen Auflösung bereits am 12.9.1941 vollzogen worden ist. Im Zusammenhang mit dem Bericht über die Mitteilung im RSH, dass Buchverlag und Nachrichtenblatt der RV bei getrennter Kassenführung angegliedert werden sollen, bemerkt Herr Prüfer, dass er mit dem Propagandaministerium gesprochen habe und eine Zusammenfassung der Kulturbundgelder auf einem besonderen Konto veranlassen werde. Sobald dies erfolgt sei, würden die Konten des Buchverlags und des Jüdischen Nachrichtenblatts, auf die die laufenden Einzahlungen erfolgen, freigegeben werden.

gez. Dr. Eppstein

A k t e n n o t i z A 23

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn P r ü f e r)
am 27.Dezember 1941, 10.30 Uhr

Es wird folgendes mitgeteilt:

Durch das Grenzkommissariat Lörrach wind dort folgende Personen beim versuchten Grenzübertritt festgenommen worden:

Reiwald Werner Wolf Israel , geb.14.11.92 in Berlin
Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgischestr.22

und Ehefrau Nelly Halda Sara geb. Davidsohn, geb.10.12.09 in Strassburg/Elsass

Fredy Wolf Israel, geb. 5.3.27 in Berlin
Peter Paul Israel, geb.20.7.30 in Berlin

Die Kinder befinden sich im Gerichtsgefängnis Lörrach und sollen schnellstmöglich dort abgeholt werden. Es wird vorgeschlagen, die Bezirksstelle in Karlsruhe hiervon zu verständigen, damit diese dem Vertrauensmann in Freiburg/Br. mit dem Auftrag versehen könne, die Kinder in Lörrach abzuholen. Dieser Vorschlag wird zur Kenntnis genommen mit dem Hinweis darauf, dass ein entsprechendes Fernschreiben an das Grenzkommissariat in Lörrach gerichtet werde. Über die Abholung der Kinder und deren einstweilige Unterbringung ist zu berichten. Der Transport der Kinder nach Berlin wird um noch weitere Weisung ergehen.

Ferngespräch mit der Bezirksstelle Karlsruhe (Herrn E i s e m a n n), 11 Uhr

Der Sachverhalt wird Herrn Eisemann mitgeteilt. Über den Vollzug wird Herr Eisemann telegrafisch berichten.

gez. Dr. Eppstein

Anruf bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle (Herrn P r ü f e r) am 2.Januar 1942, 14 Uhr

Es wird darüber berichtet, dass die beiden Kinder
Fredy Wolf Israel und Peter Paul Israel R e i w a l d
weisungsgemäss im Gerichtsgefängnis Lörrach abgeholt worden seien und dass die Kinder heute oder morgen in Berlin eintreffen. Frau Dorothea Bara Fränkel, Berlin W.30, Eisenacherstrasse 103, sei gebeten worden, die Kinder bei sich oder in der Wohnung des Ehepaars Reiwald, Wilmersdorf, Brandenburgischestrasse 22, bis auf weiteres unterzubringen.
Herr Prüfer erklärt sich hiermit einverstanden und behält sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Schriftlicher Bericht ist nicht erforderlich.

2.1.1942

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation

178

E/E

Karlsruhe, den 27. 12. 1941
Herrenstr. 14

Reichsvereinigung
Berlin

Betrifft: Fredy Wolf Israel Reiwald, geboren am 5. März 1927 in Berlin und Peter Paul Israel Reiwald, geboren am 20. Juli 1930 in Berlin, beide z. Zt. im Gerichtsgefängnis Lörrach.

Wir haben uns auf Grund des Anrufs des Herrn Dr. Eppstein mit dem Grenzpolizeikommissariat Lörrach in Verbindung gesetzt, woselbst bis zur Stunde jedoch der Bescheid der Staatspolizeileitstelle Berlin nicht vorlag. Auch bei der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe war heute nichts in Erfahrung zu bringen. Wir haben das Erforderliche wegen der Abholung der Kinder mit unserem Freiburger Vertrauensmann vereinbart und werden Sie über den Gang der Angelegenheit verständigen.

13896/41 V

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Bezirksstelle Baden-Pfalz in Liquidation

Karlsruhe, den 29. 12. 1941
Herrenstr. 14

Reichsvereinigung
Abteilung I
Berlin

Betrifft: Die Kinder des Ehepaares Reiwald aus Berlin.

Unser Vertrauensmann, Herr Nathan Rosenberger in Freiburg, Kirchstrasse 1, wird am 30. Dezember die obengenannten Kinder, die sich im Gerichtsgefängnis Lörrach befinden, abholen und in seiner eigenen Familie unterbringen, bis sie nach Berlin verbracht werden können. Wir bitten um baldige Mitteilung, ob wir die Kinder durch einen Beauftragten nach Berlin bringen lassen sollen.

N o t i z .

Mir ist heute, am 3. Januar 1942, bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Charlottenburg 2, Kantstr. 158, mitgeteilt worden, dass ich für die beiden Kinder

Fred Wolf Israel REIWALD

und Peter Paul Israel REIWALD

die erforderlichen Dispositionen zu ihrer Unterbringung in Berlin treffen kann und dass gegen den Aufenthalt der beiden Kinder in Berlin Bedenken seitens der Staatspolizeileitstelle Berlin nicht bestehen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich über den jeweiligen Aufenthalt der beiden Kinder auf Anfrage jederzeit Auskunft zu geben habe. Im übrigen bleibt es mir überlassen, ob die Kinder in meiner Wohnung Eisenacherstr. 103, oder in der Wohnung REIWALD-Brandenburgischestr. 22, oder in einer von mir zu bestimmenden dritten Wohnung, oder in einem Heim untergebracht werden. Sollte die Unterbringung in einem Heim zweckmässig oder erforderlich sein, so werde ich hierüber der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland noch entsprechende Mitteilung machen.

Berlin, den 3. Januar 1942.

Dorothea Sara Fraenkel
geb. Lotwein

(Dorothea Sara Fraenkel)
Berlin, Eisenacherstr. 103,
Kennort Berlin
Kenn-Nr. A 500 496

9. Januar 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

Betrifft: Pelz-, Ski- und Wollsachen

Unter Bezugnahme auf die anl sslich des heutigen fernmündlichen Vortrags erteilte Weisung gestatten wir uns, in der Anlage Abschrift des Rundschreibens der Reichsvereinigung zu überreichen, das zur Versendung am 10.ds.Mts. an die Bezirksstellen der Reichsvereinigung und jüdischen Kultusvereinigungen durch das Reichssicherheitshauptamt genehmigt worden ist.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

A k t e n n o t i z A 24

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
am 14.Januar 1942, 13 Uhr

Es wird darüber berichtet, dass im Vollzug der erteilten Weisung der bisherige Mitarbeiter der Arbeitseinsatzgruppe, Hermann Israel S t e r n aus Jakobsdorf, nach Neuendorf bestellt worden sei, um Herrn Hubert Israel G r a u eingearbeitet zu werden. Von den Mitarbeitern der RV und der JKV Berlin könne zurzeit niemand zu diesem Zweck freigestellt werden. Um eine Anforderung beim Arbeitsamt zu ersparen, empfehle sich die vorgeschlagene Regelung, zumal Stern mit den vorkommenden Arbeiten vertraut ist.

Herr Prüfer erklärt sich hiermit einverstanden.

gez. Dr.Eppstein

Reichsverkehrsgruppe Spedition und Lagerei

Fachgruppe Möbeltransport Ortsfachgruppe Berlin

R 1/42. Berlin, den 19. Januar 1942.

Vertraulich!

An die Mitglieder !

Betr.: Verfügungsrecht jüdischer, im Inland befindlicher Einlagerer über Lagergut.

Auf Grund von Rückfragen aus dem Mitgliederkreise über das Verfügungsrecht jüdischer, im Inland befindlicher Einlagerer über das Lagergut hat sich die Geheime Staatspolizei-Staatspolizeileitstelle Berlin mit Schreiben vom 14.1.1942 (Aktenzeichen: Stapo IV D1) zur Klarstellung der Fragen wie folgt geäussert:

" Zur Bestätigung der telefonischen Mitteilung vom 22.12.41 wird mitgeteilt, dass das bei den einzelnen Firmen lagernde jüdische Gut - ausgenommen das devisenrechtlich erfasste - nur herausgegeben werden darf, wenn eine entsprechende Bescheinigung der Geheimen Staatspolizei vorliegt. Es ist dabei gleichgültig, ob das Lagergut bereits durch Juden an andere Personen weiter veräussert worden ist oder nicht.
Ich bitte, die Ihnen angeschlossenen Mitglieder in diesem Sinne zu unterrichten und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Mitglieder veranlassen würden, das bei ihnen lagernde Judengut listenmässig hierher zu melden. "

Es ist daher im Sinne der vorstehenden Weisung der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Berlin, Berlin C.2, Grunerstr.12, zu verfahren.

Heil Hitler !

Ernst Plessow
Leiter

Walter Beier
Geschäftsführer.

Aktennotiz A 25

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r ä f e r) am 27.1.1942, 12.30 Uhr

Betrifft: Übernahme der Wirtschaftsberatungspraxis Dr.Hans Israel Bendix, Kurfürstendamm 73

Gemäss der fernmündlich erteilten Weisung wird darüber berichtet, dass die FmI 53 Akten aus der Praxis von Dr.Bendix zur Weiterbearbeitung übernommen habe. In einem Fall hinsichtlich eines Nachlasses einer Verwandten des Dr. Bendix seitens der Staatspolizeileitstelle die Weiterbearbeitung gestattet worden sei. In den übrigen Fällen werde die Weiterbearbeitung von der FmI übernommen werden. Dr.Bendix habe damit seine Praxis eingestellt. Herr Präfer nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

gez. Dr.Oppstein

Betrifft: Zahl der Juden in Berlin
nach dem Stande vom 31.1.1942

Gesamtzahl		58.637
abzüglich Juden ausländischer Staatsangehörigkeit		1.374
		57.263
hiervon nicht Sternträger		12.005
darunter Juden in privilegierter Mischehe		
namentlich erfasst	4.792	
geschätzter Zuschlag für nicht erfasste	1.208	
zusammen rund	6.000	
Sternträger		45.258
darunter Juden in nicht privilegierter Mischehe		
namentlich erfasst	2.233	
geschätzter Zuschlag für nicht erfasste	567	
zusammen rund	2.800	
Zahl der über 65 Jahre alten Sternträger		11.809
verbleiben Sternträger unter 65 Jahren		33.449
darunter Zahl der Sternträger zwischen 55 und 65 Jahren 9.107, hiervon besonders gebrechlich nach den Erfahrungen der Gesundheitsverwaltung geschätzt mit etwa 10% auf		1.000
verbleiben		32.449

Arbeitseinsatz		rund	21.000
Organisationsangestellte der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin und Reichsvereinigung		rund	2.000
			23.000
besoldete	1.744		
Reinigungspersonal	26		
Lernpersonal	169		
	1.939		
hiervon wehrwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (geschätzt) und Organisationsangestellte		rund	18.000

In der verbleibenden Zahl sind Sternträger in nicht privilegierter Mischehe, Ehefrauen und minderjährige Kinder der Juden im Arbeitseinsatz und der Organisationsangestellten enthalten.

A k t e n n o t i z A 26

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r ü f e r) am 3. Februar 1942, 8.45 Uhr

Gemäss der fernmündlichen Anforderung werden nachfolgende statistische Angaben mitgeteilt:

	Zusammen	männlich	weiblich
31.12.1941	61.947	25.634	36.313
Abwanderung	3.005	949	2.056
	58.942	24.685	34.257
Sterbefälle	331 +)	163	168
	58.611	24.522	34.089
Geburten	19	10	9
	58.630	24.532	34.098
Binnenwanderung	+ 7 ++)	- 1	+ 8
31. 1.1942	58.637	24.531	34.106

+) darunter 89 Selbstmorde mit tötlichem Ausgang von insgesamt 142 Selbstmordversuchen im Januar

++) hiervon 45.258 gekennzeichnete Juden

gez. Dr. Lippstein

Jüdische Kultusvereinigung
zu Berlin e.V.

Statistische Angabe per 1. Februar 1942
auf Grund der Unterlagen der Kataster-Verwaltung

Tabelle 1

Bezeichnung	Juden deutscher Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen, der ehem. Polen und ehem. Luxemburger in Berlin		
	insgesamt	davon männlich	davon weiblich
Sternträger	45.258	18.942	26.316
Nichtsternträger	12 005	5.007	6.998
Zusammen:	57.263	23.949	33.314

Tabelle 2

Bezeichnung	In deutsch-jüd. Mischehe lebende Juden in Berlin insgesamt
Personen in privilegierter Mischehe	6.000 x)
Personen in nichtprivilegierter Mischehe	2.800 x)
Zusammen:	8.800 x)

x) geschätzt

Tabelle 3

Geschlecht	Juden ausländischer Staatsangehörigkeit (ausser ehem. Polen und Luxemburgern) in Berlin
Männer	582
Frauen	792
Zusammen:	1 374

Tabelle 4

Staatsangehörigkeit	Juden mit slovakischer, rumänischer oder kroatischer Staatsangehörigkeit in Berlin		
	insges.	davon männl.	weibl.
Slovakei	45	22	23
Rumänien	176	87	89
Kroation	5	2	3
Zusammen:	226	111	115

150

Tabelle 5

Bezeichnung	Juden im Alter von 65 Jahren und darüber in Berlin		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Sternträger	11.809	4.473	7.336
Nicht-Sternträger	2.006	803	1.203
Zusammen:	13.815	5.276	8.539

Tabelle 6

Bezeichnung	Juden im Alter von 55 Jahren bis unter 65 Jahren in Berlin		
	insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
Sternträger	9.107	4.093	5.014
Nicht-Sternträger	2.085	867	1.218
Zusammen:	11.192	4.960	6.232

Tabelle 7

	Sternträger			
	insgesamt	davon im Alter von 65 J. u. darüber	davon im Alter von 55 bis u. 65 J.	Besonders Gebrechliche x)
	1	2	3	4
Männer	18.942	4.473	4.o93	.
Frauen	26.316	7.336	5.o14	.
Zusammen:	45.258	11.8o9	9.1o7	1.ooo

x) Besonders Gebrechliche unter den 55 bis unter 65 Jährigen (Spalte 3)

Tabelle 8

	Nichtsternträger		
	insgesamt	davon im Alter von 65 J. u. darüber	davon im Alter von 55 bis u. 65 J.
	1	2	3
Männer	5.oo7	8o3	867
Frauen	6.998	1.2o3	1.218
Zusammen:	12.oo5	2.oo6	2.o85

Am 5.2.1942 dem Beamten der Staatspolizeileitstelle Berlin übergeben.

A k t e n v e r m e r k

Am 30.1.1942, 14 Uhr erfolgte ein Anruf des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes (Dr.Niehaus), bei dem folgendes gefragt wurde:

Die Reichsvereinigung habe sich an Frau Marianne F r a n k , Züllichau, mit einem Roten Kreuz-Brief gewandt und von ihr Auskünfte für ihren Ehemann verlangt. Es habe sich nunmehr herausgestellt, dass es sich bei Frau Marianne Frank um die Gattin eines deutschen Offiziers handelt, der sich in australischer Kriegsgefangenschaft befindet. Es soll festgestellt werden, auf wessen Veranlassung die Reichsvereinigung die Rückfrage bei Frau Marianne Frank herbeigeführt hat. Aus den von der Bezirksstelle Brandenburg/Pommern zur Verfügung gestellten Unterlagen wurde fernmündlich dem Deutschen Roten Kreuz folgendes mitgeteilt:

Bei der Reichsvereinigung ist ein Schreiben des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf vom 9.12.1941 unter dem Aktenzeichen CC.A.340/HW Service civil, eingegangen. In diesem an die Reichsvereinigung gerichteten Schreiben bittet das Internationale Komitee vom Roten Kreuz um Auskunft über den gegenwärtigen Aufenthalt und das Befinden von Frau Marianne Frank, Kaiser Wilhelmstrasse 36, Züllichau/Mark. "Anfragesteller Britisches Rotes Kreuz für den Gatten: Frau Frank erwartete ein Baby. Ihr Mann ist seit langem ohne jede Nachricht und deshalb sehr um sie besorgt. Er bittet inständig um baldige Antwort."

Dieses Schreiben wurde von der Zentrale der Reichsvereinigung am 12.1.1942 an die Bezirksstelle Brandenburg/Pommern abgegeben, die ihrerseits an den Vertrauensmann in Züllichau, Hermann Israel Loewenthal, am 15.1.1942 geschrieben hat.

Der Sachbearbeiter beim Deutschen Roten Kreuz entnahm aus dieser Sachdarstellung, dass beim Internationalen Roten Kreuz in Genf wohl eine Namensverwechslung oder die Vermutung eine Rolle gespielt haben könnte, dass es sich bei Frau Frank um die Gattin eines Juden handeln könnte, da es auch Juden dieses Namens gebe. In dieser Annahme habe wohl das Internationale Rote Kreuz das Schreiben nicht an das Deutsche Rote Kreuz, sondern an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gerichtet. Der Sachbearbeiter behielt sich vor, auf die Angelegnheit gegebenenfalls unter Anforderung eines schriftlichen Berichts zurückzukommen.

Berlin, den 5.Februar 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Dr. Paul Israel Eppstein

Herrn Dr. Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Herrn Pinkus

Nach meiner Schätzung dürften zur Zeit in Berlin noch etwa 23 000 Juden (einschliesslich der jüdischen Organisationsangestellten) in Arbeit stehen, wovon etwa 55 - 60 vom Hundert Männer sein werden. Die Zahl der jüdischen Organisationsangestellten in Berlin dürfte etwa 1750 betragen.

Bei der grossen Zahl der Alleinstehenden ist nach meinem Dafürhalten bei der jüdischen Bevölkerung in Berlin die Relation der Haushaltungen zur Personenzahl nicht höher als etwa 1: 1.5 oder 1.6 anzunehmen. Dies entspricht auch den Erfahrungen der jüdischen Wohlfahrtspflege und der Jüdischen Winterhilfe.

6, Februar 1942
Dr.C/Pg.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

7. Februar 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

In der Anlage gestatten wir uns, eine statistische Übersicht über die Altersgliederung der Juden in Berlin am 31.1.1942 unter Berücksichtigung der Zahl der nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl.I.S.547) gekennzeichneten Juden zu überreichen.

Aus der Tabelle ergibt sich, dass von den 58.637 Juden zum Tragen des Kennzeichens verpflichtet sind 45.258, von denen 37,58 v.H. 60 Jahre und darüber alt sind. Die Zahl der in Arbeit befindlichen Juden in Berlin ist zurzeit auf rund 23.000 zu schätzen, davon etwa 1.750 Organisations-Angestellte und 21.250 im Arbeitseinsatz.

REICHSVERTEIDIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

Die Altersgliederung der Juden in Berlin

am 31 Januar 1942

unter Berücksichtigung der gekennzeichneten Juden x)

In den nebenan bezeichneten Altersgruppen standen (Personen):

Altersgruppen	männlich		weiblich		zusammen		männlich		weiblich		zusammen	
	überhaupt	davon gekennzeichnet	überhaupt	davon gekennzeichnet	überhaupt	davon gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet	überhaupt	gekennzeichnet
	absolut:						vom Hundert:					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bis unter 6 Jahre	592	xx) 564	566	xx) 539	1.158	xx) 1 103	2,41	2,98	1,66	2,05	1,97	2,44
6 " " 18 "	2.145	1.489	2 123	1.467	4.268	2.956	8,75	7,86	6,22	5,57	7,28	6,53
18 " " 45 "	6.945	4.761	10.064	6.652	17.009	11.413	28,31	25,13	29,51	25,28	29,00	25,22
45 " " 60 "	6 801	5 358	9.394	7.420	16.195	12 778	27,72	28,29	27,54	28,20	27,62	28,23
60 Jahre und darüber	8.048	6.770	11.959	10 238	20.007	17 008	32,81	35,74	35,07	38,90	34,13	37,58
Zusammen :	24.531	18.942	34 106	26.316	58.637	45.258	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

x) auf Grund der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl I S.547)

xx) Kinder gekennzeichneter Juden

6.2.1942

Abschrift!

Der Oberfinanzpraesident Berlin, "Vermoegensverwertung", Aussenstelle
Berlin C. 2 , den 12.Februar 1942
Muenzstr.12 2/327
Fernsprecher: 41 5033-36

Akt.-Z. O 5205 - Allgemeines
P II Verv. -

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
z.Hd.Herren Prokop und Pruefer
B e r l i n

Betrifft: Abschiebung von Juden.

Antragsteller, die den Zusammenhang mit den Evakuierungsmassnahmen in Berlin Anliegen vorbringen, sind bisher regelmaessig an mich verwiesen worden. Ich bin auf Grund vertraglicher Abmachungen mit der Stadt Berlin fuer die anfallenden Aufgaben nur zum Teil zustaendig. Einen Teil der Aufgaben hat die Stadt Berlin, Staedtische Pfandleihanstalt IV, Berlin N, Elsaesserstr.74 (Telef.52 0021, Apparat 2901) uebernommen, die sich wiederum der oertlich zustaendigen Bezirksaemter Abteilung Finanzverwaltung bedient. Um den Auskunftfordernden unmittelbar im Einzelfall zustaendige Stellen angeben zu koennen, teile ich im Folgenden mit, wie die Zustaendigkeit geregelt worden ist. Ich weise besonders darauf hin, dass diese Ausfuehrungen nur fuer die in den Monaten Oktober 1941 bis einschliesslich Januar 1942 durchgefuehrten Evakuierungen gelten.

1). Miete und Schoenheitsreparaturen.

Anspruche auf Miete und Ausfuehrung von Schoenheitsreparaturen sind bei dem Oberfinanzpraesidenten Berlin, Vermoegensverwertung-Aussenstelle Muenzstr.12 gesondert fuer jeden abgeschobenen Mieter einzureichen. Die Reparaturen sind durch den Eigentuemer zunaechst nicht ausfuehren zu lassen.

2). Die etwa erforderliche Entwesung der Wohnungen und der Zimmer abgeschobener Untermieter laesst die Stadt Berlin durch das fuer die Wohnung oertlich zustaendige Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung durchfuehren.

3). Die Raeumung der Wohnungen und Zimmer veranlasst ebenfalls das zustaendige Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung.

4). Sofern in Einzelfaellen (z.B. bei Rohrbruechen) das Betreten der versiegelten Wohnung notwendig ist, ist das oertlich zustaendige

H. St. Epstein

Bezirksamt Abteilung Finanzverwaltung unverzueglich zu benachrichtigen.

5). Die Neuvermietung einer Wohnung ist nur mit Zustimmung des Generalbauinspektors moeglich. Der groesste Teil der Wohnungen wird von der Stadt Berlin - Hauptplanungsamt- beschlagnahmt. Mit der Vermietung der Wohnungen ist weder der Oberfinanzpraesident Berlin noch die Stadt Berlin befasst.

6). Fuer die Freigabe von Gegenstaenden, die sich in den Wohnungen befinden und an denen Dritte Rechte geltend machen, ist zu unterscheiden

a) ob der gesamte oder im wesentlichen der ganze Wohnungsinhalt freigegeben werden soll,

in diesem Fall entscheidet der Oberfinanzpraesident Berlin;

b) oder ob einzelne Gegenstaende freigegeben werden sollen, hier entscheidet die Stadt Berlin, Staedtische Pfandleihanstalt IV, Berlin N. Elsaesserstr.74.

In den Faellen, in denen der juedische Mieter die Wohnung verlassen hat, aber im Inland geblieben ist, (z.B. bei Umsiedlung innerhalb Berlins), sind alle Anspruechе nach wie vor gegen den Juden geltend zu machen. Dieser hat sich, soweit er zur Befriedigung des Anspruchs ueber sein bewegliches Vermoegen verfuegen muss, zwecks Genehmigung der Verfuegung an die juedische Kultusvereinigung zu wenden.

Ist der Jude vor der Abschiebung im Inland verstorben, so ist auch bei Versiegelung der Wohnung durch die Geheime Staatspolizeit Staatspolizeileitstelle Berlin der Oberfinanzpraesident Berlin nicht zustaendig. In diesen Faellen ist Anzeige beim zustaendigen Polizeirevier zu erstatten. Das Nachlassgericht (Amtsgericht) sorgt notfalls fuer die Sicherung des Nachlasses durch Bestellung eines Nachlasspflegers.

Ich bitte um Kenntnisnahme. Abschrift dieses Schreibens erhaelt die Stadt Berlin, Staedtische Pfandleihanstalt und die Juedische Kultusvereinigung Berlin.

Im Auftrag
gez.Dr.Friedel

Abschrift
Juedische Kultusvereinigung Berlin

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag
gez.Unterschrift

Betr. Kinder R e i w a l d bei Frau Fränkel, Berlin W., Eisenacherstr. 103

Auf Grund des Berichts von Fräulein Dr. Sommer hat die Unterzeichnete Frau Fränkel am 8. Februar zu sich bestellt. Frau Fränkel erschien mit mehr als halbstündiger Verspätung. Ihr äusserer Eindruck entsprach den Schilderungen von Fräulein Dr. Sommer.

In der Unterhaltung ergab sich, dass der Vater der Kinder, Werner Wolf Israel Reiwald, z.Zt. Amtsgefängnis Lörrach i.B., Bahnhofstr. 4, die Unterbringung seiner Kinder bei Frau Fränkel gewünscht hat. Die Kinder sowohl wie Frau Fränkel selbst stehen mit dem Vater in laufender Verbindung. Sie schreiben ihm 2 x wöchentlich und erhalten pünktlich jede Woche Nachricht von ihm. Der Vater bestimmt nach wie vor alle wesentlichen Anordnungen im Leben seiner Kinder, hat aber selbst vorgeschlagen, dass ein Pfleger eingesetzt wird.

Frau Fränkel unterstreicht diese Bitte des Vaters. Sie berichtet freimütig, dass der grosse Junge ihr in vielem entwachsen sei und dass es für ihn notwendig wäre, sich wieder der Disziplin einer Schule oder einer Berufsarbeit zu fügen. Der Junge selbst sei intellektuell gut befähigt und habe den Wunsch, die Oberschule zu besuchen. Das Einverständnis des Vaters liegt vor. Frau Fränkel würde sich über die Frage, ob der Junge nochmals eingeschult oder dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden soll, gern beraten. Sie wird aus diesem Grunde den Leiter der Oberschule aufsuchen, eine Entscheidung aber erst treffen, wenn ihr eine Persönlichkeit als Pfleger des Jungen benannt wird, und sie auch seinen Rat hören kann.

Das jüngere Kind soll so bald wie möglich eingeschult werden. Frau Fränkel wird alle nötigen Vorbereitungen dazu treffen (sie hat mir inzwischen berichtet, dass sie mit dem Jungen bei Herrn Dr. Theodor war, der bei der früheren Schule Rückfrage halten und danach entscheiden will, ob der Junge in die Volks- oder Oberschule aufgenommen wird).

Während Frau Fränkel der Bestellung eines Pflegers positiv gegenüber steht, lehnt sie eine Verlegung der Kinder ab. Ich habe eine solche Verlegung als möglich hingestellt, mit der Begründung, dass Frau Fränkel entlastet werden müsse und dass für sie die Verantwortung für die Erziehung des grossen Jungen kaum tragbar sei. Ich habe noch hinzugefügt, dass wir immer wert darauf legen, dass Kinder in einem Milieu erzogen werden, das ihrer Konfession entspricht. Frau Fränkel erwiderte darauf, dass die Kinder regelmässig zu Herrn Pfarrer Rieger von der Luisengemeinde zum Unterricht gehen, dass sie den Gottesdienst besuchen und dass damit auch dem Wunsche des Vaters Genüge getan werde. Die Taufe der Kinder sei erst im April v.Js. erfolgt.

Die Anmeldung der Kinder in der Wohnung von Frau Fränkel hat die ausdrückliche Genehmigung der Gestapo und der Kreisstelle der Partei. Auf beiden Stellen war Frau Fränkel persönlich, da der Hausverwalter seine Genehmigung für die Anmeldung der Kinder nicht ohne weiteres geben wollte. Frau Fränkel hat jetzt auch Kohlen bekommen, um das Zimmer der Kinder zu heizen und berichtete, dass dieses Zimmer jetzt viel wohnlicher sei, als bei dem Besuch von Fräulein Dr. Sommer.

M.E. müsste ein Pfleger für die Kinder schnellstens bestellt werden. Vorschläge hierfür wollte Fräulein Dr. Sommer uns unterbreiten. Eine Verlegung der Kinder dürfte auf Schwierigkeiten stossen, vielleicht wird durch den

178a

regelmässigen Schulbesuch und die Einschaltung eines Pflegers auch ohne eine solche Massnahme eine gute Wirkung erreicht [illegible]. Sollte sich eine anderweitige Unterbringung der Kinder aber als unumgänglich erweisen, musste zunächst die Genehmigung des Vaters eingeholt werden.

16. 2. 1942
Ka/Mag.

(Kaminski)

Herrn Dr. Eppstein

Fräulein Dr. Sommer

1786

A b s c h r i f t.

Ernst Israel Jeremias

Berlin W 30, 22. Febr. 1941
Martin-Lutherstr. 89
bei Dr. Ritter.

An die
Jüdische Kultusvereinigung
Bezirksstelle Südwest
B e r l i n SW 20
Münchenerstr. 37.

Sehr geehrter Herr Herz,

vor einiger Zeit bereits war bei uns für die Nevotzowstr. gesammelt worden. Ich war der Ansicht, dass es sich da um einen Schwindler handeln musste. Gestern wurde erneut gesammelt, für den Transport vom 4. März." Da ich zu Hause war, bat ich den Sammler um seinen Ausweis, woraufhin er mir seinen blauen Wehrmachts Ausschliessungsschein zeigte. Ich hielt ihm vor, dass er ein Schwindler sein musste, da er für ordentliche Sammlungen auch einen ordentlichen Ausweis der Gemeinde haben musste. Er meinte, dass er einen solchen nicht habe, aber im Auftrage der "Alijah" Schule - erst sagte er in Wannsee, dann in der Chorinerstr.. - sammele, wohin er auch die eingekommenen Beträge abliefere. Eine Sammelliste hatte er nicht, sondern die Zeichnungen waren in ein Schulheft eingetragen.

Als Personalien notierte ich aus der Kennkarte (Mariendorf Nr. A 580562) Schneiderlehrling Willi Berger. Seine Wohnung ist angeblich in Mariendorf, Gersdorffstr. 48.

Ich möchte nicht, dass etwa eine Anzeige erstattet wird, da es sich wohl nur um einen Dummejungenstreich handeln kann, da ich das Alter des Sammlers auf 16 Jahre schätze. Ich hoffe, dass die Sache mit einer energischen Verwarnung des Jungen zu erledigen sein wird, da es sich nach meinem Empfinden nur um eine Schwindelei handeln kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Ernst Israel Jeremias.

Berlin, den 25.Febr.1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Betr. Besichtigungen durch Herrn Oberinspektor Woehrn und Hauptsturmfuehrer Gutwasser vom Reichssicherheitshauptamt und Kriminalobersekretaer Pruefer von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

1). Etwa um 10 Uhr vormittags bestellte im Auftrage von Herrn Pruefer Herr C r o h n fernmuendlich, dass ich sofort in das Kinderheim kommen solle. Im Hofe traf ich dort die Herren HSTF Gutwasser und Pruefer an, in deren Begleitung sich Herr Crohn befand. Herr Pruefer bemaengelte lebhaft den unordentlichen Zustand des Heimes, wobei er wiederholt auf den guten Zustand zu der Zeit hinwies, als Frau Timendoerfer Heimleiterin war. Besondere Bemaengelungen galten dem Herumliegen von zerbrochenen Turngeraeten auf dem Hofe, der unsachgemaessen Einlagerung der dadurch einer Frostgefahr ausgesetzten Lebensmittel in der zur Synagoge eingerichteten Turnhalle, sowie vor allem der Aufstellung von Gemuesefaessern in einem nassen Lichthof.

Herr Pruefer ersuchte, die Leitung des Heims sofort der Frau Timendoerfer zu uebergeben und erklaerte, dass Herr Crohn und die Kuechenleiterin, Frau Platauer, mit dem naechsten Transport zur Abwanderung zu bringen seien.

Herr O.I.Woehrn, der alsdann hinzukam, liess den Erzieher Suessmann rufen, der sich bei Besichtigung eines Zimmers ihm gegenueber ungebuehrlich benommen habe, und notierte sich seine Personalien. Herr Pruefer fragte den Erzieher Suessmann noch, ob er Eltern hier habe, und liess sich die Anschrift des Vaters nennen.

2). Die genannten Herren begaben sich alsdann nach dem Altersheim Schoenhauserallee 22 und dem Kinderheim Fehrbellinerstr.92, und ich wurde aufgefordert, mich ihnen anzuschliessen. Im Altersheim wurde das Nebengebaeude kurz besichtigt, sodann eingehend das Erdgeschoss des Hauptgebaeudes mit den Wirtschaftsraeumen.und das I.Stockwerk. Von einer weiteren Besichtigung wurde mit Ruecksicht auf den ordnungsmaessigen Zustand der besichtigten Raeume Abstand genommen.

Im Kinderheim Fehrbellinerstrasse wurde gleichfalls nur das Erdgeschoss mit den Wirtschaftsraeumen und das I.Steckwerk einer Besichtigung unterzogen und auch hier die Besichtigung mit Ruecksicht auf den guten Befund alsdann abgebrochen. Vor Beginn der Besichtigung wurden im Hofe 2 Arierinnen von Herrn Pruefer notiert und zur Burgstrasse bestellt, welche durch das Kuechenfenster mit den darin beschaeftigten Personen gesprochen hatten. Die Herren erklaerten nunmehr fruehstuecken gehen zu wollen und ich wurde entlassen.

3). Um 13 Uhr 45 Min. erschienen die Herren in meinem Arbeitszimmer, in welchem ausser mir Herr Baumeister Beer und Herr Dr.Blumenthal anwesend waren. Von Herrn Baum.Beer wurden Plaene der Altersheime Gr.Hamburgerstrasse und Schoenhauserallee und des Heims Weissensee, Parkstrasse angefordert; die Plaene sollen morgen vormittag unmittelbar zu Herrn HSTF Gutwasser gesandt werden.

Herr Pruefer forderte mich sodann auf, einige Raeume zu zeigen, zunaechst die Arbeitsraeume des Archivs. Ich fuehrte sie ueber die Hintertreppe zum Reichssippenamt, wo soeben um 2 Uhr Dienstschluss stattgefunden hatte. Herr Arndt war jedoch noch anwesend, und es wurde mit ihm ueber die bereits vom Reichssippenamt in Anspruch genommenen und fuer spaeter verlangten Raeumlichkeiten gesprochen. Herr Arndt bestaetigte die mit uns getroffene Abmachung, dass er weitere Raeume erst verlangen wolle, wenn die JKV sie nicht mehr benoetige. Herr Pruefer bemerkte, dass die Kultusvereinigung, wenn sie spaeter weniger Verwaltungsraeume benoetigen wuerde, sich vielleicht auf die Rosenstrasse beschraenken koennte. Demgegenueber wies Herr HSTF Gutwasser auf die Beanspruchung des Hauses Rosenstr.2-4 durch die Post und den bevorstehenden Verkauf hin. Er bestaetigte jedoch auf einen Hinweis von mir, dass die JKV trotz des Verkaufs zunaechst in der Rosenstrasse weiter arbeiten wuerde.

Die Herren begaben sich nachher noch mit Herrn Arndt vom III. in das IV.Stockwerk. Ich beurlaubte mich und sagte, dass ich in meinem Arbeitszimmer warten wuerde. Als sie zurueckkamen, erkkaerten sie, dass eine weitere Besichtigung nicht erforderlich sei und entfernten sich.

(Moritz Israel Henschel)

Durchschlag erhalten:
1).Herr Dr.Cohn
2),Herr Dr.Eppstein

Herrn Dr. Epstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme

27. Februar 1942

eheime Staatspolizei
taatspolizeileitstelle Berlin
IV C 1
urgstrasse 28
erlin C 2

Betrifft: illi Israel erger, geboren 6. 7. 1923 in Berlin
zuletzt wohnhaft gewesen: Jugendwohnheim Ilsenacher Strasse

Ir erstatten folgende eldung.

erger ist als Fürsorgeerziehungszögling n unserem Jugendwohnheim Ilsenacher trasse 7 untergebracht. Beschlüsse des ütegerichts empelhof VII 127 vom 4. 8. 1939 und 12. 1. 1940.)

egen erger, der sch n früher mehrfach ammlungsschwindel getrieben hatte, ist die abschriftlich beiliegende Anzeige vom 22. 2. 1941 bei unserer olfahrtsbezirksstelle Südost erstattet worden. ie alsbald ang stellten Ermittlungen haben ergeben, dass Berger wieder ammlungsschwindel getrieben hat. r hat jetzt nicht nur Geld, s ndern auch Lebensmittelmarken gesa melt. Aus dem beiliegenden "ammelheft f r Verpflegung" geht hervor, wo und ei wem er Geld und Lebensmittelmarken gesammelt hat. Berger hat hierzu die eigefügte rklärung vom 24. des Monats abgegeben.

Berger stand bei der Firma Wilhelm Sch erte, Berlin C 2, Schillingstrasse 22 (Fernruf 512230) in Arbeit. Er ist gestern früh, wie üblich, aus dem Jugendwohnheim zur Arbeit gegangen, auf der Arbeitsstelle jedoch nicht eingetroffen. Es hat sich herausgestellt, dass am 24. des Monats auf der Arbeitsstelle ein grauer Wintermantel u d am 25. des Monats eine braune Brieftasche eines anderen dort beschäftigten Arbeiters abhanden gekommen sind. Die Brieftasche enthielt eine Kennkarte auf den Namen Feleg Heymann, Neukölln, Weisestrasse 9, ferner eine Reichskleiderkarte auf den gleichen Namen, eine Raucherkarte für Frauen, zwei Bescheinigungen für Jenny und Tana Heymann über ihre Eigenschaft als Mischlinge ersten Grades, ein Soldbuch mit Interimsentlassungsschein und Verleihungsurkunden über das Eiserne Kreuz zweiter Klasse und das Ehrenkreuz für Frontkämpfer sowie 40.-- RM in zwei Zwanzigmarkscheinen. Der erdacht, die Sachen entwendet zu haben, richtet sich gegen Berger. Er ist nicht in das Heim zurückgekehrt.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand

(Dr. Conrad Israel Cohn)

Auf der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeistelle Berlin
(Herr Prüfer) am 3. Februar 1942, Uhr

Es wird folgendes gemeldet.

Die am 2[illegible]. Februar 1942 von zwei Beamten der Staatspolizei abgeholte und nicht wieder in das Heim zurückgekehrte Hausangestellte des Altersheims Grosse Hamburger Strasse 27 [illegible]ene Sara Laszinski, geb. Granziner mit dem [illegible]s ehemaligen Vornamen Israel Kronheim, wie dieser Frau [illegible]er Beamte mitgeteilt hat, vor 8 - 10 Tagen ein Päckchen mit der Begründung zur Aufbewahrung übergeben, dass er besser in der Lage wäre, es aufzubewahren als sie, da es aus ihrem Zimmer leicht wegkommen könne. Frau [illegible]er [illegible] hat das Päckchen geöffnet und festgestellt, dass es einen Fremdenpass auf den Namen Johanna [illegible]ra Cropper, geb. Ihrsam, sowie weitere Papiere der Frau Cropper enthielt.

Herr Prüfer ordnet an, dass das Päckchen sofort zu den Akten zu nehmen sei.

Frau [illegible]berländer erhält von mir fernmündlich den erteilten Auftrag.

2. März 1942
Dr. [illegible]g.

(Dr. Conrad Israel Cohn)

1 H)

2.März 1942.

An die
Geheime Staatspolizei
(Staatspolizei-Leit)stelle
B e r l i n , C.2, Burgstr.28.

Betrifft: Abwanderungstransporte:
Zulassungsurkunden für Krankenbehandler.

In der Anlage übermitteln wir Ihnen gemäß die Zulassungsurkunden für

1. Dr. Edith Sara S t e r n b e r g , geboren am 2.2.1898 in Berlin,

zum Krankenbehandler bestellt für den am 19.1.1942 abgegangenen 9.Abwanderungstransport.

2. Dr. Martin Israel C a s p a r y , geboren am 6.11.1886 in Stettin,

zum Krankenbehandler bestellt für den am 25.1.1942 abgegangenen 10.Abwanderungstransport.

REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND
Abt.Krankenbehandler

(Dr.Paul Israel Eppstein) (Dr.Adolf Israel Metz)

2 Anlagen

Durchschrift:

1. Herrn Henschel
2. Herrn Dr. Eppstein
3. Herrn Walter m.d.Bitte um Weitergabe an Frl. Silbermann und Herrn Rockmann
4. an das Jugendwohnheim, z.Hd. des Herrn Baruch

Eingegangen a
-3. MRZ. 1942
3. März 1942
Erledigt

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Berlin
IV D 1
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

Betrifft: Willi Israel Berger, geboren 6.7.1923 in Berlin
zuletzt wohnhaft gewesen: Jugendwohnheim Wilsnackerstr.3

In Ergänzung unserer Meldung vom 27.Februar 1942 bestätigen wir unsere heutige fernmündliche Anzeige wie folgt:

Im Hause Mommsenstrasse 55 in Charlottenburg ist gestern bei Rosenthal und in der Pension Schwalbe von einem jungen Menschen, dessen Beschreibung auf Berger passt, "für den nächsten Abwanderungstransport, der am 7./8.März 1942 geht", gesammelt worden.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Der Vorstand

(Dr.Conrad Israel Cohn)

CVIII A
Dr.Lu/Ma

Berlin, den 26.3.1942.

139

Verfügung.

1.) An das
Zentralbüro der Altersheime
Berlin N.4.

Wir bitten auftragsgemäss durch die Herren Heimbetreuer feststellen zu lassen, welche von den Insassen der Hospitäler und Altersheime infolge ihrer geistigen Erkrankung sich für eine Aufnahme in der Heil- und Pflegeanstalt [illegible] eignen.

In Frage kommen Patienten, die an Altersschwachsinn, oder aber an angeborenem Schwachsinn leiden, sowie an anderen abgelaufenen oder aber auch akuten Geistesstörungen.

Sie wollen uns bis zum 5.4.42 pünktlich die Namen, das Alter und die Transportfähigkeit der in Betracht kommenden Personen angeben. Die Aufstellung muss mit einer Aeusserung des Heimbetreuers versehen sein, dass andere Insassen als die Genannten nicht an Geistesstörungen leiden.

Gesundheitsverwaltung

(Dr.Dr.Walter Israel Lustig)

2.) An die Wohlfahrts- und Jugendpflegestelle
zur gefl. Kenntnis. Wir ersuchen Sie, auch hinsichtlich der von Ihnen betreuten Pflegestellen, sowie der Ihnen bekannt gewordenen, sich in privater Familienpflege befindlichen Kranken, die selben Ermittlungen anzustellen und die entsprechenden Angaben bis zum 5.4.42 hierher zu machen.

Gesundheitsverwaltung

(Dr.Dr.Walter Israel Lustig)

3.) Herrn Proskauer
mit der Bitte, die entsprechenden Angaben hinsichtlich der wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche von der Abwanderung Zurückgestellten zu machen.
26.3.42.

Gesundheitsverwaltung

(Dr.Dr.Walter Israel Lustig)

a) Herrn Dr.Paul Israel Eppstein
b) ~~Herrn Dr.Bernhard Israel Adler~~
zur Kenntnis
26.3.42.

(Dr.Dr.Walter Israel Lustig)

Berlin W 50, den 7. April 1943
Passauer Strasse 2

Am 2. April dieses Jahres gegen 16 3/4 Uhr befand ich mich im Arbeitszimmer der Rechtsanwältin Frau Dr. med. Blochowerder, Passauer Strasse 2, in dieser Wohnung habe ich auch meine Wohnung. In diese Zeit erschien dort ein zwölfjähriger Junge und teilte mir mit, dass ein Herr von der Staatspolizei mich zu sprechen wünsche. Ich begab mich in den Vorraum und traf dort einen grossen schlanken Herrn im Alter von etwa 30 bis 35 Jahren an, der mir eine Vorladung in Form einer polizeilichen Vorführungsmarke vorwies. Er fragte mich, ob ich noch keine Ladung erhalten hätte, worauf ich ihm erwiderte, dass eine Anfang November vorigen Jahres der Fall gewesen sei. Auf seine weitere Frage, ob und wann ich Vermögenserklärung gemacht und Liste ausgefüllt hätte, erwiderte ich ihm, dass seinerzeit die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin eine Bescheinigung übersandt habe, wonach ich Geschäftsführer zweier Gesellschaften sei, welche mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde unter Kontrolle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland tätig seien. Ich hätte daraufhin nichts weiter gehört. Darüber drückte er seine Verwunderung aus. Er fragte mich sodann noch, wo die Geschäftsstelle dieser Gesellschaften sich befinde, fragte mich ferner nach meinem Alter und dem Alter meiner Frau. Nachdem ich ihm diese Fragen beantwortet hatte, erklärte er, dies genüge ihm vorläufig und entfernte sich.

Mein Sohn hat mir dann erzählt, dass der Herr vorher in seiner Wohnung gewesen sei, dort an ihn ebenfalls die Frage nach meiner Beschäftigung gerichtet habe sowie gefragt habe, wie alt ich und meine sämtlichen Familienangehörigen seien und wie gross die Wohnung sei. Er habe sich Notizen gemacht sowie offenbar meinen Namen nicht genau gekannt, denn er habe sich ihn einfach wiederholen lassen. Nachdem mein Sohn die Fragen beantwortet habe, und erklärt habe, dass ich mich bei Frau Dr. Blochowerder befinde, habe der Herr ihn aufgefordert, ihn dorthin zu führen.

(Dr. Heinrich Israel Blockes)
Jude
Wohnhaft: Berlin-Wilmersdorf
Wohnnummer: A 422 266

XIV. ABWANDERUNGSTRANSPORT

Rücksprache mit Herrn P r ü f e r am 31.5.1942 bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin:

1. Pendelverkehr von Aerzten bei den Alterstransporten ist nicht erforderlich; es soll nur bei dem 1. Alterstransport ein Arzt mitgehen, der am Bestimmungsort bleibt, ausserdem bei dem 1. Alterstransport 4 Schwestern oder Pfleger.
Bei den nächsten Alterstransporten soll stets eine Pflegeperson mitgehen, etwa bei dem 5. oder 6. Alterstransport dann wieder ein Arzt, der ebenfalls ständig am Bestimmungsort bleibt.
Pflegepersonal soll nicht gekündigt werden.

Mit einem der nächsten Transporte soll eventuell auch eine Köchin mitgeschickt werden; Herr Prüfer nannte in diesem Zusammenhang eine im Kinderheim A u e r b a c h seinerzeit bei der Besichtigung beschäftigt gewesene Köchin.

Von dem für den Abbau vorgesehenen Personal sollen 15 Angestellte als ständige Gruppe für die Altersheimtransporte, weitere 10 als Möbeltr ger hierbehalten werden.

Der Luftschutzwart L o s z y n s k i, wegen dessen das 16. Polizei-Revier bei der Personalverwaltung der JKV. angerufen hatte, wird wegen seiner Stellung als Luftschutzwart nicht zurückgestellt, Herr Prüfer wollte sich deswegen mit dem Polizeirevier in Verbindung setzen.

Es sollen am 1.6.1942 - 200 leere Formulare für Vermögenserklärungen von uns mitgebracht werden.

Mit dem XIV. Transport wandern aus dem Dauerheim und einzelnen Pflegestellen 61 Personen ab. Die Transportteilnehmer aus Privat-Pflegestellen lässt Herr Dr. L u s t i g ins Dauerheim bringen, von dort kommen sie direkt zur Bahn.
Ferner kommen 36 Personen aus Beelitz mit. Während die Beelitzer direkt von der Staatspolizei Potsdam zur Bahn gebracht werden, kommen die übrigen Transportteilnehmer mit den abholenden Beamten zur Synagoge, Herr S t a r k rechnet mit etwa 900 Transportteilnehmern.

Die Einsammlung für den 1. Alterstransport findet in der Grossen Hamburgerstrasse am 1.6.1942 - 14 Uhr statt.
Die Revision soll möglichst auf den Zimmern vorgenommen werden.
Bei der Verlegung der Altersheiminsassen in die für die Transporte bestimmten Zimmer soll möglichst die Transportnummerfolge eingehalten werden.
Der Arzt und das Pflegepersonal wird die Nummern zwischen O-160 und O-180 bekommen.

Am Dienstag, dem 2.6.1942 früh müssen die Transportteilnehmer von den Helfern der JKV.Ber in zur Haltestelle Monbijouplatz gebracht werden und zwar so, dass sie pünktlich um 5 Uhr dort sind. Um diese Zeit kommt der Strassenbahnwagen an; er soll möglichst schnell weiterfahren, damit er gegen 5.15 Uhr in der Schönebergerstrasse beim Anhalter Bahnhof eintrifft. Das Gepäck muss bereits vorher verladen sein.
Von der Schönebergerstrasse werden die Transportteilnehmer durch den Seiteneingang auf den Anhalter Bahnhof geführt. An diesem Seiteneingang sollen auch die Lastwagen halten.

Einige

Einige Ordner müssen mit den Transportteilnehmern in der Strassenbahn mitfahren.
Das Gepäck soll möglichst zeitig auf dem Bahnhof verladen werden.
Voraussichtlich steht ein Personenwagen mit 59 Plätzen zur Verfügung.

Der Wagen mit den Transportteilnehmern bleibt in Dresden stehen, dort ist von etwa 10 Uhr bis 13 Uhr Aufenthalt.
Auf dem Anhalter Bahnhof steht der Zug etwa um 5.15 Uhr.
Das Bahnhofspersonal ist informiert.

Von hier aus sind für die Reise Stullen mitzugeben, sonst keine Verpflegung; Geld dürfen die Transportteilnehmer selbst nicht mitnehmen.

Herr Prüfer ersuchte darum, ihn am 1.6.1942 zu erinnern, dass er mit Herrn Obersturmführer [illegible] wegen des mitzunehmenden Geldes anrufen wollte, voraussichtlich werden Reichsbankschecks mitgegeben.
Die Gelder der Transportteilnehmer will Herr Prüfer möglichst auf das Sonderkonto "[illegible]" nehmen.

Die Alterstransporte in dieser Woche gehen wie folgt:
Am Dienstag, dem 2.6.1942 - 50 Personen,
Donnerstag, dem 4.6.1942 -100 Personen.
Die Einschleusung findet immer nachmittags gegen 13 Uhr bis etwa 17 Uhr statt.

Für die ersten 3 Alterstransporte sollen alle 150 Transportteilnehmer aus dem Altersheim Grosse Hamburgerstrasse genommen werden.

Der Sondertransport der 98 soll am Donnerstag, dem 4.6.1942 eingeschleust werden und geht am 5.6.1942 ebenfalls ins Protektorat ab.

Wegen der Rücksprache über die Verpflegung soll Herr Prüfer am 1.6.1942 erinnert werden.

In der folgenden Woche sollen dann die Transporte ebenfalls am Dienstag, Donnerstag und Freitag abgehen.

Am Freitag dieser Woche sollen die für die Alterstransporte Bestimmten aus der Stadt ins Heim geholt werden.
In erster Linie sollen die Wohnungen freigemacht werden, während die Insassen der Heime als Reserve für die Transporte dienen. Die im Heim übriggebliebenen Sachen sollen in den Keller kommen.

2. Die Sachen aus der Wohnung K o c h m a n n können nach Mitteilung an Herrn H a n s e n herausgenommen und von der JKV. Berlin in Verwahrung genommen werden.

3. Die Kontingentsbewilligung für die nicht mit dem XIV. Transport abgewanderten Angestellten wird erfolgen, Herr Prüfer wird sich deswegen mit dem Reichssicherheitshauptamt in Verbindung setzen.

4. Auf Ersuchen wurde über die Eröffnung vom 29.5.1942 berichtet. Herr Prüfer erklärte, die Eröffnung sei durch Herrn SS-Gruppenführer M ü l l e r erfolgt. Durch den Anschlag wurden 14 Personen verletzt.

Die

Die bei der Sonderaktion aus der Levetzowstrasse Entlassenen bekommen am Mittwoch, dem 3.6.1942 ihre Sachen bei Herrn Polizeirat P r o - k o p zurück.
Die von der Sonder-Aktion für die Alterstransporte Bestimmten müssen sich melden.
Von den am Mittwoch, dem 27.5.1942 Festgenommenen sind 154 erschossen worden, weitere 96 Personen, die bereits im KZ., Sachsenhausen interniert waren, wurden ausser diesen 154 Personen erschossen.

Herr Dr. Conrad Jsrael C o h n ist im KZ-Sachsenhausen.

Wenn in der uns übergebenen Liste sich Unstimmigkeiten herausstellen, kann das Kataster bei Herrn Prüfer anfragen, der ebenfalls eine Liste erhalten hat.

31.5.1942

Ko/Ro. Philipp Jsrael Kozower

Je 1 Durchschlag erhalten:

persönlich - vertraulich!

Herr H e n s c h e l,
Herr Dr. E p p s t e i n,
Herr Dr. L i l i e n t h a l,
Herr K r e i n d l e r,
Herr Dr. M e n d e l s o h n,
Herr Dr. F u c h s,
Fräulein Dr. L o s s e.

A 24

Geheim

Betr. Leopold Israel Stargardter
geb. 2.9.89 in Pempelburg / Westpr.
Kennkarte A 688221
Oberschöneweide, Schloßpromenade 7a

Ich habe von Dr. Epstein die Mitteilung erhalten, daß ich von allen Tatsachen, die mir im Zusammenhang mit Personen-Schmuggel zur Kenntnis gelangen, unverzüglich der Staatspolizeileitstelle Meldung zu erstatten habe.

Ich bin über diesen Sachverhalt jedermann gegenüber zu schweigen verpflichtet worden.

Berlin, 22.4.42
10 20 h

Leopold Israel Stargardter

Gemäß persönlicher Weisung der Staatspolizeileitstelle (Herr Prüfer) am 24.4.42 (15 30 h) vernommen
Z 22

Dr. Heinrich Israel Elkeles

Berlin W.50, den 22.April 1942
Passauerstr. 2

An die
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
zu Händen von Herrn Dr. E p p s t e i n
B e r l i n

Betr: Nachfrage eines Beamten der Geheimen Staatspolizei in meiner Privatwohnung.

Heute, am 22. April, wurde ich von einem Beamten der Geheimen Staatspolizei angerufen, welcher sich fragte, zu welchem Zweck der Bericht vom 3. April 1942 von mir erstattet worden sei. Die Angelegenheit sei in Ordnung gewesen. Der Beamte sei beauftragt worden, in meine Wohnung zu gehen. Der Bericht werde ihm jetzt vorgelegt. Er wisse nicht, was er damit solle.

Ich erwiderte, dass ich den Vorfall vom 3. April in meiner Eigenschaft als Angestellter der Reichsvereinigung Ihnen berichtet hätte. Sie hätten mir am nächsten Tage mitteilen lassen, dass die Angelegenheit Herrn Prüfer vorgetragen worden sei und dass dieser einen Bericht über den Vorfall wünsche, da ihm von der Angelegenheit nichts bekannt sei. Daraufhin hätte ich den Bericht erstattet. Der Beamte meinte, es hätte dann wenigstens in einem Anschreiben darauf hingewiesen werden müssen, dass der Bericht auf Veranlassung von Herrn Prüfer erfolge. Ich habe erwidert, dass ich lediglich den Auftrag hatte, den Bericht bei der Reichsvereinigung einzureichen, und deshalb keine Veranlassung zu einem Anschreiben hatte.

A k t e n n o t i z A 28

Rücksprachen in der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P r ü f e r) am 27.April 1942, 11 Uhr
und am 28.April 1942, 11.30 Uhr

1. Eingliederungsanordnung des Jüdischen Kulturbunds

wird gegen Empfangsbestätigung ausgehändigt. Wegen der Entsieglung der Räume erteilt Herr Prüfer die Weisung, zu gegebener Zeit einen entsprechenden Antrag Herrn Stark einzureichen. Bezüglich der Räume Stallschreiberstrasse soll eine Übergabe an den Mietinteressenten Uebel erst erfolgen, nachdem er nachgewiesen hat, dass er durch den Herrn Generalbauinspektor zur Inanspruchnahme der Räume berechtigt ist.

2. Unterstützungszahlungen Litzmannstadt

Unter Bezugnahme auf die Weisung von STBF Regrat Suhr wird der Sachverhalt vorgetragen. Herr Prüfer erklärt sich mit dem Vorschlag, wonach künftig Einzahlungen ausschliesslich bei der JKV Berlin vorgenommen werden sollen, die ihrerseits monatlich Überweisungen nach Litzmannstadt unter Übersendung einer Liste der vorgesehenen Empfänger vornehmen könnte, einverstanden und ersucht um Vortrag und Einholung der Genehmigung bei dem RSHA.

3. Sammlungen in Berlin

Es wird darüber berichtet, dass seitens des RSHA dahingehend entschieden worden sei, dass bei der Zusammenlegung der Sammlungen zur Ermöglichung einer Personalersparnis ein finanzieller Ausfall vermieden werden müss. Da dies bei einer Zusammenlegung der Sammlung der RV und des Aufbringungswerks der JKV Berlin zu befürchten ist, sind Bedenken gegen die Weiterführung des Aufbringungswerks neben der Sammlung der RV nicht erhoben worden unter der Bedingung, dass die Zahl der Verwaltungsangestellten soweit als irgend möglich verringert wird. Als Richtlinie ist hierbei angegeben worden, dass die Anzahl der Verwaltungsangestellten ein Drittel der Zahl der Sammler nicht übersteigen soll. Bezüglich der Kleinsammlung "Blaue Beitragskarte" wird berichtet, dass sie unter Verstärkung der Sammlung "Jüdische Winterhilfe" bezw. "Jüdische Pflicht" aufgehoben werden soll. Herr Prüfer nimmt hiervon Kenntnis und beanstandet, dass die Veränderung im Bestande des Aufbringungswerks nicht sofort der Leitstelle durch die JKV Berlin mitgeteilt worden sei. Künftig sei darauf zu achten, dass Erörterungen über die Auflösung von Einrichtungen der JKV Berlin der Leitstelle sofort mitzuteilen sind bezw. hierzu die Weisung der Leitstelle einzuholen ist.

4. Sonderkonto W: Berlin

Bezüglich der vom RSHA angeforderten Überweisung von RM 295.000,- aus dem Sonderkonto W Berlin erklärt sich Herr Prüfer damit einverstanden, dass die tatsächlich der RV geschuldeten RM 95.000,- überwiesen werden. Bezüglich der RM 200.000,- wird vorgeschlagen, den Betrag im Sonderkonto W der JKV Berlin zu belassen, ihn jedoch, wie überhaupt den Gesamtbestand des Sonderkontos W Berlin, in einer Evidenz-Buchhaltung der Zentrale zu führen. Dies soll dem RSHA zur Entscheidung übermittelt werden.

5. Erlaubnisscheine für Verkehrsmittel zu Einzelfahrten

Die Schwierigkeiten werden (durch Kozower) vorgetragen. Herr Prüfer stellt anheim, folgenden Vorschlag dem RSHA zur Entscheidung vorzutragen: Für Einzelfahrten sollen durch die Verkehrsträger Fahrscheinblocks in einer zu bestimmenden Farbe hergestellt werden. Soweit Einzelfahrten genehmigt werden können, sollen die Berechtigten alsdann mit Fahrscheinen aus diesen Blocks versehen werden, die zur Benutzung eines zu bestimmenden Verkehrsmittels berechtigen.

6. Haft Conrad Israel Cohn

Über die Sprecherlaubnis mit Dr.Cohn am 28.ds.Mts. 11 Uhr wird berichtet sowie darüber, dass seitens des RSHA (STBF Regrat Suhr) Bedenken gegen eine Abwanderung nicht erhoben worden sind und dass bezüglich der Durchführung der Staatspolizeileitstelle dies berichtet werden könne. Herr Prüfer stellt fernmündlich fest, dass die Akten noch nicht wieder zu dem Sachbearbeiter zurückgelangt seien. Er empfiehlt, seitens des RSHA eine entsprechende Weisung zu veranlassen. Im übrigen wird bemerkt, dass nach Lage des Falles die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, dass bei der Verbindung von Stoffen aus der Rosenstrasse in die Wörthstrasse 20 der hierfür verantwortliche frühere Geschäftsführer des ehemaligen Israel.Gemeindebunds bezüglich der Dr. Cohn gegenüber erhobenen Beanstandungen eine Aufklärung geben könne. Herr Prüfer gibt anheim, dies bei Gelegenheit dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Markert, vorzutragen.

gez. Dr.Eppstein

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2 / KANTSTRASSE 158 / SAMMELNUMMER 91 91 41

Bitte bei der Antwort angeben
Unser Zeichen: ABT Dr. F/Sch.
Ihr Zeichen:

DEN 6. Mai 1942

Herrn
P l u m e n f e l d,
Berlin-Wilmersdorf,
Berlinerstrasse 4, II r.

Seitens unserer Aufsichtsbehörde sind wir angewiesen worden, Sie in Ihrer Eigenschaft als Hauptmieter Ihrer Wohnung zu veranlassen, sich am Donnerstag den 7. Mai, morgens 8 Uhr bei der
Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle, Burgstrasse 28,
Zimmer 306,
einzufinden. Sofern Sie nicht im Besitz eines Urlaubnisscheins zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind, bitten wir Sie, sich so rechtzeitig auf den Weg zu begeben, damit Sie pünktlich um 8 Uhr sich bei der Behörde einfinden können. Der Termin ist auch für den Fall unter allen Umständen wahrzunehmen, dass Sie im Arbeitseinsatz sein sollten.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Original dieses Schreibens erhalten Berlin den 6.V.1942 18 50

Else Sara Blumenfeld

BANKVERBINDUNGEN: v. HEINZ, TECKLENBURG & CO., BERLIN W 8, WILHELMPLATZ 7
REICHS-KREDIT-GESELLSCHAFT AKTIENGESELLSCHAFT, BERLIN W 8, FRANZÖSISCHE STR. 49/50
POSTSCHECKKONTO: REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN NR. 168696
C 022 2 42

He/Jo

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin.

1.) Herr Prüfer erklärt nach Vortrag, dass wegen Auflösung oder Fortsetzung des Vertrages mit der Firma Robert G o h l k e der JKV freie Hand gelassen wird.

2.) Herr Prüfer ersucht um Übersendung eines Stückes des zur Eröffnung der Sammlung "Jüdische Pflicht" erlassenen Sammelaufrufes zu seinen Akten.

14.5.1942

Moritz Israel Henschel

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr.Eppstein

zur gefl.Kenntnisnahme.

14.5.42

Abschrift.

Karl Israel Lissner
Kennort Berlin
Kennkarte Nr.A 178 251.

Berlin NO.55, den 22.Mai 1942
Hufelandstr.16.

An den

Herrn
Reichsminister des Innern

Berlin W

Wilhelmstr.

Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Bitte auszusprechen, mir zu gestatten, den Judenstern nicht zu tragen und begründe mein Gesuch wie folgt:

Ich bin Jude und Deutscher Reichsangehöriger, meine Ehefrau Maria, geb. Wasiak, verw. Trojan, ist deutschblütig. Aus unserer Ehe ist ein Kind nicht hervorgegangen, jedoch habe ich das Kind meiner Ehefrau aus erster Ehe von seiner ersten Kindheit an so erzogen, als wenn es ein eheliches Kind unserer eigenen Ehe wäre. Da der erste Mann meiner Frau auch arisch war, ist es dieses Kind natürlich auch und selbstverständlich auch christlicher Religion. Dasselbe namens Martha Trojan, ist heute 29 Jahre alt.

Der erste Mann meiner Ehefrau, Walter Trojan, war ebenfalls Schneider und ein Kriegskamerad von mir, er fiel im Weltkrieg in Belgien. Wir waren eng befreundet und guteKameraden. Es war sein Wunsch, dass ich mich, falls er im Krieg fallen sollte, seiner Familie annehme, da er seine Frau und seine Tochter mittellos zurücklassen musste. Dies führte dazu, dass ich seine Witwe, meine jetzige Frau, heiratete und, wie schon oben erwähnt, deren Kind wie unser eigenes erzog. Obwohl ich als Schneider bei der Militärbehörde mit meinem Einkommen genauestens rechnen musste, habe ich mich stets bemüht, für das Kind wie ein Vater zu sorgen. Es hat ein Lyzeum besucht, hatte jahrelang Musikunterricht und besuchte später die höhere Handelsschule 2 Jahre.

Aus diesem Grunde bitte ich nochmals höflich, mir die Stellung eines in Mischehe lebenden Juden einzuräumen, aus dessen Ehe ein Kind hervorgegangen ist, das als nichtjüdisch gilt. Zur Unterstützung meines Gesuches erlaube ich mir anzuführen, dass ich von 1911 bis 1913 Soldat war und bis 1933 bei der Militärbehörde als Schneider weiter diente und 30% militärdienstbeschädigt bin.

Anlagen:
Lebenslauf
begl.Zeugnisabschriften
Urkunden-Fotokopien.

gez. Karl Israel Lissner

Kennort Berlin
Kenn-Nr.A 178 251.

Einschreiben.

124

12112/42

11. Juni 1942.

Herrn Dr. EPPSTEIN
im Hause

Betr.: Juden in Krummhübel.

Die Bezirksstelle Schlesien, Breslau, berichtet unter dem 8.6.1942 wie folgt:

" Auf Ihr Schreiben vom 5. Juni erwidern wir Ihnen, dass Herr Dr. E i s n e r eine Frist bewilligt bekam, bis zum 8. Juni in Krummhübel zu verbleiben. Zu diesem Termin muss er sich in Grüssau auf Anordnung der Behörde einfinden. Sobald wir die Nachricht haben, dass er dort angekommen ist, geben wir sie unverzüglich an Sie weiter.

Abt. Zweig- und Bezirksstellen

(Dr. Kurt Israel Levy)

IV
IV a
am
durch

Abgesandt am:
16 JUN 1942

127

Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
xxxxxxxxxx

15. Juni 42

Be./Dal.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Abteilung IV D 1
B e r l i n C. 2
Burgstr.28

Betrifft: Personalabbau.

Weisungsgemaess wird berichtet:

I. Der Mitarbeiterbestand einschliesslich der Lernkraefte betrug

am 1.3.41	2 900 Personen	bei 75 186 Juden
am 1.3.42	1 692 "	bei 58 362 Juden
am 13.6.42	1 521 "	bei 55 000 Juden

Ausserdem werden 16 Arbeitnehmer vom fruehreren Juedischen Kulturbund und 43 Arbeitnehmer von der fruehreren Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland beschaeftigt und zwar fast saemtlich in der Wohnungsberatungsstelle.

II. Auf Grund erhaltener Abbauweisung wurde im April d.Js. eine Abbauliste von 90 Mitarbeitern eingereicht.

Auf Grund einer weiteren Weisung, laut welcher in den saldiert abrechnenden Fuersorge- und Sammlungseinrichtungen die Zahl der besoldeten Mitarbeiter auf 590 und die der Lernkraefte auf 117 gesenkt werden sollte, wurde am 8.5.1942 eine weitere Abbauliste von 140 besoldeten Mitarbeitern und 44 Lernkraeften eingereicht.

In den in Betracht kommenden saldierenden Einrichtungen befinden sich zur Zeit noch 665 besoldete Mitarbeiter (75 zu viel) und 126 Lernkraefte (9 zu viel). Diese Kraefte sollen, soweit sie nicht an in andere Abteilungen freigewordene Stellen versetzt werden, durch Abwanderung ausscheiden.

Wie der Vergleich des unter I genannten Bestandes vom 1.3. und 13.6.1942 ergibt, belaeuft sich die Personalverminderung

./.

H. H. Eppstein

125

seit dem 1.3.1942 auf 171 Mitarbeiter einschliesslich Lernkräften.

Juedische Kultusvereinigung zu Berlin
E.V.
Vorstand

(Moritz Israel Mensch el)

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Pruefer).

Anwesend: Henschel, Kozower.

1). Herr Pruefer wurde mitgeteilt, dass Henschel wegen des im Januar d.Js. bei der Pelzsammlung durch einen Arier verubten Diebstahls fuer den 29.d.Mts. als Zeuge vor das Sondergericht geladen ist. Vermutlich handelt es sich um den Inhalt der gegebenen Anweisung, bei welcher darauf hingewiesen wurde, dass die Abgabe von Pelzen durch Juden nichts mit der vorangegangenen Sammlung zu tun habe. Herr Pruefer betonte, dass die Abgabe nichts mit der parteiamtlichen Sammlung zu tun gehabt habe und wies im uebrigen darauf hin, dass die Zeugenaussage sich nur auf den seinerzeit Eroeffnete beziehen koenne; ueber den Sachverhalt selbst wisse die Behoerde Bescheid.

2). Vermittlung von Angestellten zum Arbeitseinsatz.
Auf die Frage, was mit Angestellten geschehen solle, welche in der Levetzowstrasse von der Abwanderung freigestellt werden, erklaerte Herr Pruefer, dass es auf den Grund ankaeme, aus welchem die Rueckstellung erfolgt sei.

Grundsaetzlich sei niemand zum Arbeitseinsatz zu vermitteln. Dies gelte auch fuer die Mitarbeiter in der Schulabteilung, welche ausser den Lehrern jetzt entbehrlich werden (Schulhauswarte, Reinigungsfrauen). Diese seien dort zu beschaeftigen, wo Personal benoetigt werde, z.B. in Weissensee oder bei den jetzt bevorstehenden Ablieferungen.

Die 4 Leute, welche fuer die Speditionsfirma Boettcher zu stellen sind, seien bei uns zu entlassen. Ferner wuerden fuer solche Personen, welche vom Arbeitsamt fuer Zwecke der Abwanderung oder zur Beschaeftigung als Friseure freigegeben werden, Ersatzleute aus der Mitarbeiterschaft anzubieten sein; jedenfalls behalte er sich immer die Entscheidung darueber vor, ob ein Mitarbeiter der JKV in den Arbeitseinsatz abgegeben wird.

In diesem Zusammenhange bemerkte Herr Pruefer, dass eine Nachpruefung saemtlicher seit dem 1.Oktober 1941 erfolgten Vermittlungen von Juden in den Arbeitseinsatz stattfinden wuerde.

3). Jugendwohnheim.
Herr Pruefer entschied, dass die Tischlerwerkstaette beim Umzug nach der Rosenthalerstrasse nicht mitzunehmen sei. Fuer Schuster und Schneider koenne ein Zimmer hergerichtet werden; er wuerde es aber vorziehen, wenn auch diese Handwerker ebenso wie Tischler, in den Reparaturwerkstaetten beschaeftigt werden wuerden.

Die Antraege auf Fahrgenehmigung fuer die Umzugszeit vom 24.6. bis 4.7.1942 fuer Ilse Sara Baruch, Eva Sara Guttmann und Gerhard Israel Lieber behielt Herr Pruefer zurueck, um Karten ausstellen zu lassen.

4). Schliessung der Schulen.
Herr Pruefer gab die Weisung, dass der Schulbetrieb am 29.d.Mts. einzustellen sei.

5). Ablieferungen.
Herr Pruefer setzte als Zeit fuer die Ablieferungen den 1. bis 5. Juli d.Js. fest und gab den Bescheid, dass die Schulgrundstuecke Kaiserstrasse und Chorinerstrasse fuer die Ablieferungen noch benutzt werden duerfen. Er versuchte, sich fernmuendlich mit Herrn [illegible] Gutwasser in Verbindung zu setzen, der jedoch nicht zu erreichen war.

gez. Moritz Israel Henschel

Durchschrift erhalten:
1). Hr. Kozower
2). Dr. Eppstein
3). Hr. Kreindler
4). Dr. Mendelsohn
5). Abschrift von Nr.2 Dr. Loewenthal
6). Abschrift von Nr.3 Dr. Adler

A k t e n v e r m e r k

[64

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin
mit Herrn P r ü f e r am 25.6.1942, 9.30 Uhr

von Eppstein, Henschel, Kozower, Lustig

1. Organisation

Eppstein berichtet über die vom RSHA angeordnete Reorganisation der RV:

Mit sofortiger Wirkung sind neun der bisher noch selbständig bestehenden JKVn (Beuthen, Dortmund, Dresden, Essen, Köln, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg) der Verwaltung der zuständigen Bezirksstellen zu unterstellen, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die formelle Eingliederung dieser JKVn gemäss § 5 der Zehnten VO z RBG angeordnet wird. Danach erstreckt sich künftig die Verwaltung der RV auf 13 Bezirksstellen und auf 4 JKVn, nämlich Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg.

Die noch vorhandenen Organisationen werden in die RV eingegliedert oder aufgelöst werden. Ihre Abwicklung ist mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen. Dies gilt auch für Altreu, Paltreu und PWI. Die Büroräume von Altreu und PWI im Hause Potsdamerstrasse 72 sollen alsbald in die Verwaltungsräume der RV, Kantstrasse 158, unter Freimachung des überflüssigen Inventars verlegt werden.

Die Verwaltung der Zentrale der RV soll zunächst in zwei Stockwerken des Hauses Kantstrasse 158 zusammengefasst werden. Danach ist eine Zusammenlegung der Verwaltung in Berlin möglichst in einem Gebäudekomplex durchzuführen. Auch nach der räumlichen Zusammenlegung soll die RV als Zentralorganisation getrennt von der JKV verwaltet werden, unbeschadet der Personalunion im Vorstand.

Das Personal ist im Verhältnis zur Verringerung der Anzahl der Juden und der zu leistenden Arbeiten unter Anlegung eines strengen Masstabes entsprechend zu vermindern. Zur praktischen Durchführung des Personalabbaus sind die Abteilungsleiter verantwortlich zuzuziehen. Um die Arbeit mit dem verminderten Personal leisten zu können, müssen die Mitarbeiter noch mehr als bisher, z.B. auch am Sonntag, zu Arbeitsleistungen herangezogen werden. Auf die aufsichtsbehördliche Genehmigung hierzu kann Bezug genommen werden, falls Rückfragen von Mietern des Hauses Kantstrasse 158 erfolgen sollten.

2. Vorstand

Im Vorstand der RV soll Eppstein ausser seiner bisherigen Funktion "Finanzen und Verwaltung" mit übernehmen, Kozower wie bisher "Wohnungs- und Versorgungswesen", Kreindler "Buchvertrieb und Nachrichtenblatt" behalten, während dem Vorstand Baeck und Henschel ohne besondere Sachgebiete, Henschel als Vorsitzender der JKV Berlin

-2-

angehören. Sachbearbeiterin der Abteilung Fürsorge bleibt Johanna Sara Karminski.

Im Vorstand der JKV Berlin soll Henschel "Finanzen und Verwaltung" übernehmen, Kozower "Wohnungs-, Versorgungs- und Bestattungswesen" mit "Arbeitseinsatz" behalten, Eppstein dem Vorstand ohne besonderes Sachgebiet angehören. Das Sachgebiet "Fürsorge" soll geteilt werden: Zu Beauftragten des Vorstands für die "Fürsorge" (ohne Gesundheitsverwaltung) sollen Kreindler, für die "Gesundheitsverwaltung" (einschliesslich Hospitälern) Lustig bestellt werden. Von einer Vermehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder soll Abstand genommen werden.

3. Interventionen bei Abwanderungen

Eppstein berichtet darüber, dass seitens des RSHA beanstandet worden ist, dass Juden, die zur Abwanderung bestimmt sind, den Versuch unternommen haben, durch Intervention bei anderen Dienststellen eine Zurückstellung zu erwirken. Es soll in geeigneter Weise bekannt gegeben werden, dass derartige Interventionen zu unterbleiben haben, da sonst die ganze Familie des zur Abwanderung bestimmten Juden, der eine solche Intervention veranlasst, mit zur Abwanderung gebracht werden wird.

Es wird ferner darüber berichtet, dass im Zusammenhang mit der Untersuchung von Lilienthal die Weisung erteilt worden ist, dass ärztliche Untersuchungen von Mitarbeitern der Zentrale der RV im Hinblick auf eine Abwanderung bei der Gesundheitsverwaltung der JKV Berlin nur veranlasst werden dürfen, nachdem hierzu das RSHA die Genehmigung erteilt hat.

4. Material für Theresienstadt

Herr Prüfer stellt die Aushändigung einer Liste von Gegenständen in Aussicht, die für Theresienstadt beschafft werden sollen. Eine besondere Sammlung von entbehrlichem Hausrat für Theresienstadt wird vorgesehen. Soweit in Werkstätten oder Einrichtungen der RV Gegenstände vorhanden sind, die für Theresienstadt in Betracht kommen, sollen sie hierfür gesondert erfasst werden. Hierzu sind auch elektrische Geräte der Einrichtungen in Berlin zu rechnen, die der Ablieferungspflicht unterliegen, wie z.B. Heizsonnen, Kocher, Kochplatten usw. in den Verwaltungsgebäuden. Sie sollen listenmässig erfasst werden, damit sie bei nächster Gelegenheit, möglichst per Schiff, nach Theresienstadt verfrachtet werden können.

Berlin, den 25.Juni 1942.

Dr. Paul Israel Eppstein

Berlin, den 27.Juni 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Bei einer Ruecksprache auf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin am 25.Juni d.Js.,(Herrn Pruefer) bei welcher anwesend waren fuer die RV Dr.Eppstein, fuer die JKV Berlin Henschel, Kozower, fuer die Gesundheitsverwaltung der JKV Berlin Dr.Lustig brachte Dr.Lustig und daraufhin auch Henschel folgendes zur Sprache:

Es wirke sich fuer die Arbeit unguenstig aus, dass die zum Abbau bestimmten Angestellten in ungewisser Lage weiter taetig seien. Herr Pruefer ordnete daraufhin die Einreichung von 3 Listen der zum Abbau bestimmten Angestellten an, naemlich:

1). derjenigen, deren Ehegatten seit laenger als dem 1.10.1941 im Arbeitseinsatz stehen, sodass mit ihrer Zurueckstellung von der Abwanderung zu rechnen sei,

2). derjenigen, welche nach den bekannten Grundsaetzen fuer eine Abwanderung nach Theresienstadt in Frage kamen,

3). derjenigen Angestellten, deren normaler Abwanderung keine Bedenken entgegenstehen.

Der Personalverwaltung wurde der Auftrag zur baldigen Aufstellung dieser Listen erteilt. Das bei der Wohnungsberatung vorhandene Material soll verwertet werden. Ausser den zum Abbau bestimmten Angestellten sollen auch die jetzt gekuendigten Lehrer nach den angegebenen 3 Richtungen aufgegliedert werden und ausserdem eine Anzahl Angestellte, deren Abbau in Aussicht zu nehmen ist.

Ergaenzend soll auch festgestellt werden, bei welchem der in Rede stehenden Angestellten im gleichen Haushalt wohnende Kinder und sonstige Angehoerige sich im Arbeitseinsatz befinden.

Israel

(Moritz Israel Henschel)

H. Dr. Eppstein

ABSCHRIFT

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, mit den Herren P r ü f e r, S t a r k und D o b b e r k e am 29.6.1942:
Anwesend ausser dem Unterzeichneten: Frau O b e r l ä n d e r.

I.

1. Die Zahl der Alterstransporte und ihrer Teilnehmer muss gesteigert werden, und zwar 100 pro Tag an 5 Tagen in der Woche, von Montag bis Freitag.
Um genügend Raum für die Aufnahme der zur Abwanderung Vorgesehenen zu schaffen, sollen aus dem Altersheim ebenso, wenn der Platz dafür erforderlich ist, von der Möbelkammer Sachen nach der Johannisstrasse gebracht werden. Es ist darauf zu achten, dass sie von dort aus gleich verkauft werden.
Es muss eine zweite Kolonne mit 21 Personen gebildet werden, die mit der bereits bestehenden Kolonne umschichtig arbeitet. Diese neue Kolonne soll mit Helfern der alten Kolonne gemischt werden, ebenso wie der aus der alten Kolonne wegfallende Teil durch Lehrer und andere Helfer ersetzt werden soll.

Die Einschleusung soll am Sonnabend für Montag, Montag für Dienstag usw. stattfinden. Es sollen für jeden Transport 120 Personen herangeholt werden.

Grössere Transporte sind nicht zu erwarten, eventuell ein Teiltransport.

Auf Anruf erklärte die Reichsbahn, dass zu dem Zug um 6.07 Uhr nur 5 x 1 Wagen für 50 Personen gestellt werden könne, während von der Aufsichtsbehörde der Abtransport von 500 - 5 x 100 Transportteilnehmern verlangt werde.
Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, will am 30.6.1942 mit der Reichsbahn noch die Gestellungsmöglichkeiten für Wagen besprechen und am 30.6.1942 weitere Weisung erteilen, eventuell soll versucht werden, dem Mittagszug, der etwa um 21 Uhr in Theresienstadt ist, 2 Wagen für 100 Transportteilnehmer anzuhängen.
Frau O b e r l ä n d e r und Frau B r a u n sollen durch Frau A b r a h a m s o n und Fräulein H o l l ä n d e r entlastet werden.

2. Von der nächsten Woche ab sollen die Schecks für die Altertransporte stets am Freitag für die vergangene Woche übersandt werden.

3. Die Abwanderung der Behandler Dr. H i r s c h f e l d und Dr. Julius Jarmel K o s e s ist vom R.S.H.A. angeordnet, daher ist eine Zurückstellung von Dr. Hirschfeld trotz des Umstandes, dass er in seiner Gegend der einzige zugelassene Behandler ist, nicht möglich.

4. Herr Prüfer weist darauf hin, dass im Krankenhaus von Inspektor C h a r k e l die Aufsichtsdamen zurückgehalten und die eigentlichen Arbeitskräfte abgeschoben worden sind.

II.

VERSCHIEDENES:

1. Es wurde gebeten, die Zulassung der Friseure zu regeln.

Herr Krüger ersuchte, aus dem zum Abbau vorgesehenen Personal folgende Kräfte für den Arbeitseinsatz zur Verfügung zu stellen:

1. 4 Leute für den Spediteur Böttcher,

2. 10 Leute als Ersatz für zur Absonderung gelangte Personen aus dem Arbeitseinsatz,

3. 16 bis 17 Personen als Ersatz für die zur Ausübung des Friseur-Gewerbes aus dem Arbeitseinsatz herauszuziehenden Friseure.

30. 6. 1942

Ko/Ro. Philipp Israel Kozower

Je 1 Durchschlag erhalten:

Herr Menschel,
Herr Dr. Eppstein,
Herr Freindler,
Fräulein Dr. Hosse,
Herr Dr. Mendelsohn,
Herr Gerhard Israel Cohn,
Herr Kleemann.

30. Juni 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28/30
B e r l i n C 2

Betrifft: Organisation

Unter Bezugnahme auf den Vortrag am 25.ds.Mts. gestatten wir uns, anforderungsgemäss in der Anlage den vom Reichssicherheitshauptamt genehmigten Organisationsplan für die Zentrale der Reichsvereinigung und die Jüdische Kultusvereinigung Berlin zu überreichen.

Hierzu wird, wie vorgetragen, berichtet: Im Vollzug der angeordneten Reorganisation sind neun der bisher noch selbständig bestehenden Jüdischen Kultusvereinigungen (Beuthen, Dortmund, Dresden, Essen, Köln, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg) mit sofortiger Wirkung der Verwaltung der zuständigen Bezirksstellen zu unterstellen, und zwar ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die formelle Eingliederung gemäss § 5 der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz angeordnet werden wird. Danach erstreckt sich künftig die Verwaltung der Reichsvereinigung (statt auf 30) auf 17 Aussenstellen, nämlich 13 Bezirksstellen und 4 Jüdische Kultusvereinigungen (Berlin, Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg).

Die Verwaltung der Zentrale der Reichsvereinigung soll statt in drei in zwei Stockwerken im Hause Kantstrasse 158 zusammengefasst werden. Alsdann wird eine Zusammenlegung der Verwaltung möglichst in einem Gebäudekomplex durchzuführen sein. Auch nach der räumlichen Zusammenlegung soll die Reichsvereinigung als Zentralorganisation getrennt von der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin verwaltet werden, unbeschadet der Personalunion im Vorstand. Das Personal ist im Verhältnis zur Verringerung der Anzahl der Juden und der zu leistenden Arbeiten unter Anlegung eines strengen Massstabs zu vermindern. Zur praktischen Durchführung des Personalabbaus sollen die Abteilungsleiter verantwortlich zugezogen werden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLand

gez. Paul Israel Eppstein

Anlage

Abschrift

30. Juni 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28/30
B e r l i n C 2

Betrifft: Benennung eines Krankenbehandlers für Mackeim
(Staatspolizeileitstelle Zichenau-Schröttersburg)

Unter Bezugnahme auf die heutige fernmündliche Meldung berichten wir im Vollzug des am 29.ds.Mts. durch das Reichssicherheitshauptamt erteilten Auftrags, dass als Krankenbehandler für Mackeim auf Vorschlag der Gesundheitsverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin in Betracht kommt:

Dr. H i r s c h f e l d , Max Moses Israel
geb.18.9.1875 in Berlin D.R.
Kennort Berlin Kenn-Nr.A 528962
zuletzt wohnhaft Bülowstrasse 17

Ehefrau Hirschfeld, Margarete Sara geb.Friedeberg
geb.18.4.1878 in Stettin D.R.
Kennort Berlin Kenn-Nr.A 528966
zuletzt wohnhaft Bülowstrasse 17

beide zurzeit Grosse Hamburgerstrasse 27.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

gez. Paul Israel Eppstein

Gesundheitsverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin
z.Hd. von Herrn Dr. L u s t i g

zur Kenntnisnahme

Dem Reichsministerium des Innern
Reichssicherheitshauptamt
Kurfürstenstrasse 115/116
B e r l i n W 62

im Vollzug des am 29.ds.Mts. erteilten Auftrags überreicht.

Berlin, den 30.Juni 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Personenzahl der jüdischen Bevölkerung in Berlin

	Bezirk		Einwohnerzahl
1)	IX	Wilmersdorf	11.700
2)	VII	Charlottenburg	10.400
3)	I	Mitte	10.000
4)	XI	Schöneberg	9.075
5)	IV	Prenzlauer Berg	7.910
6)	II	Tiergarten	4.460
7)	V	Horst Wessel	3.300
8)	VI	Kreuzberg	2.240
9)	XIV	Neukölln	1.080
10)	III	Wedding	916
11)	XII	Steglitz	900
12)	XIX	Pankow	504
13)	X	Zehlendorf	362
14)	XIII	Tempelhof	352
15)	XVII	Lichtenberg	340
16)	XVI	Köpenick	288
17)	XVIII	Weissensee	286
18)	XV	Treptow	265
19)	XX	Reinickendorf	180
20)	VIII	Spandau	162
		insgesamt:	64.720

Bezirk		Einwohnerzahl
I	Mitte	10.000
II	Tiergarten	4.460
III	Wedding	916
IV	Prenzlauer Berg	7.910
V	Horst Wessel	3.300
VI	Kreuzberg	2.240
VII	Charlottenburg	10.400
VIII	Spandau	162
IX	Wilmersdorf	11.700
X	Zehlendorf	362
XI	Schöneberg	9.075
XII	Steglitz	900
XIII	Tempelhof	352
XIV	Neukölln	1.080
XV	Treptow	265
XVI	Köpenick	268
XVII	Lichtenberg	340
XVIII	Weissensee	286
XIX	Pankow	504
XX	Reinickendorf	180
		64.720

Gesamteinwohnerzahl in Berlin
Juni 1941 73.842

200

F 9

RW

Akten notizen
&
Schriftverkehr

(30.6 – 31.12.42)

Berlin, den 2.Juli 1942 122
Be./Dal.

Aktennotiz:

Ruecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Pruefer).

I.

~~Haut~~ Der Zusammenkunft mit den Herren vom Propagandaministerium und von der Reichshauptstadt auf dem Grundstueck Kaiserstr.29/30 wird berichtet, dass uns als Raeumungstermin fuer das gesamte Grundstueck -unter Verzicht auf die Teilraeumung des II. und III. Stockwerks- der 13.Juli d.Js. gesetzt worden ist. Ausgenommen sind die an die Firma Otto Scheidt vermieteten Grundstuecksteile.

II.

Es wird berichtet, dass der Bezirksbuergermeister Charlottenburg Vertreter der JKV zum 9.7.1942 zur Verhandlung ueber Verkaufsbedingungen wegen Pestalozzistr.14/15 eingeladen hat.

III.

Ueber die erneute Besichtigung von Chorinerstr.26 wird berichtet. Im Anschluss hieran wird vorgetragen, dass Lindenstr.48/50, wohin das Jugendwohnheim aus Luetzowstr.16 verlegt werden sollte, vorsorglich fuer die Kleiderkammer freigehalten werden solle. Gegen den Plan, das Wohnheim Luetzowstrasse zusammen mit dem Jugendwohnheim Wilsnackerstr.3 nach Rosenthalerstrasse zu verlegen, -unter Herausnahme der nicht unbedingt heimbeduerftigen jungen Leute- erhebt Herr Pruefer keine Bedenken.

IV.

Das Rundschreiben der RV ueber Heimeinkaufsvertraege wird vorgezeigt.

V.

Bei Vorlegung des Rundschreibens der RV ueber Veraeusserung von Heiminventar fragt Herr Pruefer, ob die Wirtschaftsgruppe Gebrauchtwarenhandel auch hier einzuschalten sei.

Unter Uebersendung von 2 Stuecken des Rundschreibens wird der nach Erkundigung beim Reichssicherheitshauptamt gegebene Bescheid der RV mitgeteilt, dass die Notwendigkeit der Einschaltung der Wirtschaftsgruppe Gebrauchtwarenhandel sich nur auf die Verkaeufe der Moebelkammer beziehe.

Herr Pruefer ersucht, Schlaeuche, welche bei Heimraeumungen entbehrlich werden, an den Reichsverband der Kleingaertner zu verkaufen; die Anschrift ist bei Herrn Paelicke zu erfragen.

VI.

Herr Pruefer gibt bekannt, dass waehrend seines Urlaubs ihn im allgemeinen Herr Stark vertritt, jedoch in Angelegenheiten der Verladung

nach Theresienstadt, der Veraeusserung von Heiminventar und in Angelegenheiten der Spinnstoffsammlung Herr Handen.

VII.

Zum Personalabbau wurde berichtet, dass zur Zeit neue Stellenplaene, die sich auf den unbedingt notwendigen Personalbedarf erstrecken sollen, eingefordert werden. Die abzubauenden Mitarbeiter sollen wie bisher auf einer Liste eingereicht, in Zukunft aber nicht mehr in ihrer bisherigen Stellung belassen, sondern sofort zur besonderen Verwendung an Stellen eingesetzt werden, an denen ein besonderer Personalmangel bemerkbar wird. Herr Pruefer erhebt hiergegen keine Bedenken und macht bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf aufmerksam, dass es sich nicht empfehle, Mitarbeiter, welche in Mischehen leben, zur Entlassung zu bringen. In der Arbeit wenig brauchbare Kriegsbeschaedigte koennen zur Abwanderung nach Theresienstadt vorgeschlagen werden.

gez. Moritz Israel Henschel

H H Epstein

Telefonischer Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herr Stark, am 3.7.1942:

1. Herr Stark ersuchte um Angabe der Anzahl der Juden in Berlin nach dem Stande vom 31.5.1942.

2. Herrn Eichmann (Gestapo) wurde aufgefordert, den Stand per 30.6.1942 anzugeben.
Er erklärte zunächst, auf Grund seiner Fortschreibungen gegen Ende Juni etwa vom 30.6.1942 in Berlin noch Juden vorhanden:

Stammträger	41 [illegible]
Nicht-Stammträger	1[illegible]4
	54 180.

Ich wies darauf hin, dass diese Zahlen mit der statistischen Abteilung der Reichsvereinigung - Dr. Simon - abgestimmt werden müssen und rief nochmals Herrn Dr. Simon an.

3. Herr Dr. Simon erklärte mir auf Befragen, seiner Berechnung nach seien nur im ganzen 53 850 Juden in Berlin. Ich ersuchte Herrn Dr. Simon, sich mit Herrn Eichmann in Verbindung zu setzen und die Zahlen abzustimmen.

4. Herr Dr. Simon gab mir nach einiger Zeit das Resultat der Abstimmung dahin bekannt, dass nach dem Stande vom 30.6.1942 54 000 Juden vorhanden seien.

5. Diese Zahl wurde nochmals mit Herrn Eichmann abgestimmt, der die Zahl der Stammträger im Reich mit 41 107 und der Nicht-Stammträger mit 1 899
insgesamt also mit 54 006
angab.

6. Diese Zahl wurde telefonisch Herrn Stark durchgegeben, der sie für die Vormeldungen benötigte.

7. Bei dieser Gelegenheit wurde gebeten, folgende gestern besprochenen Sachen zur Entscheidung zu bringen:

a) Entlassung der festgenommenen Schwester von Leo Herzel Kreindler- Chaja Sara Kreindler, geb. 17. .1893,
b) die Verpflegung der Altersfransport-Teilnehmer im Lager mit Kaffee,
c) die Zulassung jüdischer Friseure durch die Gewerbe-Polizei und ihre Freimachung durch das Arbeitsamt.

Herr Stark sagte zu, diese Sachen heute zur Erledigung zu bringen.

1. 7. 42
Fo/Ro.

Philipp Herzel Kozower

Je 1 Durchschlag erhalten:
Herr Menschel,
Herr Dr. Epstein,
Herr Dr. Blumenthal,
Herr Dr. Simon, R.V.
Herr Dr. Mendelsohn,
Fräulein Dr. Mosse,
Herr Mannheim.

IX Ma/Ps 3.7.42 119

Auf Anruf d r Herren Henschel und Kozower hat die Katasterverwaltung in Übereinstimmung mit der Statistischen Abteilung der Reichsvereinigung den Stand der Juden in Berlin als Stand vom 30.6.42, wie folgt, angegeben:

Sternträger:	41 167
Nichtsternträger:	12 899
	54 066

Kataster-Verwaltung

gez. Israel Mannheim

Herrn Henschel
Herrn Kozower
Herrn Dr. Blumenthal
Herrn Dr. Wendelsohn
Fräulein Dr. Mosse
Herrn Dr. Simon (Stat. Abtlg.)
Herrn Dr. Eppstein

162

Im Kommissariat abgeb.
am 15.8. in der Le-
vetzowstrasse übergeben
gemäss Aufforderung
15/8

Abschrift:-

Berlin, den 9.Juli 1942.

Reichsvereinigung der Juden
z.H. des Herrn SIMONIS Berlin-Charlottenburg
Kantstr.158.

Sehr geehrter Herr Simonis!

Im Anschluss an mein Telefongespräch vom 8.d.Mts. bitte ich Folgendes zur Kenntnis zu nehmen.

Mein Ihnen zur Weitergabe vorliegendes Gesuch nebst Urkunden und beglaubigten Zeugnissen wurde nach Rücksprache und Anweisung der Geheimen Staatspolizei, Leitstelle Berlin, Burgstraße, angefertigt. Es wurde dann dort vorgelegt und mir aufgegeben, es an den Herrn Reichsminister des Innern einzusenden.

Hochachtungsvoll

gez.: Karl Israel Lissner

Berlin, N.O.55, Hufelandstr.16.

STATO

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, mit den Herren Kommissar S t ü b b s und P r ü f e r am 21.7.1942:
Anwesend: Herr H a n s c h e l und der Unterzeichnete.

1. Es wurde darüber berichtet, dass bei der Durchschleusung am 21.7.1942 im Altersheim den Hospitaliten erhebliche Teile des Inhalts ihres Gepäcks von Herrn Polizeirat P r o k o p en Beschlag genommen worden sind.

2. Ueber den Kölner Transport, der am 21.7.1942 durch Berlin kam, wurde berichtet.

3. Es wurde unter Vorlegung der in Frage kommenden Formulare über die Art der Mitteilung auf Genehmigung zu Verfügungen berichtet. Herr Kommissar Stübbs bemerkte, er habe deswegen vor einigen Tagen angefragt, weil eine Versicherungsgesellschaft, von welcher die Versicherung zurückgekauft wurde, angefragt habe, ob es richtig sei, dass die Mitteilung über die Verfügungserlaubnis an den Antragsteller wieder zurückgehe und nicht bei der auszuzahlenden Stelle verbleibe. Hierzu wurde auf die seinerzeit erteilte Anweisung des R. . .A. verwiesen. Herr Kommissar Stübbs legte keinen Wert darauf, das Material über die Verfügungsbeschränkung zu erhalten, da er dieses Material bereits in Besitz hat.

4. Es wurde eine Reihe von Grundstücksachen besprochen.

5. Ueber das Schreiben des Polizeipräsidiums Abt. .. betr. Bestattung russischer Kriegsgefangener wurde berichtet. Es wurde erklärt, dass die Uebersendung einer Abschrift des Schriftwechsels sich erübrigt.

6. Es wurden die Fragen der Verpflegung und des Stellenplanes erörtert. Es wurde Anweisung erteilt, weiter nicht zu entlassen. Im Altersheim Gr. Hamburgerstrasse sollen drei Kolonnen eingerichtet werden. Die Kosten hierfür soll auf Etat: Behördenarbeit gebracht werden.
Die Spinnstoffsammlung, über haupt die Sammlung der abgegebenen Sachen soll schnellstens in Ordnung gebracht werden. Es soll eine Liste der nicht etatsmässig beschäftigten Angestellten mit einer besonderen Spalte eingereicht werden, in der vermerkt ist, wo diese Angestellten beschäftigt werden.

7. Ueber die Unregelmässigkeiten im Kataster wurde berichtet. Die daraus zu folgernden Massnahmen wurden erörtert.

8. Herr Prüfer wies darauf hin, dass bei der Altersheimverwaltung bezüglich der Hospitaliten auch nicht korrekt verfahren sei; auch hierwurden Massnahmen erörtert.

9. Frau O b e r l ä n d e r soll von den Arbeiten im Altersheim Artilleriestrasse freigestellt werden, damit sie ganz für die Arbeiten bei den Alterstransporten eingesetzt werden kann, sie kann in der Artilleriestrasse wohnen bleiben.

10. Gegen das Ausscheiden von drei Angestellten, die in privilegierter Mischehe leben, u.a. Max Israel Heymann, bestehen keine Bedenken, sie können entlassen werden.

11. Wegen Dr. Siegfried Israel B l o c h, soll beim Regierungspräsidenten, Medizinalabteilung Litzmannstadt rückgefragt werden, und zwar wegen der Wohnung, die immer noch leer steht, und für die Miete von einem nicht bekannten

bekannten Beauftragten gezahlt wird. Es soll bei der Bank festgestellt werden, wer der Beauftragte ist. Ferner ist bei der Hauptkasse nachzufragen, ob der derzeitige Wohnsitz von Dr. Bloch bekannt ist, ebenso soll bei der Post entsprechend nachgefragt werden. Hierbei bestehen keine Bedenken dagegen, dass auf die Anweisung der Betrag direkt überwiesen wird. Es kann auch darauf hingewiesen werden, dass es sich lediglich um die Bestätigung der Auszahlung handelt.
(Abschrift der vorigen Nummer mit Vorgang an den Herrn Präs. d. RV. mit der Bitte um weitere Veranlassung und der o.t.- Bericht 1.42 Bericht von Simonis, eventuell einsenden).

11. Gegen die Ueberweisung der Lebensversicherung an Herrn [illegible] Wrachau, bestehen keine Bedenken; [illegible] senden- erl.27.7.42).

12. An den OBJ.dürfen auch für die in der Zeit der [illegible] vom 14.7.19 2 erwachsenen Handwerkeraufträge keine Zahlungen für Instandsetzungsarbeiten erfolgen. Der OBJ. ist unter Prüfung auf [illegible] solche Stelle wegen Einziehung dieser Beträge an [illegible] zu verweisen.
(Abschrift dieser Nummer an den Herr [illegible] unter Bezugnahme auf den Bericht vom 14.7.1942 [illegible] Vorgang).

14. Die zusätzlichen Beerdigungskosten [illegible] Herrn Simonis gezahlt werden, bestehen nicht, [illegible] der Wohlfahrtspfleger AGR.i.R. Kaphengst ist von der [illegible] stelle das Erforderliche eröffnet worden.

15. Den arischen Beerdigungsinstituten soll in [illegible] genommen werden, dass Juden nur auf jüdischen Friedhöfen beerdigt werden dürfen. Die RV. soll einen Erlass einer solchen Anordnung an die arischen Beerdigungsinstitute für das Reich beim RMdI. anregen.
(Abschrift der vorigen Nummer an die Herren Dr.Blumenthal, Dr.Braun, Baruch Brasse).

16. In dem Fall Bäume Jemuel Guttmann, Treptowerstr. 9 kann die von dem Abgewanderten Guttmann zurückgelassene [illegible] und verwendet werden, soweit sie noch brauchbar ist, im übrigen kann sie zur Spinnstoffsammlung genommen werden.
(Abschrift der vorigen Nummer mit Vorgang [illegible] Abt.Versorgungswesen-Gerhard Jemuel Cohn).

17. Die Festnahme der unbekannten Helferin [illegible] Lobstockstrasse ist erfolgt, weil sie in der Küche 5 Zentner [illegible] verkommen lassen und dieses Gemüse dann für RM. 10.-- verkauft hat.

18. Das Rückgepäck [illegible] und Emil Hirsch beider Selbstmordfälle von Leuten, die für den 16.Transport erfasst waren), soll zu dem Sondergepäck Thielsch über genommen und entsprechend der übrigen Sondergepäck verwendet werden.
(Abschrift der vorigen Nummer an die Herren Dr.Leo Baeck und G.J.Cohn).

19. Es wurde darüber berichtet, dass die Firma Schmidt & Co., Greifswalderstrasse 140/141 die ihr von der Möbelkammer nur vorübergehend überlassenen Räume noch nicht wieder zur Verfügung gestellt hat, Herr Prüfer will sich mit der Firma deswegen nochmals in Verbindung setzen.

20. Es ist die Erteilung weiterer Fahrerlaubnisse an die Hilfsarbeiter der JKV. möglich; soweit die Fahrerlaubnisse eine gewisse Zeit lang nicht benötigt werden, sollen sie von den Abteilungsleitern unter Verschluss genommen werden.

werden.

20. Es wurde die Frage erortert, ob für die schwer transportierbaren Transportteilnehmer nicht ein grösserer Dampfer zur Verfügung gestellt werden kann, der die Elbe aufwärts ins Protektorat fährt.

21. Abschrift der vorigen Nummer an die

Herren Hensthel,
Dr. Eppstein,
Freindler.

17.4.2
Fo/Ro.

Philipp Jarrel Kohower

Kopie fuer:
Hr.Dr.E p p s t e i n

Berlin, den 21.Juli 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Rueckspracha bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Kommissar Stuebbs und Herr Pruefer), von der Kultusvereinigung: Henschel, Kozower.

1). Henschel berichtete ueber Grundstuecksangelegenheiten. Bei Erwaehnung der ueber Pestalozzistr.14/15 schwebenden Kaufverhandlungen mit dem Bezirksamt Charlottenburg wurde auf die Moeglichkeit hingewiesen, die dort befindliche Waescherei -wenn der Bedarf der Altersheime zurueckgeht- fuer das juedische Publikum in Benutzung zu nehmen. Herr Kommissar Stuebbs bemerkte dazu, dass eine Notwendigkeit nur dann bestehen wuerde, wenn die Familienangehoerigen saemtlich im Arbeitseinsatz stehen.

2). Henschel berichtete ueber die neuerdings vorgenommenen Kuerzungen an den Kontingenten, insbesondere im Verwaltungskontingent und ueber die dadurch wieder besonders dringlich gewordenen Personalabbaufragen. Es wurde die Weisung gegeben, die in den einzelnen Dienststellen nicht mehr benoetigten Mitarbeiter in eine Liste aufzunehmen und sie fuer Sonderarbeiten, welche im Auftrage der Leitstelle vorzunehmen sind, zu verwenden. Auf der Liste ist eine Spalte freizulassen. Die Liste ist der Leitstelle vorzulegen, die sie nach Kenntnisnahme wieder zurueckgibt. Das Gehalt fuer die auf der Liste stehenden Angestellten ist als Sonderzuweisung zu beantragen.

3). Es wurde ueber die Angelegenheit der nicht in die Listen der ueber 65jaehrigen aufgenommenen Mitarbeiter und Angehoerigen von Mitarbeitern berichtet. Das vom Vorstand eingeschlagene Verfahren wurde gebilligt.

4). Zum Ausscheiden der in privilegierter Mischehe lebenden Mitarbeiter Max Israel Heymann, Charlotte Sara Pasch und Sally Sara Rueckert wurde die Zustimmung erteilt.

5). Es wurde mitgeteilt, dass Fahrerlaubnisse fuer Kultusvereinigungsmitglieder, die zur Abwanderung kommen, nicht erteilt werden koennen, dass jedoch eine Anzahl von Dienstfahrbescheinigungen fuer Mitarbeiter zur Verfuegung stehen. Die Bescheinigungen sollen besonders an Mitarbeiter gegeben werden, die fuer Sonderarbeiten bei der Behoerde verwandt werden. Falls diese nicht fuer Sonderarbeiten eingesetzt sind, muessen die Bescheinigungen zurueckgegeben und vom Abteilungsleiter verwahrt werden. Es wurde die Anweisung erteilt, Frau Oberlaender von ihrer Taetigkeit als Heimleiterin in der Artilleriestrasse 31 bis auf weiteres freizustellen und sie ausschliesslich fuer die Altertransporte in der Gr.Hamburgerstr.26 einzusetzen. Frau O. behaelt ihre Wohnung in der Artilleriestrasse; fuer die Leitung des Altersheims ist eine Vertretung einzusetzen.

6). Herr Pruefer teilt mit, dass die gestern in Haft genommene Frau Frieda Sara Liepmann, geb.29.3.1871, wohnhaft Klopstockstr.24 in der Gemeinschaftsspeisung 2 Ztr. Gemuese habe verkommen lassen und den verbliebenen "Ramsch" fuer RM 10.- verkauft habe.

7). Henschel bat wiederholt um Entfernung der im Jahre 1938 beschlagnahmten Buecherei in den Raeumen der Gemeinschaftskueche Muenchener.-strasse. Erledigung wurde zugesagt.

gez.Moritz Israel Henschel

Kopie!

Berlin, den 25.Juli 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Rueckspracne bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).
Anwesend von der JKV Berlin: Henschel, Kozower.

1). Herr Pruefer bestaetigte auf Befragen, dass die Baulichkeiten Schoenhauser Allee 22/25 -Altersheim und Kindertagesheim- geraeumt werden muessen. Als Raeumungstermin wurde der 15.August d.Js. angegeben.

Durch fernmuendliche Rueckfrage wurde spaeter klargestellt, dass der 15.8.1942 der Raeumungstermin fuer die Insassen ist, waehrend die Freimachung von Mobilien und die Uebergabe bis zum 31.8.1942 zu erfolgen habe.

2). Herr Pruefer teilte mit, dass ueber Joachimsthalerstr.13 bisher keine Bestimmung getroffen sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass wir im esten dringend Raeume benoetigen.

3). Der Mitarbeiter Dr.Hans J.Freund, welcher eine 14taegige Gefaengnisstrafe wegen Nichtangabe des Vornamens Israel fuer das Fernsprechverzeichnis abzubuessen hat, ist zu entlassen.

4). Die Aufstellungen ueber die fuer die Alterstransporte und Sonderarbeiten bestimmten Mitarbeiter der JKV wurden vorgelegt und zurueckgegeben. Herr Pruefer bestimmte, dass die Listen laufend durch diejenigen Mitarbeiter, welche in den Dienststellen nicht mehr gebraucht werden, zu ergaenzen sind: der Abbau gehe fort und wenn es zur Abwanderung komme, wuerden uns weitere Weisungen gegeben werden.

5). Das mit Hertha Sara Arndt am 23.d.Mts. aufgenommene Protokoll, ferner das Protokoll ueber den Leumund der Arndt wurden uebergeben und von Herrn Pruefer gelesen. Das Protokoll ueber die Vernehmung der Mitarbeiter Mannheim, Kellmann, Koppenheim, Franke und Blumenthal wurde gleichfalls ueberreicht; Herr Pruefer erklaerte, es spaeter lesen zu wollen.

Herr Pruefer will sich ferner bei Herrn Markert, der nicht im Hause war, erkundigen, ob eine fruehere erstattete Anzeige ueber die Unregelmaessigkeiten im Kataster auch von Frl.Arndt ausgegangen sei.

Mit dem vom Vorstand ergriffenen Massnahmen erklaerte Herr Pruefer sich wiederholt einverstanden.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:
1). Dr.Epstein
2). Hr.Kozower
3). Hr.Kreindler
4). Dr.Mendelsohn
5). Dr.Blumenthal
6). Dr.Loewenthal

Berlin, den 29.Juli 1942
Me./Dal.

Aktennotiz:

Rueckspache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herr Kommissar Stubbe und Herr Truefer).
Von der Kultusvereinigung: Henschel, Kozower, Mannheim.

Der JKV wird der Auftrag erteilt, durch Abschrift aus dem Kataster eine Personalkartei saemtlicher Juden Berlins herzustellen.

Auf den Karten, welche der JKV geliefert werden, ist bei den betreffenden Vordrucken einzutragen: Name, Vorname, Geburtstag- und Ort, Beruf (urspruenglicher, wenn bekannt auch der jetzige, sonst Platz freilassen), Familienstand (bei Mischehen oder privilegierten Mischehen Stempelzusatz K. oder P.M.), Staatsangehoerigkeit (gegebenenfalls auch die fruehere), das Glaubensbekenntnis und die jetzige Wohnung.

Durch Diktatzeichen ist auf der Karte festzulegen, wer den Inhalt diktiert und wer ihn geschrieben hat. Die Karten der Sterntraeger sind durch einen aufgestempelten roten Stern, der in der Mitte unter II einzutragen ist, zu kennzeichnen.

Die Karten sind alphabetisch zu ordnen. Die Karten der Sterntraeger sind vorweg zu liefern.

Verdorbene Karten sind nicht zu vernichten, sondern zurueckzugeben.

Fuer die vom 31.7.1942 ab zur Abwanderung gelangenden Juden sind Karten auszufuellen-. Diese Karten sind sofort gesondert zu halten.

Die Kartei soll nach 3 Wochen geliefert werden. Die KV soll der JKV mit Personal beispringen. Herr Truefer ruft deshalb bei Dr. Eppstein an.

Es wird in Aussicht gestellt, dass in Zukunft die bei den Revieren zur Meldung gelangenden Veraenderungen ueber die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin dem Kataster der JKV zur Kenntnis gebracht werden sollen; desgleichen die Erklaerungen von Juden zu Mischlingen usw und dergl. Andererseits soll das Kataster alle ihm bekannt werdenden Veraenderungen der Kartei der Gestapo melden.

Der Auftrag wurde den Herren Dr.Mendelsohn, Blumenthal, Loewenthal in Gegenwart von Herrn Mannheim bekanntgegeben.

gez. Moritz Israel Henschel

Kopie fuer:
Herrn Dr.Eppstein
= = = = = = = = = = =

Kopie!

Berlin, den 31.Juli 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Rueecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).
Von der JKV Berlin anwesend: Henschel, Kozower.

1). Es wird ueber die Vorbereitungen fuer den Umzug der KV nach Oranienburgerstrasse bezw. Artilleriestrasse berichtet. Herr Pruefer weist darauf hin, dass wegen der Aufhebung mehrerer Altersheime und wegen Abwanderung zahlreicher Fuersorge-Unterstuetzungsempfaenger das Personal des Zentralbueros der Altersheime und die Mitarbeiterschaft in der Rosenstrasse stark verringert werden muesse. Das Zentralbuero und andere Einrichtungen koennten nach der Rosenstrasse verlegt werden. Eine Personalverminderung sei wegen der zum Verkauf gelangten Grundstuecke auch fuer die Bau- und Grundstueckabteilung vorzusehen; diese koenne vielleicht aus der Oranienburgerstrasse etwa nach der Artilleriestr.31 verlegt werden.

Das Kataster soll in der Oranienburgerstr.29 verbleiben.

Herr Pruefer ordnete an, dass der Entwurf eines Belegungsplanes fuer die Verwaltungsgebaeude der JKV nach Fertigstellung ihm alsbald vorgelegt werden solle; er wird dann die drei Vorstandsmitglieder der JKV zu einer Rueecksprache bestellen.

2). Der Bericht ueber die Benutzung eines oeffentlichen Fernsprechers durch die Aussenfuersorgerinnen Loewy und Zernik wurde uebergeben.

3). Herr Pruefer bewilligte die Erteilung von Fahrgenehmigungen an Mitarbeiterinnen in der Hauspflege in 4 besonders dringlichen Faellen.

Es wurden Angelegenheiten der Spinnstoffsammlung und der Abwanderung eingehend eroertert.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:
1). Dr. Epstein
2). Hr. Kozower
3). Hr. Kreindler
4). Dr. Mendelsohn

Auszug aus einer Notiz betr. Rücksprache mit den Herren Hansen und Prüfer bei der Geheimen Staatspolizei-Staatspolizeileitstelle Berlin- am 30.Juli 1942

6. Die Anmeldepflicht für Gebrauchsgegenstände soll in der Form der Anlage ersichtlichen Form durch Anhang an die Bekanntmachungstafeln veröffentlicht werden.

Die Anmeldepflicht ist erweitert auf Gebrauchsgegenstände, soweit sie sich im Privatbesitz von Juden befinden, d.h. nicht zum Hausrat gehören.

Herrn
Dr.Eppstein z.H.

übersandt

Bln., d.1.8.1942

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Verso[illegible]swesen

4. August 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28-30
B e r l i n C 2

Betrifft: Zwei Büroschränke und zwei Schreibmaschinentische

Im Vollzug der Anforderung vom 3.ds.Mts. werden aus dem Inventar der Zentrale der Reichsvereinigung zwei Büroschränke (2,05 x 1,32 x 53) mit je 20 Fächern sowie zwei Schreibmaschinentische (70 x 90 x 47) mit je einem Rollzug übergeben. Die Gegenstände sind weisungsgemäss mit einem Eigentumsvermerk der Reichsvereinigung versehen worden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Berlin NO 55, den 4. Aug 194 2
Greifswalder Str. 140.1 Fernsprecher 53 51 90

Mein
Frau
Fräul.

Rentenanweisung 110.
Kaulich 158

5122

1 Tr Hälfte rechts

bitten wir, die ~~uns zugegangene Spende~~ dem Wagenbegleiter gegen Bescheinigung freundlichst zu verabfolgen und nachstehendes Verzeichnis genau auszufüllen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.
Möbelkammer

Verzeichnis:

2 Sofrenka 1 10.- 2.- 20.-
2 Sofakissenbezüge

pro Burgh. II Tr Zimm 303
rechts

Name des Spenders

~~Mit bestem Dank~~ bestätigen wir den Empfang ~~obiger Spende~~.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V
Möbelkammer

Kurt Israel Rosenbaum
Unterschrift des Wagenbegleiters

Wohnhaft: Berlin A 358 80

30. 6. 42 St. & R.

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

5. August 1942

Betrifft: Heftmaschinen

Im Vollzug der heutigen Anforderung werden aus dem Inventar der Reichsvereinigung

5 Büroheftmaschinen 24/6 mit 5 Paketen Klammern

beigeschlossen übergeben.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

ABWANDERUNG:

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei / Staatspolizeileitstelle Berlin, am 29.7.1942 um 14 Uhr mit den Herren Kommissar S t ü b b e, P r ü f e r und D o b b e r k e:

1. Neben den jetzt laufenden Alterstransporten aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstrasse sind folgende Alterstransporte zu je 1000 Personen vorgesehen:

Am 17.8.1942,
14.9.1942,
5.10.1942.

Diese Transporte sollen in sämtlichen Altersheimen eingeschleust werden, es sollen sämtliche, zurzeit in den Altersheimen befindlichen 895 Insassen miterfasst und zur Abwanderung gebracht werden. Hierzu sollen die etwa noch fehlenden, bis zur Erreichung der Zahl von 1000 unter Berücksichtigung der Ausfälle- etwa 200 bis 300 Transportteilnehmer noch in die Altersheime gelegt werden, die nach Auskunft des Zentralbüros der Altersheime eine Gesamt-Belegungsstärke von 1317 haben.
Im einzelnen stellt sich die Belegung und Belegungsstärke wie folgt:

Köpenick	(80)	75
Schönhauser Allee	(175)	163
Gerlachstrasse	(204)	182
Artilleriestrasse	(180)	140
Gr.Hamburgerstrasse	(300)	-
Friedenstrasse	(50)	39
Brunnenstrasse	(66)	63
Germanenstrasse	(108)	87
Weissensee-Parkstr.	(154)	146
	(1317)	895.

Alle Altersheime sind zu diesem Zweck voll zu belegen.
Mit Rücksicht auf diese Aufgabe soll auch die Räumung der Schönhauser Allee erst nach dem 17.8.1942 beginnen. Die Durchschleusung soll in den Altersheimen erfolgen. Von dort aus geschieht auch die Verladung zum Bahnhof auf Kraftwagen der Fuhrbereitschaft.
Mit Rücksicht auf die grossen Transporte sollen die laufenden Alterstransporte am 14., 17. und 18.9.1942 in Fortfall kommen.
Im Altersheim Köpenick soll alles erfasst werden, was in der dortigen Gegend wohnt: So z.B. Alle Einwohner von Grünau, Karlshorst, Lichtenberg, Friedrichshagen, Friedrichsfelde. Die Verladung an die Bahn soll dann vom Lehrter Güterbahnhof erfolgen.
Das Ziel des grossen Alterstransports ist ebenfalls Theresienstadt.
Aus den Altersheimen sollen mit Rücksicht auf den grossen Transport für die laufenden Transporte jetzt keine Abholungen nach dem Altersheim Gr.Hamburgerstrasse mehr erfolgen.

2. Ausser den laufenden und den grossen Alterstransporten sind für den Monat August 1942 noch folgende grosse Osttransporte a 1000 Transportteilnehmer vorgesehen.

Am 15.8.und am 21.8. 1942.

Woher die Teilnehmer für diese Osttransporte genommen werden sollen, wird noch geklärt werden.
Herr Dobberke wies darauf hin, dass nach dem bisher vorliegenden Material und den bisherigen Grundsätzen mit kaum mehr als 300 Transportteilnehmern zu rechnen ist. Mit Rücksicht hierauf sollen behördlich die Fragen der Heranziehung im Arbeitseinsatz Befindlicher und in Mischehe Lebender geklärt werden.

Der

Der Unterzeichnete wies darauf hin, dass die Teilnehmerzahl von 1000 auch erreicht werden könnte, wenn ausser den Häftlingen auch die in Konzentrationslägern Internierten mit ihren Angehörigen mit diesem Transport zur Abwanderung gebracht werden könnten. Auf diese Möglichkeit wollte Herr Kommissar S t ü b b e bei der behördlichen Besprechung noch besonders hinweisen.

3. In Ergänzung zu der Besprechung vom 29.7.1942 wegen des Katasters wurde erklärt, es soll auch vom Arbeitsamt, Nebenstelle für Juden, das Material über die im Arbeitseinsatz befindlichen beschafft werden. Auf Grund dieses Materials soll dann in die Kartei auch die Arbeitsstätte eingetragen werden, die dann auch der J.K.V. bekanntgegeben wird.

4. Auf Vortrag wurde ersucht, dem Mitarbeiter Walter Israel M e n d e l s o h n, Rudolstädterstr. 117, die Räumungserlaubnis zu erteilen und ihm eine andere Wohnung nachzuweisen.

5. Der Inhalt dieser Notiz wurde als streng vertraulich am 29.7.1942 den Herren H e n s c h e l, Dr. E p p s t e i n, K r e i n d l e r, Fräulein Dr. M o s s e, Frau M e n d e l s o h n Herrn K l e e m a n n,

mitgeteilt.

8.42
Ko/Ro.

Philipp Israel Kozower

Berlin, den 6.August 1942
Be./Dal.

Aktennotiz. Besprechung bei Geh.Staatsp., Staatsp.-Leitst.Berlin (Hr.Prüfer). Von JKV: Henschel, Kozower, Gerh.Cohn.

1). Es wird ueber die erfolgte Besichtigung des Dampfers "Moldau" berichtet, welcher mit Nähmaschinen, Matratzen usw. nach Theresienstadt abgefertigt wird.

2). Auf Anfrage erklaert Herr Pruefer, dass es wegen der in einzelnen Einrichtungen gewahrten rituellen (fleischlosen) Verpflegung sein Bewenden behalten koenne.

3). Bericht ueber das gegen Dr.Julius Israel Blumenthal eingeleitete Verfahren wegen Nichtbeifuegung des Kennkartenvermerks unter einer fuer die JKV gemachten Eingabe wird ueberreicht.

4). Herr Pruefer gibt die Erlaubnis, dass arische Besucher der Bau- und Grundstuecksabteilung ohne Vorlegung einer besonderen Ermaechtigung vorgelassen werden duerfen.

5). Es wird ueber die gegen einen Mitarbeiter der JKV unter dem offenbar falschen Namen "Lia Rosen" bei P.P.II erstattete Anzeige und die dazu getroffenen Feststellungen berichtet. Herr Pruefer gibt die Weisung, einen entsprechenden Bericht an P.P.II zu erstatten.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:
1). Dr. Eppstein
2). Hr. Kozower
3). Hr. Kreindler
4). Hr. Mendelsonn
5). Hr. Gerhard Cohn

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, mit Herrn Dr. Hoffmeyer, der den Unterzeichneten zum 4.8.1942 bestellt hatte.

1. Verpflegungsgegenstände: Mit dem Osttransport am 15.8.1942 sind 3 Waggons Koks mitzusenden. Von wo der Transport abgeht, ist noch nicht bestimmt und wird noch mitgeteilt werden.

2. Für den Osttransport ist wieder, wie bei den früheren Osttransporten, volle Verpflegung für 3 Wochen mitzunehmen, und zwar ausser alle Lebensmittel einschliesslich Fette, Gewürze u.ähnl.

3. Beförderung: Wegen der Zugzusammensetzung soll unser Israel Salomon am 6.8.1942 zur Staatspolizeileitstelle kommen.

4. Möbelkammer: Die von der RV. der Staatspolizeileitstelle zur Verfügung gestellten Schränke sollen als Leihsachen behandelt und gekennzeichnet werden, sie sollen innen mit festgeklebten Schildern "Eigentum der RV" versehen werden.
(Dies ist telefonisch von mir Herrn Dr. Eppstein am 4.8.1942 mitgeteilt worden).

5. Es werden weiterhin leihweise 4 bis 5 verschliessbare Schreibtische für das Zimmer 333 der Staatspolizeileitstelle benötigt, eventuell sind solche diese von der RV. zu beschaffen.

6. Weiter in wird ein grösserer Kleiderschrank leihweise benötigt, in dem 5 bis 6 Leute ihre Garderobe aufbewahren können. Es ist möglichst ein Kleiderschrank mit Stange zum Aufhängen von Bügeln zur Verfügung zu stellen.

7. Auf den Rote Kreuz-Brief von Julius Davidsohn ist zu erwidern, dass Frau Davidsohn gesund ist und sich in Berlin befindet.

8. David Israel Heimann soll aus dem Polizeigefängnis zur Abwanderung für einen Alterstransport eingeteilt werden.

18.8.42

Ko/Bo.

Philipp Israel Kozower

Herrn Henschel,
Herrn Dr. Eppstein,
Herrn Kreindler,
Fräulein Dr. Wosse,
Herrn Dr. Mendelsohn,
Herrn Gerhard Israel Cohn.

ERFASSUNGSSTELLE

I. Am 4.8.1942 hatten sich in der Rosenstrasse zur Besichtigung der sort aufgestellten abgegebenen Ferngläser ein Obersturmführer und ein Herr in Zivil vom RSHA. sowie von der Staatspolizeileitstelle die Herren Kommissar S t ü b b s und P r ü f e r eingefunden.
Anwesend von der JKV.Berlin ausser dem Unterzeichneten die Herren Gerhard Israel C o h n und U r b a c h.
Es fand eine Besichtigung der Ferngläser durch die Herren von den Behörden statt. Es wurden schliesslich nach Durchprüfung der besten Ferngläser 13 Ferngläser ausgesucht und ausgehändigt.
Je 1 Durchschlag der Aufstellung der Ferngläser (mit Angabe der Nummern) wurde den Beteiligten ausgehändigt, ein Durchschlag verblieb der Erfassungsstelle und wurde Herrn Gerhard Israel Cohn übergeben.
Die Herren Kommissar St ü b b s und Prüfer besichtigten den Hof des Verwaltungsgebäudes und die alte Synagoge, in der die ersten von der Levetzowstrasse hierher transportierten abgegebenen Spinnstoffwaren bereits sortiert eingelagert waren.

Philipp Israel Kozower

16. 8.42
Ko/Ro.

Herr Henschel,
Herr Dr. Epstein,
Herr Gerhard Israel Cohn,
Herr Kreindler.

Berlin, den 18. August 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Nach vorheriger Ankuendigung erschien Herr P r u e f e r um 14 Uhr 15 Min. im Verwaltungsgebaeude Rosenstrasse. Im Zimmer von Dr. Lamm hatten sich gemaess erfolgter Weisung eingefunden die Vorstandsmitglieder Henschel, Kozower sowie der Leiter der Personalabteilung Dr. Loewenthal und die Abteilungsleiter der Fuersorge, naemlich: die Damen Henschke, Israel, Prochownik, Silbermann und die Herren Friedlaender, Kleemann, Dr. Lamm, Rockmann, Walter. (Der Beauftragte des Vorstandes fuer die Abteilung Fuersorge, Herr Kreindler, war wegen des immer am Dienstag nachmittag erforderlichen Besuches der Druckerei des Juedischen Nachrichtenblattes entschuldigt).

1). Herr Pruefer wiederholte seine bereits am Vormittag Herrn Kozower und Frl. Dr. Mosse gemachte Mitteilung, dass die JKV bis zu 150 besoldete und unbesoldete Mitarbeiter und Wohlfahrtspflichtarbeiter abzubauen habe, wobei darauf zu achten sei, dass die Personen fuer den Abtransport nach dem Osten geeignet sind. Es sollen also auch nicht solche Mitarbeiter ausgewaehlt werden, deren Ehegatten im Arbeitseinsatz stehen. Der Abbau muesse vorwiegend aus den Mitarbeitern der Abteilung Fuersorge erfolgen, weil die Aufgaben gerade dieser Abteilung durch die Abwanderung sich erheblich verringert haetten.

Es soll ferner eine Liste solcher Juden aufgestellt werden, welche Wohlfahrtsunterstuetzung beziehen und nicht in Arbeit stehen, im uebrigen aber den Bedingungen fuer den Abtransport nach dem Osten entsprechen. Falls es sich hierbei um eine grosse Anzahl von Personen handle, wuerde es vielleicht moeglich sein, den sofortigen Personalabbau nur in einem etwas verringerten Maasse vorzunehmen.

Es wurden sodann die Personal- und Arbeitsverhaeltnisse bei den einzelnen Fuersorgeabteilungen durchgesprochen, insbesondere auch bei den Heimen.

2). Herr Pruefer besichtigte alsdann das II. und I. Stockwerk des Verwaltungsgebaeudes. Im I. Stockwerk wurden die Plaene zur Verlegung der Jugendwohnheime Rosenthalerstrasse und Lindenstrasse sowie des Notheims Heidereutergasse in dieses Stockwerk besprochen. Herr Pruefer erhob gegen die mitgeteilten Plaene keine Einwendung.

Ferner wurde der Synagogenraum und die dort gelagerten Spinnstoffwaren unter Zuziehung des anwesenden Herrn Gerhard Israel Cohn einer Besichtigung unterzogen, desgleichen das Notheim in der Heidereutergasse.

Moritz Israel Henschel

Durchschlag erhalten:
Herren Kozower, Kreindler, Dr. Eppstein, Dr. Mendelsohn, Personalabtlg.

Berlin, den 20. August 1942
Re./Dal.

Aktennotiz:

Rueoksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend von der RV: Dr. Eppstein, von der JKV: Henschel, Kozower.

1). Herr Pruefer teilt mit, dass die Reichspostverwaltung vorschlägt, von den 48 Fernsprechanschluessen der RV und JKV 25 einzusparen. Zum Ausgleich soll eine Querverbindung Kantstrasse-Oranienburgerstrasse hergestellt werden.

Herr Pruefer will die Mitteilung der Post in Abschrift der JKV uebersenden, die ihm dann angemessene Vorschläge machen wird.

2). Die Abbauliste der JKV (144 Nummern) wird uebergeben. Seitens der RV wird die Ueberreichung einer Liste von 10 Nummern angekuendigt.

3). Herr Pruefer erklaert sich damit einverstanden, dass Herr Reschke wegen seiner Mitarbeit in der Levetzowstrasse und im Kataster von der Lehrerliste gestrichen wird, und gibt entsprechende Anweisung.

4). Herr Pruefer gestattet, dass der Fragebogen, welcher fuer die mit ihr zusammenwohnende Mutter der Vorstandssekretaerin Kaethe Sara Joachimsohn aufgenommen wurde, zunaechst unerledigt liegenbleibt.

5). Es wird darauf hingewiesen, dass unter den Abgebauten sich die Mitarbeiterin Frl. Dr. Charlotte Sara Arnheim befindet, welche vor mehreren Monaten von der JKV der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin zur Beschaeftigung zugewiesen wurde. Das Gesamtarchiv, bei welchem sie beschaeftigt ist, hat sie zur Verfuegung gestellt. Herr Pruefer machte Bedenken nicht geltend.

6). Herr Pruefer ist einverstanden, dass fuer den auf der Abbauliste stehenden Simon Israel Neumark, geboren 1877, ein anderer Angestellter benannt wird.

7). Dr. Eppstein berichtet ueber die Anforderung von Seiten des Herrn Dr. Kellner (Hauptamt VII) wegen dreier Werklehrer und Herrn Richard Israel Schaefer. Gegen die Ueberlassung des Tischlers Lewin erhebt Herr Pruefer Widerspruch; im uebrigen werden Bedenken nicht geltend gemacht.

8). Es wird ueber die im Gange befindlichen und weiter verlangten Grundstuecksraeumungen berichtet. Herr Pruefer erklaert, dass Koepenick, Mahlsdorferstr. 94 bis Ende November benoetigt wird.

9). Es wurde eine Abschrift des Schreibens der Amtsanwaltschaft vom 17.8.1942 ueberreicht, mit welchem die Klage gegen Dr. Julius Israel Blumenthal wegen Nichtangabe der Kennkarte usw. fallengelassen ist.

xxx. Herr Pruefer erklaerte, dass unter diesen Umstaenden es bei dem bisherigen Verfahren bleiben solle. Dr. Eppstein wird die Angelegenheit noch beim Reichssicherheitshauptamt zur Sprache bringen.

gez. Moritz Israel Hensohel

Abschrift erhalten:
1). Hr. Kozower
2). Dr. Eppstein
3). Hr. Kreindler
4). Dr. Mendelsohn
5). Dr. Loewenthal

100a

Jüdisches Nachrichtenblatt, Berlin
Nr. 34 21. August 1942

Bekanntmachungen der Reichsvereinigung

Meldepflicht bei Aufenthaltsveränderungen

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland weist darauf hin, daß nach den geltenden Meldevorschriften jede, auch besuchsweise Veränderung des Aufenthalts innerhalb und außerhalb der Wohngemeinde bei deutschen Staatsangehörigen binnen drei Tagen, bei Ausländern und Staatenlosen binnen 24 Stunden bei der zuständigen Polizeibehörde gemeldet werden muß.

Zuwiderhandlungen von Juden, insbesondere die Unterlassung der polizeilichen Meldung, haben staatspolizeiliche Maßnahmen zur Folge.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V.

Meldepflicht bei Aufenthaltsveränderungen

Die Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e. V. gibt auf Weisung ihrer Aufsichtsbehörde bekannt, daß mit sofortiger Wirkung zur Vermeidung von Weiterungen sämtliche Juden in Berlin im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 (RGBl. I. S. 1333), die sich im Zusammenhang mit Aufenthaltsveränderungen nach Maßgabe der Meldevorschriften bei dem zuständigen Polizeirevier an-, ab- oder umzumelden haben, diese Meldung auf den vorgeschriebenen Formblättern jeweils in vierfacher Ausfertigung abzugeben haben.

Der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

im Vollzug der am 14. bezw. 15. ds.Mts. erteilten Anweisung überreicht.

Berlin, den 21. August 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Dem Reichsministerium des Innern, Reichssicherheitshauptamt
B e r l i n W 62, Kurfürstenstrasse 115/116

unter Bezugnahme auf den Vortrag am 17.ds.Mts. überreicht.

Berlin, den 21. August 1942

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Berlin, den 22.August 1942
He./Dal.

Aktennotiz:

Rueecksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin (Herrn Pruefer).

Anwesend: Henschel, Kozower, Inspektorehepaar Abrahamsohn.

1). Herr Pruefer ordnet an, dass die Leitung des Heims Gr.Hamburgerstrasse 26 -unter Fortdauer der Funktion von Frau Rebbekka Oberlaender- Herrn Julius Israel Abrahamsohn nach Erledigung seiner Arbeiten in der Schoenhauserallee 22 uebertragen wird.

Gegen die Versetzung von Frau Braun nach Germannstr.3 (Heim und Kueche) erhebt Herr Pruefer keine Bedenken.

2). Die Pensionierung des Max Israel Bottstein, die mit Ruecksicht auf dessen Erkrankung und Arbeitsunfaehigkeit in Erwaegung gezogen war, wird als nicht in Frage kommend bezeichnet. Bottstein soll zur Abwanderung gelangen und zwar, obwohl er erst 53 Jahre alt ist, nach Theresienstadt, um dort nach Besserung seines Befindens als Pfleger Verwendung zu finden.

3). Herr Pruefer erklaert sich damit einverstanden, dass die Kosten der mit dem Abschluss von Heimeinkaufsvertraegen W befassten Dienststelle aus dem Sonderkonto W bezahlt werden.

gez. Moritz Israel Henschel

Abschrift erhalten:
1). Dr. Eppstein
2). Hr. Kozower
3). Hr. Kreindler

Berlin, den 23. August 1942.

IX Ma/Ba.

Notiz:

Vorläufiges Ergebnis der an die Geheime Staatspolizeileitstelle Berlin abgelieferten Karteikarten:

Am 13.8.42 wurden von der Katasterverwaltung die erste Teillieferung gemacht.

Es wurden abgeliefert:

Karten von Sternträgern A - F.	9.211
Am 21.8.42 wurden Karten von Sternträgern und zwar G - Z abgeliefert.	23,889
Ferner Karten für Reichsvereinigungsmitglieder, die nicht Mitglieder der Jüdischen Kultusvereinigung sind und von denen bei und die Sternquittungen fehlen	906
Bei diesen Personen wissen wir nicht, ob sie Judensterne tragen.	
zusammen	34.006

Zirka 2.000 Karten werden noch auf Mischehen resp. privilegierten Mischehen kontrolliert und nachträglich an die Geheime Staatspolizeileitstelle abgeliefert werden.

Die Karten der Nichtsternträger, die auch bereits fertiggestellt sind, werden nach Rücksprache mit Herrn Prüfer erst dann abgeliefert, wenn die Reparaturwerkstatt den dritten Trog abgeliefert haben wird, was voraussichtlich Mittwoch oder Donnerstag geschehen wird.

Das endgültige Ergebnis der Zahlen über Mischehen und privilegierte Mischehen, soweit diese der Katasterverwaltung bekannt sind, wird durch eine weitere Notiz der Katasterverwaltung festgelegt werden.

Katasterverwaltung.

Bruno Israel Mannheim

1) Herrn H e n s c h e l,
2) Herrn Dr. Blumenthal,
3) Herrn Dr. Eppstein,
4) Herrn K o z o w e r,
5) Herrn Dr. Mendelsohn,
6) Frl. Dr. M o s s e

ABWANDERUNG

Von der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn P r ü f e r wurden fernmündlich am 24.8.1942 der Unterzeichnete sowie die Herren Gerhard Jsrael C o h n und Werner Jsrael S i m o n bestellt; Gerhard Jsrael Cohn war beim Eintreffen des Unterzeichneten gerade von der Staatspolizeileitstelle nach der Kleiderkammer unterwegs und konnte infolgedessen nicht erreicht werden.

Dem Unterzeichneten und Werner Jsrael Simon wurde Folgendes von den Herren Kommissar S t ü b b e s und P r ü f e r eröffnet:

1. Für alle Transporte kommt die Beschriftung der Koffer mit Farbe in Fortfall. Das Gepäck soll künftig nur mit Anhängern, die mit dünnem Draht festgemacht sind und mit Klebezetteln versehen werden.

2. Jeder Transportteilnehmer hat von sofort ab, soweit Alterstransporte in Frage kommen, beim Ausschleusen, sowie Osttransporte in Frage kommen, beim Einschleusen eine Karte mit Namen und Transportnummer, am besten im Knopfloch befestigt, mit sich zu führen. Diese Karten sind sofort fertigzustellen, zu genehmigen und erstmalig für den am 25.8.1942 abgehenden 49. Alterstransport durchzuführen.

3. Für Theresienstadt besteht dringender Bedarf an Matratzen, Geschirr, Löffeln, Aschschüsseln, Reinigungsmaterial aller Art und Kübeln. Nähmaschinen sollen nicht mehr nach Theresienstadt geschickt werden. Die hier noch befindlichen etwa 25 Nähmaschinen sollen zum grösseren Teil nach Riga geschickt werden. Es sollen weiter Nähmaschinen aus den Wohnungen abgewanderter Transportteilnehmer beschafft und zur Versendung nach dem Osten bereit gehalten werden.

4. Bei dem 18. Transport haben sich Schwierigkeiten für die Ernährung der Kleinstkinder ergeben. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit Genehmigung der Staatspolizeileitstelle für den 18. Transport Nährmittel beim Haupternährungsamt mitangefordert wurden, die Bewilligung habe Herr Direktor M o r s w s k i jedoch mit der Begründung abgelehnt, es würde auch für arische Kleinkinder Nährmittel nicht geben, dies ist vor Abgang des 18. Transports der Staatspolizeileitstelle auch berichtet worden.
Es wurde angeregt, für den nächsten Osttransport zur Ernährung der Kleinkinder Griess oder ähnliche Nährmittel über das Kinderheim und auch aus den zu räumenden Wohnungen zu beschaffen und einen Thermopher mit Griessbrei oder ähnl. für die Kleinstkinder dem nächsten Transport mitzugeben.

5. Für den Osten werden grosse Schneiderscheeren gebraucht.

6. Dem nächsten Osttransport sollen eventuell im Austausch gegen Hülsenfrüchte möglichst viel Marmelade mitgegeben werden.

7. Für den nächsten Osttransport sollen 2 Waggons Koks zum Abtransport vom Moabiter Güterbahnhof sowie 20 Nähmaschinen bereitgestellt werden.

8. Der Osttransport am 10.9.1942 soll besonders gut ausgestattet werden

9. Als Ersatz für den Abwanderungsbrief wurde nach dem vorgelegten Entwurf das neue Anschreiben zum Merkblatt genehmigt.

: 10.

10. Der jüdische Transportleiter soll künftig in dem ersten für die Transportteilnehmer bestimmten Wagen sitzen, ihm sollen 2 flinke Ordner beigegeben werden. Beim 18. Transport ist dem jüdischen Transportleiter der Schlüssel zum Aufmachen der einzelnen Abteile ausgehändigt worden. Dadurch wurde es ermöglicht, bei jedem Haltepunkt, soweit das behördliche Begleitkommando dies genehmigte, schnellstens alle Abteile zu öffnen.

11. Es wird Wert darauf gelegt, dass auf Sonderkonto "H" weitere Beträge angeschafft werden.
Ueber die neue Gestaltung der Heimeinkaufsverträge, auch das Verhältnis vom Sonderkonto "H" zum Sonderkonto "E" soll vom Unterzeichneten berichtet werden.

12. Auf die Frage, ob im jüdischen Nachrichtenblatt eine Veröffentlichung über das Verbot erfolgen könne, das Markthallengebiet zu betreten, wurde erwidert, die Staatspolizeileitstelle wolle zunächst einmal feststellen, worauf das Verbot beruhe, es soll erst nach dieser Feststellung über die Frage der Veröffentlichung im Nachrichtenblatt entschieden werden.

25.8.1942

Ko/Ho.

Philipp Israel Kozower

Herrn H e n s c h e l,
Herrn Dr. K p p s t e i n,
Herrn K r e i n d l e r,
Fräulein Dr. M o s s e,
Herrn Gerhard Israel C o h n,
Herrn Dr. Mende sohn,
Herrn Werner Israel S i m o n,
Herrn K l e e m a n n.

Berlin, den 28. Aug. 42
Levetzowstr.
Ko/Me.

90

4. Herr Commissar Stübbe und Herr Prüfer erklärten, es sei mit der Leitung von Theresienstadt gesprochen worden. Dort sei starker Bedarf vor allem an

Essnäpfen, Löffeln, Matratzen und Strohsäcken.

Die JKV soll diese Sachen in größeren Mengen beschaffen. Die Kosten sollen von der RV gezahlt werden, da diese Sachen nur von Berlin und von keiner anderen jüdischen Stelle nach Theresienstadt gebracht werden.

5. Herr Prüfer ersuchte, ihm am 29.ds.Mts. 3 Stenotypistinnen der JKV. zu benennen, die bei der Fachgruppe für Gebrauchtwarenhandlung, Herrn Stendel, arbeiten könnten.
Dies könne entweder in der Art geschehen, dass das Gehalt dieser Stenotypistinnen von der Fachgruppe an die JKV gezahlt oder - wie vom Unterzeichneten vorgetragen - die Stenotypistinnen von der JKV Berlin entlassen und über das Arbeitsamt der Fachgruppe zugewiesen werden. Die Meldung dieser 3 Stenotypistinnen soll alsbald erfolgen.

(Mir zur Rücksprache mit der Personalverwaltung vorlegen).

Zur Kenntnis:

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein
Herrn Kreindler
Fräulein Dr. Mosse
Herrn Gerhard Cohn
Herrn Kliechmann

Berlin, den 1. September 1942.

S c h l u s s b e r i c h t

betreffend Abschreiben der Karteikarten der Katasterverwaltung für die Geheime Staatspolizei auf grüne Polizeikarten.

Die Arbeiten wurden am 30.7.42 begonnen. Am 13.8.42 wurde die erste Teillieferung bei der Behörde abgegeben. Sternträger von A - F 9211.
Am 21.8.42 wurden die Karten über Sternträger von G - J 23889
abgeliefert. 33100

Ausserdem wurden am 21.8.42 906
Karten von Reichsvereinigungsmitgliedern, die nicht Mitglieder der Jüdischen Kultusvereinigung sind und bei denen Sternquittungen nicht vorlieren, abgeliefert.

Bei der Ablieferung der Karten der Sterntrager blieben im ganzen 1941
zurück, die noch einer Nachprüfung, namentlich in Bezug auf eine Mischehe bezw. privilegierte Mischehe, unterzogen wurden. Diese Nachprüfung ist jetzt beendet. Die Karten werden heute abgeliefert.

Ausserdem werden heute Karten von Nichtsterntragern abgeliefert:

1) Vollständig ausgefüllte 15233
2) Karten, bei denen teilweise Angaben fehlen 785
zusammen 16018

Von der Geheimen Staatspolizei ware uns zum Teil grüne Karten bereits ausgeschrieben übergeben worden. Diese Karten sind in der Hauptsache beim Abschreiben verwendet worden bezw. ergänzt worden. Uebrig geblieben sind hiervon bei denen sich Parallelkarten in der Kartei unseres Katasters nicht befunden haben.

Im ganzen sind also bis jetzt abgeliefert:

1) Karten von Judensterntragern 9211
+ 23889
+ 1941
35041
2) Karten von Nichtsterntragern 16018
3) Karten von Reichsvereinigungsmitgliedern, die nicht Mitglieder Jüdischen Kultusvereini - gung sind und beid denen Stern-

Uebertrag	16018
Quittungen nicht vorliegen, also zweifelhaft ist, zu welcher Kategorie sie zählen	906
zusammen	16924

Ausserdem wurden in der Zeit vom 30.7. bis 21.8.42 laufend grüne Karten der Transportteilnehmer herausgesucht, mit dem Transportvermerk versehen, oder neu geschrieben, oder jeweils der Behörde abgeliefert.

Die Gesamtzahl die in dieser Zeit abgewanderten Personen betrugt 3400.

In der Zeit vom 13.8. - 21.8.42 wurden Transportteilnehmer mit den Buchstaben A - F, soweit es sich um Judensterntrager handelte, nicht mehr hier, sondern bei der Behörde selbst bearbeitet, da die Ablieferung der grünen Karten ja bereits am 13.8.42 erfolgt war.

Die Mischehen, die in den grünen Karten erfasst sind, stellen sich wie folgt:

1) privilegierte Mischehen:

a) unter den Judensterntragern	24
b) unter den Nichtjudensterntragern	1142
zusammen	1166

2) Sonstige Mischehen.

a) unter den Judensterntragern	1436
b) unter den Nichtjudensterntragern	2121
zusammen	3557

3) Mischehen insgesamt: 4723.

Diese Zahl ist offenbar zu niedrig und zwar deshalb, weil dem Kataster das Vorliegen einer Mischehe oder einer privilegierten Mischehe in vielen Fällen unbekannt ist.

Im Februar 1942 ist ein Vergleich mit den Unterlagen der Wohnungsberatung über die dort für die Abwanderung bestimmten und wegen Mischehe nicht erfasster Personen erfolgt. Der Vergleich ist in diesen Zahlen enthalten. Vielleicht wird es sich empfehlen, die Vergleichung mit den Unterlagen der Wohnungsberatung jetzt zu wiederholen, um einigermassen auf den neuesten Stand zu kommen.

Kataster-Verwaltung

1.September 1942.

N a c h t r a g

Ich habe heute bei der Geheimen Staatspolizei, Zimmer 338, wie in vorstehenden Bericht aufgeführt, die Kartei an Herrn Kommissar Stüps und Herrn Tietze abgegeben.

Herr Stüps ist mit der Durchführung der Arbeiten einverstanden und wird jetzt von sich aus sein besonderes Augenmerk auf die Nichtsternträger-Kartei richten. Er will vor allen Dingen festzustellen versuchen, ob es sich tatsächlich überall um Nichtsternträger handelt und welches die Gründe sind, die die einzelnen Personen von der Sterntragepflicht befreien. In den beiden Fällen

Elisabeth Liebrecht und
Martha Gross

bei denen die von der Gestapo ausgeschriebenen Karteikarten betreffende Angaben nicht mit den in der Katasterverwaltung enthaltenen Unterlagen übereinstimmen, wünscht Herr Kommissar Stüps besonderen Bericht.

Herr Kommissar Stüps ist damit einverstanden, dass die Katasterverwaltung für eventuelle Nachlieferungen eine Anzahl unbeschriebener Polizeikarten zurückbehalten hat. Er wünscht, dass jede Kartei, die neu in unserer Kartei ausgeschrieben wird, auch gleichzeitig durch Ausfüllung einer Polizeikarte der Geheimen Staatspolizei gemeldet wird.

Herr Kommissar Stüps gab mir die im Bericht auf der ersten Seite unter II aufgeführten 785 Karten wieder zurück, bei denen teilweise Angaben fehlen und wünscht von uns aus eine listenmässige alphabetische Aufstellung der Karten. Diese Liste soll in Zwischenräumen geschrieben werden. Sie geht ans Einwohnermeldeamt und werden die Antworten dann auf die Polizeikarten und auf unsere Karteikarten übertragen werden. Ich erklärte Herrn Kommissar Stüps, dass die Katasterverwaltung zum Zweck der Vervollständigung ihrer Kartei 1130 Fragebogen versandt hat und das Ergebnis noch aussteht. Ich teilte ihm gleichzeitig mit, dass infolge Unbestellbarkeit ca. 250 Briefe zurückgekommen seien. Wir sollten auch diese 250 auf eine besondere Liste stellen und wird von Seiten der Geheimen Staatspolizei für sofortige Auskunft beim Einwohnermeldeamt gesorgt werden.

Herr Kommissar Stüps will von sich Aus auch diese 250 Anfragen an das Einwohnermeldeamt stellen und uns den Bescheid zukommen lassen.

In Sachen Uebertragung der Kartei des Arbeitsamts auf die von uns ~~gestellten~~ grünen Karteikarten der Geheimen Staatspolizei erwähnte Herr Kommissar Stüps, dass die eine Stenotypistin(Frl. Herzog) selbstverständlich nicht imstande ist, die ~~xxxxxx~~ vielen Karteikarten mit dem Arbeitsvermerk zu versehen, die pro Tag von unseren Angestellten in der Fontanepromenade auf Zetteln ausgeschrieben werden. Er forderte sich deshalb auf, dafür zu sorgen, dass ein eingearbeiteter Mitarbeiter der Katasterverwaltung sofort Frl. Herzog, Zimmer 338 der Geheimen Staatspolizei helfen soll. Nach Rücksprache mit Herrn Dr.Löwenthal und Herrn Blumenthal habe ich bestimmt, dass Herr Leopold Israel Wallenstein ab morgen dort arbeiten wird.

He/Jo

95

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, Herrn Prüfer.

Anwesend:

von der RV: Herr Dr.Eppstein
von der JKV: " Henschel
" Kozower
Fräulein Dr.Mosse

1. Herrn Prüfer wurde das Schreiben des Bezirksbürgermeisters Wedding betreffend den Ankauf des Jüdischen Krankenhauses vorgelegt. Herr Prüfer weist auf die Notwendigkeit hin, dass im Vertrage die Weiterbelassung der Benutzung für die JKV und die Räumung nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde klar zum Ausdruck kommt. Herr Prüfer ersucht ferner darum, anstatt "Hospital" in Zukunft "Siechenheim" zu sagen, weil der Ausdruck Hospitäler an vielen Stellen den Eindruck erwecke, dass es sich um Krankenhäuser handle.

2. Es wird Herrn Prüfer mitgeteilt, dass die Mieträume Rosenthaler Straße 26 durch Verlegung des Jugendwohnheims frei geworden sind. Er ist damit einverstanden, dass diese Räume ihm als frei gemeldet werden zur Weitermeldung an den Generalbauinspektor. Eine gleiche Meldung soll für die bisher zu Altersheimzwecken verwendeten Räume im Hause Elsässerstrasse 84 erstattet werden.

3. Herrn Prüfer wurde über die von Herrn Polizeirat Ehlert gegebene Weisung wegen Fortschaffung von Sachen aus den vom abgewanderten Pförtner Selasnitzki zuletzt benutzten Räumen im Hause Joachimsthaler Strasse 13 berichtet. Herr Prüfer erklärte, dass die Angelegenheit mit Herrn Polizeirat Ehlert unmittelbar geregelt worden sei.

4. Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass Herr Sally L e v y von der Bezirksstelle Süden entlassen wird.

5. Herr Dr.Eppstein trug vor, dass gegen die Abwanderung der auf die Abbauliste gesetzten Angestellten des Nachrichtenblattes und Buchvertriebes J u n g m a n n seitens des Arbeitsamtes Bedenken erhoben worden sind. Herr Prüfer ersuchte, Fräulein Jungmann zwecks Beschäftigung an der Karteistelle der Leitstelle zu ihm zu schicken.

1.9.1942

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr.Eppstein
zur Kenntnisnahme.
1.9.42

A k t e n n o t i z

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer vorm. 10.30 Uhr.

I.

Auf Anruf habe ich in Begleitung des Sachbearbeiters der Fürsorge, Rockmann, HerrnPrüfer aufgesucht. Herr Prüfer erklärte, dass die grosse Anzahl der Wohlfahrtsempfänger auffalle; diese hätten schon abgewandert sein müssen. Herr Rockmann solle umgehend die zur Abwanderung geeigneten Wohlfahrtsempfänger in einer Liste zusammenstellen und zwar in nachstehender Reihenfolge:

1.) Laufend Unterstützte über 65 Jahre, und, soweit sie gebrechlich sind, über 55 Jahre,

2.) Laufend Unterstützte unter 65 Jahre einschliesslich der Nichtgebrechlichen zwischen 55 und 65 Jahren,

3.) im Arbeitseinsatz befindliche zusätzlich Unterstützte.

Herr Rockmann gab die Zahl der über 65jährigen laufend unterstützten Nichtarbeiter auf 1.200 an.

II.

Herr Prüfer erklärte sich damit einverstanden, dass das Arbeitsbuch des in Haft genommenen Kindermann abgeschlossen wird.

(Moritz Israel Henschel)

He/Br.
4.9.42

Durchschriften erhalten:

Herr Dr. Eppstein
Herr Kozower
Herr Kreiddler
Fräulein Karminski
Herr Dr. Mendelsohn
Fräulein Dr. Mosse
Herr Rockmann

Aktennotiz

Anruf der Geheimen Staatspolizei,
Leitstelle Berlin, 14,15 Uhr

Herr Prüfer teilt mit, dass im Altersheim Brunnenstr. 41 Ruhrfälle vorgekommen sind und erklärt das Haus für polizeilich gesperrt.

Es ist sofort ein Ordner hinzusenden, welcher die dort mit zur Abwanderung bestimmten Personen ankommenden Wagen anhalten soll. Diese Personen sind auf andere Heime zu verteilen.

Die für den 15.9.42 angekündigte Besichtigung darf nicht stattfinden. Das Haus ist bis zur Freigabe durch die Gesundheitsverwaltung überhaupt von Niemandem, weder Arier noch Jude, zu betreten.

Herr Kreindler und Herr Kozower sind wegen der zu treffenden Anordnungen sofort verständigt.

(Moritz Israel Henschel)

He/Br.
4.9.42

1.) Durchschriften an:

Herrn Kreindler
Herrn Kozower
Herrn Dr. Eppstein
Herrn Dr. Mendelsohn

} mit der Bitte, wegen der für den 15.9.42 angekündigten Besichtigung das Weitere zu veranlassen.

2.) Nach 1 Woche

4.9.42

BESPRECHUNG - STAPO-LEITSTELLE VORSTAND

Rücksprache mit den Herren P r ü f e r und D o b b e r k.e am 9.9.1942 im Altersheim Gr. Hamburgerstrasse :
Anwesend von der JKV.Berlin ausser dem Unterzeichneten Fräulein Dr.Mosse.

Es wurde die Frage erörtert, dass das Material sowohl für die Altersstransporte wie für die Osttransporte jetzt sehr knapp geworden ist. Bei den Altersstransporten wurde auf die starken Ausfälle hingewiesen, die dadurch entstehen, dass bei der Abholung bereits Erfasste, die von der Gesundheitsverwaltung als abwanderungsfähig bezeichnet sind, auf ihre Erkrankung hinweisen und dann von den abholenden Beamten nicht mitgenommen werden. Künftig soll deshalb auf jeder Abholungsliste mittels eines roten Kreuzes gekennzeichnet werden, wer von den Abzuholenden bereits durch die Gesundheitsverwaltung untersucht und für abwanderungsfähig bezeichnet worden ist.

Es wurde darauf hingewiesen, dass im Kataster erheblich mehr Junden angegeben sind, als in Berlin vorhanden. Die Geheime Staatspolizei,Staatspolizeileitstelle Berlin,beabsichtigt, nach dem 5.10.1942 die auf Grund des Katasters bei der Staatspolizeileitstelle errichtete Kartei mit Hilfe der Polizeireviere nachzuprüfen. Sie hält diese Nachprüfung für sicherer als eine Urerhebung, die von der RV. oder von der JKV.Berlin ausgeht,der besonders von Juden die in Mischehe leben und Mischlingen doch nicht Folge geleistet wird.

9.9.42

Ko/Ro. Philipp Israel Kozower

Herrn H e n s c h e l,
Herrn Dr. E p p s t e i n,
Herrn K r e i n d l e r,
Herrn Dr. B l u m e n t h a l,
Herrn Dr. M e n d e l s o h n,
Fräulein Dr. M o s s e.

PERSÖNLICH !
VERTRAULICH !

He/Jó

Aktennotiz

Anruf der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle um 14.30 Uhr.

Herr Prüfer teilt mit, dass am 26.d.Mts. etwa 300 Juden aus Frankfurt am Main in den Vormittagsstunden hier eintreffen werden, vermutlich am Verladebahnhof Moabit. Die JKV Berlin soll sich sofort mit der JKV Frankfurt a.M. in Verbindung setzen, damit wegen der Verpflegung, Wasserversorgung, u.s.w. des Transports alles geregelt ist.

17.9.1942

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Kozower zur gefl. Veranlassung

Herrn Dr.Eppstein zur Kenntnisnahme

Herrn Kreindler

Herrn Dr. Eppstein

A k t e n n o t i z

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Von der Kultusvereinigung

Henschel
Kreindler
Koplowitz
Lewinnek
Pinthus.

1.) Herr Prüfer teilt mit, dass die Oberin Klara Sara Krafft vom Hospital Auguststr. auf ihren Wunsch abwandern wird. An ihre Stelle soll Frau Hanf vom Krankenhaus treten. Die Wirtschaftsleitung im Krankenhaus soll Frau Rebekka Oberländer übertragen werden.

2.) Inventarfragen:

a) Herrn Prüfer werden zwei Stück des Rundschreibens der Reichsvereinigung vom 10.9.42 über die Inventar-Verwertung übergeben.

b) Wegen der Verwertung des Inventars von Wörthstr. 20 setzt Herr Prüfer sich mit Herrn Polizeirat Kant vom Reichskriminalpolizeiamt fernmündlich in Verbindung. Die Herren wollen sich auf dem Grundstück treffen. Alsdann wird Weisung ergehen.

c) Wegen der Verwertung des Inventars des Heims Köpenick, Mahlsdorferstr. 94, will Herr Prüfer mit der Reichsjugendführung verhandeln. Er setzt sich fernmündlich mit Herrn Obersturmführer Pachow in Verbindung und vereinbart mit ihm, dass Interessenten für Inventar in Einrichtungen der JKV an die Staatspolizeileitstelle verwiesen werden.

d) Herr Prüfer gibt die Anweisung, dass für die Freimachung der Heime von Inventar Herr Pinthus von den Reparaturwerkstätten eingesetzt werden soll, während der Verkehr mit der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Zweckgemeinschaft Gebrauchtwarenhandel bei Herrn Lewinnek verbleibt.

e) Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass die Abholung der medizinischen Einrichtungen von abwandernden Behandlern und Zahnbehandlern durch Herrn Koplowitz, bisher Weissensee, Parkstr. 22, besorgt wird, dem ein anderer Mitarbeiter beigegeben werden soll.

f) Herrn Prüfer ist berichtet, dass bei der JKV noch ein erheblicher Bedarf an Bettstellen, Betten und Geschirr besteht.

3.) Es wird berichtet, dass für das Gestühl der Alten Synagoge die Emporen nicht zur Verfügung stehen. Herr Prüfer ist damit einverstanden, dass das Gestühl zunächst auf dem der JKV zur Benutzung

verbleibenden Teile des Hofes aufgestellt wird. Er will einen Tischler schicken, welcher ein Gebot für Uebernahme und Abfahrt des Gestühls abgeben soll. Falls dieses dem Taxpreis entspricht, ist ihm das Gestühl zu verkaufen. In gleicher Weise soll mit dem Gestühl der Synagoge Thielschufer verfahren werden.

4.) Herr Prüfer ist an die Rückgabe der Arbeitsbücher Edmund Aron und Klara Sara Lichtenbaum erinnert. Er gibt Frau Grünstein die Anweisung, nach den Büchern zu suchen.

5.) Herr Kreindler berichtet, dass mit Einverständnis des Propaganda-Ministeriums die bei der JKV vorhandenen Bestände an deutschen Büchern der Reichsschrifttumskammer überlassen werden sollen. Herr Prüfer erhebt hiergegen keine Bedenken.

6.) Herr Prüfer ordnet an, dass die als Teil der Bibliothek der JKV beschlagnahmte Bücherei in der Münchenerstr., die sich noch dort befindet, nach der Fasanenstr. abgeliefert werden soll.

7.) Das Arbeitsbuch des seit dem 18.9.42 nicht mehr auf seiner Arbeitsstätte erschienenen Martin Israel Goldstein soll unter schriftlicher Meldung an die Staatspolizeileitstelle abgeschlossen werden.

8.) Auf Befragen gibt Herr Prüfer nach Rücksprache mit Herrn Kommissar Stübs die Weisung, dass bei Mischehen der arische Eheteil nicht in den Gemeinschaftsküchen der JKV essen darf, während dies dem jüdischen Teil freisteht.

9.) Während im allgemeinen für Kinder zum Besuch der Tagesheime Fahrterlaubniss nicht erteilt werden, wird dies im Falle des Wolfgang Israel Holzmann, geb. 10.1.1930, wohnhaft Berlin-Friedrichshagen, Friedrichstr. 25, mit Rücksicht auf die weite Entfernung und da beide Eltern im Arbeitseinsatz sind, für zulässig erklärt. Die Fahrgenehmigung soll für eine beschränkte Frist durch Herrn Mannheim vorgelegt werden.

(Moritz Israel Menschel)

He/Br.
22.9.42

A k t e n n o t i z

Besuch der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer,
im Altersheim Köpenick, Wallsdorferstr. 94.

Herr Prüfer besuchte am 25. ds. Mts., vorm. gegen 10 Uhr das Altersheim in Köpenick, Wallsdorferstr. 94, nahm die Räume in Augenschein und erteilte dem Unterzeichneten, der als Vertreter der JKV anwesend war, folgende Anweisungen:

1.) Der Bauplan des Grundstücks soll an den Fachlehrgang für Filmberichter zu Händen des Herrn Dr. Pritzke, Leverkowstr.1 - 2, geschickt werden, Herr Dr. Pritzke wird den Bauplan umgehend wieder zurücksenden.

2.) Herr Prüfer bezeichnete zwei Kessel, die an das Zentrallager in der Memhardstr. geschickt werden sollen, wo Herr Prüfer sie demnächst mit anderen dort lagernden Kesseln besichtigen wird.

3.) Die im Altersheim noch lagernden Lebensmittel-Vorräte sollen an das Zentrallager in der Memhardstr. geliefert werden, wo sie zur Verfügung des Herrn Gerhard Cohn gehalten werden sollen.

4.) Die im Altersheim noch vorhandenen Kartoffeln und Tomaten sollen verbraucht werden, damit nichts verdirbt.

5.) Herr Prüfer ordnete nochmals an, dass von den Inventar-Gegenständen ohne seine Genehmigung nichts herausgenommen werden dürfe.

6.) Herr Prüfer bemerkte, dass für den Fall, dass sonst noch etwas zu unternehmen sei, er noch Weisung geben würde.

(Leo Israel Kreindler).

Kr/Br.
25.9.42

Durchschriften an:

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein
Herrn Kozower
Herrn Dr. Mendelsohn
Herrn Gerhard Cohn
Herrn Friedländer
Herrn Harlam

Padua

Transporte

Berlin 8.7.68 (-3)

Deutsches
Rückumm

Herrn Dr.Eppstein

zur gefl.Kenntnisnahme. 8.9.42

He/Jo

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, Herrn Prüfer.

Anwesend von der JKV:

Henschel
Dr.Lustig
Kozower.

1. Es wird berichtet, dass nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes (über die RV) die Stadt auf den Ankauf des Krankenhausgrundstückes Iranischestrasse 2-4 zu Günsten der Reichsjugendführung verzichtet habe, welche im eigenen Namen einen Kaufvertrag über das Grundstück nebst Inventar abschließen wolle, und dass Vertreter der JKV heute nachmittag 5 Uhr zu Vorbesprechungen zu Rechtsanwalt Dr.Pfeiffer, Berlin W 62, Bayreuther Straße 40, als dem Rechtsvertreter der Reichsjugendführung, kommen sollen. Herr Prüfer stellt zunächst in einer fernmündlichen Rücksprache mit Herrn Obersturmführer Pachow fest, dass die Räumung und Übergabe erst zu dem von der Aufsichtsbehörde festzustellenden Zeitpunkt zu erfolgen habe. Herr Prüfer gibt ferner die Weisung, dass schon bei den Vorverhandlungen, zu welchen Dr.Eppstein und Henschel gehen werden, wegen des Inventars klargestellt wird, dass dieses nur in dem zur Zeit der späteren Übergabe vorhandenen Bestande Kaufgegenstand sein könne; von diesem Bestande müsse noch derjenige Teil abgehen, welcher zum Betriebe eines etwa an einer andern Stelle Berlins fortzuführenden verkleinerten Krankenhauses erforderlich sein werde. Die jetzt von den abwandernden Ärzten abzuholenden Instrumentalien, welche im Krankenhaus verwahrt werden sollen, gehören nicht zum Inventar des Krankenhauses.

2. Es wird über den angeordneten Verkauf des Grundstücks Greifswalder Strasse 138-141 berichtet. Auch hier soll ausbedungen werden, dass die Räumung der eigengenutzten Teile (Reparaturwerkstätte, Möbelkammer) erst auf Weisung der Aufsichtsbehörde zu erfolgen hat. Dagegen ist das Kindertagesheim alsbald aufzugeben; die Einrichtung ist nicht mitzuübergeben.

3. Wegen Brunnenstrasse 41 soll auf die gestellte Anfrage erklärt werden, dass das Grundstück Ende Oktober geräumt sein könne.

4. Wegen Parkstrasse 22 soll erklärt werden, dass das Grundstück gegenwärtig noch nicht zur Verfügung steht.

5. Es wird berichtet, dass die Übergabe des Grundstücks Wörthstr.20 am Donnerstag, dem 1.Oktober d.Js., vormittags 10 Uhr, an Herrn Obersekretär Repkewitz vom Reichskriminalpolizeiamt erfolgen soll.

6. Im Grundstück Friedenstrasse 3 ist nicht nur das Kindertagesheim, sondern auch das Altersheim bis 1.11.42 zu räumen. Das Inventar soll nach dem üblichen Schätzungsverfahren an die NSV übergeben werden.

7.

7. Im Altersheim Köpenick, Mahlsdorfer Strasse soll das Inventar zunächst stehenbleiben.

8. Herr Prüfer ersucht um eine Aufstellung der zur Veräußerung verfügbaren Geldschränke.

9. Es wird Herrn Prüfer eine Aufstellung von 4 zum Verkauf verfügbaren Klaviere (1 Flügel und 3 Pianinos) übergeben.

10. Herr Prüfer erklärt auf Befragen, dass Rückstellungen wegen Beschäftigung bei der Nachbarhilfe nicht zulässig seien. Wenn keine geeigneten Helfer mehr da seien, müsse man die Nachbarhilfe eingehen lassen.

11. Wegen der jugendlichen Helfer erklärt Herr Prüfer, dass sie, auch soweit sie das 18.Lebensjahr überschritten haben, nicht zum Arbeitseinsatz entlassen werden dürfen.

12. Herr Prüfer erklärt, dass eine Rückstellung von Wohlfahrtspflichtarbeitern nicht gebilligt werden könne; auch wer nur eine zusätzliche Unterstützung laufend empfange, müsse aus Etatsgründen zur Abwanderung gebracht werden.

28.9.1942

Moritz Israel Henschel

(Moritz Israel Henschel)

Charlottenburg 2, den 28. September 1942.
Joachimsthalerstr. 1

B 7 II
6173-Br.Ko/Ka. An die

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Berlin N.4

Tucholskystr.40.

In der Anlage übergeben wir eine verbesserte Liste der in Berlin wohnenden bei uns gemeldeten Inhaber eines verwundetenabzeichens, bezw. des E.K. I.Klasse, bezw. von Ehrenkreuzen und ehemalig. Frontkämpfern.

Es handelt sich um einen nach dem jetzigen Stande auf Grund der Veränderungen durch Tod, Abwanderung und Vornahme weiterer Nachprüfung sowie durch Nachmeldungen berichtigten Neuaufstellung der Listen, welche der Gemeinden Staatspolizeileitstelle Berlin mit Schreiben vom 24. April 1942 überreicht wurden.

Erläuternd ist zu bemerken:

1.) Liste A

Von den 937 Personen bis 65 Jahren mit 796 jüdischen Ehefrauen und Kindern bis zu 14 Jahren fallen 114 mit 89 angehörigen weg; es kommen 21 Personen mit 23 angehörigen hinzu, sodass vorhanden sind:

Personen bis 65 Jahre	864
Familienangehörige	73
	1594

b.w.

Ueberreicht 1934

2.) Liste B:

Von den 116 Personen über 65 Jahre mit 76 jüdischen Angehörigen fallen 6 mit 8 Angehörigen weg; es kommt 1 mit 1 Angehörigen hinzu, sodass vorhanden sind

Personen über 65 Jahre	111
mit jüdischen Angehörige	65
insgesamt	1776 Personen.

Wieviel von diesen in jüdische Ehen traten, in öffentlichen Arbeitseinsatz kamen, ist nicht festzustellen.

Soweit bisher bekannt geworden sind, sind uns
aus Liste A
und 10 aus Liste B
zusammen: 78 Personen mit 65 jüdischen Familienangehörigen bezw. jüdischen Eltern als in jüdischer lebend angegeben worden.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
Kriegsopferabteilung

Dr. Ernst Fraenkel Rosenthal

Anlagen

[illegible] Berlin, den [illegible] 1942.

[illegible]-Dr. G/L.

Herrn
Dr. [illegible]

Betr.: Abwanderung nach Theresienstadt.

In der heute zur Kenntnisnahme durchschriftlich mitgeteilten Schreiben vom [illegible] an die JRV Berlin habe ich vor der Absendung an die JRV auf Seite 2 Ziffer 2) wie folgt geändert:

Liste B:
Von den 11 Personen über 65 Jahre mit (
jüdischen Angehörigen fallen 32 mit 10 Angehörigen
weg; es kommt 1 mit 1 Angehörigen hinzu, sodass vor-
handen sind:

Personen über 65 Jahre	87
Familienangehörige	36
Insgesamt:	1[illegible]6 Personen.

.....

Dr. Ernst Israel Rosenthal

Herrn Henschel
Herrn Kozower
Herrn Dr. Kupstein
Fräulein Dr. Wosse

zur gefl. Kenntnisnahme.

Durch Fräulein Dr. Mosse wurde ich heute vormittag 8 1/2 Uhr zusammen mit Fräulein Dr. Moses zur Staatspolizeileitstelle zu Herrn Prüfer bestellt. Herr Prüfer eröffnete uns, dass von 1.Oktober an die Räumung jüdischer Wohnungen in arischem Besitz nicht mehr durch den GBI erfolgen werde, sondern dass diese Aufgabe auf den Gau Berlin der NSDAP übergegangen sei. Dieser werde sich zur Durchführung dieser Aufgabe des Hauptplanungsamts der Stadt Berlin bedienen. Für den Monat Oktober werde noch der GBI in einem Uebergangsverfahren die notwendigen Anordnungen treffen. Der Uebergang erfolge endgültig am 1.November ds.Js. Ueber die technische Durchführung dieser Aktion in Zukunft finde morgen beim Hauptplanungsamt eine Besprechung statt, an der auch Herr Prüfer teilnehme. Er werde uns hinterher das für uns Wissenswerte hierüber mitteilen.

Herr Prüfer fragte mich hierauf, in welcher Weise bisher die Bezahlung der Instandsetzungskosten an den GBI finanziert worden sei. Ich erklärte ihm, dass hierfür ein Fonds von RM.650.000.-- bereitgestellt worden sei, der jetzt noch ungefähr in halber Höhe bestände. Darauf erklärte Herr Prüfer, dass mit den Mitteln haushalten werden müsse, da noch grosse Ausgaben auf diesem Gebiete infolge der zahlreichen vorhandenen jüdischen Wohnungen in arischem Hausbesitz bevorständen. Er habe dies auch dem Hauptplanungsamt gegenüber zum Ausdruck gebracht. Die Durchschnittskosten für die Instandsetzung der einzelnen Wohnungen sei viel zu hoch: ausserdem solle in Zukunft geprüft werden, ob eine rechtliche Verpflichtung des Mieters zur Zahlung der Instandsetzungskosten in jedem Einzelfalle bestände.

Herr Prüfer gab die Anweisung auf Anfragen nach der Höhe der vorhandenen Mittel für Wohnungsinstandsetzungen keine Auskunft zu geben. Die Anfragenden sollen an ihn verwiesen werden.

Der Unterzeichnete hat hierauf die Frage gestellt, wie die Behandlung der Anträge auf Ersatz der Instandsetzungskosten bei Heimeinkaufverträgen gehandhabt werden solle. Daraufhin gab Herr Prüfer die Anweisung, dass in diesen wie auch in allen anderen Instandsetzungs-Fragen die Angemessenheit durch uns geprüft und ferner die Frage der rechtlichen Verpflichtung zur Zahlung der Instandsetzungskosten durch den Abgewanderten gestellt werden müsse. Er werde mit dem Oberfinanzpräsidenten vereinbaren, dass dieser uns darüber Auskunft gibt, ob im Einzelfalle Vermögen des Abgewanderten eingezogen worden ist. Für alle Fälle solle aber von jetzt ab bei Aufnahme neuer Heimeinkaufverträge im Heimeinkaufvermögensverzeichnis ein Vermerk darüber aufgenommen werden, ob der Vertragschliessende Grundstücke oder andere Werte noch besitze, die nicht durch den Heimeinkaufvertrag erfasst werden. Hierdurch sollen auf alle Fälle die Rückfragen beim Oberfinanzpräsidenten überflüssig werden. Die Möbel allein, die in jedem Falle zur Einziehung gelangen, sollen nicht in Betracht gezogen werden, da durch ihre Verwertung Mietsrückstände und andere kleine Schulden abgedeckt werden müssen. In unzweifelhaften Fällen sollen wir die Instandsetzungskosten anweisen, zweifelhafte Fälle sollen gesam-

b.w.

Aktennotiz A 29

Anruf bei der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn Prüfer)
am 1.Oktober 1942, 9 Uhr.

Betrifft: Statistik der Juden in Berlin

Es werden folgende statistische Veränderungen mitgeteilt:

Zahl der Juden in Berlin am 31.8.				46.658
Abwanderung	3.197			
Reste aus Vormonaten	128	3.325		
Sterbefälle (mit Resten aus Vormonaten)	342			
Geburten	8			
Sterbeüberschuß		334		
Tatsächliche Verminderung			3.659	
Berichtigung des Katasters			2.599	6.258
Bestand per 1.10.				40.400
hiervon: Sternträger	30.407			
Nichtsternträger	9.993			

1.40

Ko/Jo

Aktennotiz

Telephonische Rücksprache mit Herrn Prüfer am 1.10.42 um 11.30 Uhr.

Herrn Prüfer wurde der Bericht über den Personalbestand der RV und JKV Berlin vom gleichen Tage vorgelesen.

Herr Prüfer erklärte auf Befragen, dass der Satz bezügl.der Mitarbeiter, die bereits Transportnummern haben, stehenbleiben soll. Er ersuchte, dass an den letzten Satz hinter dem Worte Behördeneinsatz angefügt wird:"vorwiegend zur Durchführung der Abwanderung, insbesondere der Alterstransporte."

1.10.42

(Philipp Israel Kozower)

Herrn Dr.Eppstein

zur gefl.Kenntnisnahme.

1.10.42

Der Personalbestand der Zentrale der RV hat sich von 179 am 1.7.42 um 65 auf 114 verringert. Von diesen 114 besoldeten Mitarbeitern sind 6 dem Hauptamt VII zur Verfügung gestellt, sodass bei der Zentrale der RV. einschliesslich des Reinigungspersonals und des Leiters des Buchvertriebs in Prag noch 108 besoldete Mitarbeiter tätig sind.

Bei der JRV Berlin sind in den letzten drei Monaten ausgeschieden: 124 besoldete, 97 unbesoldete Mitarbeiter, 14 Lernpersonal, vier Mitarbeiter im Behördeneinsatz sowie ausserdem 282 Wohlfahrtspflichtarbeiter, zusammen also 441. Weitere 20 Mitarbeiter, die bereits Transportnummern haben, werden demnächst zur Abwanderung gelangen. Der Personalbestand bei der JRV Berlin am 1.10.42 beträgt demnach noch 998 besoldete und 283 unbesoldete Mitarbeiter, 12 Reinigungs-, 87 Lernpersonal, 199 Mitarbeiter im Behördeneinsatz vorwiegend zur Durchführung der Abwanderung, insbesondere der Altertransporte, sowie ausserdem 74 Wohlfahrtspflichtarbeiter.

1. Oktober 1942.

A b s c h r i f t

3. Oktober 1942

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

Betrifft: Erstattungen von Wohnungsinstandsetzungskosten durch die Reichsvereinigung in Fällen, in denen der Zahlungsverpflichtete nach Theresienstadt abgewandert ist und einen Heimeinkaufvertrag abgeschlossen hat.

Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Mitteilung vom 1.ds.Mts. gestatten wir uns, anforderungsgemäss folgendes zu berichten:

Seitens des Reichssicherheitshauptamts ist uns die Weisung erteilt worden, bei Forderungen von deutschblütigen Hauseigentümern auf Zahlung von Wohnungsinstandsetzungskosten für nach Theresienstadt abgewanderte jüdische Mieter, die einen Heimeinkaufvertrag abgeschlossen haben, wie folgt zu verfahren: Solche Forderungen sind der Staatspolizeileitstelle Berlin zur Prüfung der Belege und der Angemessenheit der Forderung mitzuteilen. Nach Massgabe des staatspolizeilichen Prüfungsergebnisses sind die angeforderten Beträge aus dem Sonderkonto H zu erstatten, wenn anderes Vermögen, das zur Deckung der Forderung ausreicht, nicht zur Einziehung gelangt ist und wenn das im Vollzug des Heimeinkaufvertrags auf die Reichsvereinigung übertragene bewegliche Vermögen den Betrag der Forderung übersteigt. Falls neben dem Heimeinkaufbetrag sonstiges Vermögen zur Einziehung gelangt ist, soll die Forderung durch den Gläubiger bei dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg angemeldet werden.

Demzufolge werden künftig Forderungen auf Zahlung von Wohnungsinstandsetzungskosten in entsprechenden Fällen der Staatspolizeileitstelle durch die Jüdische Kultusvereinigung Berlin zur Prüfung und zur Entscheidung darüber, ob und welcher Betrag aus dem Sonderkonto H zu zahlen ist, eingereicht werden.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

gez. Paul Israel Eppstein

Herren
H e n s c h e l
K o z o w e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme

He/Jo

76

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, Herrn Prüfer.

Anwesend:

Dr.Eppstein
Henschel.

Herr Prüfer gibt bekannt:

Im J dischen Krankenhaus wird eine Abteilung für Geisteskranke eingerichtet. Es werden Geisteskranke aus Sayn dorthin verlegt ebenso solche aus Berliner Anstalten und gegebenenfalls auch von andern Städten. Die Angelegenheit eilt, weil Sayn innerhalb 2 Wochen geleert sein muß. Die Durchführung liegt in den Händen von Dr.Lustig.

Das Krankenhaus bleibt, auch wenn Patienten aus andern Teilen des Reiches dort untergebracht werden, eine Einrichtung der JKV Berlin. Die etwa zu verauslagenden Beträge werden von den zahlungspflichtigen Stellen zu Gunsten der JKV eingezogen.

Falls durch die Errichtung der neuen Station ein Mangel an Siechenheimplätzen eintritt, sind die nach Artilleriestrasse 31 zu verlegen Das Haus bleibt unter der Leitung von Fr u Oberländer, der, falls es erforderlich ist, eine Schwester beigegeben wird. Auch hier liegt die Durchführung in den Händen von Herrn Dr.Lustig.

7.10.1942

Moritz Israel Henschel

(Moritz Israel Henschel)

Herrn Dr.Eppstein

zur gefl.Kenntnisnahme.

7.10.42

Moritz Israel Henschel

Engelmann 5.6.68
Chère Hélène

Herrn Dr. Eppstein

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Anwesend von der JKV Henschel
Kozower.

1.) Ueber den Stand der Verkaufsverhandlungen der Grundstücke Elsasserstr. 54 und 85 wird berichtet. Herr Prüfer gibt die Anweisung, darum zu ersuchen, dass im Vertrage die Räumung nur auf Weisung der Aufsichtsbehörde und frühestens zum Kriegsende vorgesehen werden soll.

2.) Unter Uebergabe von zwei Notizen des Herrn Federmann über die Anschlüsse Rosenstr. 2/4 und Friedhof Weissensee wird um Belassung einer grösseren Zahl von Leitungen an den Sammelanschlüssen Oranienburgerstr. 29 und Rosenstr. 2/4 gebeten. Herr Prüfer nimmt in Aussicht, in der Oranienburgerstr. 29 5 Anschlüsse und in der Rosenstr. 3 Anschlüsse beim Fernsprechrechnungsamt zu beantragen. Er hofft auch, die Querverbindung mit der Kantstr. durchzusetzen.

3.) Herr Prüfer kündigt an, dass demnächst durch mehrere daran interessierte Stellen eine Besichtigung der Geldschränke stattfinden wird.

4.) Es werden die Schwierigkeiten besprochen, welche sich aus dem Verkauf der Inventarien durch den Umstand ergeben, dass die voraussichtlichen Grundstückserwerber zu spät mitgeteilt werden. Herr Prüfer weist auf die vorübergehende Abwesenheit des Herrn Obersturmführer Pachow als eine der Ursachen der Verzögerung der Mitteilung hin.

Sollte eine erwerbende Stelle mit der Zahlung im Rückstände bleiben, so soll ihm darüber mündlich berichtet werden,

5.) Zur Frage des Personal-Abbaues weist Herr Prüfer darauf hin, dass die besoldeten Mitarbeiter stärker zum Abbau heranzuziehen sind. Er erklärt es für zulässig, dass an Stelle von Mitarbeitern, die auf Grund einer Sonderliste abgebaut werden sollen, aber z.Zt. noch unentbehrlich erscheinen, andere Mitarbeiter genannt werden. Dadurch dürfe jedoch die zur Abwanderung gelangende Personenzahl nicht verringert werden. Wenn also z.B. ein durch die Sonderliste erfasster Mitarbeiter eine Frau und zwei Kinder hat, so sei es kein genügender Ersatz, wenn an seiner Stelle ein lediger Mitarbeiter zum Abbau vorgeschlagen werde.

6.) Herr Prüfer ersucht um sofortige Herübergabe einer Aufstellung der Mitarbeiter der JKV und zwar der besoldeten, teilbesoldeten und unbesoldeten, getrennt nach Arbeitsgebieten; insbesondere sind die im Behördeneinsatz befindlichen Mitarbeiter aufzugliedern.

./.

7.) Herr Prüfer erklärt sich damit einverstanden, dass die Arbeitsbücher der Krankenhaus-Angestellten Glass, Schneider und Hilde Holländer abgeschlossen werden.

8.) Herr Prüfer gibt die Weisung, dass auf dem bereits übergebenen Grundstück Schönhauser Allee 22-25 durch Angestellte der JKV Arbeiten nicht mehr auszuführen sind.

..... Weitere Angelegenheiten wurden von Herrn Kozower vorgetragen.

gez. Henschel

(Moritz Israel Henschel)

9.) Herrn Prüfer wurden die Rundschreiben der RV

Nr. 274/42
275/42
277/42
278/42

übergeben. Er ordnete an, dass die in Betracht kommenden Rundschreiben stets ohne Anschreiben ihm zu übersenden sind.

He/Br.
13.10.42

159

A k t e n n o t i z A 30

Rücksprache mit der Staatspolizeileitstelle Berlin
(Herrn P e l l e c k e) am 14.Oktober 1942, 8.30 Uhr.

Betrifft: Wohnungsräumungen im behördlichen Auftrag

Im Zusammenhang mit den bei der Räumung von jüdischen Wohnungen in dem Grundstück Bambergerstrasse 31 EckeGrunewaldstrasse aufgetretenen Schwierigkeiten wegen der künftigen Mietzahlungen an den Hauswirt ersucht Herr Pellecke darum, ihm von Wohnungsräumungen oder Instandsetzungskostenregelungen, die vom RSHA etwa in Auftrag gegeben werden sollten, unmittelbar Kenntnis zu geben.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

Herrn K o z o w e r

He/Jo

Eilt sehr!

Aktennotiz

1.) Herr Prüfer hat heute vormittag die Anweisung gegeben

a) die Heime Artilleriestrasse 31, Brunnenstrasse und Friedenstrasse sofort von den Insassen frei zu machen. Sie sind nach Gerlachstrasse, in Zweifelsfällen nach Germannstrasse 3, zu bringen; wenn es sich um Siechc handelt, ist Entscheidung von Herrn Dr.Lustig einzuholen;

b) das Inventar der frei zu machenden Heime sofort zu veräussern;

c) Frau Oberländer, sobald sie in der Artilleriestrasse nicht mehr benötigt wird, nach der Gerlachstrasse und Frau Friedländer an Stelle von Frau Kraft nach dem Siechenheim Auguststrasse zu versetzen.

2.) Herrn Prüfer ist nachmittag fernmündlich mitgeteilt, dass für Brunnenstrasse und Friedenstrasse Altersheim die Inventarschätzungen des Herrn Elsoffer bereits vorliegen.

Herr Prüfer gab die Anweisung festzustellen, ob die NSV die Inventare übernehmen will und alsdann ihr ein Stück der Schätzungen zur Erklärung einzusenden, ob sie die Preise anerkennt.

Herr Dr.Eppstein ist fernmündlich ersucht, alsbald festzustellen, welcher Stelle der NSV die Inventarien übersandt werden sollen, da im Falle der Nichtübernahme die Zeit für die Veräusserung und Räumung knapp werden würde.

Für das Heim Artilleriestrasse ist sofort eine Schätzung des Inventars durch Herrn Elsoffer vornehmen zu lassen.

20.10.42

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift
Herrn Kreindler
der Personalverwaltung
Herrn Dr.Eppstein
der Inventarstelle
Herrn Reichenheim (Möbelkammer)

He/Jo

12

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Prüfer.

Von der Kultusvereinigung anwesend:

Henschel,
Kozower.

Herr Prüfer erteilte folgende Weisungen:

1.) Frau Rebekka Sara O b e r l ä n d e r soll nach der Abwanderung der Oberin Klara Sara S t e u e r (früher Kraft) die Leitung des Siechenheims Auguststrasse übernehmen, erforderlichenfalls nach Absolvierung eines Pflegekursus oder unter Beigabe einer geprüften Schwester.

2.) Das Krankenhaus soll eine eigene Personalverwaltung erhalten, ohne dass eine Vermehrung des Verwaltungspersonals im Krankenhaus erfolgt.

23.10.1942

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift

Herrn Dr.Eppstein

Herrn Kozower

Herrn Dr.Lustig

Herrn Kreindler

Herrn Dr.Mendelsohn

der Personalverwaltung

Ko/Jo

11

Aktennotiz

Am 14.d.Mts. um 13.35 Uhr wurde im Altersheim Große Hamburger Straße von dem Unterzeichneten, dem Inspektor Abrahamson folgendes eröffnet:

1. Binnen einer halben Stunde ist die Liste sämtlicher im Altersheim Befindlichen, enthaltend Vornamen, Zunamen, Geburtsdatum, in 2facher Ausfertigung fertigzustellen.

2. Sämtliche Möbel sind aus Zimmern und sonstigen Räumen zu entfernen, sodaß eine Belegungsfähigkeit mit 1200-1500 Personen bei Verwendung von Strohsäcken oder Matratzen entsteht; auch die Küche ist zu Unterbringungszwecken zu benutzen. Bekettigung erfolgt durch die Gemeinschaftsküche Gormen straße.

3. Es ist sämtlichen Insassen des Hauses zu eröffnen, daß sie beim Eintreten Deutschblütiger aufzustehen und sich von ihm in mindestens 2 Schritt Entfernung zu halten haben.

4. Den beiden Wächtern Stern und Ehrreich wurde eingeschärft, daß sie ohne Ausweis niemand ins Haus zu lassen haben.

5. Später wurde telephonisch um 14 Uhr dem Inspektor Abrahamson noch eröffnet, daß Insassen das Heim nicht verlassen dürfen.

14.11.1942

(Philipp Israel Kozower)

Herrn H e n s c h e l,

Herrn Dr. E p p s t e i n,

Herrn K r e i n d l e r,

Herrn K l e e m a n n

Berlin , den 16. 11. 1942.

17

Zu meinen Akten Möbelkammer und Stapo.

Rücksprache in der Staatspolizeileitstelle am 16.11. 1942.

1.) Mit Herrn Stark :

Herr Stark ersuchte, die Frage der Verwertung der aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstr. 26 nach dem Jüdischen Krankenhaus geschafften Möbel sofort mit Herrn Kommissar Stock zu besprechen.

In laufenden kleineren Sachen soll Herr Stark vom Unterzeichneten telefonisch befragt werden.

2.) Mit Herrn Kommissar Stock, Herrn Polizeirat Prokop, Herrn Stark und Herrn Bolz.

Herr Kommissar Stock ordnete an , dass die nach der Iranischen Strasse verbrachten Möbel aus dem Altersheim Gr. Hamburgerstr. 26 schnellstens durch die Wirtschaftsgruppe für Gebrauchtwarenhandel abgeschätzt und über diese Stelle veräussert werden. Der Erlös ist dem Sonderkonto H gutzubringen.

Die in der Möbelkammer von Behörden und Nachlasspflegern sichergestellten Posten sollen in eine Liste aufgenommen werden , und diese Liste soll der Geheimen Staatspolizei, Abt. IV C 3 , zu Händen von Herrn Polizeirat Prokop, übermittelt werden.

Bei Räumungen sollen zwecks Verwertung und zur Einlagerung zur Möbelkammer nur die Sachen gebracht werden, die einen die Transportkosten mindestens erreichenden Erlös bringen. Die wertlosen Sachen sollen entweder in die Kleiderkammer oder zur Spinnstoffabgabe kommen, oder zu Brennholz verwertet werden. Es ist jedoch in jedem einzelnen Falle verantwortlich zu prüfen, ob die Sachen wegen Wertlosigkeit dieser Bestimmung zuzuführen sind.

Philipp Israel Rozower

Herrn Henschel,
Herrn Dr. Agstein ,
Herrn Kreindler,
Frl. Dr. Posse,
Herrn Pinthus,
Herrn Gerhard Cohn ,
Herrn Pinthus zwecks
Weitergabe an Herrn Lewinnek.

Berlin , den 16. November 1942.

Rücksprache mit Herrn [illegible] im Altersheim Gr. Hamburgerstr.26.

1.) Im Altersheim Beth. sollen zwecks Unterbringung von [illegible], die im Altersheim [illegible] 2 - 3 Zimmer, die für 10 - 12 Personen ausreichen, bestimmt werden. Diese Zimmer sollen im 1. oder 2. Stockwerk nach dem Hof zu gelegen sein.
Herr Oberske erklärte, dass bei seiner Zimmerbelegung eine Verschlechterung nicht eintreten soll.

2.) Herrn Pinthus wurden die Anordnungen des Herrn von Merkatz wegen der Verwertung von Arbeit sowie die Anordnung von Herrn Oberske bezgl. des Altersheimes Gerlachstrasse telefonisch mitgeteilt. Er wird beauftragt, sofort das Erforderliche in die Wege zu leiten.

Billigt Eichmann

Durchschlag:
Herrn Henschel,
Herrn Dr. Kaufmann,
Herrn Kreindler,
Frl. Dr. Mosse,
Herrn Pinthus,
Herrn Gerhard Cohn,
Herrn Pinthus zwecks
Weitergabe an Herrn Lewinek.

A k t e n n o t i z

Besprache bei HSTF B r u n n e r
im Altersheim Grosse Hamburgerstr. 26 am 17.11.42, 16 Uhr.

1.) Es sind zwei perfekte Maschinenschreiber zu stellen, die abwechselnd 24 Stunden Tag und Nacht Dienst machen.

2.) Als Ordner sind 20 leistungsfähige bei der JKV Berlin tätige Leute namhaft zu machen, die einen möglichst kleinen Anhang haben. Diese Leute sind nur für den Ordnerdienst bestimmt und unterstehen der JKV Berlin nur gehaltsmässig.

3.) Ein Behandler, am besten ein ehemaliger Polizeiarzt, möglichst nicht in Mischehe, ist zu benennen. Er muss jeden Tag im Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 Dienst tun.

4.) Bockmann soll sich am 18.11.42 zum Dienst melden.

5.) Die Mitarbeiter der JKV Berlin, die auf der Befreiungs-Liste stehen, haben am 18.11.42, 15 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude Oranienburgerstr. 29, zur Besichtigung bereit zu stehen.

6.) Ab 18.11.42 sind zwei Schwestern zu benennen, von denen jede 24 Stunden Tag und Nacht Dienst macht.

7.) Ein Plan von Gross Berlin ist in zwei Exemplaren zu überreichen. In diesem Plan sind farbig sämtliche Grundstücke zu verzeichnen, die in der von Epstein überreichten Grundstücksliste enthalten sind, ebenso sämtliche Einrichtungen der RV und JKV Berlin ganz gleich ob es sich um Einrichtungen in eigenen oder in Mietgrundstücken handelt. Die Einrichtungen und Grundstücke sind zu beziffern. Der Plan ist mit einer Legende zu versehen. Das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse ist besonders, etwa in schwarz, zu kennzeichnen. Auf der Karte ist bei den Heimen anzugeben, wieviel Insassen dort sind.

8.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassenen jüdischen Krankenbehandler und Zahnbehandler, auch derer, die in Mischehe leben, zu überreichen. In diesem Verzeichnis müssen die Wohnungen und die Praxisräume der Behandler enthalten sein, ferner ist anzugeben, ob der Behandler zugelassener Fachbehandler ist und für welche Fächer.

Ferner ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassenen Konsulenten einzureichen.

Bei beiden Verzeichnissen ist anzugeben, ob der Behandler bezw. Konsulent in Mischehe lebt, ob er verheiratet ist und wieviel Kinder er hat.

9.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen und Anstalten mit Angabe des Telefon-Anschlusses einzureichen. Der Leiter der Einrichtung und die Nummer seines Diensttelefons ist besonders anzugeben.

10.) Es ist eine Aufstellung des Haushalts vom Januar 1942 ab mit den monatlichen Etatposten zu machen. Dabei sind die Ausgaben für die Abwanderung mit anzugeben.

11.) Es sind auf weissem Karton - etwa in der Grösse einer Zigarettenschachtel - Ausweise herzustellen, die folgende Form haben:

Links oben:

Freilassen für das Lichtbild.

Vorname und
Zuname des Ordners: .....

(Amtsstempel)

Geboren am: .....

wohnhaft: .....

ist berechtigt, das Gebäude Große Hamburger Str. 26 zu betreten und zu verlassen.

Der Text ist mit schwarzer Tusche auf den weissen Karton zu schreiben.

12.) Häuserblocks sind auf einer weiteren Karte von Berlin durch Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke zu kennzeichnen und zwar mit Kreisen, aus denen die Dichte der Besiedlung hervorgeht.

13.) Das Merkblatt des Abrandungsbriefes ist zu übersenden.

14.) Es ist die Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42 und ebenso über die Rücksprache vom 17.11.42 zu übersenden.

15.) Sobald Pläne zur Flucht bekannt werden, sind diese der Aufsichtsbehörde zu melden.

16.) Die Heime und sonstigen Gebäude der J.V. Berlin müssen entrümpelt werden.

Philipp Israel Lazarus

(Philipp Israel Lazarus)

A k t e n n o t i z

Herr Schneider hat auf Befragen erklärt, dass keine Bedenken dagegen bestehen, einen nicht zugelassenen Arzt zu benennen.

Herrn HSTF Brunner wurde bei der Besprechung heute Nachmittag berichtet, dass Frau Kronheim und Fräulein Siegländer von dem Hauptamt VII auf die Liste B gesetzt sind. Er erklärte, er habe Kenntnis davon genommen. Es bleibe bei der Einteilung zur Abwanderung.

Gegenwärtig Herr Hensche1.

(Philipp Israel Kozower)

Ko/Br.
18.11.42

67

Aktenno 12

Anruf von Werner Simon, ca. 2.45 Uhr

Im Auftrage von [illegible] Weis[illegible] sollen außer den bereits genannten 20 Juden noch weitere [illegible] von der [illegible] Berlin benannt werden.

[illegible]

18.11.42
Ko/Dr.

Kultusvereinigung

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

44

18.November 1942

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Abteilung IV D 1

Berlin C. 2
Burgstr. 28

Weisungsgemäss werden folgende Anlagen überreicht:

1.) Aktennotiz über die Rücksprache vom 17.11.42
2.) Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42
3.) Liste der Maschinenschreiber
4.) Liste für den Ordnerdienst
5.) Liste des Pflegepersonals
6.) Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen
7.) Aufstellung der monatlichen Ausgaben 1942
8.) Entwurf eines Ausweises
9.) Merkblatt für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten
10.) Liste der Konsulenten
11.) Ein Plan von Gross Berlin in zwei Exemplaren (Grundstücksverzeichnis und Einrichtungen der JKV)

Eine Liste der zugelassenen jüdischen Kranken- und Zahnbehandler sowie ein Plan von Gross Berlin, auf dem durch Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke gekennzeichnet sind, werden nachgereicht.

Als Ordonnanz ist Fritz Günther Israel Meyer, geb. 5.10.19 Berlin, wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Mannheimerstr. 33, Kennort Berlin, Kenn-Nr. 422593 vorgesehen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Philipp Israel Kozower)

Anlagen

Herrn Dr. Eppstein

A k t e n n o t i z

45

Rücksprache bei HSTF B r u n n e r
im Altersheim Grosse Hamburgerstr. 26 am 17.11.42, 15 Uhr.

I. Personal

1.) Es sind zwei perfekte Maschinenschreiber zu stellen, die abwechselnd 24 Stunden Tag und Nacht Dienst machen.

2.) Als Ordner sind 20 leistungsfähige bei der JKV Berlin tätige Leute namhaft zu machen, die einen möglichst kleinen Anhang haben. Diese Leute sind nur für den Ordnerdienst bestimmt und unterstehen der JKV Berlin nur gehaltsmässig.

3.) Ein Behandler, am besten ein ehemaliger Polizeiarzt, möglichst nicht in Mischehe, ist zu benennen. Er muss jeden Tag im Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 Dienst tun.

Ab 18.11.42 sind zwei Schwestern zu benennen, von denen jede 24 Stunden Tag und Nacht Dienst macht.

4.) Rockmann soll sich am 18.11.42 zum Dienst melden.

5.) Es soll eine Ordonnanz vom Unterzeichneten gestellt werden, welche die Verbindung nach der Grossen Hamburgerstrasse aufrecht erhält.

6.) Die Mitarbeiter der JKV Berlin, die auf der Entbehrlichen-Liste stehen, haben am 18.11.42, 15 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude Oranienburgerstr. 29, zur Besichtigung bereit zu stehen.

II. Sachliches.

7.) Ein Plan von Gross Berlin ist in zwei Exemplaren zu überreichen. In diesem Plan sind farbig sämtliche Grundstücke zu verzeichnen, die in der von Epstein überreichten Grundstücksliste enthalten sind, ebenso sämtliche Einrichtungen der RV und JKV Berlin, ganz gleich, ob es sich um Einrichtungen in eigenen oder in Mietgrundstücken handelt. Die Einrichtungen und Grundstücke sind zu beziffern. Der Plan ist mit einer Legende zu versehen. Das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse ist besonders, etwa in schwarz, zu kennzeichnen. Auf der Karte ist bei den Heimen anzugeben, wieviel Insassen dort sind.

8.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen zugelassenen Krankenbehandler und Zahnbehandler, auch derer, die in Mischehe leben, zu überreichen. In diesem Verzeichnis müssen die Wohnungen und die Praxisräume der Behandler enthalten sein, ferner ist anzugeben, ob der Behandler zugelassener Fachbehandler ist und für welche Fächer.
Ferner ist ein Verzeichnis sämtlicher zugelassenen Konsulenten einzureichen.
Bei beiden Verzeichnissen ist anzugeben, ob der Behandler bezw. Konsulent in Mischehe lebt, ob er verheiratet ist und wieviel Kinder er hat.

9.) Es ist ein Verzeichnis sämtlicher jüdischen Einrichtungen und Anstalten mit Angabe des Telefonanschlusses einzureichen. Der Leiter der Einrichtung und die Nummer seines Diensttelefons ist besonders anzugeben.

10.) Es ist eine Aufstellung des Haushalts vom Januar 1942 ab mit den monatlichen Etatposten zu machen. Dabei sind die Ausgaben für die Abwanderung mit anzugeben.

- 2 -

11.) Es sind auf weissem Karton - etwa in der Grösse einer Zigarettenschachtel - Ausweise herzustellen, die folgende Form haben:

Links oben:

Freier Raum für das Lichtbild.

Vorname und
Zuname des Ordners: .....
(unterstreichen)

Geboren am: .....

wohnhaft: .....

ist berechtigt, das Gebäude Grosse Hamburgerstr. 26 zu betreten und zu verlassen.

Der Text ist mit schwarzer Tusche auf den weissen Karton zu schreiben.

12.) Häuserblockweise sind auf einer weiteren Karte von Berlin durch Kreise die von Juden bewohnten Grundstücke zu kennzeichnen und zwar mit Kreisen, aus denen die Dichte der Besiedlung hervorgeht.

13.) Das Merkblatt des Abwanderungsbriefes ist zu übersenden.

14.) Es darf niemand zur Abwanderung gebracht werden, der lt. behördlicher Anweisung zurückgestellt werden sollte, ebenso besteht die Verpflichtung, besonders darauf aufmerksam zu machen, wenn für die Abwanderung Leute erfasst werden, die auf der B-Liste stehen. Verletzung dieser Verpflichtung wird an den Verantwortlichen besonders geahndet.

15.) Post, Geld und sonstige Gegenstände sind in die Unterkunft Grosse Hamburgerstr. 26 weder hineinzubringen, noch von dort herauszunehmen. Uebertretung dieses Verbots wird strengstens durch Kameradschafts-Massnahme geahndet.

16.) Es ist die Aktennotiz über die Rücksprache vom 14.11.42 und ebenso über die Rücksprache vom 17.11.42 zu übersenden.

17.) Sobald Pläne zur Flucht bekannt werden, sind diese der Aufsichtsbehörde zu melden.

18.) Die Heime und sonstigen Gebäude der JKV Berlin müssen entrümpelt werden.

Philipp Israel Kozower

(Philipp Israel Kozower)

Ko/Br.
17.11.42

Verfügung:

Herrn Dr. Eppstein

In Ergänzung und Berichtigung der bereits gestern übergebenen Aktennotiz.

Persönlich!
Vertraulich!

18.11.42

(Philipp Israel Kozower)

He/Jo

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, um 13 Uhr.

Anwesend
von der Geheimen Staatspolizei: Hauptsturmführer Brunner
Hauptsturmführer Stock
Herr Stark

von der JKV: Henschel
Eppstein
Kozower

I. Hauptsturmführer Brunner gibt die Weisung, die Große Hamburger Str. 26 und die Synagoge Levetzowstraße so einzurichten, dass jede als Sammelunterkunft für 1200-1500 Personen dienen kann. Die Einrichtung hat mit Matratzen (keine Roßhaarmatratzen) oder noch besser Strohsäcken zu geschehen. Wenn nicht genügend Strohsäcke oder Matratzen vorhanden sind, so müssen die ersten Eingelieferten Matratzen mitbringen. In der Empore der Levetzowstrasse sind die Bänke fortzunehmen; ausserdem ist an der Hinterfront der Mauer ein Trennzaun gegen das Nachbargrundstück zu errichten. In der Großen Hamburger Straße kommt die Küche fort. Die Ernährung erfolgt von einer Zentralküche aus. Mit den Arbeiten ist s o f o r t zu beginnen. In die Große Hamburger Straße sind sogleich 20 starke Leute abzuordnen, die mit dem Saubermachen und der Umstellungsarbeit beginnen. Die Arbeit ist ununterbrochen fortzuführen. Kein Insasse darf das Haus verlassen. Ein Verzeichnis aller Insassen enthaltend: Name, Vorname, Geburtsdatum, ist in 2-facher Ausfertigung gleichfalls sofort herzustellen und im Büro bereitzuhalten. Die Behörde wird bestimmen, wer von den Insassen das Haus verlassen darf und wer nicht. Kein fremder Jude darf die Große Hamburger Straße betreten.

Als Sammellager für die nach Theresienstadt Abwandernden ist die Gormannstraße einzurichten.

Jeder Jude hat, wenn ein Deutschblütiger kommt, aufzustehen. Er hat sich von ihm in einer Entfernung von 2 Schritt zu halten.

Das "Flitzen" ist mit allen Mitteln zu verhindern; die Funktionäre stehen mit ihrer Person dafür ein.

II. Die von Dr. Eppstein überreichte Liste der Angestellten der RV und der JKV wurde zurückgegeben. Sie ist durch die Aufnahme der Angehörigen und die Angabe des Gehaltes zu ergänzen. Es ist ferner bis Montag früh eine in gleicher Weise hergestellte Liste derjenigen Mitarbeiter vorzulegen, welche für die Arbeit als nicht unbedingt erforderlich bezeichnet werden.

14.11.1942

(Moritz Israel Henschel)

Männliche Maschinenschreiber

1.) Herrmann, Paul I. 19.8.85 Schöneberg Salzburgerstr.14 — Oberbuchhalter — 145,--

a) G. Hirschberg, Dorothea S., 55 J., Salzburgerstr. 14

(Herrmann steht auf der Liste der Entbehrlichen)

2.) Hecht, Paul I. 25.11.97 N.4, Oranienburgerstr.40/1 — Registrator u. Ordner — 275,--
(ab 1.1.43 190,--)

a) G. Caspary, Gertrud S., 46 J., NO., Weberstr. 40a
b) E. Hecht, Karoline S., 46 J., N.4, Oranienburgerstr.40/1
c) K. Hecht, Rose-Ruth S., 22 J., "
d) Hecht, Eva S., 20 J., "
e) Hecht, Erika S., 12 J., "
f) Hecht, Tana, 2 J., "

Vorschlagsliste für den Ordnerdienst

Lfd. Nr.	N a m e:	Geb.Dat.:	Anschrift:	Tätigkeit:	Gehalt:
1	Baer Dr.Siegbert J.	18.11.90	W 30, Bamberger- str.48	Gepäckträger	175.-
	a) E. Baer, Gertrud S., 46 J., W 30, Bambergerstr.48 b) K. Baer, Ilse S., 12 J., W 30, Bambergerstr.48 c) Baer, Heinz J., 11 J., W 30, Bambergerstr.48				
2	Besztymt Benjamin J.	10.10.98	W 15, Xantener- str.14	Gepäckträger	190.-
	a) E. Besztymt, Else S., 44 J., W 15, Xantenerstr.14 b) K. Besztymt, Judith-Esther S., 15 J., W 15, Xantenerstr.14				
3	Blauzwirn Abraham J.	14.5.87	Wilmdf.Holstei- nischestr.12	Gepäckträger	17[illegible]
	a) G. Blauzwirn, Selma S., 62 J., Wilmdf.Holsteinischestr.12 b) E. Blauzwirn, Ella S., 49 J., Wilmdf.Holsteinischestr.12				
4	Brodziak Georg J.	25.8.95	SW, Yorkstr.58	Gepäckträger	175.-
	a) M. Brodziak, Emilie S., 71 J., Yorkstr.58				
5	Cohn Max J.	18.7.07	N 54, Zehdenicker Str.28	Gepäckträger	175.-
	a) V. Cohn, Wilhelm J., 59 J., NO 55, Winsstr.18 b) M. Cohn, Auguste S., 58 J., NO 55, Winsstr.18 c) G. Cohn, Heinz I., 29 J., NO 55, Winsstr.18 d) Cohn, Martin I., 26 J., NO 55, Winsstr.18 e) Cohn, Julius I., 31 J., Treskowstr.46 f) E. Cohn, Gertrud S., 34 J., N 54, Zehdenickerstr.28 g) K. Cohn, Horst I., 11 J., N 54, Zehdenickerstr.28				
6	Cronheim Norbert I.	24.6.117	N 54, Dragoner- str.49	Gepäckträger	93.30
	a) M. Cronheim, Ernestine S., 50 J., N 54, Mulackstr.18 b) G. Lewinski, Henny S., 19 J., N 54, Mulackstr.18 c) E. Cronheim, Lore S., 20 J., N 54, Dragonerstr.49				
7	Ehrenreich Wolf I.	2.9.80	W 15, Bayer. Pl.7	Hilfspförtn.	160.-
	a) K. Ehrenreich, Ernst I., 17 J., Wielandstr.31				
8	Joseph, Dr. Kurt I.	17.6.94	NW 87, Solinger- str.11	Gepäckträger	3.06
	a) E. Joseph, Edith S., 44 J., NW 87, Solingerstr.11 b) K. Joseph, Hilde S., 17 J., NW 87, Solingerstr.11				

Lfd. dNr.	N a m e:	Geb.Dat.:	Anschrift:	Tätigkeit:	Gehalt:
9	Jospe Georg I.	29.5.85	1N 113,Kanzow-str.4	Gepäckträger	190.-
	a) E. Jospe,Rosa S.,58 J.,N 113,Kanzowstr.4 b) K. Jospe,Herbert I., 31 J., N 113,Kanzowstr.4 c) Jospe,Heinz I., 27 J.,N 65, Liebenwalderstr.40				
10	Levy Eugen I.	21.10.79	N 4,Artillerie-str.2	Gepäckträger	190.-
	a) G. Grasch,Amalie S.,60 J.,Weissenburgerstr.77 b) Laubrinus,Else S.,58 J.,Wilmersdorferstr.13 c) Hofmeister,Frieda S.,56 J.,Steglitz,Henkenstr.24 d) Levy,Wilhelm I., 54 J., unbekannt e) E. Levy,Rosa S., 76 J.,N 4, Artilleriestr.2				
11	Manasse Adolf I.	20.8.88	N 113,Kugler-str.11	Gepäckträger	190.-
	a) E. Manasse,Alice S., 55 J., Kuglerstr.11 b) H. Manasse,Hans I., 25 J., Kuglerstr.11 c) Manasse,Walter I.,22 J., Schönhaus.Allee 113				
12	Marcuse Erich I.	26.3.05	N 4,Krausnickstr.13	Gepäckträger	175.-
	a) M. Manasse,Rebekka, 64 J., N 4,Krausnickstr.13 b) G. Manasse,Georg I.,41 J., N 4,Bernauerstr.17 c) E. Marcuse,Hanna S.,31 J., N 4,Krausnickstr.13 d) K. Marcuse,Peter I., 4 J., N 4,Krausnickstr.13				
13	Medan, Hermann I. Nechemias	13.6.99	NO 55,Jablonski-str.25	Gepäckträger	190.-
	a) E. Medan,Fanny S., 40 J., NO 55,Jablonskistr.25 b) K. Medan,Ruth S., 10 J., NO 55,Jablonskistr.25 c) Medan,Marion S., 6 J., NO 55,Jablonskistr.25 d) Medan,Siddy S., 4 J., NO 55,Jablonskistr.25				
14	Nelkan Marcus I.	7.2.88	NO 18,Barnim-str.12	Gepäckträger	162.34
	a) E. Nelken,Gertrud S., 56 J., NO 18,Barnimstr.12				
15	Sober Willy I.	29.11.00	Charl.Wilmers-dorferstr.78	Gepäckträger	130.-
16	Schwersenski Joachim I.	16.10.09	Halensee,West-fäl.Str.62	Gepäckträger	110.-
	a) M. Schwersenski,Johanna S., 72 J.,Westfälischestr.62				
17	Stargardter Leopold I.	2.9.89	Oberschöneweide Tabbertstr.14	Gepäckträger	114.
	verheiratet, 1 Kind				

Lfd Nr.	N a m e:	Geb.Dat.:	Anschrift:	Tätigkeit:	Gehalt:
18	Schnapp Harry-Max I.	3.6.01	N 4, Auguststr. 14-15	Gepäckträger	175.-
	a) E. Schnepp, Betty S., 39 J., Auguststr. 14/15				
19	Stern Alfred I.	21.1.85	SW 68, Prinzenstr. 95	Verw. Hilfskr.	175.-
	a) G. Stern, Felix I., 61 J., NO 55, Kastenburgerstr. 23 b) E. Stern, Regina S., 56 J., SW 68, Prinzenstr. 95				
20	Wallach Günther I.	25.12.04	N 58, Fransecki-str. 49	Gepäckträger	93.30
	a) M. Wallach, Therese S., 71 J., Fried., Schnackenburgstr. 10 b) G. Levy, Tilli S., 48 J., W 30, Heilbronnerstr. 12 c) E. Wallach, Barbara S., 21 J., N 58, Franseckistr. 49				

5

Liste des Pflegepersonals.

Behandler:

1.) Dr. Martin Israel Sternberg, 31.8.99, wohnhaft Schönhauser Allee 24 (zugelassener Krankenbehandler)

2.) Dr. Werner Israel Lemberg, Berlin W.50, Neue Ansbacherstr. 16 b. Hauer. (Ehemaliger Arzt, nicht zugelassener Krankenbehandler) arbeitet unter verantwortlicher Leitung des Dr. Sternberg.

Schwestern:

1.) Hanna Ruth Sara Thal, 1.12.22, wohnhaft Barnimstr. 32

2.) Herta Sara Löwenthal, 27.3.97, wohnhaft NO. 18, Georgenkirchstr.6 (wird durch Elfriede Sara Benger, 22.12.82, wohnhaft Iranischestr.4, abgelöst, sobald diese die Fahrgenehmigung erhalten hat.)

6

Verwaltungsgebäude N.4, Oranienburger Str.29

Anruf: Sammel-Nr. 42 [illegible] 21

Vorstand	Hensche, Fritz J.	Sammel-Nr. App.40 Postleitung 42 11 34
	Korspeter, Philipp I.	Sammel-Nr. App.24 Postleitung 41 21 5
Generalbevollmächtigter des Vorstandes	Schindler, Peter J.	Sammel-Nr. App.20 Postleitung 41 1 [illegible]
Personalverwaltung	Kloosen, Siegbert	Sammel-Nr. App.23 Postleitung 42 34 30
Hauptverwaltung	i.V.: [illegible]	Sammel-Nr. App.20
Hauptkassenverwaltung	i.V.: Franke, Gustav	" " 44
Innenrevision	[illegible]	" " 28
Revisionsabteilung	i.V.: [illegible]	" " 41
Rechtsschutz	Schmidt, Dr. [illegible]	" " 33
Betriebs- und Angestelltenbüro	[illegible]	" " 1
Zentrale für Mitgliedschaft und Beitragspflicht	i.V.: [illegible]	" " 42
Friedhofsverwaltung Neuköllnische Allee	[illegible]	" " 72

Sh 53

Verwaltungsgebäude

N. 4, Oranienburgerstr. 31

Anruf: Sammel-Nr. 42 51 31

Wohnungsberatung und Abwanderung:	Bonne, Dr. Martha	Sammel-Nr. und 42 59 21 App. 52
Bau- und Grundstücks-Abtlg.:	Beer, Alexander J.	Sammel-Nr. App. 39 Postleitung 42 14 36
Reparaturwerkstatt, Büro:	i.V.: Pintus, Anna J.	Sammel-Nr. App. 37

Verwaltungsschule C.2, Jüdenstr.2-4
Anruf: Zentral-Nr. 41 67 11

Allgemeine Fürsorge/
Zentrale: Bockmann, Richard A. Zentral-Nr. App.27

Nebenstellen:

Bezirksstelle Mitte, N.4, Auguststr.14-15 Schiller, Dr. Ernst G. Postleitung 42 21 53

Bezirksstelle Wilmersdorf, W.30, Prinzregentenstr. 15-16 Blumenreich, Berta " " 24 53 04

Bezirksstelle Nordost, N.65, Pankower Str.? Goldinski, Elly " " 41 67 83

Bezirksstelle Südwest, W.50, Kaiserallee Str.37 Herrik, Henriette " " 23 83 11

Bezirksstelle Nordwest, Charlottenbg., Bleibtreustr.? Goldschmidt, Bertha " " 91 26 39

~~Berufsberatung~~
Fürsorge
Zentrale: Walter, Julius A. Zentral-Nr. App.76

Nebenstellen:

Auguststr.17 IV " " " "

Gipsstr.12a " " " "

Heidereutergasse 4-5 " " " "

Pankow, Ahlenstr.77 " " " "

Speisungen
Zentrale: Friedländer, Hans L. " " " 35

Küchen:

Auguststr.14-15	Sternberg, Luise A.	Postleitung	41 55 43
Blumenstr.37	Haveiland, Toni B.	Zentral-Nr.	41 67 11
Fritzer Str.	Cronheim, Ernestine B.	-	-
Germaniastr.3	Braun, Margarete B.	Postleitung	41 11 73
Gintzelstr.45	Levy, Margarete B.	"	87 83 04
Joachimsthaler Str.13	Korant, Paula B.	-	-
Klopstockstr.24	Liebmann, Elly B.	-	-

Ämter (Fortsetzung):

Marburger Str.5	Adler, Gertrud	Postleitung	24 45 84
Münchener Str.37	Stein, [illegible]	"	26 03 41
Fenkos, Schlesstr.77	Klingermann, Regina	-	-
Pestalozzistr.14	Salomon, Gertr[illegible]	Postleitung	31 56 06
Prinzregenten Str.6	Ag[illegible]s, Elli	"	7 73 84
Sächsische Str.72	Lindenberg, Martha	"	32 03 74
Schöneberger Allee 162	Ulrich, [illegible]	-	-
Uhlandstr.37	[illegible], Max	-	-
Rosenstr.2-4	[illegible]nert, Lise	Sammel-Nr.	pp.75
Jugendfürsorge/ Zentrale:	Silbermann, Dora	Sammel-Nr.	41 67 11 App.46

Nebenstellen:

Kinderspeisung Blumenstr.37	Kaminski, [illegible]	Sammel-Nr.	41 67 11
Kindertagesheim Blumenstr.37	Weiss, Stephanie	"	"
Kindertagesheim Marburger Str.5	Neubergs, [illegible]	Postleitung	24 84 37
Kinderhort Marburger Str.5	Loeser, Ilse	"	"
Unterkunft Marburger Str.5	Bamberger, Ilse	"	"
Kinder- und Jugendlichenheim, Schöneberger Allee 162	Tiedtorfer, Margaret	Postleitung	45 92 31
Abteilung Kindertagesheim, Schöneberger Allee 162	Loewus, Lore	"	42 32 37
Mädchenwohnheim, Franzische Str.4	Auerbach, Regina	"	45 04 41
Kindertagesheim, Thielschufer 13-15	Pereles, Liselotte	"	88 35 25
Kindertagesheim, Münchener Str.37	Guttmann, Josefa	"	29 33 31
Kinderhort, Münchener Str.37	Herzfeld, Irmgard	"	29 33 31
Sonderhort, Oranienburger Str.31	Guttmann, Gertrud	-	- -
Kindertagesheim, Auguststr.17	Schmiller, Dor[illegible]	Postleitung	42 24 87
Krippe, Auguststr. 14-15	Loewe, Renate	"	42 24 87
Jugendwohnheim, Rosenstr.2-4	Barmen, Siegfried	Sammel-Nr.	App.43
Zentrallager, Eberhardstr.12	Harlan, Leo	Postleitung	51 47 12

8.65, Iranische Str.2 u.4

Anruf: Sammel-Nr. 46 04 41
46 44 45

Dezernat Gesundheitswesen:
Beauftragter des Vorstandes: Austin, Dr. Dr. Walter T. Sammel-Nr.

Gesundheitsverwaltung, Iranische Str.4

Krankenhaus, Iranische Str.2

Büro der Zahnheilkunde, Iranische Str.4 i.V.: Hollander, Charlotte " "

Zahnheilkunde:

Iranische Str.2 Goldschmidt, Susanne " "

Klausner Str.35 Baendel, Margarete Postleitung 41 0 31

Auguststr.14-16 Oberländer, Rebekka " " 42 0 14

Berlin-Weissensee,
Lothringer Str. 22

Anruf: Sammel-Nr. 96 49 36

Friedhofsverwaltg. Krause, Arthur I. Sammel-Nr.

Friedhöfe:

Lothringer Str.22 " "

Pankower Str.2 " "

Str.38, Choriner Str.26

Anruf: Sammel-Nr. 44 97 89

Kleiderkammer/
Zentrale Cohn, Gerhard I. Sammel-Nr.

Nebenstellen:

Augustastr.17
Mitte Schwarz, Otto I. Postleitung 42 84 85

Norden, Thielsch-
ufer 10-16 Rosenthal, Julius I. " 68 69 38

Norden, Eberswalder Str.26 Goldstein, Bruno I. " 44 97 49

Südwest,
Münchener Str.37 Wessler, Hermann I. " 24 40 35

Nordwest, Pestalozzistr.14-15 Meyer, Erich I. " 31 36 86

Erfassungsstelle,
Thielschufer 10-16 Cohn, Gerhard I. " 68 69 38

39

Ro.55, Greifswalder Str.144-161
Anruf: 53 51 90

...elkammer i.V.: Pintus, H... L. Postleitung 81 51 90
...paraturwerkstatt " " " "

...., Kr...burger Str.95
Anruf: 61 53 31

...ser

...ters- und
...urchgangsheime:

Gerlachstr.
15-21 Friedländer, Lilli Postleitung 53 29 87

...ormanns.3 Aufhammer, Gertrud " 61 11 73

...äscherei
...nstalt...istr.
14-15 ...ewin, ... 11? Postleitung 31 58 86

...inder- und
...ubst...ennel ,
Weissensee,
...rkstr.22 Marcus, Margarete Postleitung 56 22 48

MERKBLATT

für die Teilnehmer an Abwanderungstransporten

9

61

Die nachstehenden Richtlinien sind von jedem Transportteilnehmer unbedingt zu beachten:

I. Hinterlegung von Dokumenten!

Die Transportteilnehmer können bei der Jüdischen Kultusvereinigung (ARCHIV) wichtige persönliche Dokumente, wie Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden hinterlegen. Diese Urkunden sind in einem nicht verschlossenen Briefumschlag in einer Bezirkskasse oder direkt beim Archiv persönlich oder per Post abzuliefern. Auf dem Briefumschlag ist Transportnummer, Vor- und Zuname und bisherige Anschrift des Ablieferers sowie ein genaues Verzeichnis der Urkunden aufzuschreiben. Über die erfolgte Hinterlegung der Dokumente wird von der Kasse eine Empfangsbescheinigung ausgestellt. KENNKARTEN (bei Staatenlosen Fremden-Pässe) sind nicht zu hinterlegen, sondern mitzunehmen.

II. Mitzunehmende Gegenstände!

1. Bekleidung: Die Bekleidung bezw. der Reiseanzug bestehen zweckmäßiger Weise aus:

Bei Männern:	Bei Frauen:
Strümpfe, Socken, Schuhe	Strümpfe, Socken, Schuhe
Unterhosen, Krawatten	Hemdhosen oder Hemd, Ueberschuhe
Unterhemden, Stiefel	Schlupfer, Kopftuch
Oberhemd, Lodenmantel	Strumpfgürtel, Kleider, Wintermantel
Weiche Kragen, Hosenträger	Büstenhalter, Regenmantel
Leibbinde, Strickjacke	Unterkleider, Warmer Schal
Taschentücher, Wintermantel	Taschentücher, Handschuhe
Puls- und Kniewärmer, Regenmantel	Puls- und Kniewärmer, Hut, Mütze
Anzug, Wollschal	Kleid, Regenkappe
Ohrenschützer, Hand(faust)schuhe	Ohrenschützer, Muff
Strickweste oder Pullover	Strickweste oder Pullover
Hut, Mütze, Kniewärmer	

2. JUDENSTERNE sind nicht nur auf dem Reisemantel, sondern auch auf dem Reiseanzug bezw. -Kleid in vorschriftsmäßiger Form festgenäht zu tragen. Von den Kleidungsstücken, die nicht mitgenommen werden, sind die Judensterne abzutrennen und soweit verfügbar auf die im Gepäck mitzunehmenden Anzüge bezw. Kleider aufzunähen.

3. Das mitzunehmende Gepäck darf je Teilnehmer in keinem Falle 50 kg überschreiten. Es darf nur bestehen aus einem Coupékoffer, einem Rucksack (REISEGEPÄCK) und dem Handgepäckstück, bei dem sich eine Schlafdecke befinden muß.

Gegenstände aus Glas und Porzellan dürfen nicht mitgenommen werden. Die Auswahl der mitzunehmenden Gegenstände ist mit größter Umsicht zu treffen, da auf der Fahrt nach der Versiegelung keine Gegenstände entfernt werden dürfen.

a) HANDGEPÄCKSTÜCK Im Handgepäck kann verpackt werden:

Wasch- und Kammzeug, Thermosflaschen, Feldflaschen, Spielkarten, ein Handtuch, Taschentücher, Reisekissen, ein Geschirrtuch, Hausschuhe, Löffel (KEINE MESSER UND GABELN!!!), Toilettenpapier, ein Paar Strümpfe, Essgeschirr, Topf oder unzerbrechliche Teller.

E S I S T B E I S T R A F E V E R B O T E N

Zahlungsmittel, Sparkassenbücher und Urkunden, die Vermögensrechte zum Inhalt haben oder sich auf Vermögensrechte beziehen, ferner Wert- und Schmucksachen sowie Lebensmittelkarten auf den Transport mitzunehmen. Verboten ist die Mitnahme von Medikamenten im Handgepäck, jedoch können Medikamente, mit Ausnahme von Giften im Reisegepäck mitgenommen werden.

- Bitte wenden!!! -

K o n s u l e n t e n

Name	Anschrift Büro:	Anschrift Wohnung:	Ehefrau	Kinder
1. Blau	Prinzregentenstr.6 Tel.: 87 4062	(- Büro)	arisch	---
2. Callmann	W 15, Lutherstr.25 Tel.: 91 4130	(- Büro)	jüdisch	---
3. Cober	C 2, [illegible] Tel.: 52 2291	W 30, Calvinstr. 1 35 0478	arisch	Ellen Liesselotte geb. 6.1.24 Hellmuth Max geb. 30.11.25
4. Eckstein	C2, a.d. Spandauer Brücke 12 Tel.: 42 91 76	Borgsdorf, Passenring 9 Birkenwerder 2158	arisch	---
5. Feilchenfeld	C2, Monbijouplatz 4 Tel.: 41 4234	(- Büro)	arisch	---
6. Friedeberg	Schbg., Grunewaldstr.24 Tel.: 86 4271	(- Büro)	arisch	Ingeborg geb. 11.3.24 Gerda geb. 8.10.27
7. Gumpert	Charl.2, Wormserstr.56 Tel.: 32 1714	(- Büro)	arisch	Gabriele geb. 18.9.35
8. Hamburger	Charl.4, Kantstr.130 Tel.: 31 7064	W 30, Viktoriastr. 6 kein Telefon	arisch	---
9. Jacobsohn	Wilm., Giesebrechtstr.12 Tel.: 86 2938	(- Büro)	jüdisch	Hans Israel geb. 16.6.38
10. Kann	W 50, Neue Ansbacherstr.6	(- Büro)	jüdisch	---
11. Katz	C2, Alexanderstr.42 Tel.: 51 3575	Charl.4, Kantstr.139 31 0266	arisch	---
12. Landsberger	Wilm., Jenaerstr. 3	(- Büro)	arisch	---
13. Löbinger	W 15, Brandenburgischestr.38 Tel.: 97 2572	(- Büro)	jüdisch	---
14. May	W 15, Bayerischestr.2 Tel.: 92 0334	(- Büro)	jüdisch	---
15. Sachs	W 8, Kronenstr.60 Tel.: 11 2913	W 35, Bissingzeile 16 21 1157	arisch	Sophie Dorothea geb.25.3.35
16. Werthauer	W 50, Passauerstr.24 Tel.: 24 0765	(- Büro)	arisch	---

17. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der für den Bezirk Frankfurt a.O. zugelassene Konsulent F e l k e n b e r g, Berlin-Schöneberg, Salzburgerstr.17, wohnt; er lebt in kinderloser Mischehe.

Grundstücksverzeichnis – Stand vom 13. 11. 1942.

lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
1	[illegible] Nr.171	[illegible]	63
2	[illegible] Nr.31	—	verkauft
3	[illegible] Nr.37	—	verkauft
4	[illegible] Nr.[illegible]	[illegible]	147 Insassen 43 330 Transportlisten
5	[illegible] Nr.47	[illegible]	[illegible]
6	Berliner Str.[illegible] (Anlage)	—	[illegible]
7	[illegible] Nr.[illegible]	[illegible]	[illegible]
8	[illegible] Nr.41	—	verkauft
9	[illegible] Nr.54	—	verkauft
10	[illegible] Nr.[illegible]	[illegible]	147 Insassen
11	[illegible]straße 8 (Baracke)	—	verkauft
12	[illegible] 8 (Baracke)	—	verkauft
13	[illegible]straße 16	—	verkauft
14	[illegible]straße 19/21	[illegible]	[illegible]
15	[illegible]straße 3	—	verkauft
16	[illegible]straße 12a	[illegible]	[illegible]
17	[illegible]straße 3	[illegible]	37 Insassen [illegible]
18	Greifswalder Str. 138/39	—	verkauft
19	Greifswalder Str. 140/41	Industrie-Rundstück Reparaturwerkstatt Möbelkammer	
20	Gr. Hamburger Str. 26	Hauptdurchgangsheim für Altertransporte	
21	Gr. Hamburger Str. 27	—	verkauft

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
22	Iranischestr.2/4	Krankenhaus Siechenheim Schwesternheim m.Böhmstift Gesundheitsverwaltung	421 Insassen 222 " 117 "
23	Iranischestr.3	---	geräumt
24	Joachimsthaler Str.13	Küche	80 Tagesportionen im übrigen geräumt
25	Johannisstr.16	---	geräumt
26	Kaiserstr.29/30	---	geräumt
27	kl.Auguststr.10	ehem.Synagoge	
28	Königsallee 11a	---	geräumt
29	Kurfürstenstr.115	Mietwohngrundstück 8 Wohnungen	
30	Kurfürstenstr. 116	---	geräumt
31	Langestr.5/6 (Lichterfelde)	---	geräumt
32	Levetzowstr.7/8 (Jagowstr.37/38)	Synagoge mit Nebenräumen sowie Wohnhaus, z.Zt. Hauptsammellager für Abwanderungstransporte, 4 Wohnungen,davon 1 jüd.	
33	Lindenstr.48/50	---	geräumt
34	Lützowstr.16	---	geräumt
35	Lützowstr.48/9	---	geräumt
36	Mahlsdorfer Str.94 (Köpenick)	---	geräumt
37	Marburger Str.5	Mietwohngrundstück 36 Wohnungen,davon 25 jüd. Kindertagesheim Küche	 144 Insassen 260 Tagesportionen
38	Meinekestr.10	---	geräumt
39	Mühlenstr.77 (Pankow)	---	verkauft
40	Münchener Str.37	Verwaltungsgebäude,Synagoge Bezirkswohlfahrtsstelle Kindertagesheim Küche 7 Wohnungen,dav. 6 jüd.	 67 Insassen 300 Tagesportionen
41	Oranienburger Str.28/29	Verwaltungsgebäude der J.K.V.zu Berlin e.V.	Teilvermietet an Reichssippenamt
42	Oranienburger Str. 30	---	geräumt
43	Oranienburger Str. 31	Verwaltungsgebäude der J.K.V.zu Berlin e.V.	

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
44	Oranienburger Str.40/41	Mietwohngrundstück 8 Wohnungen, davon 3 möbl.	im Übrigen geräumt
45	Pariser Str.11	—	verkauft
46	Parkstr.22 (Weissensee)	früher Taubstummenheim	27 Insassen
47	Pestalozzistr.14/15	Mietwohngrundstück Bez. Wohlfahrtsstelle Zentralwäscherei Küche Sonntagspeisung Synagoge	 185 Tagesportionen 100 Portionen vermietet
48	Rosenstr.2/4 Heidereutergasse 4/5	Veranstaltungsgebäude der J.K.V. zu Berlin e.V. Jugendwohnheim Notheim Küche	 56 Insassen 21 Insassen 365 Tagesportionen
49	Rykestr.53	—	geräumt
50	Schönhauser Allee 22/25	—	geräumt
51	Schönhauser Allee 162	Kinder-u. Jugendlichenheim, Kindertagesheim	176 Insassen 55 Insassen
52	Thielschufer 10/16	Ehem. Synagoge: Abstellraum für ablieferungspflichtige Gegenstände u. Möbel, Bezirkswohlfahrtsstelle Kindertagesheim Küche	 117 Insassen 35 Tagesportionen
53	Wrangelstr.6/7 (Steglitz)	—	geräumt.

Ermietete Räume.

Lfd. Nr.	Anschrift	Art	Bemerkungen
E 1	Berliner Allee 234 Weissensee Vhs.I	---	geräumt
E 2	Blumenstr.97 Quergeb.Erdgesch., 1 - 3. Stock	Kindertagesheim Küche	124 Insassen 80 Tagesportionen
E 3	Brunnenstr.41	---	geräumt
E 4	Eberswalder Str.26 Vorderhs. I.Stock	Bezirksstellen der Abtl. Fürsorge, der Kleiderkammer u. Winterhilfe sowie der Antragstelle	
E 5	Elsasser Str.84	---	siehe Nr.10
E 6	Friedenstrasse 3	---	geräumt
E 7	Güntzelstrasse 45 Vorderhaus Erdgesch.	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung(1 Zimmer u.2.Läden))	170 Tagesportionen
E 8	Hemhardtstr.12 Vorderhaus 5.Stock	Zentrallager der Gemeinschaftsküchen	
E 9	Moselstr.4)Vhs.Erd- Friedenau)gesch.	Küche (1 Wohnung)	aufgelöst
E 10	Nürnberger Str.66	---	geräumt
E 11	Prinzregentenstr.6 Vorderhs.Erdgesch.	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung)	160 Tagesportionen
E 12	Rosenthaler Str.26	---	geräumt
E 13	Sächsischestr.72 Erdgeschoss	Gemeinschaftsküche (1 Wohnung)	220 Tagesportionen
E 14	Pankow,Mühlenstr.77/	Küche Bereitschaftsheim, vorgesehen für die Aufnahme jüd. Bombengeschädigter.	35 Tagesportionen
E 15	Uhlandstrasse 39	Küche	110 Tagesportionen
E 16	Klopstockstr. 24	Küche	135 Tagesportionen

Aktennotiz

HSF Brunner gibt um 13.45 Uhr fernmündlich die Weisung, die Mitarbeiter der Abteilung Fürsorge, die in der überreichten Liste verzeichnet sind (Nr.132 - 331) für 15.30 in die Oranienburger Str.29 zu bestellen.

Insgesamt erschienen 132 Mitarbeiter. Die Nichterschienenen sind für den 20.d.Mts., vormittag, zu bestellen.
Nach seinem Eintreffen eröffnete HSF Brunner dem Unterzeichneten, dass die Fürsorge in Zukunft von einer Zentrale aus ihre Aufgaben mit rund 100 Mitarbeitern erledigen müsse; insbesondere sei auch der Speisungsbetrieb zu vereinfachen.

Von den anwesenden 132 Mitarbeitern wurden 63 ausgesondert und 68 für die Fortführung der Arbeit bestimmt. Der Leiter der Abteilung Fürsorge, Leo Israel Kreindler, ist durch plötzlichen Tod (Herzschlag) ausgefallen. Von den ausgewählten 68 stehen 2 auf der Vorschlagsliste für den Ordnerdienst in der Großen Hamburger Straße. Ferner wurden 7 Nichterschienene für den weiteren Dienst belassen, welche dort bereits Ordnerdienst verrichten oder von IV D 1 und IV C 3 beschäftigt werden.

HSF Brunner erklärt sich damit einverstanden, dass Richard Israel Rockmann vom Dienst in der Großen Hamburger Straße für einige Tage zur Umstellung des Fürsorgewesens beurlaubt wird. Er erklärt sich ferner damit einverstanden, dass die gestern Eppstein in Auftrag gegebene Liste erstmalig morgen vorgelegt wird.

HSF Brunner gibt Auftrag, über die Herkunft des in der Großen Hamburger Straße vorgefundenen Mohns zu berichten. Bericht von Julius Israel Abrahamsohn liegt bei.

19.11.1942

(Moritz Israel Henschel)

Der Unterzeichnete wurde am 30.11.1942 zur Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Herrn Kommissar S t o c k- bestellt; dort wurde ihm Folgendes eröffnet:

1. Dem Unterzeichneten werden Listen übergeben, und zwar heute 9 Listen. Den auf den heute übergebenen Listen Bezeichneten ist noch heute durch Mitarbeiter der JKV.Berlin folgender Brief in ihre Wohnungen zu senden:

   " Sie werden ersucht, sich am 1.12.1942 ohne Rücksicht auf Ihr Arbeitsverhältnis zwecks Aufnahme einer Vermögenserklärung in Ihrer Wohnung bereit zu halten."

   Herr S t a r k erklärte, es bestehen keine Bedenken dagegen, die Listen über die Kartei gehen zu lassen, damit die richtigen Adressen festgestellt werden.

   Die Listen sind abzuschreiben, die Originalliste ist sofort zur Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, Fräulein Süberski, Zimmer 333- zurückzusenden.

2. Herr Kommissar S t o c k untersagte, dass die jüdischen Krankenschwestern weiter die Schwesternhaube tragen ebenso wie die arischen, sie sollen ein Kopftuch oder eine andere Kopfbedeckung nehmen.

3. Vom Unterzeichneten wurde berichtet, dass von den auf der Mitarbeiterliste der JKV.Berlin als unentbehrlich Bezeichneten eine Anzahl Männer für den Dienst in der Grossen Hamburgerstrasse und Gerlachstrasse abkommandiert seien, dass daneben jedoch immer noch auf dem Wege über Angehörige eine Reihe von Mitarbeitern nach der Grossen Hamburgerstrasse geholt und zur Abwanderung gebracht werden. Durch diesses Verfahren würde die Durchführung der Aufgaben der JKV.Berlin erschwert werden. Herr Stock erwiderte, er werde sich diese Angelegenheit überlegen und noch im Laufe des heutigen Tages dazu Stellung nehmen.
   Herr Stark ersuchte den Unterzeichneten, künftig solche Fälle direkt Herrn Kommissar Stock vorzutragen.

30.11.42

Ko/Ro.

Philipp Israel Kozower

Persönlich ! Vertraulich !

Herrn Dr. Eppstein

Abwanderung

A k t e n n o t i z

Telefonische Rücksprache mit Herrn Stark, Staatspolizeileitstelle Berlin, am 30.11.42, 16.50 Uhr:

1.) Herr Stark erklärte, dass die in der heute nachmittag überbrachten Liste aufgeführten 541 Personen für Mittwoch, den 2.12.42, zu benachrichtigen seien.

2.) Auf Grund des Berichts von Weltlinger vom 30.11.42 wurde Herrn Stark gemeldet, dass dem Büro Weltlinger die Arbeit zur Aufnahme der Vermögenserklärungen in der Grossen Hamburgerstrasse untersagt worden sei. Herr Stark erklärte, dass das nicht ginge, Fragebogen und Vermögenserklärungen müssten aufgenommen werden, Weltlinger solle ihm am 1.12.42 früh über die Angelegenheit berichten. Der Unterzeichnete solle im übrigen auch Herrn Polizeirat Prokop Meldung über den Vorgang machen.

3.) An Hand des Berichts von Weltlinger wurde Herrn Polizeirat Prokop über den Vorgang in der Grossen Hamburgerstrasse berichtet. Herr Polizeirat Prokop erklärte, er werde sofort bei der Lagerführung anläuten.

4.) Herr Weltlinger wurde beauftragt, einen Bericht für die Staatspolizeileitstelle Berlin in dem besprochenen Sinne vorzubereiten.

Ko/Br.
30.11.42

(Philipp Israel Kozower)

Abschriften an:

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein
Fräulein Dr. Mosse

Abschrift

21

Berlin, den 19. November 1942

An den
Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
z.Hd. des Herrn Henschel

Berlin N. 4
Oranienburgerstr. 29

Auf Veranlassung des Herrn Herbert Israel L e v y teilen wir folgendes mit:

Der Mohn, der sich im Jüdischen Altersheim Grosse Hamburgerstrasse befand und von uns mit den anderen Lebensmitteln in die Gormannstrasse mitgenommen worden ist, befand sich schon bei der Uebernahme des Altersheims Schönhauser Allee am 1.8.1940 durch uns unter den dortigen Vorräten und ist dann bei der Auflösung des Heims am 7.8.1942 mit den anderen Beständen in das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse mitgenommen worden.

gez. Julius Israel Abrahamsohn
Jude Kennort Berlin
Kenn-Nr. A 433766

Kultusvereinigung

XXXXXXXXXXXXXXXX

22

20. November 1942

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin

- - - - - - - - - - - - - - - - - -

Im Nachgang zum Schreiben vom 18.11.42 wird folgendes überreicht:

1.) Liste der zugelassenen jüdischen Krankenbehandler
2.) Liste der zugelassenen jüdischen Zahnbehandler
3.) Liste der zugelassenen jüdischen Dentisten

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Philipp Israel Kozower)

Anlagen

Herrn Dr. Eppstein

- - - - - - - - - - -

24

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Krankenbehandler

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. St.	Zahl d. i.Alt. 1bd.Kd.: i.Mehlt.Sstg.		Fach-gebiet:	Sonst. Funkt.
1.	Abramsohn,Dr. Hillel	NO55,Weissen-burgerstr,23	45 2176	Mischehe	1	---	prakt.	---
2.	Adelsberger,Dr. Lucie Sara	Charl,Bleib-treustr.17	91 5978	ledig	--	---	Internistin	einz.Fachb f.allerg. Krankheit.
3.	Alexander,Dr. Berthold J.	W 50,Augs-burgerstr.19	24 4392	verh.	--	---	Röntgen-	---
4.	Alexander,Dr. Leo J.	N Badstr.37a	46 1673	led.	---	---	prakt.	---
5.	Ansbach,Dr. Hans J.	C2,Memhard-str.10	51 4310	Wtw.	---	---	Internist	Leit.d.Abt. f.Lungenkr. i.Jüd.Krkhs (fest besold)
6.	Arndt,Dr. Artur J.	C2,Oranien-burgerstr.69	42 6056	verh.	2	---	prakt.	---
7.	Aronsohn,Dr. Kurt J.	NW 21,Turm-str.28	---	verh.				Notdienst-verpfl.z.Be-treuung ei-es Zigeuner Lagers
8.	Baden,Dr. Siegfried J.	Charl.,Bismark-str.104	31 7941	verh.	--	---	Röntgen	---
9.	Bejach,Dr. Curt J.	NW 87,Clau-diusstr.15	39 1520	verh.	---	---	prakt.	Notdienstbeor d.d.d. H.Pol.Präs. z.Berlin
10.	Bermann,Dr. Hermann J.	W 50,Nürnber-gerstr.23	25 2569	Mischehe	---	---	prakt.	----
11.	Bischofswerder Justina S.	Dr. W50, Passauerstr.2	24 2086	verh.	---	---	Internistin	--
12.	Blank,Dr. Walter J.	Charl.,Uhland-str.20/1	91 0582	verh.	2	---	prakt.	ehrenamtl.Mit arb.b.d.Kas-sen-Verrechn. d.Jüd.Krk.Beh Berlin
13.	Bloch,Dr. Siegfr.J.	Frdn.,Cranach-str.33	88 4809	ledig	---	----	prakt.	Notdienstver-pfl.z.Vfg.d. H.Reg.Präs.i. Litzmannstadt
14.	Bluhm,Dr. Gerda Sara	Charl.4,Dahl-mannstr.2	96 0386	ledig	lxxx	---	prakt.	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl.d. i.Altr. Abd.Kd.	Sonst.	Fach-geb.	Sonst. Funkt.:
15.	Blumenthal, Dr. Georg J.	NW87, Solinger-str.10	39 0434	Mischehe	--	---	Augen	----
16.	Blumenthal, Dr. Leo J.	Charl.2, Goethe-str.4	31 1611	ledig	---	----	Kinder	Mitarb.d. Ges.Verw.d JKV.i.freien Vertr. Verh.m.Honorar z.Betreuung v. Kdr.Hort. u.Kdr.Tagesheimen
17.	Blumenthal, Dr. Max J.	SO16, Michaelkirchstr.28	67 2700	Wtw.	---	1	prakt.	---
18.	Bregenheim, Dr. Erich J.	W. Nürnberger-platz 4	25 6263	ledig	---	---	prakt.	Notdienstbeord.z.Vfg.d. H.Reichsstatth.i. Posen
19.	Brahn, Dr. Herbert J.	W.Münchener-str.49, Bnv.Klnke	26 0936	Mischehe	---	---	prakt.	---
20.	Brasch, Dr. Nathan J.	W15, Bayerischestr.29 (priv). W62, Courbière-str.9 (Prax)	25 7944	ledig	---	---	Chirug	---
21.	Braun, Dr. Georg J.	Charl.4, Droysen-str.15	96 0736	Miscehe	1	---	prakt.	---
22.	Broh, Dr. Heinrich J.	Charl.Berliner-str.49	34 6251	verh.	---	---	prakt.	Notdienstbeord.z.Vfg.d. H.Reichsstatth.i. Posen
23.	Brummer, Dr. Fritz J.	W 62, Kleist-str.29	25 5736	verh.	1	Stief-sohn	prakt.	---
24.	Bustow, Dr. Margar.s.	Jd.Krkhs. Iranischesstr.2	46 4446	ledig	---	---	Kinder	Assist.i.Jd. Krkhs.i.Bln
25.	Caro, Dr. Willy J.	W15, Konstanzerstr.59	92 4008	Mischehe	---	---	Jnternist	---
26.	Citron, Dr. Hans J.	W, Prinzregentenstr.6	87 8685	Mischehe	---	---	Nerven	---
27.	Cohen, Dr. Friedr.Wilh.J.	Wilm.Xantenerstr.4	92 1665	verh.	---	---	prakt.	Notdienstbeord.d.d.Reichsautobahnger.

Lfd. Nr:	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i.Altr. lb.Kdr. i.Hsh.	Sonst.	Fach-gebiet:	Sonst. Funkt.
28.	Cohen, Dr. Helmuth J.	Krkhs.JKV. Jranisches r.2	46 4446	verh.	1	---	Internist	assist. i.Jd.Krkh Bln.
29.	Cohn, Dr. Ernst Theodor J.	W15, Sächsischesstr.67	91 7544	verh.	---	---	Gynäkologe	---
30.	Cohn, Dr. Fritz J.	Schbg. Bozenerstr.3	77 0446	verh.	---	---	Otologe	---
31.	Dannenberg-Nachtel, Dr. Rosalie S.	NW 87, Tile Wartenbergstr.26a	39 6780	verh.	---	---	prakt.	---
32.	Dosmar, Dr. J.	NW 87, Solingerstr.3	39 3049	Mischehe	---	---	prakt.	---
33.	Ehrlich, Dr. Bernhard J.	W15, Joachimsthalerstr.12	92 2231	Mischehe	---	---	prakt.	---
34.	Eisner, Dr. Kurt J.	W30, Heilbronnerstr.30	26 3014	verh.	---	---	prakt.	---
35.	Emanuel, Dr. Gustav J.	W50, Neue Ans-bacherstr.7a	25 2566	Mischehe	---	---	Nerven	einschl.diag.Labor. ausskerh.d. Krkhs.
36.	Engel, Dr. Wilhelm J.	Wilm.Parnaer-str.3	92 7197	Mischehe	---	---	prakt.	---
37.	EpelsteinDr. Herbert J.	C2, Neue Königstr.42	51 3981	verh.	---	---	prakt.	Notdienstverpflicht.
38.	EpsteinDr. Julius J.	W50, Passauerstr.14	24 1722	verh.	1	---	Internist	Notdienstverpfl.z. z.Vfg.d.H. Reichs.Statth. i.Posen
39.	Epstein, Dr. Siegfried J.	SO 36, Grangelstr.18	68 1459	verh.	---	---	prakt.	---
40.	Eylenburg, Dr. Ernst J.	Charl.2, Wieburhr str.77	91 0563	verh.	---	---	Chirurg	Leiter d.Chirurg.Abt.d.Jd. Krkhs.i.freieh Vertrage verh.
41.	Fischer, Dr. Erich J.	Jd.Krkhs. Jranische str.2	46 4446	verh.	---	---	Chirurg	Assist.i.Jd. Krkhs.Bln.
42.	Frank, Dr. Alfred J.	W15, Meinekestr.2	91 5463	verh.	---	---	Magen-Darm	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl.d. i.Altr. lb.Kdr. i.Hsh.	Sonst.	Fach-gebiet	Sonst. Funkt:
43.	Fränkel,Dr. Jmanuel J.	[illegible]Ol8,Neue-Königsstr.83	53 3054	Mischehe	---	---	Augen	----
44.	Fränkel,Dr.* Konrad J.	[illegible]Bayerischerpl.5	6 5017	Mischehe	---	---	prakt.	---
45.	Frankenstein,Dr. Lothar J.	O 55,Greifswalderstr.1	53 4949	Mischehe	2	---	Gynmekologe	---
46.	Freund,Dr. Edith S.	Charl.,Dahlmannstr. 1	96 1486	ledig	---	---	prakt.	Notdienstverpfl.d.H Reichs.Stätth i.Posen
47.	Friedenthal,Dr. Georg J.	C2,Landsbergerstr.66		ledig	---	---	Augen	---
48.	Friedmann,Dr. Hertha S.	NW7,Jagowstr.3	39 6318	ledig	---	---	prakt.	---
49.	Froehlich,Dr. Walter J.	Charl.,Wielandstr.8	31 4171	Mischehe	---	---	prakt.	---
50.	Glaser,Dr. Gerhard J.	Jd.Krkhs. Jr nischestr.2	46 4446	verh.	---	---		Assist.i.Jd. Krkhs.Bln.Hot die stbeord. d.d.Reichsdurchführges.
51.	Goldberg,Dr. Hans J.	Schbg.Martin Lutherstr.55	71 1379	Mischehe	---	---	prakt.	---
52.	Gorzelanczyk,Dr. Leo J.	C2,Gr.Frankfurterstr.89	59 3743	Mischehe	---	---	prakt.	---
53.	Gottberg,Dr. Hermann J.	C2,Langestr.79 (priv.)	59 4401					---
		N54,Alte Schönhauserstr.5 (Praxis)	42 8979	Mischehe	---	---	Derm.	
54.	Gottschalk,Dr. Erich J.	W15,Lietzenburgerstr.32	91 6110	Mischehe	2	---	prakt.	---
55.	Gottschalk,Dr. Fritz J.	Charl.4,Wilmersdorferstr.83	96 1795	Mischehe	---	---	lunehel.prakt.	---
56.	Gottschalk,Dr. Kurt J.	SO 16,Köpenickerstr.1[illegible]/9	67 3763	wtw.	.	---	prakt.	---
57.	Gradenwitz,Dr. Benno J.	NW 87,Cuxhavenerstr.5	39 1253	verh.	---	---	prakt.	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i.Altr. lb.Hdr. i.Hsh.	Sonst:	Fach-gebiet:	Sonst. Funkt.
58.	Grodd,Dr.Johann J.	W,Prinzregenten-str.6	86 2182	verh.	---	---	prakt.	---
59.	Gutherz.Dr. Henie Sara	[illegible]50,Augsburger-str.33	91 0174	verh.	--	---	prakt.	---
60.	Gutmann,Dr. Paul J.	NW21,Boochu-merstr.1	39 0589	Mischehe 2		---	prakt.	---
61.	Gutmann,Dr.Walter J.	NW87,Levet-zowstr.19b	39 3768	ledig	---	---	prakt.	notdienstbeord.z. Vfg.d.H. Reichs. Statth.i. Posen
62.	Hanff,Dr. Ludwig J.	Jd.Krkhs. Jranischestr.2	46 4446	verh.	---	---	prakt.	Assist.a. Jd.Krkhs. Bln.
63.	Hertstein,Dr. Max J.	[illegible],Pariser-str.50	91 7739	verh.	---	---	prakt.	notdienst. beord.z. Vfg.d.H. Reichs. Statth.i. Posen
64.	Heimannsohn,Dr. Gabriel J.	C 12,Kronprin-zenstr.1	58 3979	verh.	---	---	prakt.	---
65.	Held,Dr. Gustav J.	Rosenthaler-str.43	4 0858	Mischehe 2 (Pflegekind)		---	prakt.	---
66.	Helischkowski,Dr. Siegmund J.	Jd.Krkhs. Jranischestr.2	46 4446	Mischehe	---	---	Gynäko-loge	Assist.a. Jd.Krkhs.
67.	Heller,Dr.Benno J.	NKr.,Brauna-erstr.13	6 5796	Mischehe	---	---	Gynäko-loge	---
68.	Herzfeld,Drof. Dr.Ernst J.	W 30,Bamberger-str.17	26 0994	ledig	---	---	Journalist	---
69.	Hess,Dr. Avigdor J.	Friedenau, Niedstr.32	83 1431	Mischehe	---	---	Magen Darm	---
70.	Heyman ,Dr. Paula S.	C 27,Blumen-str.100	51 0900	ledig	---	---	Prakt. u.Kinder	---
71.	Hirsch,Dr. Hans J.	NO 18,Landsber-gerstr.12	53 3433	Mischehe 1		---	Derma-tologe	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.:	Fam. Std.	Zahl d. i.Alt. lbd.Fdr. i.Haush.	Sonst.	Fach-gebiet:	Sonst. Funkt.:
72.	Hirsch,Dr. Leo J.	N54, Alte Schönh.Str.46	41 5520	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
73.	Hirschberg,Dr. Georg J.	N31, Stralsunderstr.260	44 7585	Misch-ehe			prakt.	---
74.	Hirschberg,Dr. Oskar J.	Charl.4, Leibnizstr.45	32 1819	Mischehe	---	---	prakt.	---
75.	Hirschfeld,Dr. Ernst J.	Schbg. Innsbruckerstr.20	71 4102	Misch-ehe	---	---	prakt.	notariell bestellt d.z.Mfg d.M.Reichs-Statth.i. Posen
	Hirschfeld,Dr. Fritz J.	W50, Passauerstr.2	24 3583	ledig	---	---	Augen	Leiter d.Au-Abt.d.Jd.Krkh i.freien Vertragsverh.b. d.Ges. Verw.d. JKV.Bln.
77.	Hirschfeld,Dr. Kurt J.	NW87, Claudiusstr.14	39 1795	ledig	---	---	Orthopäd.	ehrenamtl. Tätigk.ohne Honorar a.Jd.Krkhs
78.	Hohenstein,Dr. Alfred J.	SO 36, Oranienstr.206	68 4172	verh.	1	---	prakt.	---
79.	Holzbock,Dr. Fritz J.	W15, Pariserstr.18a	92 7033	Mischehe	---	---	prakt.	---
	Hornstein,Dr. Otto J.	W15, Bayrischestr.7	92 0472	Mischehe	---	---	prakt.	---
81.	Horwitz,Dr. Hermann J.	W15, Pragerstr.24	24 0558	ledig	---	---	prakt.	---
82.	Huth, Dr. Paul J.	Alm.Güntzelstr.44	86 5666	Mischehe	---	---	prakt.	---
83.	Jacob,Dr. Herbert J.	N54, AlteSchönhauserstr.5	42 8979	verh.	1	---	prakt.	ehrenamtl.Mitarb.b.Jd.Wohlf. StelleRosenstr. hygien.Aufsicht ü.jüd.Wohn-u.Bet Heime
84.	Jacobsohn,Dr. Julius J.	C2, Prenzlauerstr.17	52 1767	ledig	1	---	Blasen, Nieren	---
85.	Jacobsohn,Dr. Julius J.	Charl.4, Mommsenstr.15(priv) NW87, Levetzowstr.11a(Prax)	39 3829	verh.	--	---	Otol.	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i.Altr. lbd.Kdr. i.Haush.	Sonst.	Fach-gebiet:	Sonst. Funkt:
86.	Jacobsohn, Dr. Richard J.	W 62, Kurfürsten-str.99	25 5490	verh.	1	---	prakt.	---
87.	Jacoby, Dr. Alfred J.	Lchtf., Hinden-burgdamm 115	73 3550	Mischehe	---	2	prakt.	---
88.	Jacoby, Dr. Arthur J.	W50, Regensburger-str.11	24 2914	verh.	---	---	Magen, Darm	---
89.	Jaffé, Dr. Martin J.	W54, Lothringer-str.46	42 4230	ledig	---	---	Nerven	---
90.	Jaffé, Dr. Werner J.	W30, Bamberger-str.37	26 2512	Mischehe	1	---	prakt.	---
91.	Kayser, Dr. Curt J.	Wilm, Berliner-str. 21	86 2632	Mischehe	2	---	Internist	---
92.	Kipnis, Dr. Baruch J.	Stgl., Albrecht-str. 38	79 3320	Mischehe	1	---	Chirurg	---
93.	Koppel, Dr. Paul J.	Wkls., Libellenstr.5	80 5246	Mischehe	1	---	prakt.	---
94.	Kristeller, Dr. Walter J.	Charl.4, Mommsenstr.60	32 2813	verh.	---	---	prakt.	---
95.	Kron, Dr. Walter J.	W30, Landshuterstr.35	26 5514	(Mischehe) Wtw.	1	---	Derm.	---
96.	Kwinski, Dr. Siegfried J.	Brandenburgischestr.38(priv) Charl.Dahlmannstr.1(Prax)	97 9623	verh.	---	---	Augen	---
97.	Landshut, Dr. Hans J.	NO55, Bötzowstr.53	53 3331	Mischehe	1	---	prakt.	---
98.	Langer, Dr. Erich J.	Charl., Kniesebeckstr.67	91 3878	Mischehe	---	---	Derm.	---
99.	Ledermann, Dr. Reinhold J.	Wilm., Prager-pl. 6	87 1251	verh.	---	---	Derm.	---
100.	Lesczynski, Dr. W.J.	W, Duisburgerstr.8	91 6186	Mischehe	1	---	prakt.	---
101.	Levi, Dr. Siegfried J.	Charl., Schlüterstr.54	9 104	verh.	---	---	Urologe	---
102.	Levy, Dr. Joachim J.	Jd.Krkhs. Jranischestr.2	46 4446	ledig	---	---	Chirurug	Assist.a. Jd.Krkhs.

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.:	Fam. Std.	Zahl d. i. Altr. lbd. Fdr. i. Haush.	Sonst.	Fachgebiet:	Sonst Funkt
103.	Levy, Dr. Walter J.	Charl. 9, Tannenberg Allee 9[illegible] 10-12	5090	verh.	2	---	Nerven	---
104.	Lewin, Dr. Julius J.	Wilm., Tellstr. 1	6 1062	verh.	---	---	Derm.	---
105.	Lichtenstein, Dr. Hermann J.	Charl. 1, Siemensdamm 2	30 2403	verh.	1	---	Chirurg	---
106.	Lindenberg, Dr. Hans J.	[illegible]50, Marburgerstr. 9	24 1226	verh.	---	---		vertrgl. ver pfl. Beh. f. d. Ins. Ger d. RV.
107.	Littauer, Dr. Walter J.	Charl., Suarezstr. 15	93 4707	verh.	---	---	Internist Lunge	---
108.	Loeffler, Dr. Dagobert J.	[illegible], Oranienstr. 47a	61 2508	Mischehe	---	---	Derm.	---
109.	Löwenthal, Dr. Heinrich J.	[illegible]4, Chaussee-str. 32	41 2203	Mischehe	1	---	prakt.	---
110.	Marcuse, Dr. Kurt J.	Friedenau, Rheingaustr. 4	88 3710	Mischeh	1	---	Bakteriologe	Mitarb. i. fr. Vertr. Verh. b. d. Ges. Verw. d. JKV. Bln
111.	Mendel, Dr. Kurt J.	[illegible]50, Pragerstr. 33	24 8453	Mischehe	[illegible]	---	Nerven	---
112.	Messerschmidt, Dr. Eugen J.	Charl., Gervinusstr. 20b	97 8514	verh.	---	---	prakt.	Mitarb. i. fr. Vertr. Verh. b. d. Ges. Verw. d. JKV. Bln
113.	Metz, Dr. Adolf J.	Wilm., Xantenerstr. 14	91 5172	verh.	2	---	prakt.	ehrenamtl. Mitarb. d. RV Leiter d. x Abt. Krkbhdl d. Kassen-Verrechn. St d. jd. Krkbeh Bln v. d. Reichsärzte kammer als Sprecher d. jd. Krkbeh. bestellt
114.	Meyer, Dr. Felix J.	Schbg., Grunewaldstr. 53	71 8149	vtw.	1	---	Internist	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.:	Fam. Std.	Zahlxd. i.Altr. lbd.Kdr. i.Haush.	Sonst.	Fachgebiet	Sonst. Funkt.
115.	Meyer, Dr. Franz J.	Charl.,Carmer-str.5	1673	Mischehe	3	---	Internist	---
116.	Meyer, Dr. Kurt J.	W,Aschaffenburgerstr. 2		Mischehe	3	---	Inter-nist	ehrenamtl Mitarb.d. Ges.Verw. d.JKV.Bln
117.	Meyer,Dr. Paul J.	W87,Altonaerstr.4	39 0155	Mischehe	1	---	Gynäkologe	Mitarb.d. Ges.Verw. d.JKV.Bln i.freien Verb.Verh. Mitglied.d.Gyn.geb. Hilfl.Abt.
118.	Michaelis,Dr. Herma J.	Frdrhgn.,Friedrichstr.65(priv) W54, 1te Schön-hauserstr.4(Praxis)	42 7453	Mischehe	1 (Adoptiv)	---	prakt.	---
119.	Michaelis,Dr. Wolfgang J.	W50,Würzburgerstr. 7	24 5849	verh.	---	---	Derm.	---
120.	Mirauer,Dr. Walter J.	W15,Uhlandstr.43	91 5907	Mischehe	1	---	Chirurg	---
121.	Moser,Dr. Kurt J.	W30,Bayrischerpl. 4	24 7100	ledig	---	---	prakt.	---
122.	Moskiewicz,Dr. Felix J.	N4,Elsasserstr.78	42 8322	ledig	---	---	prakt.	notdienstbeord.z. Vf.d.H.Reg Präs.i.Litzmannstadt
123.	Münz, Dr. Alfred J.	W50,Marburgerstr.12	24 8402	ledig	---	---	prakt.	---
124.	Münzer,Dr. Hans J.	W15,Kurfürstendamm 197	31 1817	verh.	---	---	Internist	---
125.	Nagel,Dr. Julius J.	Charl.,Sybelstr.1196	3897	verh.	---	---	prakt.	---
126.	Neustadt,Dr. Max J.	W58,Schönhauser Allee 31	45 1220	ledig	---	---	Chirug	---
127.	Noack,Dr. Arnold J.	W50,Marburgerstr.5	24 1958	verh.	1	---	prakt.	---
128.	Nadelstein,Dr. Rudolf J.	W15,Düsseldorferstr.74	86 8932	ledig	---	---	Augen	---
129.	Paradies,Dr. Abraham J.	N 113,Stolpischestr.9	45 0127	Mischehe	1	---	prakt.	---

lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel.	Fam. Std.	Zahl.d. i.Alt. lbd.Kdr: i.Hausch.	Sons't.	Fach-gebiet	Sonst. Funkt.
130.	Peiser, Dr. Bruno J.	Charl.,Kantstr. 120/1	31 1340	Misch-ehe	1	---	Derm.	ehrenamtl. Mitarb.d. Ges.Verw.d. JKV. Leiter d.Hort u.Geschl.Krk Abt.d.Jd.Krkh
1.	Peltesohn,Dr. Siegfried J.	W50,Ranke-str.9	91 3564	verh.	---	---	Orthopäd.	---
32.	Perl,Dr. Heinrich J.	C2,Holzmarkt-str.11	59 1161	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
33.	Pfifferling,Dr. S.J.	W15,Lietzenburger-str.13-2885	91	Misch-ehe	1	---	prakt.	---
134.	Pick,Prof.Dr. Ludwig J.	Zehlf.,Kunzendorferstr2	46 4446 (Krkhs.	ledig	---	---	Pathologe	Mitarb.d. Ges.Verw. d.JKV.Bln i.freien Vertr.Verh Leiter d. patholo. Institute d.Jd.Krkhs
135.	Pinéas,Dr. Hermann J.	NW87,Levetzow-str.11a	39 1401	verh.	---	---	Nerven	ehrenamtl.(Nebenamtl.)Leiter d.Nerven-Abt.d.Jd.Krkhs
136.	Pinner, Dr. Hans J.	Charl.,4,Schlüterstr.31	32 1606	ledig	---	----	Blasen, Nieren	---
[illegible]	Plasterk, Dr. Hans J.	Wilm.,Brandenburgischestr.24	92 1408	Misch-ehe	2	---	prakt.	---
138.	Pollnow,Dr. Max J.	N4,Johannisstr.8	42 4969	verh.	---	---	Chirurg	---
139.	Portner,Dr. Ernst J.	NW 40,Thomasius-str.1-35	1266	Misch-ehe	---	---	Urologe	---
140.	Riese,Dr. Willi J.	Charl.,Berlinerstr.100	34 1394	verh.	1	---	prakt.	---
141.	Ritter,Dr. Adolf J.	W 30,Martin Lutherstr.89	26 2985	verh.	---	---	prakt.	---

	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i.Altr. lbd.Kr. i.Haush.	So st.	Fach-gebiet	Sonst. Funkt.
142.	Rosen, Dr. Richard J.	C 25, Alexanderstr.25	51 2488	Misch-ehe	1	---	Intern-ist	---
143.	Rosenberg, Dr. Arthur J.	Charl.4, Kantstr.101	31 4430	Misch-ehe	---	2 (Mischl.lt.tel. Mittlg.a.Veranlassg.d.RJ.seit 1939 i.England)	prakt.	---
144.	Rosenberg, Dr. Oskar J.	W 30, Heilbronnerstr. 2	25 1414	verh.	---	---	Kinder	bes.Leiter d.Kind.Abt d.Jd.Krkh.
145.	Rosenfeld, Dr. Eva S.	W 62, Courbièrestr.17	25 4716	Wtw.	---	---	Psych.	---
146.	Rosenstein, Dr. Wilhelm J.	Dahlem, Wernermünderstr.21	69 3078	Misch-ehe	---	---	prakt.	---
147.	Rosenthal, Dr. Helene S.	W 15, Uhlandstr.91 ✱ 31	1820	ledig	---	---	prakt.	---
148.	Rosenthal, Dr. Walter J.	C 2, Neue König-str.12	53 2337	Misch-ehe	---	1 (vor Kriegsausbruch z.Besuch n.England; Rückkehr unmöglich).	prakt.	---
149.	Ruben, Dr. Gerhard J.	SW 68, Neuenburgerstr.14	17 1420	Misch-ehe	1	---	Chirurg	---
150.	Salomon, Dr. Erich J.	W 50, Fasanauerstr.14	24 3988	ledig	---	---	Nerven	---
151.	Salomon, Dr. Fritz J.	Charl.4, Mommsenstr.52	31 6465	verh.	---	---	Derm.	---
152.	Samuel, Dr. Artur J.	Britz, Chausseestr.78a	62 9271	Misch-ehe	1	---	prakt.	Mitarb.b.d. Ges.Verw. d.JKV.i. freien Vertr Verh.
153.	Segall, Dr. Selma S.	N, Gleimstr. 55 (priv. Jd.Krkhs. Jranischestr.2 (Praxis)	46 4446	ledig	---	---	Kinder u.gynäk.	Assist.i. Jd.Krkhs.
154.	Selbiger, Dr. Siegfried Salomon	N 58, Schönhauser Allee 159	44 3762	Misch-ehe	---	---	Otol.	---
155.	Seligsohn, Dr. Albert J.	N 113, Schönhauser Allee 90	44-4466	Misch-ehe	-1	---	prakt.	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i.Altr. 1bd.Kdr. i.Haush. Sonst.	Fach-geb.	Sonst. Funkt.
ktx. 156.	Silberberg, Dr. Max J.	Charl., Waitz-str. 7	96 0294	ledig	--- --	Röntgen	Leiter d. Röntgenabt d. Jd. Krkh. i. freien Vertragsverh d. Ges. Verw. d. JKV.
157.	Singer, Dr. Alfred J.	SW 68, Prinzenstr. 71	67 5462	ledig	--- --	prakt.	---
158.	Singer, Dr. Franz J.	Charl. 4, Wilmersdorferstr. 60	96 3535	verh.	1 ---	Derm.	---
159.	Sladowsky, Dr. Ludwig J.	W 15, Bleibtreustr. 33	91 1784	Mischehe	--- ---	Otol.	---
160.	Sonntag, Dr. Louis J.	W 57, Alt Stralau 70	58 0175	Mischehe	1 (arisch a.d. 1. Ehe d. Frau)	prakt.	---
161.	Schayer, Dr. Jonathan J.	Charl., Dahlmannstr. 5	96 1487	Mischehe	--- ---	Nerven	---
162.	Schiff, Dr. S.J.	W, Kurfürstendamm 47	91 3922	Mischehe	--- --	Nerven	---
163.	Schlesinger, Dr. Kurt J.	NO 18, Georgenkirchstr. 5	53 3025	Mischehe	1 ---	prakt.	--
164.	Scholl, Dr. Arthur J.	NO 18, Straussbergerstr. 10	59 3966	Mischehe	--- 1	prakt.	- -
	Schwerin, Dr. Hans J.	C2, Kaiser Wilhelmstr. 23	51 4640	Mischehe	1 --	Otol.	---
166.	Steinitz, Dr. Georg J.	Kladow, Sakrower Kirchweg 49b	80 8220	Mischehe	1 1 (arisch nur 1. Ehe d. Frau)	prakt.	---
167.	Stern, Dr. Richard J.	N 113, Mälmöerstr. 21	44 5186	Mischehe	1 --- (Adoptiv)	prakt.	---
168.	Sternberg, Dr. Martin J.	N 58, Schönhauser Allee 174	49 6371	verh.	1 ---	prakt.	Krkbeh. freien Vertr. m. Honorar b. d. Ges. d. JKV.
169.	Steuer, Dr. Ludwig J.	C2, Memhardstr. 10	51 4310	Wtw. (Mischehe)	1 ---	Röntgen	---

Lfd. Nr.	Name:	Wohnung:	Tel:	Fam. Std.	Zahl d. i.Haush.	Kinder: i.Altr.v. bis Jahren Sonst.	Fachgebiet	Sonst. Funkt.
170.	Tuch, Dr. Ludwig J.	N 54, Weinbergsweg 7	41	5134	Misch-ehe	1 - -	prakt.	---
171.	Urich, Dr. Hanna S.	SW 61, Bärwaldstr. 8	66	1260	Misch-ehe	1 ---	prakt.	---
172.	Vogel, Dr. Simon J.	Charl., Berlinerstr.153 (priv.)			Misch-ehe	--- ---	Gynäkologe	---
		W 62, Nettelbeckstr-26 (Praxis)	25	2333				
173.	Weile, Dr. Hans J.	Schbg., Gustav-Müllerpl.6	71	1304			prakt.	notdienstbeord.z.R. Reichsautobahn
174.	Weinberg, Dr. Erich J.	Charl., Grolmanstr.29	92	7407	verh.	--- ---	Augen	---
175.	Windmüller, Dr. Carl J.	Jd.Krkhs. Jr Mischenstr.2	46	4446	verh.	--- ---	Internist	Assist.a. Jd.Krkhs.
176.	Wolff, Dr. Walter J.	Schbg., m Park 9/10 (privat)	77	2172	Misch-ehe	1 2 (davon 1 b.d. Wehrmacht)	Internist	---
		W, Hohenstaufenstr.13 (Praxis)	25	2445				
177.	Wolff, Eisner, Dr. Prof.Dr.Alfred J.	W 15, Uhlandstr.49	92	3487	verh.	--- ---	Internist	---
178.	Ziegelroth, Dr. Adolf J.	Zehlndf.Prinz Hadjerystr.76	84	5537	Misch-ehe	1 ---	prakt.	---

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Zahnbehandler

Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
Abraham, Dr.	Felix I.	Charl.Dahlmannstr.2 Tel.: -	3.1.01	verh.	3
Altmann, Dr.	James I.	Wilmdf.Uhlandstr.127 Tel.: 861925	17.3.02	ledig	
Berendt Dr.	Leopold I.	SW 68, Friedrichstr.3 Tel.: 172992	20.9.82	verh.	-
Bergmann, Dr.	Heinrich I.	W 35, Potsdamerstr.122 Tel.:220133	10.10.89	ledig	-
Berlin, Dr.	Paul I.	N 54, Rosenthalerstr.72 Tel.: 410610	14.2.89	ledig	-
Bernstein, Dr.	Bruno I.	W 30, Rosenheimerstr.30 Tel.: 260712	22.8.78	verh.	-
Blumm, Dr.	Moritz I.	W 62, Bayreutherstr.2 Tel.:248147	27.11.76	verh.(Mischehe)	
Blumenthal, Dr.	Erich I.	Weissensee, Berl. Allee 230 Tel.: 563034	23.12.83	verh.	-
Borchardt, Dr.	Hugo I.	NO 43, Neue Königstr.88 Tel.531767	12.6.81	verh.(Mischehe)	
Brockmann, Dr.	Richard	C 2, Neue Königstr.38 Tel.: 522093	1[illegible].12.79	privil. Mischehe, geschieden	1
Bukofzer, Dr.	Martin I.	W 35, Lützowstr.85 xx)	12.65.02	verh.	1
× Bruck, Dr.	FEdor I.	W 15, Kurfürstendamm 182 jetzt Sybelstr.66 Tel.320310		ledig	

xx) Privatwohnung
W 62, Kleiststr.25
Tel.221314

	Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
	Cohn	Martin I	Charl.4,Niebuhrstr.70 Tel.:-	6.6.84	verh.	1
	Czarnikauer, Dr.	Jacob I.	SW 61,Blücherstr.15 Tel.: 668165	31.3.82	geschieden vorher priv. Mischehe	1
	Ehrlich,Dr.	Kurt I.	O 17,Gr.Frankfurterstr.122 Tel.: 595350	6. 4.4.96	ledig	-
x)	Epstein,Dr.	Herr/ I.	Halensee Nestorstr.544			
	Fränkel,Dr.	Otto I.	Sw 6 ,Kochstr. 22 Tel.: 176772	24.12.82	verh. (Mischehe)	2
	Fuchs,Dr.	Carl I.	W 15,Ludwig Kirchstr.2 Tel.: 925040	15.3.83	verh. priv.Mischehen	1
	Gabrielski,Dr.	Martin I.	Charl.2,Lietzenburgerstr.51, Tel.: 26582 Prax:Knesebeckstr.31 Tel.:911097	4.11.10	ledig	-
x)	Glaser,Dr.	Rosa S.	N 113,Kanzowstr.11			
	Glaser,Dr.	Walter I.	NO 55,Heinr. Hollerstr.23 Te.:553059	8.12.01	ledig	-
	Gollop,Dr.	Max I.	Charl.4,Kantstr.46 Tel.:317214	6.10.85	verh. priv.Mischehe	1
	Grau,Dr.	Lupu	W 50,Passauerstr.2 Tel.243583	17.5.90	verh. priv.Mischehe	2
	Hammerschmidt	Martin I.	W 50,Augsburgerstr.47 Tel.:240302	2.1.95	verh.	1

Name	Vorname	Adresse-Telefon	Geb.Dat.	Fam.Stand	Kinder
Heilcke Dr.	Abner	W 30, Motzstr.23 Tel.:257779	28.1.81	verh. Mischehe	1 (ar.Stiefsohn)
Herrmann, Dr.	Max I.	W 50, Nürnberger-platz 4 Tel.:256263	7.12.91	verh.	1
Hirsch, Dr.	Herrmann I.	Halensee Küstrinerstr.3 Tel.:876577	24.2.97	verh. (Mischehe)	-
Hirschberg Dr.	Fritz I.	Halensee Nestorstr.54 Tel.:972486	10.3.89	verh. (priv.Mischehe)	-
Jacob	Hugo I.	Wilmd. Badenschestr.21 Tel.: 77023	2.5.10	verh.	-
Jacoby, Dr.	Willi I.	C 2, Brauner Weg 8 Tel.: -	5.2.77	verh.	- notdienstverpflicht.
Joachim, Dr.	Arthur I.	W 35, Bülowstr.11 Tel.:273856	25.1.96	verh.	-
Katz, Dr.	Leop. I.	SO 36, Kottbuser Ufer 42/3 Tel.686113	18.7.87	verh.	-
Klein, Dr.	Benno I.	Prax.Charl., Fleibtreustr.17 Tel.:916967 Privatwohnung Kantstr.129a	25.1.89	verh. (priv.Mischehe)	-
Kubatzki, Dr.	Norbert I.	Charl.2, Kantstr.6 Tel.:916868	26.11.93	verh. (priv.Mischehe)	1
Lehmann, Dr.	John I.	C 25, Alexanderstr.21 Tel.:512114	19.4.87	verheir. (Mischehe)	1
Liebenthal, Dr.	Kurt I.	N 20, Osloerstr.111 Tel.:449575	17.3.94	ledig	-
Löwenson, Dr.	Richard I.	W 50, Spichernstr.8-9 Tel.:240464	3.4.86	ledig	

39

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts-datum	Familien-stand	Kinder
Wagner, Dr.	Max I.	Neukölln, Kottbuserdamm 95 Tel.: -	14.7.98	verheiratet (Mischehe)	-
Meyer, Dr.	Karl I.	Praxis: Berlin N. 54 Weinmeisterstr.10 Tel. 42 7111 Privatwohnung: Eisenacherstr.21	4.10.82	verheiratet (Mischehe)	-
Meyerheim, Dr.	Martin I.	Berlin SW. 68 Lindenstr.113 Tel. 171503	12.10.75	verheiratet (priv.Mischehe)	1
Michaelis, Dr.	Kurt I.	Berlin NW. 87 Siegmundshof 15 Tel. 393644	31.10.86	ledig	
Moser, Dr.	Ernst	Berlin W.30 Bayreutherstr.27 Tel. 243763	17.7.89	verheiratet (priv.Mischehe)	2
[illegible]es, Dr.	Jacob I.	Charl., 5 Suarezstr. 47 Tel. 341070	20.4.81	verheiratet	-
Machmann, Dr.	Ernst I.	Berlin W.30 Landshuterstr.1 Tel.242868	16.6.92	verheiratet	-
Oppenheimer, Dr.	Erich I	Berlin W.15 Uhlandstr. 172 Tel. 916391	2.10.96	ledig	
Oscher, Dr.	Walter I.	Berlin C. 2 Neue Promenade 7 Tel. 410559	16.4.90	verheiratet	2
Pacully, Dr.	Paul I.	Charl., Knesebeckstr.26 Tel.914828	10.6.79	verheiratet Mischehe	-
Perls, Dr.	Julia S.	Berlin W. 15 Pariserstr.5 Tel. 913888	16.4.07	verheiratet	1
x) Priebatsch, Dr.	Kurt I.	Friedenau Rheinstr. 2 - 3 Tel.-	74	verheiratet (Mischehe)	-
Pulvermacher, Dr.	Oscar I.	Berlin W. 35 Potsdamerstr.124 Tel. 211375	2.3.68	verwitwet (in Mischehe gelebt)	-
Ritter, Dr.	Emil I.	Charlottenburg Kantstr. 34 Tel. 312484	1.10.79	verheiratet (priv.Mischehe)	1

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts-datum	Familien-stand	Kinder
Rittler, Dr.	Herbert I.	Berlin SW. 68 Markgrafenstr.20 Tel. 177479	6.10.87	verheiratet	-
Salinger,	Max I.	Charlottenbg. Knesebeckstr.31 Tel. 911097	21.3.80	verheiratet	-
Samelson, Dr.	Julian I.	Berlin W. 15 Uhlandstr.162 Tel.926721	30.9.84	verheiratet	-
Sander, Dr.	Josef I.	Berlin N. 65 Ostenderstr.2 Tel.-	17.7.80	verheirate (Mischehe)	1
Seligmann, Dr.	Isidor	Charlottenburg 4 Mommsenstr. 39 Tel. 960270	3.4.67	verheiratet	1
Silbermann, Dr.	Max I.	Berlin NO. 55 Hufelandstr. 43 Tel. 532531	21.7.70	verheiratet (Mischehe)	-
Simon, Dr.	Ernst I.	Berlin W.15 Lietzenburger-str. 22/23 Tel.927244	2.6.88	geschieden (vorher Misch-ehe)	-
Sladowsky, Dr.	Max I.	Charl., 2 Knesebeckstr.33 Tel. 910390	22.6.80	verheiratet (Mischehe)	-
Sternberg, Dr.	Louis I.	Charl., 2 Kantstr. 150a Tel. 317306	11.7.84	verheiratet	
Wasskind, Dr.	Jacob I.	Charl., 4 Leibnizstr. 61 Tel. 320685	19.1.81	verheiratet	1
Vogelsdorff, Dr.	Benjamin	Charl., 4 Kantstr. 130 Tel. 316196	2.6.81	verheiratet	-
Wachsmann, Dr.	Erwin I.	Charl., 4 Wilmersdorfer-str. 72 Tel. 963610	27.11.83	verheiratet (Mischehe)	-
Wagenheim, Dr.	Hufo I.	Berlin W. 62 Courbierestr.9b Tel.257944	18.12.89	verheiratet	-
Wolff, Dr.	Walter I.	Berlin NW. 87 Solingerstr. 8 Tel. 393220	30.8.80	verheiratet (Mischehe)	-

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts-datum	Familien-stand	Kinder
Kronker,	Siegfried I.	Berlin N. 24 Elsasserstr. 75 Tel. 41 7106	9.4.67	verheiratet (Mischehe)	-

x) Durch Fernsprecher nicht erreichbar,
Ermittlungen sind angestellt.

Liste der in Berlin zugelassenen jüdischen Dentisten

Namen	Vornamen	Adresse-Telefon	Geburts-Datum	Familien-stand	Kinder
Aronade,	Heinrich I.	Berlin N. Schönhauser Allee 99/100 Tel. 446511	14.9.79	verheiratet	-
Czapski,	Georg I.	Wilmersdorf - Wexstr. 29 Tel. 872022	25.11.92	verheiratet	-
Ettisch,	Paul I.	Charl., Wilmersdorferstr. 113/114 Tel. 317605	3.8.87	verheiratet (Mischehe)	-
Grünbaum,	Max I.	Berlin W.30 Bayreutherstr.13 Tel. 240158	6.12.80	verheiratet	-
Hermann,	Alex I.	Charl., Wilmersdorfer-str.151 Tel. 344786	17.6.72	verheiratet	-
Isakowitz,	Max I.	Berlin N.58 Schönhauser Allee 73 Praxis Berlin Sw.68 Brandenburgstr.45 Tel. 177108	19.3.82	verheiratet	-
Kretschoff,	Liwie S.	Berlin NW.87 Paulstr.9 Tel. 355577	3.10.80	ledig	
Kröner,	Dan	Berlin NO.55 Goldaperstr.1 Tel.532242	23.3.90	verheiratet (priv.Mischehe)	1
x) Kühl	Hedwig S.	Berlin W.62 Bayreutherstr.8			
Liebert,	Moritz I.	Berlin N. Weinbergsweg 9 Tel. 42 7761	16.12.80	verheiratet (priv.Mischehe)	1
Löwenstein,	August I.	Berlin W.35 Blumeshof 15 Tel. 22 3837	27.4.83	verheiratet (Mischehe)	-
Placzek,	Leo I.	Berlin N. 4 Gartenstr.21 Tel. 42 8729	7.11.76	verheiratet	-
Spiegel,	Arnold I.	Charl., 4 Rückertstr.10 Tel.24 4220	20.8.93	verheiratet (Priv.Mischehe)	1

x) Durch Fernsprecher nicht erreichbar
Ermittlungen sind angestellt.

Rücksprache mit Herrn HSTF. B r u n n e r im Lager Grosse Hamburgerstrasse am 21. 11. 1942 - 11.45;

1. Es wird der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. strengstens untersagt, arische Handwerker zu beschäftigen, und zwar bei Vermeidung schärfster Massnahmen.
Es soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Handwerkern aufgestellt werden, die jederzeit zur Verfügung steht.
Auf Befragen wurde als Verantwortlicher für die Handwerkergruppe Hans Israel P i n t u s bezeichnet.

2. Es ist für das Lager Grosse Hamburgerstrasse ein zweiter Arzt zu stellen.

3. Es sollen heute noch 5 Krankenbehandler
   a) Dr. J. Kaminski, Brandenburgischestr. 38,
   b) Dr. Siegfried J. Levy, Charlottenburg, Schlüterstr. 54,
   c) Dr. Kurt J. Moser, Bayerischer Platz 4,
   d) Dr. Hans J. Münzer, Kurfürstenstr. 197
   e) Dr. Max J. Neustadt, Schönhauser Allee 31

   8 Zahnbehandler

   a) Dr. Fedor J. Bruck, Kurfürstenstr. 182, jetzt Charl., Sybelstr. 66
   b) Dr. Felix J. Abraham, Charlottenburg, Dahlmannstr. 25
   c) Dr. Leo J. Behrendt, SW 68, Friedrichstr. 3
   d) Dr. Paul J. Berlin, Rosenthalerstr. 72,
   e) Dr. Erich J. Blumenthal, Weissensee, Berliner Allee 230,
   f) Dr. Martin J. Bukofzer, Lützowstr. 85,
   g) Dr. Leopold J. Katz, Kottbuser Ufer 42/3,
   h) Dr. Jacob J. Süsskind, Charlottenburg, Leibnizstr. 61

   2 Dentisten

   a) Max J. Grünbaum, Bayreutherstr. 13
   b) Max J. Isakowitz, Schönhauser Allee 73

   abgeholt und am 21.11.1942 bis 18 Uhr im Lager Grosse Hamburgerstrasse eingeliefert werden.

   Die Kranken-, Zahnbehandler und Dentisten sollen nur kleine Instrumente mitnehmen, nicht sperrige Sachen.

4. Die von der Fürsorge noch fehlenden Leute sind am Montag, dem 23.11.1942 nachmittags zu stellen; die Zeit der Gestellung in der Oranienburgerstrasse 29 ist fernmündlich Herrn HSTF. Brunner mitzuteilen.

5. Die angeforderte Liste vom 21.11.1942 wurde überreicht.

Philipp Israel Kozower

21.11.1942
Ko/Ro.

Philipp Jsrael Kozower

Persönlich - Streng vertraulich!!
Herrn H e n s c h e l,
Herrn Dr. Eppstein,
Fräulein Dr. M o s s e

16

A k t e n n o t i z.

Bei der Besichtigung am Mittwoch, dem 18.11.1942 bestimmte Herr Hauptsturmführer B r u n n e r die

Helferin Hermine Sara K r o n h e i m e r,
geb. 6.1.1890,
W 50, Passauerstrasse 2,

Kindergärtnerin Hildegard Sara O b e r l ä n d e r
geb. 9.4.1904,
NW, Tile Wardenbergstr. 10,

zur Abwanderung mittels Ueberführung in das Lager Gr.Hamburgerstrasse. Auf Grund der von Herrn HSTF. Brunner dem Unterzeichneten am 17.11.1942 erteilten Anweisung berichtete der Unterzeichnete Herrn HSTF. Brunner, dass Frau Kronheimer wegen der Tätigkeit ihres Mannes beim Hauptamt-Abt. VII-Eisenacherstrasse und Hildegard Sara Oberländer wegen der Tätigkeit ihres Bruders beim Hauptamt-Abt. VII-Eisenacherstrasse auf der B-Liste (Liste derer, die nicht zur Abwanderung kommen sollen,) aufgeführt seien. Herr HSTF. Brunner erklärte, er habe dies zur Kenntnis genommen, es bleibt bei seiner Entscheidung.

23.11.1942

Philipp Israel Kozower

Herrn Dr.Eppstein
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

23.11.42

Philipp Israel Kozower

30. November 1942

14

An die

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C. 2
Burgstr. 28

Dem Unterzeichneten ist der Auftrag erteilt, von den für die Abwanderung Eingelieferten die Vermögenserklärungen aufzunehmen und die der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bezw. der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V. geschuldeten Beiträge sowie die Sonderbeiträge für das Sonderkonto "J" zu erheben. Um diese Aufgabe durchführen zu können, sind zwei Mitarbeiter der JKV Berlin beauftragt, im Lager Grosse Hamburgerstr. 26 Vermögenserklärungen sowie Beitragsfestsetzungen und -Erhebungen und zwar fortlaufend Tag und Nacht vorzunehmen.

Am 30.11.42 wurde der Unterzeichnete von der Lagerführung ersucht, einer im Lager Grosse Hamburgerstrasse tätigen Stenotypistin zu erklären, wie Vermögenserklärungen und die Erhebungen der Beiträge vorgenommen würden, gleichzeitig sollte der Stenotypistin erklärt werden, wie die Fragebogen aufgenommen würden. Als berichtet wurde, wie schwierig die Durchführung dieser Aufgabe sei und diese Aufgabe von einer Stenotypistin nicht durchgeführt werden könne, wurde die Weisung erteilt, dass der Unterzeichnete und seine Mitarbeiter die Arbeit sofort einzustellen hätten, es solle fortan alles durch die Stenotypistin erledigt werden, diese sei entsprechend zu unterweisen.

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

(Siegmund Israel Weltlinger)

Notiz:

Herr Weltlinger ist beauftragt, den Bericht persönlich am 1.12.42 früh bei der Staatspolizeileitstelle Berlin, Zimmer 306, zu überreichen.

30.11.42 (Philipp Israel Kozower)

Abschriften an:

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein
Fräulein Dr. Mosse

F 10

RV

Korrespondenzen
&
Schriftverkehr

(ab 1.1.43)

Kriminalsekretär Hermann

Berlin, den 12. Januar 1943

Anlässlich einer Rücksprache in einer dienstlichen Angelegenheit bei der Abteilung IV B 1 der Geheimen Staatspolizei wurde mir von Herrn Kriminalobersekretär Denhoff ein Paket Urkunden übergeben, ferner eine Aufstellung über 104 Personen, die Anträge auf Austritt aus der JKV gestellt hatten. Herr Denhoff erklärte weiter, dass diese Anträge vom Reichssicherungshauptamt abgelehnt wären und übergab mir zur Einsichtnahme einen Brief des Reichssicherungshauptamts an die Geheime Staatspolizei. Aus diesem Brief ist folgender Auszug gemacht worden.

> " Die 104 übersandten Anträge auf Genehmigung des Austritts der in beiliegender Liste aufgeführten Personen aus der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin werden abgelehnt. Die "Jüdische Kultusvereinigung Berlin e.V." ist hiervon in Kenntnis zu setzen mit dem Ersuchen die Antragsteller entsprechend zu bescheiden, die in den 74 Anlagen befindlichen Urkunden an die in Frage kommenden Antragsteller auszuhändigen und ihnen hierbei zu eröffnen, dass weitere Eingaben zu unterlassen sind."

Diesen Auszug hat Herr Denhoff unterzeichnet und zugefügt: "Der Jüdischen Kultusvereinigung zur Kenntnis und genauer Durchführung der obigen Anordnung."

Hermann Mai Kriminalsekretär

IX Dr.Gu/Sch. Berlin, den 13. Januar 1943

Herrn Henschel
Herrn Dr. Eppstein.

Betrifft: Abgelehnte Antrage auf Genehmigung des Austritts aus der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.

Durch die Abteilung IV D 1 der Geheimen Staatspolizei erhielt ich heute, in der in der Anlage naher beschriebenen Weise, die Ablehnung von 104 Antragen auf Genehmigung des Austritts aus der JKV. Bei diesen Antragen handelt es sich durchweg um Mischlinge.

Wir werden die Antragsteller weisungsgemass benachrichtigen und ihnen die uns übergebenen Urkunden wieder aushandigen.

Katasterverwaltung

Anlage

23. Januar 1943

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Berlin
Burgstrasse 28
B e r l i n C 2

Betrifft: Mitarbeiter der Zentrale
der Reichsvereinigung

Im Vollzug der heutigen fernmündlichen Anforderung überreichen wir in der Anlage eine Namensliste der Mitarbeiter der Zentrale der Reichsvereinigung nach dem Stande vom 23.1.1943.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Anlage

Liebe
Personal
Schrank 1
E

He/Jo

Aktennotiz

Zufolge einer heute vormittag in der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle, von Herrn Kommissar Stock mündlich gegebenen Weisung, die Durchführung der Bildung einer Abholkolonne mit Herrn Dobberke zu regeln, wurde Herr Dobberke heute um 13 Uhr von mir in Begleitung von Gerhard Israel Cohn aufgesucht. Die Liste der vorgesehenen 90 Abholer (einschließlich der 5 bei der Reichsbahn beschäftigten) wurde Herrn Dobberke im Durchschlag übergeben. Für die Freimachung der 5 bei der Reichsbahn beschäftigten Mitarbeiter will er selbst sorgen. Im übrigen ordnete er an, dass die in der Liste genannten Abholer sich täglich um 13.30 Uhr in der Großen Hamburger Straße zu melden haben. Diese Regelung gilt von sofort an.

Sollte gelegentlich eine Unterbrechung im Abholdienst eintreten, so werden die Abholer, welche jetzt aus ihren andern Dienststellen ausscheiden, der JKV bezw. der RV für geeignete Arbeiten zur Verfügung stehen.

15.2.1943

(Moritz Israel Henschel)

Abschrift an:

Herrn Dr.Dr.Lustig
Herrn Dr.Levy
Herrn Dr.Merzbach
Herrn Kleemann
Fräulein Dr.Moese
Herrn Gerhard Cohn
Herrn Seeger

Kl/Gr.

V e r f ü g u n g

I. Es wird eine besondere Abhole-Kolonne gebildet.

II. Die in der Anlage verzeichneten Mitarbeiter werden dieser Kolonne zugeteilt und scheiden mit sofortiger Wirkung aus ihrer Dienststelle aus.

III. Die Abwanderungs-Kolonne gehört zur Abwanderungs-Durchführung und untersteht Herrn Gerhard Israel C o h n.

IV. Den Beteiligten zur Kenntnis.

Berlin, den 15. Februar 1943

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V.
Personalverwaltung

Anlage

Klaemann
(Siegbert Israel Klaemann)

Reichsvereinigung

zur gefl. Kenntnisnahme

Namensverzeichnis der Abholer

1.	Adler	Jakob J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	506
2.	Altmann	Martin J.	Friedhofsverwaltung	751
3.	Baruch	Bernhard J.	Rechtsabteilung	69
4.	Baum	Fritz J.	Reichsvereinigung	
5.	Beermann	Herbert J.	Kleiderkammer	630
6.	Bernat	Kurt J.	Wäscherei	736
7.	Bernstein-	Erich J.	Wohnungsstelle	478
8.	Braun	Ferdinand J.	Kleiderkammer	683
9.	Cohn	Philipp J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	510
10.	Chrzelitzer,	Bernhard J.	Wohnungsstelle	469
11.	Cohn	Fritz J.	Kleiderkammer	686
12.	Cohn	Georg J.	Reichsvereinigung	
13.	Cohn	Paul J.	Grundstücke	78
14.	Cohn	Sally	Kleiderkammer	689
15.	Dienemann	Julius J.	Reichsvereinigung	
16.	Fabian	Alfred J.	Friedhofsverwaltung	775
17.	Feybusch	Jean J.	Wohnungsstelle	484
18.	Fränkel	Siegbert J.	Siechenheim	221
19.	Friedländer	Adolf J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	513
20.	Fuss	Max J.	Speisungen	171
21.	Goldstein	Rudi J.	Winterhilfe	37
22.	Grodka	Arthur J.	Kleiderkammer	691
23.	Großmann	Siegfried J.	"	692
24.	Grünbaum	Hermann J.	Friedhofsverwaltung	760
25.	Grunwald	Heinrich J.	Beitragsverwaltung	21
26.	Hefter	Karl J.	Wohnungsstelle	498
27.	Heidemann	Gerschel J.	Kleiderkammer	693
28.	Herz	Max J.	Fürsorge	143
29.	Hirsch	Leo J.	Kleiderkammer	694
30.	Hirschbruch	Siegfried J.	Reichsvereinigung	
31.	Hirschfeld	Bruno J.	Krankenhaus	280
32.	Jacobson	Hans J.	Winterhilfe	38
33.	Jaffe	Moritz J.	Registratur	47
34.	Kaufmann	Dagobert J.	Kataster	121
35.	Kempe	Benno J.	Friedhofsverwaltung	747
36.	Kempe	Jakob J.	Wohnungsstelle	519
37.	Köln	Adolf J.	Personalstelle	44
38.	Koppe	Eduard J.	Möbelkammer	103
39.	Krayn	Georg J.	Wohnungsstelle	492
40.	Krotoschiner	Dr. Walter J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	520
41.	Lazarus	Manfred J.	Wäscherei	741
42.	Leipziger	Leonhard J.	Krankenhaus	283
43.	Lemberg	Werner J.	Lager Gr. Hamburgerstr.	577
44.	Lesser	Erich J.	Möbelkammer	104
45.	Leweck	Adolf J.	Reichsvereinigung	
46.	Lewin	Arthur J.	Kataster	124
47.	Lewin	Bernhard J.	Kleiderkammer	698
48.	Lissner	Karl J.	"	715
49.	Löwenthal	Gerhard J.	Wohnungsstelle, Abw.-Vorbereitung	522

50.	Marcus	Dr.Alfred J.	Wohnungsstelle,Abw.-Vorbereitung	524
51.	Marcus	Alfred J.	Friedhofsverwaltung	757
52.	Marcus	Leopold J.	Reparaturwerkstatt	729
53.	Meyer	Fritz Günther J.	Wohnungsstelle,Abw.-Vorbereitung	526
54.	Meyer	Werner J.	Kataster	138
55.	Mirauer	Dr.Franz J.	Wohnungsstelle	495
56.	Misch	Dr.Ludwig J.	"	496
57.	Nachmann	Herry J.	Grundstücke	52
58.	Naftaniel	Max J.	Friedhofsverwaltung	780
59.	Netler	Karl J.	Winterhilfe	39
60.	Neumann	Max J.	Wohnungsstelle,Abw.-Vorbereitung	539
61.	Noah	Lionel J.	Siechenheim	210
62.	Noher	Dr.Helmut J.	Wohnungsstelle,Abw,-Vorbereitung	536
63.	Rahau	Jaques J.	Kataster	130
64.	Robinsohn	Ernst J.	Kleiderkammer	702
65.	Rosenthal	Joseph J.	Friedhofsverwaltung	758
66.	Rosenthal	Julius J.	Kleiderkammer	703
67.	Rothschild	Hermann J.	Reichsvereinigung	
68.	Salberg	Siegmund J.	Buchhaltung	13
69.	Salomon	Gottfried J.	"	14
70.	Samter	Hermann J.	Reichsvereinigung	
71.	Saul	Julian J.	Poststelle	56
72.	Silberberg	Siegfried J.	Beitragsverwaltung	29
73.	Spanier	Benni J.	Wohnungsstelle,Abw.-Vorbereitung	534
74.	Schmalzbach	Wilhelm J.	Beitragsverwaltung	30
75.	Schneller	Eli J.	Kleiderkammer	704
76.	Schuster	Ludwig J.	Buchhaltung	16
77.	Schwarz	Rudolf J.	Wohnungsstelle	502
78.	Striezel	Günther J.	Reparaturwerkstatt	734
79.	Tarrasch	Paul J.	Reichsvereinigung	
80.	Taub	Felix J.	Gesamtarchiv	113
81.	Weiss	Erwin J.	Friedhofsverwaltung	783
82.	Wolfers	Bruno J.	Reichsvereinigung	
83.	Wolff	Johannes J.	Wohnungsstelle	503
84.	Wollstein	Alfred J.	Beitragsverwaltung	32
85.	Wollstein	Ulrich J.	Wohnungsstelle,Abw.-Vorbereitung	538
	Reichsbahn			
86.	Abrahamsohn	James J.		812
87.	Premler	Leo J.		813
88.	Farkas	Bela J.		814
89.	Neumann	David J.		815
90.	Silberstädter	Ludwig J.		816

Eigentum des Deutschen Zentralarchivs

Herrn Dr. Levy

L 4

He/Jo

Aktennotiz

Rücksprache bei der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle (Herr Kommissar HStF Stock, Herr Oberscharführer Dobberke).

1. Herr Dobberke teilte mit, dass die Karten der vorgesehenen Angestelltenkartei heute nachmittag an Herrn Cohn zur Ausgabe gelangen würden. Die Kartei sei getrennt für die bisherigen und die neu angenommenen Angestellten sowie für die im Haushalt mitlebenden Angehörigen bis zum Montag aufzustellen, und zwar auch für die Angestellten der Zentrale.

2. Es wurde vorgetragen, dass ein Teil der neu übernommenen Angestellten den zu stellenden Ansprüchen nicht genügen, während anzunehmen sei, dass unter den wegen bestehender Mischehe u.s.w. entlassenen Juden und Geltungsjuden, die jetzt in andere Arbeit vermittelt würden, noch für uns brauchbare Mitarbeiter zu finden wären. Herr Kommissar Stock stellte anheim, eine Aufstellung zu machen, aus der sich ergibt, welche Arten von Mitarbeitern noch gebraucht werden, und wer gegebenenfalls hierfür zum Austausch angeboten wird.

3. Herr Kommissar Stock machte Mitteilungen über die in der Großen Hamburger Straße einzurichtende Kartei der in Berlin verbliebenen Juden, zu deren Herstellung der in privilegierter Mischehe lebende Willy Israel Schweig, Berlin W 30, Landshuter Straße 14, als Dienststellenleiter zugezogen werden soll. Über die näheren Bedingungen seiner Anstellung ergeht noch Mitteilung.

4. Die neuen Ausweise, deren Formulare kürzlich zur Genehmigung vorgelegt wurden, dürfen nunmehr für die Mitarbeiter ausgestellt werden. Soweit noch nicht feststeht, ob ein neuer Mitarbeiter bleibt oder ausgetauscht wird, kann der Ausweis zurückgehalten werden. Dies gilt insbesondere auch für die 20 neuen Ordner, welche Herr Dobberke für die Große Hamburger Straße angenommen hat.

5. An die Erteilung der eingereichten Fahrtbescheinigungen wurde erinnert. Herr Kommissar Stock äusserte jedoch Bedenken.

6. Es wurde eine Notiz über den Fall des verhafteten und noch nicht wieder frei gelassenen, in Mischehe lebenden Angestellten Kurt Israel Rosenberg übergeben. Herr Kommissar Stock will nach eingezogenem Erkundigung Bescheid erteilen.

7. Es wurde vorgetragen, dass Anträge wegen Bestellung von Testamentsvollstreckern zum Teil seit Wochen vorliegen und noch nicht beschieden sind. Herr Kommissar Stock will die Angelegenheit prüfen.

8. Es wurde mitgeteilt, dass Bestände der Möbelkammer zum Zwecke der beschleunigten Räumung weiterhin an zugelassene Händler verkauft werden.

   Es wurde ferner gefragt, ob die unter den Beständen vorhandenen

echten

42

echten Teppiche mitverkauft oder besonders behandelt werden sollen. Hierüber wurde Weisung in Aussicht gestellt.

9. Es wurde vorgetragen, dass voraussichtlich eines oder mehrere der bisher als Sammellager benutzten Grundstücke Germannstraße 3, Gerlachstraße 19-21 und Auguststraße 17 nicht mehr gebraucht werden würden und deshalb zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung und Liquidierung aufgegeben und verkauft werden könnten. Herr Kommissar Stock stimmte dem zu und ersuchte um einen bestimmten Vorschlag, wobei auch geprüft werden soll, ob die Zentralküche Germannstraße verlegt werden könne; in diesem Falle könne das Grundstück unter Verlegung der darin befindlichen Personen nach der Gerlachstraße frei gemacht werden.

18.3.1943

(Moritz Israel Henschel)

V e r m e r k

Am 1.April 1943, 15 Uhr, erschienen zwei Beamte der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin IV D.1 und fragten nach
Hans Israel G u t h a n e r, früher Darinkendorf.

Es wurde berichtet, dass Hans Israel Guthaner um seine Versetzung nach Bielefeld gebeten hatte. Hierüber erhielt die Aufsichtsbehörde unter dem 27.1.1943 Bericht. Eine Abschrift dieses Berichtes wurde auf Erfordern ausgehändigt.
Nachdem die Aufsichtsbehörde einen ablehnenden Bescheid am 3.2.1943 erteilt hatte, wurde Guthaner veranlasst, sich nach dem Sammellager Grosse Hamburgerstrasse zu begeben. Eine telefonische Rückfrage im Sammellager Grosse Hamburgerstrasse ergab, dass er dort am 12.2.1943 eintraf und am 19.2.1943 nebst seiner Familie mit dem 29.Transport abwanderte.

Berlin, den 1.April 1943

(Kurt Israel Levy)

Auszug aus der Aktennotiz vom 30.4.43

3.) Es wurde die Frage der Behandlung der staatenlosen Mischlinge I. Grades, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören, erörtert. Herr Kommissar Stock teilt mit, dass diese Personen in Zukunft wie deutsche Geltungsjuden zu behandeln sind und infolgedessen auch zum Tragen des Sterns verpflichtet sein. sind.

30.4.43 gez. Gerhard Israel Cohn

Herrn Dr. Kurt Israel Levy

Auszug aus der Aktennotiz vom 30.4.43

4.) Es wird die Weisung von Herrn Kommissar Stock, wonach staatenlose Mischlinge, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören, wie deutsche Geltungsjuden zu behandeln sind, erörtert-

gez. Gerhard Israel Cohn

30.4.43

Herrn Dr. Kurt Israel Levy z.K.

40

Anfang

F 11

RV

Vordruckspulrolle

Frl. Kaminski

18. August 1939 Dr.Li/Ja

Protokoll über die Sitzung des Vorstandes der Reichsvereinigung am Montag, den 14. August 1939, Nachmittag 5 Uhr

Anwesende : Dr. Baeck als Vorsitzender,
Dr. Eppstein,
Henschel,
Dr. Hirsch,
Dr. Lilienthal,
Dr. Seligsohn,

als Sachbearbeiter der Reichsvereinigung :

Berliner,
Dr. Cohn,
Meyerheim,

als Sachbearbeiter der Berliner Gemeinde :

Brasch,
Seeliger.

1.) Der Vorstand der Reichsvereinigung erklärt sich damit einverstanden, dass der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin aus folgenden Mitgliedern besteht :

Direktor Stahl,
Karl Fuchs,
Henschel,
Kopfstein,
Kozower,
Dr. Lilienthal,
Seeliger.

2.) Dr. Cohn berichtet über die derzeitige Lage des Arbeitseinsatzes von Juden.

3.) Es wird beschlossen : Mittel für Anschaffungen zur Vorbereitung der Auswanderung dürfen in Zukunft nur für solche Auswanderer zur Verfügung gestellt werden, die im Zeitpunkt der Bewilligung bedürftig im Sinne der Wohlfahrtsgrundsätze sind. Der für den einzelnen Auswanderer zur Verfügung zu stellende Betrag soll in der Regel RM 75.-- nicht übersteigen. Ausnahmen sind zulässig,

./.

140

a) soweit Anschaffungen von Kleidungsstücken erforderlich sind, um die Ausübung der nach Bestätigung der zuständigen Wanderungsstelle ernsthaft in Aussicht stehenden Berufsausübung zu ermöglichen,

b) für Jugendliche, soweit unter Berücksichtigung des bei ihnen vielfach geringeren Bestandes etwas höhere Beträge erforderlich sind, um sie mit einer normalen oder für die Durchführung der Ausbildung erforderlichen Ausrüstung zu versehen.

4.) Es wird beschlossen : Auswanderern dürfen für Gepäck- und Frachtkosten nicht mehr als RM 40.-- pro Persnn zur Verfügung gestellt werden.

5.) Es soll versucht werden zu erreichen, dass Inserate mit dem Angebot zur Beschaffung von Visen unter Chiffre im Jüdischen Nachrichtenblatt nicht erscheinen dürfen.

gez. Dr. Lilienthal

142

Die Abwicklung des sogenannten "Erziehungs-Clearings" d.h. der Bezahlung der Ausbildungskosten ausgewanderter Jugendlicher ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ durch den JOINT gegen Reichsmark-Zahlungen der Erziehungsberechtigten in Deutschland an die Reichsvereinigung wurde vor im bisherigen Umfang von etwa RM 7.000.-- Monatlich zugesagt.

II. Einwanderungsmöglichkeiten

1.) In S a n D o m i n g o steht [illegible] ein Gelände von 26.000 acres zur Verfügung, einer [illegible] gegründeten amerikanischen Siedlungsgesellschaft, die dort sofort etwa 60 Ehepaare und 50 Einzelpersonen ansiedeln und dann allmählich eine große Siedlung entstehen lassen will. Es war zunächst beabsichtigt, dafür nur Personen zu verwenden, die bereits aus Deutschland ausgewandert sind und im [illegible] vorübergehende Aufnahme gefunden haben. [illegible] Durchgangslager, das mindestens die Hälfte der ersten Gruppe - bei der späteren Gruppe vielleicht ihre [illegible] Deutschland genommen werden soll. [illegible] gewählt werden, [illegible] nigen ist.

2.) [illegible] in M i n d a n a o (Philippinen) mit etwa 10.000 qkm. in dafür befassten [illegible] beschäftigt.

3.) [illegible] elwa [illegible] einer [illegible]

4.) [illegible] Siedlungsgebiete [illegible] ist zu hoffen.

5.) Die eigentliche Arbeit zur Gewinnung von [illegible] d a u e r v i s a f ü r J u d e n [illegible] liste der amerikanischen Konsulate in [illegible] vorhandenen Schwierigkeiten nicht [illegible]

III. Außer den unter I und II [illegible] Einzelheiten besprochen

1.) [illegible] Pässen der [illegible] Service de Transmigration in Brüssel,

2.) über die Abwanderung einiger tausend Juden [illegible] der Reichsvereinigung zur Verteilung an die rituell lebenden Juden in Deutschland, [illegible] in Deutschland und der Einbürgerung aus dem Herstellungsland und der Einbürgerung nach Deutschland, zu übernehmen bereit ist.

Berlin, den 29. Februar 1940

(Dr. Israel Otto Ury)

1. Anlage.

AS CURIT

Bericht über die Reise des Dr. Israel Otto R i r c h , nach Brüssel
vom 11. bis 17. Februar 1940

Die Reise hatte vor allem den Zweck, mit dem Präsidenten der europäischen Abteilung des Amerikan Joint Distribution Committee, Herrn Morris C. T r o l l e r , in Brüssel, eine Abrechnung zu führen über die Bereitstellung [illegible] sowie über weitere Auswanderungsmöglichkeiten.

I. Finanzierungsfragen

1.) Der JOINT hatte für die Monate September 1939 bis Februar 1940 für Auswanderer aus dem Altreich durchschnittlich $ 75.000.- zur Verfügung gestellt. Für März hat er eine der [illegible] auf $ 40.000.- als unumgänglich erklärte. Eine weitere Erhöhung [illegible] für die folgenden Monate abgelehnt. Es wurde [illegible] vereinbart, daß die New Yorker Zentrale der europäischen Abteilung nur jeweils bestimmte Summen für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellen [illegible] die europäische Abteilung feststellen [illegible] Mittel der Zentrale der Erschöpfung entgegensehen. [illegible] Eingang von Mitteln der Zentrale [illegible] Eine neue Geldsammlung [illegible] begonnen.

[illegible] der völlig [illegible] Ausland haben, die [illegible] Lage zur Verfügung [illegible]

Herr Troper [illegible] New York, [illegible] Mitte April zurückzukehren gedenkt, [illegible] für die europäischen [illegible] zugewiesen zu bekommen, [illegible] zu erreichen. Schon jetzt muß ich wenigstens durchgesetzt [illegible] Forderungen [illegible] bleiben soll.

2.) [illegible] daß es nicht möglich sei, die für Hilfsaktionen für die Juden [illegible] in Polen bestimmten Dollarbeträge zugänglich [illegible] deutsche Land nutzbar zu machen. Wenn es [illegible] gelänge, [illegible] Dienststellen der zuständigen deutschen Behörden dafür zu erhalten, daß ein entsprechender Reichsmarkbetrag für die Anschaffung von Zloty zu dem genannten Zweck teils von solchen Auswanderern, die über entsprechende Reichsmark-Mittel verfügen, teils von der Reichsvereinigung für Unbemittelte verwendet werden darf. Diese Frage wurde grundsätzlich bejaht und darauf hingewiesen, daß über dieselbe Möglichkeit in Bezug auf die Auswanderung von Juden aus der Ostmark bereits zwischen Herrn Troper und der Jüdischen Kultusvereinigung zu Wien Verhandlungen schweben. Für den JOINT sei Voraussetzung, daß man sich über den Kurs - genannt wurden RM 10.- für den Dollar - vorher einige und daß der volle Gegenwert in Zloty dem Büro des JOINT in Warschau für die Juden im ehemaligen Polen zur freien Verfügung gestellt werden könnte. Herr Troper sieht womöglich noch vor seiner Abreise nach New York, einer Mitteilung hierwegen entgegen.

3.) Zur Unterstützung der von uns beabsichtigten Aktion zur Gewinnung von Spenden aus den Sperrmarkguthaben ausgewanderter Juden in den neutralen europäischen Ländern habe ich das in Abschrift beiliegende Empfehlungsschreiben der Europäischen Abteilung des JOINT erwirkt.

4.) Dr. Epstein berichtet, daß die Berliner Zentralstelle für jüdische Auswanderung verlangt hat, daß ihr vom 1. 9. 1941 ab täglich 50 Personen zur Einleitung des Auswanderungsverfahrens zugeführt werden.

Zur Erfüllung dieser Forderung müssen die Anmeldungen der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten schon vor der endgültigen Erteilung des Visums und zur Teilnahme an Sondertransporten nach Palästina herangezogen werden.

Der Vorstand beschließt, der Wanderungsabteilung eine dementsprechend Anweisung zu erteilen und Wege zu finden, die Auswanderungsstelle der Gemeinde Berlin fortlaufend mit dem zur Verfügung der Forderung nötigen Material zu versehen.

5.) Hinsichtlich der Beerdigung von Juden, die außerhalb ihres Wohnortes verstorben, werden folgende Richtlinien beschlossen:

a) Wenn ein mittelloser Jude außerhalb seines Wohnortes stirbt, ist er durch die Jüdische Kultusvereinigung des Sterbeortes zu beerdigen.

b) Die Kosten der Beerdigung sind der Jüdischen Kultusvereinigung des Sterbeortes auf Verlangen von der Jüdischen Kultusvereinigung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes des Verstorbenen zu erstatten. Sie sind unter dem Titel "Allgemeine Fürsorge-Ausgaben" zu verbuchen.

c) Die erstattungsberechtigte Jüdische Kultusvereinigung kann von der erstattungspflichtigen nur die reinen Selbstkosten erstattet verlangen.

Gebühren für den Begräbnisplatz und Ortsgebühren für die Funktionäre dürfen nicht erhoben werden.

d) Sofern nicht außergewöhnliche Umstände, insbesondere Transportkosten dies bedingen, darf die Erstattungsforderung an die Jüdische Kultusvereinigung des Wohnsitzes den Betrag von RM 100.-- nicht übersteigen.

6.) Es wird berichtet über die Bemühungen wegen Fürsorge für die aus Stettin abtransportierten Juden und wegen Regelung der Verwaltung ihres zurückgelassenen Vermögens.

In letzterer Beziehung darf die Reichsvereinigung eine Tätigkeit nicht entfalten, in letzterer Beziehung können Anträge an die zuständige Behörde gestellt werden.

7.) Über die vorübergehende Unterbringung der Juden aus der früheren Grenzmark in Schneidemühl und über die Vorschläge wegen ihrer dauernden Unterbringung in verschiedenen Orten des Altreiches wird Bericht erstattet.

8.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von den wegen der Haftentlassung internierter früherer polnischer Staatsangehöriger gestellten Anträge.

9.) Die Aktenvermerke über die Rücksprachen mit dem Hauptamt Sicherheitspolizei sollen zur jeweiligen Einsichtnahme für die Mitglieder des Vorstandes in einem Exemplar im Sekretariat Dr. Hirsch gesammelt werden.

gez. Dr. Hirsch

Ell — Bru Re RV

106

[redacted]

[redacted] 15. [redacted] 1940. L/Dr.Li/Vi.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom [redacted] 1940 mittags

Anwesende:

Dr. Rudolf [redacted] als Vorsitzender
Dr. Ernst [redacted]
[redacted]
Dr. [redacted]
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Sachbearbeiter für die Reichsvereinigung
Dr. [redacted]
Dr. Conn
Fürst
Karminski
Meyerheim

Sachbearbeiter für die Gemeinde Berlin
Brasch

1. In den Vorstand der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wird an Stelle des ausgeschiedenen Dir. Stahl Dr. Konrad [redacted] gewählt.

Dirl Fuchs soll gebeten werden, an den weiteren Sitzungen der Reichsvereinigung regelmäßig teilzunehmen.

2.) Die Änderung der Schulgeld-Ordnung in der [redacted] vorliegenden Vorlage wird genehmigt.

Ferner wird -gegen die Stimme von Kozower- beschlossen, die Schulgeld-Ordnung in der nunmehrigen Fassung auch für die Berliner Schulen einzuführen.

3.) Über die Frage der Eintragung der zusätzlichen Vornamen im Fernsprechbuch soll mit der Postverwaltung Rücksprache genommen werden.

4.) Es soll der Antrag gestellt werden, die Ausgehzeit im Sommer um zwei Stunden zu verlängern.

gez. Dr. Lilienthal

Anlage.

[redacted]

137

R.V.

105

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTR. 158

Berlin, den 26. Januar 1940
L/Dr. Li/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Sitzung vom 10.1.1940

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Epstein
Hensehel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Dr. Berliner
Brasch
Dr. Cohn
Furst
Fuchs
Kurminski
Meyerheim
Dr. Rosenthal zu Punkt 3

1.) Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes wird Dr. Hirsch gewählt.

2.) Dr. Berliner und Meyerheim sollen, ohne förmlich Mitglieder des Vorstandes der Reichsvereinigung zu sein, vom Vorstand so behandelt werden, als ob sie es wären, insbesondere das Recht haben, auch an vertraulichen Sitzungen des Vorstandes teilzunehmen.

Löwenstein soll in Zukunft an den (nicht vertraulichen) Sitzungen des Vorstandes teilnehmen.

3.) Jüdische Kriegsopfer, die wegen ihrer Bedürftigkeit durch das Versorgungsamt Zusatzrenten zugebilligt bekommen haben, oder die wegen ihrer Bedürftigkeit Beihilfen erhalten, sollen auf Antrag vom Kopfgeld freigestellt werden, wenn ihre wirtschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung ihrer durch die Kriegsbeschädigung verursachten Bedürfnisse dies angezeigt erscheinen lassen.

gez. Dr. Lilienthal

226

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 17. April 1940
I/Dr. Li/Ei.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, vom 15.4.40

Anwesend: Dr. Sieck als Vorsitzender
Dr. Epstein
Hensenel
Dr. Hirsch
Kossower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Dr. Berliner
Fuchs
Dr. Sehn
Fuchs
Furst
Warschauski
Löwenstein
Meyerheim

1.) Dem von Dr. Epstein vorgelegten endgültigen Entwurf einer Eingabe an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird zugestimmt.

2.) Der Zentralstelle soll vorgeschlagen werden, daß in der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung am Sonnabend -von dem vorhandenen Notdienst abgesehen- auch künftig nicht gearbeitet wird, dafür aber am Sonntag vormittag.

Ein Absehen von Zuweisungen an die Zentralstelle für die Pessachfeiertage soll nicht erfolgen. Es soll jedoch der Zentralstelle mitgeteilt werden, daß ein Teil der Zugewiesenen aus religiösen Gründen voraussichtlich statt an den Pessachtagen an den folgenden Tagen kommen wird.

3.) An den beiden letzten Pessachtagen soll in allen Abteilungen je die Hälfte der Belegschaft Dienst tun.

Es wird beschlossen, daß in der Heil- und Pflegeanstalt Bayn der Reichsvereinigung der Juden, Bendorf-Sayn, die Einteilung in Klassen aufgehoben und in Zukunft nur eine Einheitsklasse geführt werden soll. Der Pflegegeldsatz für die Selbstzahler soll so berechnet werden, daß zu dem Selbstkostenpreis pro Anstaltsinsassen ein Zuschlag von 30% hinzugerechnet wird, mit der Maßgabe, daß im Bedürftigkeitsfalle Ermässigung gewährt werden kann.

gez. Dr. Lilienthal

[illegible]

[illegible] DER JÜDISCHEN GEMEINDE IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE [illegible]

[illegible] Mai 1939

Protokoll über [illegible]

[illegible] Auswanderungsabgabe [illegible] Deutschland, [illegible]

Anwesend: Dr. [illegible] als Vorsitzender
Dr. Epstein
[illegible]schel
Dr. Hirsch
[illegible]zower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

[illegible]rsch
Fuchs
[illegible]wenstein
[illegible]ovsky

[illegible]ständigt: Dr. Berliner
Dr. Cohn
Dr. Ost
[illegible]minski

Der Besprechung der Vorstandssitzung vom 11.5.1939, Ziffer I B des Protokolls betr. Auswanderungsabgabe bei Paßanträgen, die vor dem 1.1.1939 gestellt wurden, soweit die Möglichkeit der Auswanderung zweifelhaft ist, wird [illegible]

Zu Ziffer 13 b und c der Durchführungsbestimmungen zur Auswanderungsabgabe-Ordnung wird nach Erörterung der Vorlagen [illegible] folgendes beschlossen:

Grundsätzlich sollen die Generalvollmachten zur Sicherstellung der Auswanderungsabgabe sowie Aufträge zur Verwertung von Vermögenswerten, die zwecks der Sicherung der Auswanderungsabgabe [illegible], nach wie vor der PWI übertragen werden. Wenn jedoch der Verdacht im Einzelfall die Bestellung eines bestimmten Treuhänders erschüttert, so soll dessen Bestellung in der Regel erst dann [illegible] eine sachliche Eignung und seine Zuverlässigkeit [illegible] bestehen bestätigt.

Zur Herbeiführung einer nachträglichen Erledigung [illegible] Auswanderungsabgabe von denjenigen Juden, die ohne Entrichtung [illegible] Auswanderungsabgabe ausgewandert sind, sollen die abschriftlich beigefügten Vorschläge der [illegible]rde eingereicht werden.

Der von Dr. Epstein vorgetragenen Denkschrift über die Errichtung von Durchgangsheimen in Berlin zu Ausbildungszwecken für Auswanderer aus dem Reich wird mit folgender Maßgabe zugestimmt:

a) Die Kosten der Reise von und nach Berlin sollen nur im Bedarfsfalle ersetzt werden, wobei jedoch an die Prüfung der Bedürftigkeit kein allzustrenger Maßstab angelegt werden soll.

b) Die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Auswanderungsabgabe erhoben werden soll, soll noch einmal geprüft werden.

c) ebenso soll noch geprüft werden, ob die Heimatgemeinden zur Tragung der Kosten herangezogen werden sollen.

gez. Dr. Lilienthal

Kanzlei

252

REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN C 2, ROSENSTRASSE 16/18

Berlin, den 14. [illegible].1940
L/Dr. [illegible]

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, [illegible] e.V.

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligmann

Brasch
Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein

entschuldigt: Dr. Berliner

1.) Der Vorsitzende gibt davon Kenntnis, daß Dr. Conrad Israel-Cohn als Vorstandsmitglied bestätigt ist.

2.) Senatspräsident Dr. Spitta wird zum Obmann der Oberschiedsstelle bestellt.

3.) Auf einen Bericht von Frau Fürst findet eine eingehende Erörterung der Lage des jüdischen Schulwesens statt. Dabei wird besonders die Notwendigkeit betont, im Rahmen des Möglichen die schulische Versorgung der Kinder in einer Reihe von kleinen Gemeinden zu bessern, gegebenenfalls auch durch Aufhebung dieser Schulen und Umschulung der Kinder in Gemeinden mit größeren Schulen.

Die Schulverwaltung wird gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht in geeigneten Fällen besonders schlechte Lehrer durch geeignete Laien im Unterricht ersetzt werden können, im übrigen um eine regelmäßige Inspektion gerade der kleinen Schulen bemüht zu sein.

Erörtert wurde auch der Stand der jüdischen Erziehung der Schulkinder, insbesondere die Möglichkeit, diese jüdische Erziehung durch Einführung täglicher Morgenandachten zu fördern.

gez. Dr. Lilienthal

133

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 17. Mai 1940
I/Dr.L/El.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Freitag, 10.5.40

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Geschonek
Hoz ler
Dr. Lilienthal

Fürst
Hermsdorf
Lewinstein
Lyon
Weyrheim

1.) Der von Dr. Eppstein vorgelegte, in der Anlage beigefügte Bericht an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung wird genehmigt.

2.) Die in Aussicht genommene Abberufung des Herrn Paul Israel Hirschfeld, Stettin, als Vorstandsmitglied der Jüdischen Kultusvereinigung Synagogen-Bezirk Stettin soll nunmehr erfolgen.

gez. Dr. Lilienthal

100

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 2[illegible] Mai 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, vom Montag, den 27.5.40

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Brasch
Fuchs
Kormitzki
Löwenstein
Meyerheim

1.) Dr. Cohn erstattet einen eingehenden Bericht über den Stand der Berufsausbildung- und Umschichtung sowie des Arbeitseinsatzes und über das Verhältnis der beiden zueinander.

2.) Der Vorstand stimmt einer Verkürzung der diesjährigen Urlaubsfrist für die Angestellten auf drei Wochen zu und beauftragt die Geschäftsführung mit der Veranlassung des weiteren.

3.) Berichtet wird:

a) über die Sperre der Erteilung von Transitvisen durch Italien und die Bemühungen um sonstige Ausreisemöglichkeiten, insbesondere über Japan,

b) über die Verhandlungen wegen Passage-Devisen,

c) über die Verhandlungen betreffend Sondertransporte nach Palästina,

d) über die weitere Behandlung der in Schneidemühl und Stettin vorläufig sicherge stellten Werte und Gegenstände der jüdischen Bevölkerung,

e) über die Erteilung der Genehmigung für das neue Unterstützungsmark-Verfahren durch das Reichswirtschaftsministerium vorbehaltlich der Zustimmung durch die Stillhaltegläubiger.

gez. Dr. Hirsch

131

[illegible] ANGELEGENHEITEN DES JUDEN [illegible] DEUTSCHLAND, [illegible] HILFSVEREIN DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, [illegible] REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, KULTURBUND DEUTSCHER JUDEN

Berlin, den 12. Juni 1940

[illegible]

Betrifft: Verhandlungen [illegible]

Bezug: [illegible] vom [illegible]

Anwesend: [illegible] Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Löwenstein
[illegible]
Dr. Hirsch
Kaiser
Dr. Leo Baeck
Dr. Sachsenthal
Dr. Salzgohn
Dr. Stahl
Brasch
[illegible]
Warschauer
Dr. Wassermann
Dr. Wolf
Dr. Wyler
Zivi-Kibbuz
Dr. Landau
Dr. Lichtheim
Dr. Lissmann
Dr. Marx
Dr. Rosenheim
Dr. Simon
Dr. Warburg

1.) Dr. Hirsch berichtet [illegible] über seine Reise nach Budapest vom 5.- 10.6.40 und die Verhandlungen, die er mit den Vertretern des JOINT sowie mit den an der Fortführung der Palästina-Transporte interessierten Organisationen geführt hat. Der [illegible] erstattete Bericht ist angeschlossen. Im Zusammenhang damit wird ferner über die Besprechungen berichtet, die inzwischen in Berlin gemeinschaftlich mit den Vertretern von Jicht [illegible] Zentralstelle für jüdische Auswanderung sowohl wegen [illegible] Transporte, sowie [illegible] wegen der Fragen der Ermöglichung zur Auswanderung nach Nord- und Südamerika stattgefunden haben.

2.) Dr. Lissmann begründet [illegible] den vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes für das zweite Halbjahr 1940. Der Haushaltsplan wird in folgenden Punkten geändert; im übrigen aber nach dem Entwurf angenommen.

a) Gesamt-Etat Titel I, 1: Dieser Verbrauchsschl soll in einer Anmerkung darauf hingewiesen werden, daß sie sich auf eine Zeit bezieht, in der Reichsmark-Passagen nur ausnahmsweise vorkommen, und daß deswegen ein Vergleich mit der Voranschlagszahl für das zweite Halbjahr nicht möglich ist.

b) Gesamt-Etat Titel III, 1: Der Voranschlag wird auf RMark 6.750.000.-- erhöht.

c) Gesamt-Etat Titel V,1 : Die Verbrauchszahl soll in einer Anmerkung erläutert werden.

d) Zentral-Etat Titel IV, A 2 b : Der Voranschlag wird auf RM 68.000.-- erhöht.

./.

-2-

Zentral-Etat Titel VI, B 1 b : Der Voranschlag wird auf RM 340.000.--
[illegible] herabgesetzt.

B 2 b : Der Voranschlag wird auf RM 130.000.--
[illegible] erhöht.

Die Abteilung Wanderung wird ermächtigt, im Bedarfsfall, nach vorheriger Verständigung mit der Finanz-Abteilung, ihre Gesamtausgaben für Gehälter und sachliche Verwaltungsausgaben auf RMark 740.000.-- zu erhöhen.

Ferner wird folgender Beschluß gefaßt:

Den zu teilen, die die Vergütungen der Gemeinden und Bezirksstellen in Zukunft selbst auf Grund der Abgaben der Angeschlossenen [illegible] sollen in Zukunft Zuschüsse der Spezial-Schatzabteilungen an Gemeinden und Bezirksstellen nur mit Zustimmung der Generalabteilung [illegible] werden. Die sonstigen Ausgaben und Kostenerstattungen der einzelnen Bezirksstellen, die hiernach aufgrund ihrer Verhältnisse nicht [illegible] sollen grundsätzlich unterbleiben.

[illegible] berichtet über eine von Oberfinanzpräsidenten (Devisenstelle) Stuttgart [illegible] an den Leiter der Jüdischen Kultusvereinigung Württemberg, Dr. Gumbel, eingeleitete Verfahren wegen Nicht-Einhaltung der gegen den [illegible] Oberrat erlassenen Sicherungsanordnung und die von Dr. Gumbel vorgeschlagene Regelung, wonach eine Geldstrafe in Höhe von RMark 20.000.-- [illegible] Unterwerfungsverfahren annehmen soll. Es sollen noch Rückfragen gepflogen werden, [illegible] sich Dr. Gumbel zu der Unterwerfung entschließt, soll [illegible] Reichsregierung gewendet werden.

gez. Dr. Hirsch

128

B e r i c h t

über die Reise nach DANZIG vom 7. - 12. Juni 1939

I. ALLGEMEINES.

Die Aufteilung von [illegible] hat die bisherigen Ergebnisse der noch nicht [illegible] Joint Distribution Committee [illegible] Ausgaben stärker Ansprüche stellen [illegible], die von verwandten und [illegible] Amerika [illegible] auf die Hergabe [illegible] Affidavits, [illegible] Polizeiattesten für Pässen, Verhandlungen mit [illegible] für die Einreise der Emigranten [illegible] werden. [illegible] von der Auswanderungs-Abteilung der Reichsvertretung [illegible] Beamten und [illegible] Dienststellen in dieser Beziehung werden von der Trägerschaft [illegible] Joint [illegible] Ihr [illegible] Sammlungen, [illegible] einen [illegible] Einfluß [illegible] Auswanderungsmöglichkeiten [illegible]. Da [illegible] seit dem Frühjahr die Abfertigungen [illegible] Polizeiattesten [illegible] Joint [illegible] Auswanderer [illegible] Ausland [illegible] Verhandlungen

jüdischen Organisationen im Altreich, in Danzig, in der Ostmark und im Protektorat hiervon zusammen ℳ 30.000.-- übernehmen, die der JOINT von ihrem ordentlichen Budget einbehält; die Reichsvereinigung trifft sich hieran mit ℳ 4.000.-.

Dadurch und durch die inzwischen erfolgte Überweisung einer Anzahlung von insgesamt ℳ 30.000.- erscheint nunmehr die finanzielle und technische Seite des Auswanderer-Transportes von 5 Auswanderern aus dem Altreich und 550 Auswanderern aus Danzig gesichert.

II. WANDERUNGSWEGE.

1. Die Notwendigkeit, für die Auswanderung nach Nord- und Südamerika neben dem Weg über Italien und erforderlichenfalls statt seiner denjenigen über den Fernen Osten zu nehmen, und die Einzelheiten hierzu wurden eingehend dargelegt. Der JOINT wird unsere Bemühungen um die Einstellung eines Sonderschiffes durch die japanische NYK-Linie unterstützen. Er wurde außerdem gebeten, für die Auswanderer, die diesen Weg benutzen, Hilfskommitees in Kobe und Yokohama zu gründen, oder Vertrauensleute zu bestimmen. Mr. Troper sagte zu, hierfür sofort das Erforderliche in die Wege zu leiten. Ebenso wird der JOINT für an der Westküste von Nordamerika ankommende Auswanderer sorgen.

2. Auch für die Siedlung in SANTO DOMINGO wurde der gemeinte Weg für den Fall, daß Transitvisen durch Italien endgültig nicht zu erreichen sind, gut geheißen und in Aussicht gestellt, daß auch die bei dieser Route entstehenden Kosten zusätzlich zu den sonstigen Leistungen des JOINT beschafft werden.

Im Zusammenhang mit der Auswahl der Siedler für Santo Domingo besteht nach wie vor der Wunsch des Boards der Dominican Republican Settlement Association, daß sein Mitglied, Mr. TROPE, die Möglichkeit zur Einreise nach Deutschland und zum Aufenthalt daselbst erhalten möge.

3. Eine Aussprache mit dem Leiter des Palästina-Amtes in Budapest unter Zuziehung des vorübergehend sich in Budapest aufhaltenden Leiters des Palästina-Amtes Pressburg ergab die Möglichkeit, für die bereits vorgemerkten Jugendlichen das Palästina-Visum zu erlangen und sie über Pressburg-Budapest zur Auswanderung nach Palästina zu bringen.

III. ORGANISATORISCHES.

Neben dem Büro in Genua hat der JOINT ein provisorisches Büro in Budapest eingerichtet. Die Anforderungen an Passagen sollen bis auf weiteres alle an dieses Büro gerichtet werden.

Berlin, den 11. Juni 1940

(Dr. Otto Israel Hirsch)

130

Konzept

REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 16. Juli 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandsitzung
der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, vom Mittwoch, 1.7.1940

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Löwenstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Dr. Asch
Fuchs
Fürst
Kaminski
Löwenstein
Meyerowitz

Dr. Lilienthal berichtet über Besprechungen, die Mitglieder der Überseehilfsstelle vor kurzem mit Herren:

Landgerichtsdirektor a.D. Dr. Levy - Lingen,
Landgerichtsrat a.D. Neumann
Justizrat Pinczek, Berlin, Joachimsthaler Str.
Justizrat Dr. Bruno Sachs, Berlin W 35, Lutzowstr. 42
Reichswirtschaftsgerichtsrat a.D. Böhm
Kammergerichtsrat a.D. Lehmann, früher 1./13. Senat d. Kammergerichts
Dr. Viktor Hochburger, Karlsruhe i. B, Beethovenstr.
Bankdirektor Dr. Karl Meyer, München, Königinstr. 15 a.

Dr. Lilienthal wird zu Ergänzungen dieser Liste wie zu Streichungen aus derselben ermächtigt.

Herr Löwenstein berichtet eingehend über die Reisemöglichkeiten über den Fernen Osten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika und nach China und über die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten.

Über die Auswanderungslage berichten Dr. Seligsohn und Dr. Löwenstein, ersterer mit besonderer Berücksichtigung von Santo Domingo, letzterer im besonderen Hinblick auf die Sondertransporte nach Palästina. Dabei wird die Verwendung von JOINT-Devisen in Höhe von ℳ 42.000.-- zur Deckung der Kosten der Teilnahme von 500 Auswanderern aus dem Altreich, soweit als möglich gegen Ersatz durch Verwandte und Freunde eines Teiles der Auswanderer hierfür aufgebrachten Devisenmitteln, gutgeheißen.

Der Vorstand nimmt Kenntnis von den für 3. und 14. Juli 1940 vorgesehenen Besprechungen mit Vertretern der mittleren und größeren Kultusvereinigungen und der Bezirksstellen.

gez. Dr. Hirsch

336

4.) Von dem der Behörde erstatteten Bericht über die Verkleinerung des Palästina-Amtes wird zustimmend Kenntnis genommen.

5.) Einem Vorschlag von Dr. Lilienthal zur Regelung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Beschränkung der Einkaufszeit für Juden wird zugestimmt. Es soll aber versucht werden, Milderungen der Bestimmung zu erreichen.

6.) Dr. Cohn berichtet über die Verlegung der Insassen von Heil- und Pflegeanstalten.

gez. Dr. Mirsch

126

Kurrent

36

REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 16. Juli 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 8.7.1940

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Brasch
Fuchs
Fürst
Kerminski
Löwenstein
Meyerhein

1. Der vorgelegte Entwurf einer Anstellungsordnung wird genehmigt.

Zu der der Anstellungsordnung beigefügten Gehälter-Ordnung werden die folgenden Änderungen vorgenommen:

In GEHALTSGRUPPE 2 werden die Worte :"Rabbiner mit mehr als 5 Dienstjahren" geändert in :"Rabbiner mit mehr als 10 Dienstjahren."

Dabei besteht Einigkeit darüber, daß Rabbiner, die außerhalb des Rabbinischen liegende Tätigkeiten ausüben, auch auf Grund dieser Tätigkeit eingruppiert werden können.

In GEHALTSGRUPPE 3 wird eingefügt:"Rabbiner mit 5 Dienstjahren, soweit nicht in Gruppe 2"

ferner wird: "Leiter der Bezirksstellen Baden, Bayern, Land Hessen, Rheinland und Westfalen" geändert in: "Leiter besonders großer Bezirksstellen."

Dazu wird beschlossen, daß zur Zeit als besonders große Bezirksstellen angesehen werden sollen: Baden, Bayern, Land Hessen, Rheinland und Westfalen.

In GEHALTSGRUPPE 7: Selbständige Fürsorger sollen auch in Gemeinden zwischen 1000 und 2000 Seelen in Gruppe 7 fallen

Jugendleiterinnen werden von Gruppe 7 in Gruppe 9 versetzt.

In GEHALTSGRUPPE 10: Die Kolonnenführer und deren Stellvertreter in Beerdigungsbetrieben werden gestrichen.

Ein Antrag, die Familienzuschläge in der Weise zu erhöhen, daß eine Verheiratetenzulage von Mark 35.-- sowie eine Kinderzulage von Mark 25.-- für jedes Kind gewährt wird, wird mit Rücksicht auf die einer solchen Regelung entgegenstehenden politischen Bedenken mit Mehrheit abgelehnt.

./.

123

2.) Von dem der Behörde erstatteten Bericht über die Verkleinerung des Palästina-Amtes wird zustimmend Kenntnis genommen.

3.) Einem Vorschlag von Dr. Lilienthal zur Regelung der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Beschränkung der Einkaufszeit für Juden wird zugestimmt. Es soll aber versucht werden, Milderung von der Bestimmung zu erreichen.

4.) Dr. Cohn berichtet über die Verlegung der Insassen von Heil- und Pflegeanstalten.

gez. Dr. Hirsch

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE

Berlin, dem 26. Juli 1940
I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 22.7.40

Anwesend:
Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Hensphel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Brasch
Fuchs
Fürst
Kirmiński
Lyon
Löwenstein
Meyerheim

wegen Erkrankung entschuldigt: Dr. Seligsohn

1.) Nach einem Bericht von Dr. Lilienthal werden die Fragen des Sammlungswesens in Berlin und insbesondere die aus dem nebeneinander Herlaufen mehrerer größerer und kleinerer Sammlungen sich ergebenden Schwierigkeiten eingehend besprochen. Die anwesenden Mitglieder des Vorstandes der Berliner Jüdischen Gemeinde erklären sich bereit, in diesem die Angelegenheit noch einmal zu erörtern und Vorschläge zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten zu machen.

2.) Dr. Lilienthal berichtet über Anregungen, die Oberrabbiner Dr. Carlebach, Hamburg, in bezug auf das religiöse Leben in den Anstalten der Reichsvereinigung, die Kulturbundveranstaltungen und die Förderung des geistigen Lebens in den mittleren und kleineren Gemeinden gemacht hat. Ein Beschluß wird nicht gefaßt.

3.) Über die Auswanderungs-Situation findet eine Besprechung statt.

4.) Kozower berichtet über die Lebensmittel- und Kohlenversorgung.

gez. Dr. Hirsch

122

Berlin, den 30. Juli 1940
I/Dr.Hi/Ti.

Protokoll der Vorstandsitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, [illegible].1940

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Brasch
Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Meyerheim

1.) Dr. Lilienthal berichtet über die Regelung des Genehmigungsverfahrens für die Einstellung von Personal bei den Kultusvereinigungen.

2.) Nach kurzem Bericht von Dr. Hirsch stimmt der Vorstand der Einrichtung von Fortbildungskursen auf dem Gebiet der Tropenhygiene und Tropenkrankheiten zu.

3.) Zu der neuen Regelung betr. das Umzugsgut für Auswanderer soll eine Eingabe gemacht werden.

4.) Die Frage der Handhabung der Auswandererabgabe gegenüber den früheren Stettiner Mitgliedern der Reichsvereinigung wird besprochen.

5.) Kozower berichtet über die Einkaufszeitregelung sowie über Arbeitseinsatzfragen.

gez. Dr. Hirsch

121

REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Berlin, den 9. August 1940
I/Dr.../Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, 5.8.1940

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Geschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Bruch
Fuchs
Furst
Krmmnsi
Lowenstein
Loyerhei

Rosenheim zu Punkt 1
Auerbach zu Punkt 5

1.) Dr. Seligsohn und Dr. Hirsch berichten über die Besprechung, die sie mit einem Beamten des State Department in Washington bei der Konsularabteilung der amerikanischen Botschaft in Berlin über die neue Praxis der Konsulate in bezug auf die Einschränkung der Erteilung von Visen an Auswanderer nach USA gehabt haben.

2.) Loyerheim berichtet über eine Anfrage der Zweigstelle Stuttgart wegen der Möglichkeit der Gewährung von Darlehn aus Mitteln der Reichsvereinigung oder der Gemeinden an Eigentümer von Grundstücken und Hypothekengläubiger, die ohne Barmittel sind, solche aber für die Zukunft aus der Veräußerung der Grundstücke bzw. der Hypotheken erwarten können und über die Betreuung der FWI mit derartigen Geschäften.

Es wird darauf hingewiesen, daß ein nicht allzugroßer Fonds aus den Mitteln der früheren Zentralstelle für Darlehnskassen besteht, aus dem derartige Darlehn in beschränktem Rahmen gegen Sicherheit gewährt werden können. Darüber hinaus kommt die Zurverfügungstellung von Mitteln der Reichsvereinigung oder der Gemeinden nicht in Betracht. Die von Stuttgart angeregte Einschaltung der FWI, die sich auch um Vermittlung dieser Darlehn bei Dritten bemühen kann, begegnet keinen Bedenken.

3.) Auf Vortrag von Dr. Epstein wird der Höchstbetrag des Kostenzuschusses für Gepäckbeförderung, der im allgemeinen RMark 40.-- beträgt, für Auswanderer über den Fernen Osten auf RMark 135.-- erhöht.

4.) Dr. Cohn berichtet über ein Schreiben der Stadtverwaltung Berlin an die Reichsvereinigung, in dem im Widerspruch mit dem seinerzeit mit der Gemeinde Berlin getroffenen Abkommen ein nachträglicher Ersatz für die von der Stadtgemeinde bezahlten Kosten der offenen Wohlfahrtspflege für Juden in Höhe von vorläufig rund RMark 300.000.-- über den als Gesamtbetrag für die Zeit bis Ende 1941 von der Gemeinde Berlin bereits bezahlten Betrag

119

Rabbiner Dr. [illegible] -- Rabbiner Dr. [illegible] eröffnet die Wohlfahrtspflege in der Leitung der Berliner Gemeinde, sofort dort wird. Der Vorstand ermächtigt Dr. Cohn, [illegible] Mitglieder des Vorstandes der Berliner Gemeinde und zuständigen Dezernenten der Reichsvereinigung der Verhandlungen mit der Gemeinde [illegible] weitgehend getroffenen Abmachungen.

5.) Rabbiner Dr. [illegible] über die Genehmigung von Telefonanschlüssen [illegible] Ergänzungen [illegible] Richtlinien [illegible] Anträgen, in denen die [illegible] werden müssen, [illegible].

6.) Der ständige Teilnahme des Herrn [illegible] Leiter des Palästina-Amtes an den Vorstandssitzungen der Reichsvereinigung wird zugestimmt, nachdem das Palästina-Amt erklärt hat, daß es [illegible] bereit sei, der Reichsvereinigung auf Verlangen Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten und sich in Meinungsaustausch mit der Geschäftsführung des Vorstandes der Reichsvereinigung zu halten. Sollte dieser, wie [illegible] Zielsetzung gelegentlich dem Vorstand der Reichsvereinigung und dem Präsidium des Palästina-Amtes angehören, eine Änderung eintreten, so wäre [illegible] Beschluß zu fassen, die zu diesem Zeitpunkt angebracht erscheinen würde.

7.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Inhalt eines Berichtes des Palästina-Amtes über [illegible], die sich aus seiner Arbeit im Hinblick auf eine jüdische [illegible] ergeben, und über eine Ausgestaltung des Nachrichtenblattes [illegible] werden könnte.

8.) Der Vorstand stimmt dem Vorschlag des Dr. Cohn zu, der die statistische Erfassung derjenigen Schulentlassenen bezweckt, die sich weder in Berufsausbildung noch im Arbeitseinsatz befinden.

9.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Abtransport der entsprechend der allgemeinen Bekanntmachung nach Preußen zurückgekehrten, seinerzeit aus militärischen Gründen mit der übrigen Bevölkerung evakuierten Juden und von [illegible] Rückführung von Schriften.

gez. Dr. Hirsch

120

REICHSVEREINIGUNG DER [illegible], BERLIN-CHARLOTTENBURG, [illegible]

L/Dr.Hi/Fl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 13.4.1942

Anwesend: Dr. [illegible]
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Kochmann
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal vertreten
Dr. Seligsohn
Brasch
Fuchs
Fürst
Löwenstein
Lyon
[illegible] Heimann
Marcuse [illegible] Dienstreise

1.) Dr. Hirsch berichtet über den derzeitigen Stand der vom JOINT für Hilfszwecke in Aussicht gestellten Beträge.

2.) Auf Bericht von Dr. Löwenstein stimmt der Vorstand der Übernahme der Kosten für den Aufenthalt der Teilnehmer am Sondergruppen-Transport in Wien bis zur Ausreise insoweit zu, als sie nicht von den Teilnehmern selbst getragen werden können.

3.) Kozower berichtet über Besprechungen zur Regelung der Sinnaufgabe für Juden in bezug auf die Angestellten und die Angestellten der jüdischen Organisationen.

4.) Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Rückkehr der aus Breslau abtransportierten Juden, die alle wieder in Breslau untergekommen sind.

5.) Dr. Baeck regt eine stärkere Berücksichtigung der jüdischen Feiertage durch den Kulturbund und bei seinen Veranstaltungen an.

6.) Von der Notwendigkeit der Teilnahme einer größeren Anzahl von Mitarbeitern der jüdischen Organisationen in Berlin an einem Luftschutzkursus wird Kenntnis genommen.

gez. Dr. Hirsch

45

I/Dr.Li/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Montag, 20.Sept.1940

Anwesend: Dr. Hirsch als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein ~~xxxxxxxxxx~~ fehlt
Henschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn
Sprösch
Fuchs, Carl
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerhoff
Fuchs, Franz Eugen

1.) Dr. Hirsch berichtet über die Besprechungen mit Dr. Epstein folgenden Besprechungen und die Notwendigkeit der Übernahme der Vertretung durch ihn selbst in engster Zusammenarbeit mit der Leitung der Abt. Wanderung (Hilfsverein) und des Palästina-Amtes. Gegen diese Mitteilungen des Vorstandes bringen die Hoffnung zum Ausdruck, dass Dr. Epstein in kürzester Zeit auf seinen Posten zurückkehren werde.

2.) Meyerhoff im berichtet über die Entwicklung des Erziehungs-Clearings und die für seine Durchführung in einer Reihe von Ländern in den letzten Wochen entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere auch hinsichtlich der bisher vom JOINT gegebenen Bezuschussung für das Erlernen Wieringen. Hierdurch und wegen der weiteren Unterstützung der in Holland befindlichen Teilnehmer des Erziehungs-Clearing soll zunächst mit dem holländischen Comité verhandelt werden.

3.) Kozower berichtet darüber, daß lt. mündlicher Mitteilung die Beschränkung der Zahl der zur Mitnahme durch Auswanderer gestatteten Textilien auf die seinerzeitige "Normalliste" für Berlin zurückgenommen worden sei.

4.) Dr. Hirsch berichtet darüber, daß nunmehr sämtliche Teilnehmer am Sondergruppen-Transport aus dem Altreich in Wien auf die Durchführung des Transportes, der im wesentlichen in der Regelung der Flaggenfrage für die Hochseeschiffahrt abhängt, warten.

5.) Der Vorstand nimmt davon Kenntnis, daß die zuletzt noch in einem Lager in Schneidemühl verbliebenen 29 Juden zunächst in 3 Heimen in Berlin und dann auch bei Verwandten, jedoch ohne jede Inanspruchnahme von Eigenwohnungen, untergebracht werden sollen.

gez. Dr. Hirsch

1452

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTR. 158

I/Dr.Hi/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, [illegible].1.44

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Hanschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Dr. Epstein fehlt

Beckel
Fuchs Carl
Fuchs Franz Eugen
First
Jarmulski
Lewenstein
Lyon
Meyerstein

1.) Es wurden Berichte entgegengenommen betreffend den Stand

a) der Beförderungsmöglichkeiten für Auswanderer nach Nord- und Südamerika über den Fernen Osten und über Lissabon

b) des Sondergruppen-Transportes

c) der Bewilligung von Ausnahmen von Kündigung der Fernsprechanschlüsse

d) der Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Zahlungen aus Auswanderer-Sperrkonten für Unterhalts- und Spendenzwecke

e) der Regelung der Wiederinstandsetzung von Schuhwerk

f) der Kohlenversorgung.

2.) Von einer Mitteilung des Roten Kreuzes, Auslands-Abteilung, über Anfragen wegen Rückführung nichtarischer Kinder aus Holland und Belgien wird Kenntnis gegeben.

gez. Dr. Hirsch

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KAISERDAMM 15

I/Dr. H/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, den 2.9.1940

Anwesende: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Hanschel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Seligsohn

Dr. Eppstein fehlt

Dr. Berliner
Brasch
Fuchs, Carl
Fuchs, Franz Eugen
First
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende die nach längerer Krankheit vom Erholungsurlaub zur Arbeit zurückgekehrte Frau Dr. B e r l i n e r.

1.) Auf Bericht von Dr. Lilienthal gibt der Vorstand die Ermächtigung zu Verhandlungen, um die bisher vom Hilfsstellen-Amt und weiteren jüdischen Organisationen, zum Teil auch der Reichsvereinigung selbst benutzten Räume in dem der Jüdischen Rundschau G.m.b.H. i/Liqu. gehörigen und von der Zwangsversteigerung bedrohten Gebäude Meinekestr. 10 zur Deckung des Bedarfs an Räumen zu erhalten.

Der Vorstand ist, falls die Sicherung der Räume auf anderem Wege nicht möglich ist, und unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der G.m.b.H. im allgemeinen und des Hauses im besonderen dem nicht entgegenstehen, damit einverstanden, daß die Eingliederung der G.m.b.H. betrieben, sowie daß im Falle der Eingliederung die fällige Hypothek von RM. 90.000.-- durch die Reichsvereinigung zurückgezahlt wird.

2.) Dr. Lilienthal legt den dem Protokoll beigefügten Entwurf einer Abänderung der Auswanderabgabe-Ordnung vor, der im wesentlichen die Erfassung des nach den zugelassenen Abzügen verbleibenden Vermögens des Auswanderers zu 100% bezweckt. Nach eingehender Erörterung wird die Weiterberatung auf eine spätere Sitzung vertagt.

3.) Auf Bericht von Dr. Hirsch erklärt sich der Vorstand damit einverstanden, daß, falls Verhandlungen mit dem JOINT zur Bereitstellung von Mitteln für jüdische Wohlfahrtszwecke in Ost-Oberschlesien und im Warthegau, insbesondere Litzmannstadt, führen, die Reichsvereinigung aus eigenen Mitteln bis zur Summe von monatlich RMark 60.000.-- für die genannten Zwecke abführt, um dagegen einen entsprechenden zusätzlichen Devisenbetrag für Auswanderungszwecke vom JOINT zu erhalten.

./.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 6.11.1939

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Michel
Dr. Hirsch
Kastor
Dr. Miller
Dr. Stein

Fehlend: Dr. Leo Baeck
Dr. Cohn
Michel
Dr. Hirsch
Kastor
Dr. Miller
Dr. Stein

1.) Dr. Hirsch berichtet über die vom Reichsjustizministerium bezüglich der Transportangelegenheiten der Juden in Baden/Pfalz eingeleiteten Massnahmen.

In der Statistik für die [illegible] Juden sollen [illegible] und in Zukunft einheitlich sämtliche als "Transport nach Frankreich" aufgeführt werden.

Die Vertreter des Vorstandes der Abteilung für Kultur und Unterricht der Reichsvereinigung und der ihr angegliederten Organisationen ist für Sonntag, den 12. November 1939, eingeladen worden. Alle Einladungen sind telefonisch oder telegraphisch von Herrn Dr. Norden benachrichtigt worden.

Dem Vorstand des Kulturbundes ist [illegible] von dem Ansuchen, eine Genehmigung zur Unterbringung der Darbietungen des Kulturbundes nicht erteilt worden.

Herr Eisemann, Karlsruhe, hat mitgeteilt, dass ihm von dem zuständigen Bearbeiter im Badischen Innenministerium [illegible] sei, dass das gesamte Vermögen der aus Baden abtransportierten Juden zu Gunsten des Landes Baden beschlagnahmt und eingezogen worden sei.

2.) Dr. Hirsch berichtet, dass die von der [illegible] vorbereiteten Transporte durch das besetzte Frankreich über Spanien nach Lissabon nunmehr durchgeführt werden sollen. Von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung ist Herr Kommerzialrat S t o r f e r aus Wien mit der Durchführung dieser Transporte sowohl für das Altreich als für die Ostmark beauftragt worden. Herr Storfer ist zu diesem Zweck bereits in Berlin eingetroffen. Er wird die Verhandlungen gemeinsam mit der Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung führen.

3.) Nähere Anordnung über die Meldung von Personen für den Autostraßenbau ist bisher im Altreich nicht ergangen. Dagegen nehmen die Anforderungen durch die Arbeitsämter zu.

In Ostoberschlesien sind zahlreiche Arbeitskräfte für den Autobahnbau angefordert worden. Der Gemeinde Sosnowice erwachsen daraus sehr erhebliche Kosten für die Ausrüstung dieser Arbeitskräfte. Sie hat gebeten,

./.

Dr.P r./Pl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, omgg. 10.11.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Henschel
Dr. Loewe
Spanier
Dr. Stein
Dr. Stein
Dr. Epstein

Dr. Leiner
Krüger
Dr. Sachs
Kabat
Lamm
Löwenstein
Lyon
Meyer-Kahn

1.) Für eine mündliche Besprechung mit Herrn Lichtheim werden Richtlinien aufzustellen sein.

Die finanziellen Besprechungen werden sich sowohl auf die Vergangenheit als auf die Zukunft beziehen. Hinsichtlich der Vergangenheit handelt es sich um die Abrechnung seit der Vereinbarung des JOINT von Brüssel. Hinsichtlich der Zukunft ist von besonderer Bedeutung, in welchem Umfang wir neben den uns geschenkweise überlassenen Beträgen Aufgaben, für die wir Reichsmark aufzuwenden haben, aufnehmen können. An den bisherigen Leistungen für den Osten ist festzuhalten. Die Steigerungsmöglichkeit dieser Leistungen wird davon abhängig sein, wie weit es möglich ist, Dollarbeträge auch zu anderen Zwecken als für Passagen (Pakete, Vorzeigegelder) zu verwenden.

Vom ORT ist ein Angebot eingegangen, [illegible] zu übernehmen und die entsprechenden Reichsmarkbeträge den Gemeinden des ORT im Osten zukommen zu lassen. Die Entscheidung über die Annahme des Angebotes hängt von dem Ergebnis der Besprechungen mit dem JOINT ab. In wanderungspolitischer Hinsicht mit dem JOINT unter anderem zu besprechen, die Fortführung des Weges über den Fernen Osten; insbesondere nach den Ländern, die über westliche Häfen nicht zu erreichen sind, evtl. neue Reisemöglichkeiten für diese Länder, die Betreuung der Durchwanderer durch Spanien und Portugal, die Fürsorge für die Internierten in Südfrankreich, insbesondere auch für ihre Weiterwanderung, die Erschließung neuer Einwanderungsmöglichkeiten auch für Massen-Kolonisation.

2.) Die in der vorigen Sitzung beschlossene Eingabe über die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitseinsatz ist inzwischen eingereicht worden. Die Eingabe zur Aufstellung von Richtlinien über das Verhältnis von Berufsausbildung und Arbeitseinsatz war noch einmal zurückgestellt worden, da es den Anschein hatte, daß eine Verständigung mit dem Arbeitsamt Berlin über die Heranziehung der Praktikanten der Ausbildungsstätten erfolgen

-2-

112

In Berlin werden in erheblichem Umfang die Praktikanten aus den Ausbildungsstätten zum Arbeitsamt vorgeladen. Versuche, mit dem Arbeitsamt zu einer Verständigung über die Auswahl zu kommen, haben bisher nicht zu einem praktischen Ergebnis geführt.

Ein besonders schlimmer Umstand ist die Beschäftigung von Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren unter Verletzung der Schutzvorschriften für jugendliche Arbeitskräfte.

Es wird beschlossen, in einer Eingabe an die Gewerbeaufsichtsbehörde auf die Mißstände bei der Beschäftigung der Kinder unter 16 Jahren hinzuweisen, und um Sicherung der Schutzvorschriften für diese Kinder nachzusuchen. Abschriften dieser Eingabe sollen der Staatspolizeileitstelle Berlin und dem Reichssicherheitshauptamt zugeleitet werden.

Über den Arbeitseinsatz der Praktikanten der Berufsausbildungseinrichtungen sollen in einer Eingabe an das Reichssicherheitshauptamt Richtlinien vorgeschlagen werden, die die Aufrechterhaltung der Auswanderungsvorbereitung durch Berufsausbildung und Berufsumschichtung zu gewährleisten.

3.) Der Vorstand stimmt dem Vorschlag zu, zum Ersatz des im Jahre 1936 von Wittenhofer herausgegebenen Buches "SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSRECHT" eine Zusammenstellung der für die jüdische Arbeit maßgeblichen Rechtsvorschriften, als Manuskript gedruckt und Exemplaren für den Handgebrauch der jüdischen Stellen bestimmt, herauszugeben. Mit der Bearbeitung soll der frühere Rechtsanwalt am Kammergericht Oskar Israel Guttmann beauftragt werden.

4.) Es wird berichtet über

a) die Maßnahmen zur anderweitigen Unterbringung der Breslauer Schule Asyl in Berlin, Große Hamburger Straße 26,

b) die Aufforderungen der Abteilung IV des Polizeipräsidiums in Berlin an jüdische Pensionsinhaber, ihren Gewerbebetrieb aufzugeben, und die Bemühungen, diese für die Unterbringung von Juden unerläßlichen Pensionen zu erhalten,

c) entsprechende Vorgänge bei jüdischen Pflegestellen größeren Umfanges in Berlin.

gez. Dr. Berliner

113

Dr.Berl/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 25.11.40

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Jonas
Dr. Kirsch
Kozower
Dr. Lilienthal

Fehlend: Dr. Epstein
Dr. Seligsohn
Dr. Asch
Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyermann

1.) Kozower berichtet über Gepäck, das bei Spediteuren im Inland lagert, während die Inhaber des Gepäckes ausgewandert sind und weder die Möglichkeit haben, das Gepäck nachkommen zu lassen noch hier weiterhin die Lagerkosten zu bezahlen. Es droht daher die Gefahr, daß dieses Gepäck zur Versteigerung kommt und Gegenstände, die für den Bedarf der jüdischen Allgemeinheit sehr benötigt werden, verloren gehen, ohne daß der Besitzer irgend einen Vorteil davon hat.

Es wird beschlossen, daß

a) versucht werden soll, von den Angehörigen der Eigentümer des Gepäckes Vollmachten für den Erwerb desselben zu erhalten, gegebenenfalls gegen Zahlung der Spediteurkosten,

b) in Einzelfällen das Gepäck freihändig erworben werden kann,

c) der Erwerb durch die Kleiderkammern erfolgen soll, die den Bedarf an Mitteln für den Rückkauf der Reichsvereinigung zu melden und die Devisengenehmigung einzuholen haben.

2.) Es wird berichtet, daß die Ausgleichsabgabe von Polen nach der Verordnung über die Erhebung einer Sozial-Ausgleichsabgabe vom 5.8.1940 (RGBl.I S.1077) gelegentlich auch von jüdischen Arbeitnehmern ehemals polnischer Staatsangehörigkeit erhoben wird. Trotzdem es zweifelhaft ist, ob diese Verordnung auf Juden Anwendung findet, soll die Angelegenheit nicht weiter verfolgt werden, da es sich nur um vereinzelte Fälle handelt.

3.) Das Arbeitsamt Berlin hat 3000 Arbeitskräfte für den Postpaketverkehr im Dezember abgefordert. Aus den Ausbildungs- und Umschichtungsstellen sollen durch Einlage von Ferien 1500 männliche und weibliche Jugendliche für diesen Zweck dadurch freigemacht werden. Außerdem sollen 1200 Männer aus den Jahrgängen 50 - 55 und aus den Arbeitskräften, die für Schwerarbeit als ungeeignet befunden waren, gestellt werden.

-2-

4.) Es wird beigetreten

a) Arbeitsgemeinschaft Breslau,

b) vorläufige Anforderung von [illegible] Arbeitsgemeinschaft für die Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin,

c) die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Lumpen,

d) gemeinsame Tagung in Stettin,

e) Unterstützungsgesuche [illegible] Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

5.) Der Vorsitzende berichtet über [illegible] Gesetzentwurfs, unter denen die neue Steuergesetzgebung für die Gemeinden [illegible] besonders erörtert er [illegible] folgende Punkte:

a) Eine erhebliche Erhöhung der von Vermögen zu erhebenden Prozentsätze ist unumgänglich. In Aussicht genommen sei, bei vorsichtiger Behandlung der kleinen Vermögen, eine Progressivsteuer bis 5%.

b) Nach dem Entwurf soll für alle Erhebungsstellen die Freigrenze von RM. 5000.--, die zur Zeit bei der Vermögenserhebung noch dem Vermögen gilt, aufgehoben werden.

c) Es soll angestrebt werden, anstelle der bisherigen Besteuerung vom Vermögen bei der jeder Vermögensteil einem einheitlichen Prozentsatz herangezogen wird, eine Differenzierung nach Art des Einkommensteuergesetzes treten zu lassen. Die Gemeinden seien vor allem deshalb [illegible] weil dann der Gefahr, von Ausländern mit den Höchstprozentsätzen noch über 5% hinausgegangen werden müsse.

Den vorgetragenen Gesichtspunkten wird allgemein zugestimmt.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND; BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 20.12.1940

Anwesend	Dr. Baeck als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Epstein
	Henschel
	Dr. Hirsch
	Kozover
	Dr. Lilienthal
fehlend	Dr. Seligsohn
	Dr. Berliner
	Brusch
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karminski
	Löwenstein
	Lyon
fehlend	Meyerheim

1. Dr. Baeck dankt Frau Käthe Rosenheim, die sich vor ihrer Auswanderung nach USA vom Vorstand verabschiedet, für alle geleistete Arbeit und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß Frau Rosenheim auch in Amerika mit dieser Arbeit verbunden bleiben wird.

2. Frau Fürst berichtet über die Auflösung von 25 Zwergschulen und schildert die Probleme, die dabei zu überwinden waren. Vor allem aus finanziellen Gründen wird es nicht möglich sein, alle Schulen, die weniger als 20 Kinder umfassen, aufzulösen. Die bisher aufgelösten Schulen sollen dem Reichssicherheitshauptamt genannt werden unter Darlegung der Gründe, aus denen zunächst weitere Auflösungen nicht in Aussicht genommen werden können.

3. Dr. Lilienthal legt Entwürfe von Rundschreiben an Bezirksstellen und Gemeinden vor, die als vorläufige Informierung bezüglich der sich aus der Sozialausgleichsabgabe ergebenden Härtefälle gedacht sind. Gleichzeitig wird die Abt. Fürsorge in einem Rundschreiben an die Bezirksstellen, Kultusvereinigungen, selbständiger jüdischen Organisationen und Institutionen darlegen, wie die Unterstützung von Personen, die infolge der Sozialausgleichsabgabe trotz eines Arbeitseinkommens hilfsbedürftig werden, zu regeln ist.

   Die Entwürfe werden angenommen

4. Die Besoldung der Rabbiner soll folgendermaßen geregelt werden: für Rabbiner gilt eine Besoldung nach Gruppe II, soweit nicht das in Betracht kommende Höchstgehalt der betreffenden Gemeinde höher liegt. In diesem Fall ist das Rabbiner-Gehalt diesem Höchstgehalt anzugleichen. In Gemeinden, in denen höhere Gehälter als Gruppe II vorgesehen sind, sollen die Rabbiner nach 15 Dienstjahren zur höheren Gehaltsstufe aufrücken.

5.) Anläßlich der Überleitung der offenen Fürsorge auf die Jüdische Gemeinde Berlin ist bei der Gesundheitsverwaltung eine Prüfstelle für Rezepte eingerichtet worden, die nach der Bezahlung der Rezepte prüft, ob die Grundsätze einer sparsamen Rezeptur eingehalten worden sind. Es wird beschlossen, diese Stelle auch mit der Prüfung der Rezepte in den jüdischen Kultusvereinigungen außerhalb Berlins zu betrauen.

6.) Dr. Fuchs berichtet über die notwendig gewordene Räumung der beiden Altersheime: Olga-Stern-Haus (54 Plätze) und Heinrich Stahl-Heim (170 Plätze); durch engere Belegung der anderen Altersheime, insbesondere auch Belegung von Gemeinschaftsräumen, sowie durch Bereitstellung eines Flügels im Jüdischen Krankenhaus, Iranischestraße wird für den größten Teil der Insassen eine, wenn auch zum Teil sehr notdürftige Unterkunft geschaffen werden. Die Frage der Vergütung ist noch nicht endgültig geregelt.

7.) Das Polizeipräsidium hat die Einstellung des Gewerbebetriebes (Inhaber Manovill) (ungarischer Staatsangehöriger) zum 31. 12. 1941 angeordnet. Die Angelegenheit ist insoweit von allgemeiner Bedeutung, als die jüdischen Zahnbehandler bei den wenigen noch in Betrieb befindlichen, in arischem Besitz befindlichen Laboratorien nicht unterkommen können. Ein Ausweg soll auf dem Wege erreicht werden, daß die Zahnbehandler gemeinsam versuchen, die Genehmigung zur Einrichtung eines eigenen Laboratoriums zu erhalten.

8.) Die Kriegssachschädenverordnung vom 30.11.40 sieht vor, daß ihre Bestimmungen nur nach Maßgabe besonderer Richtlinien, die der Innenminister erlassen wird, auf Juden Anwendung finden. Es soll über das Reichssicherheitshauptamt eine Eingabe an den Herrn Reichsfinanzminister vorgelegt werden.

9.) Über die Fortführung der Aufgaben, die bisher dem Büro Pfarrer G r ü b e r oblagen soll erst nach der Rückkehr von Dr. Hirsch Beschluß gefaßt werden. Zunächst erfolgt die Beratung und Betreuung in den zuständigen Abteilungen der Reichsvereinigung, d.h. in der Abteilung Wanderung, Abteilung Fürsorge und der Schulabteilung.

10.) In einer Baracke des Umschulungslagers PADERBORN ist ein Brand ausgebrochen. Die Versicherungssumme reicht nicht aus, um den Wiederaufbau der Baracke zu finanzieren und den Insassen, deren Ausstattung verbrannt ist, die notwendigste Bekleidung zu beschaffen. Bezugscheine sind bewilligt worden. Der Fehlbetrag von RMark 6.000.-- wird bewilligt.

11.) Für ein zweites Lernseminar der ORT. Berufsvorbereitung des Palästina-Amtes wird ein Zuschuß von RMark 4.800.-- bewilligt.

12.) Es wird berichtet über:

a) eine Aussprache über die Durchführung der von der Reichsvereinigung herausgegebenen Erziehungsrichtlinien in der Berufserziehung, die am 23.1.41 stattfinden soll.

b) die Art, in der von der Konsularabteilung der amerikanischen Botschaft zur Zeit Einwanderungsgesuche bearbeitet werden.

gez. Dr. Berliner

I/-/84

1.) [illegible]

a) [illegible]

b) [illegible]

c) [illegible]

Die Neuregelung soll am 2. Januar 1941 in Kraft treten.

2.) In der Besoldungsregelung der unterlZitter 6 vorgesehen, daß bei vollbezahlten Angestellten, die für eine weitere Tätigkeit eine Funktionszulage erhalten, Gehalt und Funktionszulage zusammen Mark 450.-- nicht übersteigen sollen. Von den Vertretern der Gemeinde ist geltend gemacht worden, daß dieser Betrag für kleinere Gemeinden zu hoch sei. Der Gesamtausschuß wird deshalb dahingehend abgeändert, daß Gehalt und Funktionszulage nicht übersteigen sollen:

Ortsklasse B Reichsmark 400.--
" A.u.B Reichsmark 450.--
" C u.D Reichsmark 500.--

3.) Dr. Cohn berichtet über einen Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom 12. Dezember 1940 über die Aufnahme jüdischer Geisteskranker in Heil- und Pflegeanstalten.

gez. Dr. Berliner

[illegal]

[illegal]

[illegal]

anwesend:

fehlend:

1.) [illegal]

2.) Dr. Hirsch berichtet über die bisherigen Beratungen der Kultusbeamten und im Zusammenhang damit über die Notwendigkeit einer Festlegung der Grundsätze zur erzieherischen Vorbereitung der Gruppen- und Massenauswanderung. Er schlägt dafür folgende Fassung eines insbesondere an die Eltern zu richtenden Rundschreibens vor:

Der Rückgang der Einzel-Auswanderung hat es der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland je länger desto mehr dringlich gemacht, Gruppen- und Massenauswanderung vorzubereiten. Als Grundlage für die in diesem Zusammenhang zu leistende Erziehungsarbeit - in der Schule, in der Berufsausbildung und in der Erwachsenen-Bildung - tut eine erneute Besinnung auf das Wesen der jüdischen Gemeinschaft not. Für diese Erziehungsarbeit gelten folgende Grundsätze:

1.) Träger der jüdischen Gemeinschaft ist das jüdische Volk. Das Bewußtsein der volksmäßigen Verbundenheit ist deshalb in jeder Weise, insbesondere durch die Aufzeigung des Zusammenhangs der jüdischen Geschichte, zu wecken und zu stärken.

./.

2.) Die jüdische Gemeinschaft hat ihren Geist und ihre Prägung erhalten durch die jüdische Religion. Der Zugang zu ihr muß deshalb jedem Einzelnen und jeder Gruppe eröffnet werden.

3.) Das Hebräische als die Sprache des jüdischen Volkes und seiner Religion ist wesentlicher Bestandteil jeder jüdischen Erziehung.

4.) Die Aufgaben der Massensiedlung fordern Erziehung zur sozialen Gemeinschaft in der Gemeinschaft.

5.) Ziel der Erziehung ist die Vorbereitung für das Leben in der jüdischen Siedlung. Der Ort ihrer Verwirklichung ist nach unserem Wunsch das jüdische Land Palästina. Die Grundsätze gelten aber für die erzieherische Vorbereitung jeder jüdischen Siedlung, wo immer sie ihren Platz finden möge.

gez. Dr. Berliner

REICH

Anwesend:

Beurlaubt

3.) Die [illegible] der Ausländer [illegible] Verordnung [illegible], obwohl die [illegible] verfügt.

[illegible] Erörterungen angestellt.

4.) [illegible] Abteilung [illegible] Aufsichtsbehörde für [illegible] Kostenverfahren [illegible].

5.) Dr. [illegible] berichtet über die zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung [illegible] vom 21.12.1940 und über [illegible]. Es wird Zweifel aufgeworfen, ob sich die Verordnung [illegible] Staatsangehörigkeit bezieht und ferner [illegible] in jüdischen Betrieben unter die Verordnung fallen oder nur solche, die [illegible] Betrieben angestellt sind. Zweifel erscheinen angebracht, [illegible] sollte. Für den Fall, daß die ungünstige Auffassung zutrifft, soll versucht werden, eine gewisse Erleichterung dadurch herbeizuführen, daß bei der Bemessung der Sozialausgleichsabgabe der Familienstand berücksichtigt wird, der jetzt bei der Berechnung der Einkommen von diesen unberücksichtigt bleibt. Es wird ferner erwogen, den orientalischen Reichsvereinigungsbeitrag auf 20% der Einkommensteuer zu senken, trotzdem ein solcher Beschluß eine Mindereinnahme von etwa RM 6[illegible] für die Reichsvereinigung bedeuten würde. Es wird weiterhin in Aussicht genommen, die beschlossene Herabsetzung der Gehälter um 5 - 10% wieder rückgängig zu machen und bei der Heraufsetzung von Gehältern der untersten Gehaltsgruppen zur Anpassung an das Niveau der Gehälter-Ordnung auf die neue Belastung durch die Sozialausgleichsabgabe Rücksicht zu nehmen. Schließlich soll für solche Angestellten, die infolge der Sozialausgleichsabgabe ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, ein Weg gesucht werden, ihnen den Zuzug zu anderen Angestellten zu ermöglichen, selbst wenn diese in arischen Häusern wohnen. Vor endgültiger Beschlußfassung und der Abfassung von Eingaben sollen die aufgetauchten Fragen bei der Aufsichtsbehörde vorgetragen werden.

gez. Dr. Berliner

104

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Li/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 7.1.1941

Anwesend: Dr. [illegible] als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Hamschmidt
Kolodzie
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Stein

Dr. Löwenherz
Bruck
Dr. Fuchs
Fürst
Löwenstein
Lyon

fehlend: Kurminski
Meyerheim

1.) Dr. Cohn berichtet über die Verhandlungen der Jüdischen Gemeinde in Berlin mit dem Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin über die Verlegung von Siechen aus öffentlichen Anstalten und aus dem Siechenheim der Jüdischen Gemeinde Berlin in die Schulstraße.

2.) Die vom Vorstand in der Sitzung vom 9.12.1940 beschlossene Besoldungsregelung wird in folgendem geändert:

a) Als Höchstgehälter werden die Sätze des im Juli 1940 der Behörde vorgelegten Gehälter-Ordnungs-Entwurfes wieder hergestellt; der 10 bzw. 5%ige Abschlag von diesen Sätzen wird aufgehoben. Die sonstigen Höchstbeträge der Besoldungsregelung vom 9.12.1940 sind dem anzupassen.

b) Ziffer 8 Satz 2 der Besoldungsregelung vom 9.12.40 wird durch folgende Regelung ersetzt:

Gehaltserhöhungen sollen insoweit, als Gehälter merklich unter dem tatsächlichen Durchschnitt der betreffenden Beschäftigungsgruppe liegen, zur Anpassung an die tatsächliche durchschnittliche Besoldung der betreffenden Beschäftigungsgruppe vorgenommen werden. Insbesondere ist darauf zu achten, daß das Existenzminimum durch das Netto-Einkommen nicht unterschritten wird.

gez. Dr. Lilienthal

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 27. 1. 1941

Anwesend	Dr. Baeck als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Eppstein
	Henschel
	Dr. Hirsch
	Kozower
	Dr. Lilienthal
fehlend	Dr. Seligsohn
	Dr. Berliner
	Brasch
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karminski
	Löwenstein
	Lyon
	Meyerheim

1.) Als stellvertretender Vorsitzender der Oberschiedsstelle wird Herr Kammergerichtsrat a.D. Berthold Israel L e h m a n n , der bereits zu den Beisitzern der Schiedsstelle gehört, bestimmt.

2.) Der Leiter der Hebräischen Lehranstalt in Berlin, Herr B a u m ist vom Gemeindevorstand veranlaßt worden, sein Amt niederzulegen, weil seine arische Ehefrau, die gelegentlich ihrer Heirat zum Judentum übergetreten war, jetzt aus dem Judentum ausgetreten ist.

Eine darüber von Baum an die Reichsvereinigung gerichtete Beschwerde wird zurückgewiesen.

3.) Dr. Eppstein entwickelt ein Erziehungsprogramm für die ausserfachliche Erziehungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Berufsausbildungs- und Umschichtungsstellen, die auf Grund der vom Vorstand beschlossenen Richtlinien durchgeführt werden soll. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der sehr eingehenden Aussprache wird Dr. Eppstein beauftragt, dem Vorstand formulierte Richtlinien vorzulegen.

4.) Der Jüdische Religionsverband HAMBURG ist aufgefordert worden, die noch im Hamburger Freihafen lagernden Lifts von 700 Personen, die sich noch in Deutschland befinden und etwa 5000 Lifts von bereits ausgewanderten Juden zu entfernen. Es wird beschlossen, zunächst mit dem Reichssicherheitshauptamt Fühlung zu nehmen, um zu erwirken, daß die Reichsvereinigung von geplanten Veräußerungen Mitteilung bekommt und das Recht erhält, die in den Lifts befindlichen Textilien und Lederwaren freihändig zu erwerben, um die jüdischen Kleiderkammern damit zu versorgen.

5.) Hinsichtlich der Betreuung der bisher vom Büro Pfarrer Grüber erfaßten evangelischen Mitglieder der Reichsvereinigung wird folgendes beschlossen:

Die Auswanderungsberatung wird unmittelbar durch die Abt. Wanderung der Reichsvereinigung vorgenommen, wobei über die Frage der Übernahme von Mitarbeitern des Büros Pfarrer Grüber noch verhandelt werden soll. Die Wohlfahrtsbetreuung wird durch die Wohlfahrtsstellen der Jüdischen Kultusvereinigungen erfolgen, doch sollen gegebenenfalls für Ermittlungen, seelsorgerische Betreuung, sowie für Sammlungen im Kreise der nichtarischen Christen ehrenamtliche Mitarbeiter dieses Personenkreises herangezogen werden.

6.) Es wird berichtet, über die Verlegung von Jüdischen Geisteskranken in Sammelanstalten bzw. Anstalten des General-Gouvernements. Aufgrund des Erlasses vom 12. Dezember 1940 ist für jüdische Geisteskranke, die nach dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten eingewiesen sind, bzw. jetzt neuerkranken, lediglich die Jüdische Heil- und Pflegeanstalt S A Y N zuständig.

Eine Erweiterung der Jüdischen Heil- und Pflegeanstalt SAYN für jüdische Geisteskranke durch Aufstellung von Baracken ist in Aussicht genommen, ferner sollen Kranke, die vor dem 1. Oktober 1940 in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht waren, nach Möglichkeit in Schwachsinnigen-, Siechen oder Altersheimen der Reichsvereinigung verlegt werden.

gez. Dr. Berliner

I/-/85

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG 2
KANTSTRASSE 158

Protokoll der Vorstandsitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, vom [illegible] 1941

Anwesend: Dr. Baeck, Vorsitzender
Ir. Goh
Dr. Eppstein
Mo[illegible]chel
Dr. Hirsch
Vozowe[illegible]
Dr. Lilienthal

Fehlend: Dr. Felix Sohn
Dr. Berliner
Brasch
Dr. Bucha
Karminski
Löwenstein
Lyo[illegible]
Meyerheim

Fehlend: Dürst

1) Der Polizeipräsident Berlin hat auf Veranlassung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten gelegentlich eines Antrages der Jüdischen Gemeinde Berlin beanstandet, da sie die Gemeinde nicht als "Jüdische Kultusvereinigung" firmiert. Es wird beschlossen, in Zukunft die Bezeichnung "Jüdische Kultusvereinigung, Jüdische Gemeinde zu Berlin" zu wählen und eine entsprechende Benachrichtigung an den Polizeipräsidenten zu richten.

2) Der Entwurf einer Schwesternordnung wird mit unwesentlichen Einschränkungen genehmigt.

3) Die von Dr Eppstein im Auftrag des Vorstandes formulierten Richtlinien für die ausserschulische Erziehungsarbeit werden mit geringen Abänderungen genehmigt. Die vom Vorstand der Reichsvereinigung aufgestellten Erziehungsrichtlinien sollen mit den Unterschriften von Dr Baeck und Dr. Hirsch, unter Hinweis auf den einstimmigen Vorstandsbeschluss allen Bezirks- und Zweigstellen, sowie den für Erziehungsarbeit zuständigen Stellen (Schulen, Ausbildungsstellen, Erziehungsheimen usw.) zugehen.

4) Der von der Reichsvereinigung eingerichtete Siedlungs-Lehrgang soll am 9. Februar in Neuendorf eröffnet werden. Der Lehrgang wird von Herrn Duschinszky unter Mitwirkung von Fräulein Dr. Unger geleitet und umfasst 40 Teilnehmer. Zur Bezahlung der Lehrkräfte, Bezahlung des Lehrmaterials, für Verpflegung und alle übrigen Spesen wird ein Betrag von RM 7.000,- bewilligt.

5) Da mit Kündigungen jüdischer Wohnungen in arischen Häusern in grösserem Masse zu rechnen ist, muss der vorhandene Wohnraum noch stärker belegt werden. Ein Aufsatz im "Jüdischen Nachrichtenblatt" wird die

-2-

99

jüdische Bevölkerung auf diese Notwendigkeit vorbereiten.

c) Es wird beschlossen, Pflegegelder für Mädchen, die in Alters-, Siechen- und Kinderheimen ab 1. April 1941 nicht mehr zu bezahlen, sondern nur rechnungsmäßig zu erfassen.

d) Der Vorstand beschließt, Schulkindern von 10 - 14 Jahren in den Monaten Februar, März, April und Mai ein Vitamin C-Präparat zu verabfolgen. Grundsätzlich sollen Eltern, die auch zur Schulgeldzahlung verpflichtet sind, zur Erstattung der Selbstkostenpreise herangezogen werden.

e) Der Vorstand nimmt Kenntnis von einem Abschiedsbrief des Herrn Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, welcher, der nach Argentinien auswandert ist.

gez. Dr. Berliner

I/-/86

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/Farm/Fl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, [illegible], 10.2.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
[illegible]
Dr. Hirsch
[illegible]
Dr. [illegible]

Fehlend: Dr. Seligsohn
Dr. Kreiner
[illegible]
Dr. Fuchs
[illegible]
Marcusohn
[illegible]
[illegible]
[illegible]

1.) Nachdem das Werk der Dienstbarmachung aufgehoben wurde, ist ein Teil der Werber, soweit sie nicht vom Arbeitseinsatz beansprucht werden sind, in die Werbeabteilung der Abteilung Wanderung übernommen worden.

2.) Es wird berichtet, daß in nächster Zeit voraussichtlich in größerem Umfang kurzfristige Räumungen von jüdischen Mietern in arischen Häusern erfolgen wird. Die Möglichkeit der Unterbringung in jüdischen Häusern wird erörtert. Beschlüsse werden nicht gefaßt, da für den nächsten Tag eine Besprechung des ganzen Fragenkomplexes im Büro des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt angesetzt worden ist.

3.) Im Monat Januar sind insgesamt 300 Visen für USA, und zwar bei der Konsularabteilung Berlin 200, in Stuttgart 45, in Hamburg 25 - 30 erteilt worden. Der Fortgang der USA-Auswanderung wird davon abhängen, wieviel Quotennummern zur Verteilung in Deutschland verbleiben und wieviel Schiffsplätze zur Verfügung stehen werden.

4.) Im Arbeitseinsatz stehen bei einer einsatzfähigen jüdischen Bevölkerung von insgesamt 58.200 Personen zurzeit 24.500 Männer und 16.500 Frauen. In der Berufsumschichtung befinden sich rund 2.800 Männer und 1.200 Frauen, in zugelassenen selbständigen Berufen rund 1.500 Männer und 500 Frauen.

5.) Es wird berichtet über

a) Versteigerung von Lifts und anderem Speditionsgut in München und Hamburg,

b) Vorbereitungen zu einem Abtransport von 900 Juden aus Wien.

gez. Dr. Berliner

98

REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

/Dr.Berl/Herm/71

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland v. [illegible]

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
[illegible]
Dr. Cohn
[illegible]
[illegible]
Dr. [illegible]
[illegible]
Dr. [illegible]

Fehlend: Dr. Seligsohn
Dr. Berliner
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

1.) Vom Generalbauinspektor Speer für die Reichshauptstadt ist mitgeteilt worden, daß beim Auszug von Juden aus arischen Häusern für Instandsetzungskosten, die aus ausgleichbaren bzw. widervertraglichen Benutzung entstanden sind, die Jüdische Gemeinde zu haften hat. Die Veröffentlichung von Richtlinien, insbesondere über die Kompetenzen der Vermittlungsstelle der Jüdischen Gemeinde Berlin soll im Wege eines Merkblattes erfolgen.

2.) Für die behördlich geforderten Personaleinschränkungen werden auf dem Gebiet der Fürsorge neue Richtlinien für Heimangestellte gefordert; für das Gebiet der Schule ist durch Auflösung von Zwergschulen, Zusammenlegung von Klassen und Vermehrung der Stundenzahl von weiter dient vollbeschäftigten Lehrern ein weiterer Personalabbau vorgesehen. Die Einsparung von Kräften in der allgemeinen Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den Jüdischen Kultusvereinigungen nochmals durchgeprüft. Es soll versucht werden, eine behördliche Genehmigung für die Einführung von Pflichtarbeit für Wohlfahrtsanstalten zu erhalten.

3.) Für den Jugendlichen für vorgesehenen Pflichtfortbildungsunterricht soll der Mittwoch Vormittag (die Zeit von 7-12 für 6 Kursstunden) festgesetzt werden. Der Sonntag Vormittag ist für den freiwilligen Besuch von Veranstaltungen, die der Fortbildung dienen, vorgesehen.

4.) In der Zeit vom 10.1. - 15.2. sind gegen 700 USA'Visen erteilt worden.

5.) Die Infektionsabteilung im Jüdischen Krankenhaus Berlin, die in den letzten Jahren als Siechenheim diente, muß für den ursprünglich gedachten Zweck zum 15.3.40 freigemacht werden, da 60 jüdische Hospitaliten, die noch in städtischen Heimen untergebracht worden sind, auf Anordnung des Hauptgesundheitsamtes bis Ende Februar in jüdische Heime verlegt werden müssen, werden gegebenenfalls auch auswärtige Siechenheime, die infolge von Zuzugsbeschränkung zurzeit nicht voll belegt werden können, nach Einholung der behördlichen Genehmigung für die Unterbringung von jüdischen Siechen aus Berlin in Anspruch genommen werden müssen.

gez.Dr.Berliner

97

95

6.) Für eine Vorlage [illegible] Herabsetzung bzw. Neuerhebung von [illegible] Gebühren bei der Aufsichtsbehörde sind [illegible] zunächst juristische Fragen (Preisstop-Verordnung) zu klären.

8.) Die [illegible] Frage der Reichsvereinigung [illegible] eingeleiteten Steuerdringlichkeitsprüfungen sollen fortgesetzt werden.

7.) Die Verteilung von Passagen zwischen Altreich, Ostmark und Protektorat sollen nach folgendem Schlüssel erfolgen:

Altreich	5[illegible]
Ostmark	1[illegible]
Protektorat	10

9.) Es wird berichtet über:

a) Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung in den Kreisen Erkelenz und Kirchberg/Rheinland,

b) Die Heranziehung jüdischer Frauen aus Stolp/Pommern zum Straßenbau (Arbeitseinsatz),

c) eine Rücksprache im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Kinder von auswärtigen höheren Schulen sollen nicht, wie geplant, die höhere Schule in Berlin besuchen, können jedoch in ihren Heimatgemeinden privat für die Reifeprüfung durch besondere Förderkurse vorbereitet werden. Die Prüfung selbst müßte dann in Berlin erfolgen. Noch nicht geklärt ist die Frage, wie bei der gebotenen Personaleinschränkung der technische Unterricht hierbei (Turnen, Zeichnen, Handarbeit) fortgeführt werden kann.

gez. Dr. Berliner

96

1/Dr. Ber./Körm/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Sonntag, 28.9.1941

Anwesend: Dr. [illegible] als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
[illegible]schel
Dr. Hirsch
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Seligsohn
Dr. Berline
Brasch
Dr. Fuchs
Herst
Karminski
[illegible]enstein
Lyon
Meyerheim

1.) Eine neue Gehälter-Ordnung wird beschlossen und den Mitgliedern des Vorstandes übersandt werden. Über den Abbau der Gehälter hinaus sollen Einsparungen erzielt werden:

a) Durch Abbau von 1.700 Angestellten (330 sind bereits im Sommer 1940 abgebaut, weitere 750 sollen zum Abbau kommen) = 2 - 2.500.000.--

b) Kürzung der Ausgaben der Abteilung Wanderung im Vergleich mit dem eingereichten Voranschlag (durch Fortfall der Reichsmarkbeträge für den Ostweg) = 250.000.--

c) Durch Kürzung der Ausgaben in der Abteilung Berufsumschichtung durch Abbau von Angestellten in Umschichtungsbetrieben und Einstellen von Subventionen an sog. "unechte" Kurse (Entflecken, Putz, Kosmetik usw.) = 40.000.--

d) Durch Kürzung der Ausgaben der Abteilung Fürsorge, und zwar durch Herabsetzung des Verpflegungssatzes von 90 Pf. auf 75 Pf. pro Tag in den Heimen und Anstalten = 360.000.--

in der Gesundheitsfürsorge = 40.000.--

durch Wegfall von Pflegekosten für nervenkranke Juden in allg. Heilanstalten = 100.000.--

./.

93

2.) Von einer Tagung der Betriebsleiter, Werkleiter usw. soll Abstand genommen werden, hingegen sollen die Leiter der Werkstätten in der Zeit vom 2. bis 4. März 1941 nach Berlin zu einer Arbeitstagung kommen.

3.) In den Erziehungs-Richtlinien der Reichsvereinigung soll das Wort "Massenauswanderung" durch "GRUPPENauswanderung" ersetzt werden.

4.) Im Pflichtfortbildungsunterricht für Jugendliche sind im zusätzlichen Unterricht sechs Wochenstunden vorgesehen, und zwar

3 Stunden Judentumskunde incl. Hebräisch
2 Stunden Geographie als Auswanderungskunde
1 Stunde Lebenskunde

Unterricht in einer Fremdsprache (Englisch, Spanisch) soll fakultativ sein. Eine Fortbildung in den Elementarfächern soll im Rahmen des Fachunterrichtes stattfinden. Als Unterrichtstag wird wahrscheinlich für Berlin der Sonntag Vormittag in Betracht kommen, da an diesem Wochentag Vormittag Schulräume und Lehrer nicht zur Verfügung gestellt werden können. Vorgesehen aber die Fachlehrer eine Verkürzung der praktischen Ausbildung für Anfänger treffen.

5.) Das Schuldezernat der Reichsvereinigung wird in Zukunft von der Abteilungsleiterin, Frau F ö r s t , übernommen werden.

Das Dezernat Mittelschule in der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist in das Sozialdezernat Dezernat Dr. Cohn/Israel C o h n - überführt worden.

6.) Der Beschluß, allen jüdischen Schulkindern zwischen 10 und 14 Jahren Cebion zu verabreichen, wird revidiert. Künftige Anträge der Jüdischen Kultusvereinigungen sollen daher abgelehnt werden.

gez. Dr. Berliner

94

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Mittwoch, 26.3.41

Anwesend	Dr. Baeck	als Vorsitzender
	Dr. Cohn	
	Dr. Epstein	
	Henschel	
	Dr. Hirsch	
	Kozower	
	Dr. Lilienthal	
fehlend	Dr. Seligsohn	
	Dr. Berliner	
	Brasch	
	Dr. Fuchs	
	Fürst	
	Karminski	
	Löwenstein	
	Lyon	
	Meyerheim	

Es wird über die gelegentlich des Besuches der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes und der Staatspolizeileitstelle Berlin in der

Wanderungsabteilung der Reichsvereinigung, Artilleriestr. 31
Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums, Artilleriestr. 14
Zentrale Kantstrasse 158

ergangenen Weisungen berichtet und deren Durchführung besprochen.

gez. Dr. Berliner

I/-/147

92

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Anwesend:

Entschuldigt:

1.) Den zum 31. März 1941 aufzustellenden Abschlüssen über die Tätigkeit der Reichsvereinigung soll zum Ausgleich wirtschaftlicher Härten ein Betrag von RM 2 - pro Kopf der Mitgliedschaft in Höhe des Differenzbetrages zwischen dem bisherigen Gehalt und dem jetzigen Arbeitsverdienst zugeführt werden.

2.) Die berufsschulische Ausbildung der Vereinigung bis auf weiteres [illegible] vom 13. bis 19. April 1941 durchgeführt werden.

3.) Vom Reichssicherheitshauptamt ist eröffnet worden, daß in Zukunft nur Gemeinden, in denen 1000 Juden und mehr leben, ein Gemeindeamt [illegible] selbständige Verwaltung beibehalten sollen. Die übrigen Gemeinden sind durch die Bezirksstellen zu verwalten. Kostenvoranschläge für das zweite Vierteljahr sind bis zum 10. jeden Monats, erstmalig für 10. April 1941, durch die Reichsvereinigung beim Reichssicherheitshauptamt einzureichen. Die genehmigten Beträge sind den 17 Gemeinden und Bezirksstellen freizugeben. Die Vorsitzenden der 17 Groß-Gemeinden sollen zur Erörterung der mit dieser Umorganisation verbundenen Fragen nach Berlin bestellt werden; die Organisationsform dieser Gemeinden ist der der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin anzugleichen.

4.) Die eingereichte Beitragsordnung ist endgültig genehmigt worden.

5.) Die Belegung der Jüdischen Heil- und Pflegeanstalt SAYN mit Gesunden, im Orte Bendorf-Sayn wohnhaften Juden soll im Interesse der Ausnutzung aller Anstaltsplätze für die Unterbringung von Geisteskranken und das erforderliche Personal abgelehnt werden.

6.) Es wird berichtet über den Auftrag, für die Reorganisation des Ghettos in Litzmannstadt 6 geeignete ledige Männer zu benennen. Unter den Vorgeschlagenen befindet sich neben wirtschaftlich und organisatorisch erfahrenen Persönlichkeiten ein Krankenbehandler.

gez. Dr. Berliner

91

I/Dr.Berl/Karm/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 17.3.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Loewer
Dr. Lilienthal

Fehlend: Dr. Hirsch
Dr. [illegible]
Brusch
Dr. Fuchs
Fürst
[illegible]
[illegible]
Lyon
Meyerheim

1.) Eine Übergangsbeihilfe für die ausgeschiedenen Mitarbeiter der Reichsvereinigung wird nicht genehmigt. In besonderen Härtefällen kann eine Beihilfe nach fürsorgerischen Gesichtspunkten erfolgen.

2.) Die Eingliederung der Abteilung Berufsvorbereitung des Palästina-Amtes und der Jüdischen Jugendhilfe e.V. in die Reichsvereinigung, Abteilung Berufsausbildung wird in der von Dr. Epstein vorgeschlagenen Form vollzogen. Die Sachbearbeiter beider Stellen werden im Rahmen der Reichsvereinigung und in Übereinstimmung mit den allgemeinen Erziehungsrichtlinien der Reichsvereinigung die zionistische Erziehung und Schulung der sich in Umschichtung befindlichen Praktikanten in den Ausbildungsstätten, die ihnen bisher unterstanden, übernehmen.

3.) Am 16.3.41 fand für die Leiter der Lehrwerkstätten -7 außerhalb Berlins- und die dieses Gebiet betreuenden Sachbearbeiter der Jüdischen Kultusvereinigungen eine Arbeitsbesprechung in Berlin statt. Die Arbeitsbesprechung hat zur Annahme folgender Richtlinien geführt:

a) Zur Umschichtung werden in Zukunft nur nichtarbeitseinsatzfähige Personen zugelassen.

b) Die bereits in Berufsumschichtung befindlichen Personen sollen nach einjähriger Dauer ihrer Umschichtung dem Arbeitseinsatz zugeführt werden.

c) Für die Erstausbildung soll die Ausbildung in Landwirtschaft 3 Jahre, die handwerkliche Ausbildung 2 Jahre betragen. Mädchen haben vor jeder handwerklichen Ausbildung ein Haus- bzw. landwirtschaftliches Jahr abzulegen. Die hauswirtschaftliche Ausbildung wird vorzugsweise in Heimen erfolgen. Mädchen mit guten hauswirtschaftlichen Vorkenntnissen können gegebenenfalls nach einem halben Jahr in die handwerkliche Ausbildung überführt werden. Die praktische Ausbildung auf landwirtschaftlichen, handwerklichen und hauswirtschaftlichen Gebiet wird durch theoretische Pflichtfortbildungsstunden (fachliche und ausserfachliche Fächer) ergänzt.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Dr.Beck/Kerr/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, [illegible]

Anwesend: Dr. Beck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Menschel
Kozower
Dr. Lilienthal

Fehlend: Dr. Wirsch
Dr. Berliner
Brasch
Dr. Fuchs
First
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

1.) Die durch die Auflösung der Abteilung Wanderfürsorge der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin notwendige Abgrenzung zwischen Abteilung [illegible] und der Wohlfahrtsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin wird gemäß den Vorschlägen der Herren Löwenstein und Dr. Cohn angenommen.

2.) Aus den Kreisen der Wohlfahrtsunterstützten, die, soweit sie arbeitsfähig sind, bereits dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt worden sind, werden nur wenige für Wohlfahrts-Pflichtarbeit in Frage kommen. Es wird jedoch beschlossen, Jugendliche, die an Halbtagskursen (insbesondere Schneiderei und Putz) teilnehmen, auch soweit die Selbstzahler sind, halbtägig zur Wohlfahrts-Pflichtarbeit einzusetzen.

3.) Der Zusatz-Soll-Etat für die Unterabteilung "UMSCHULUNG IN DER BERUFSAUSBILDUNG" (Eingliederung der Berufsvorbereitung des Palästina-Amtes und der Jugendhilfe e.V.) wird mit monatlich Mark 1.000.-- angenommen.

4.) Die Abteilung Weißenberg, die sich bisher vorwiegend mit der Bearbeitung der Auswanderung von Ausweisungs- und Härtefällen befaßt hat, soll aus Gründen verwaltungstechnischer Vereinfachung künftig die Bearbeitung aller einschlägigen Fälle zusammenfassen und den entsprechenden Briefwechsel führen mit Ausnahme einer entsprechenden Anwendung der Arbeitsverteilung, die für die Regelung der Wanderfürsorge mit der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin (Siehe Punkt 1) getroffen ist. Umschulungsbescheinigungen können nur noch ausnahmsweise erteilt werden, da die verfügbaren Ausbildungsplätze in erster Linie Schulentlassenen zur Verfügung gestellt werden müssen. Über die Ausstellung von Bescheinigungen in diesen Ausnahmefällen entscheidet, wie bisher, die Abteilung Berufsausbildung.

In den Fällen, in denen eine Auswanderung in absehbarer Zeit nicht eingeleitet werden kann, soll versucht werden, die betreffenden Personen für den Arbeitseinsatz zu beantragen. Eine Entscheidung über die Bearbeitung von Arbeitseinsatzanträgen bleibt vorbehalten.

-2-

86

5.) Frau Dr. Berliner berichtet über die Schwierigkeiten, welche bei der Verteilung der festen Schiffe [illegible] und die tatsächlichen Ausfälle [illegible]. Die Zuteilung der verhandenen Passagen [illegible] folgen, sofern nicht besondere Dringlichkeit für eine frühere Berücksichtigung spricht. Personen, die [illegible] die Reisepässe besorgt haben, können [illegible] Fällen abgesehen werden, bei der Zuteilung [illegible] die vorhandenen Plätze nicht einmal [illegible] Leben vor Transportverfall zu schützen, die [illegible] durch die Zuteilung Wanderung erhalten haben. Auch für die [illegible] können, trotzdem sie mit Rücksicht [illegible] Auswanderung gegeben werden sind, andere Richtlinien erst in Kraft [illegible], wenn mehr Schiffsplätze zur Verfügung stehen.

6.) Unbemittelte Auswanderer sollen in Zukunft durch die zuständige Wohlfahrtsstelle darauf hingewiesen werden, daß [illegible] Ausrüstungsgegenstände (insbesondere Kleidungsstücke) zur Verfügung stellen können.

7.) Es wird prinzipiell beschlossen, die Verträge mit Chef-Ärzten jüdischer Krankenhäuser in der Weise umzugestalten, daß bei Erhöhung eines Pixums die Einnahmen von privater Seite [illegible] der Jüdischen Kultusvereinigung zugute kommen. Eine endgültige Fassung dieser Verträge bleibt vorbehalten.

8.) Es wird beschlossen, bei den [illegible] bleibenden Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen Schlichtungsstellen einzurichten, ohne daß dadurch besoldete Stellen geschaffen werden.

9.) Jugendliche, die in der Berufsausbildung stehen, sollen künftig nur ein Mal im Jahre Urlaub erhalten. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß dieser Urlaub in die Passachzeit fällt.

10.) Für den Ersatz von Kleidungsstücken, die bei dem Brand in der Baracke Paderborn vernichtet wurden, wird zur Verwendung der erteilten Bezugsscheine RMark 4.200.-- bewilligt. Die Summe wird genehmigt.

11.) Es wird berichtet über

a) den Verlauf der Räumungs-Aktion jüdischer Wohnungen in Berlin.

b) den Beschluß, die höheren Schulen mit Ausnahme der höheren Schule in Berlin aufzulösen. Falls die Möglichkeit einer Unterbringung besteht, sollen je 10 der begabtesten Kinder aus den höheren Schulen Breslau, Frankfurt/Main, Hamburg und Köln zum Schulbesuch nach Berlin überführt werden.

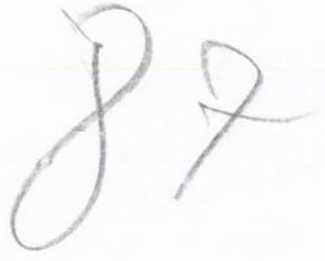
c) den Bescheid, das Polizeipräsidenten Berlin im Einvernehmen mit dem Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten, daß die Berliner Jüdische Gemeinde sich in Zukunft nur

Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin

nennen darf.

gez. Dr. Berliner

I/-/173



Anwesend:

Dr. [illegible]

[illegible]

Dr. Berliner

Frisch

Dr. [illegible]

Lewit

[illegible]linski

Löwenstein

Lyon

[illegible]rnstein

1.) [illegible] der gesetzlichen [illegible] Verpflichtung belastet werden, [illegible] bei der Berufsberatung [illegible] Einspruchsberechtigte in der Regel nicht [illegible]

2.) Im Zusammenhang mit den Einspruchsmaßnahmen wird nach Vortrag von Dr. Löwenstein [illegible] Berufsumschichtung [illegible]. Er [illegible] bestätigt [illegible] bereits vorgelegten Richtlinien. Hiernach soll sich die Berufsumschichtung [illegible] wesentlichen auf Jugendliche beschränken. Die Berufsumschichtung von Alteren soll nur noch in denjenigen Fällen erfolgen, in denen Arbeitseinsatz nicht [illegible] Sofern während der Vorbereitungsausbildung [illegible] weiter Aussonderungen [illegible] soll der Erfolg [illegible] des Arbeitseinsatzes Rechnung getragen werden.

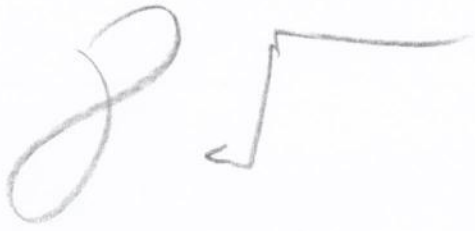
Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitseinsatz in den landwirtschaftlichen Ausbildungsstellen,

Produktivarbeit in den Umschichtungswerkstätten,

Praktische Mitarbeit der Heimschülerinnen während der hauswirtschaftlichen Ausbildung und der Ausbildung zu pflegerischen Berufen in den jüdischen Fürsorgeeinrichtungen.

Nach erfolgter Ausbildung sollen die Praktikanten nach Möglichkeit dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden. Für die Jugendlichen im Arbeitseinsatz wird über die bereits besprochene Berufsschule hinaus die umschichtige Freistellung der Jugendlichen zu einem ganztägigen Fortbildungsunterricht erwogen. Ein Beschluß hierüber wird jedoch noch ausgesetzt.

gez. Dr. Berliner



Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 28.4.41

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Wenschel
Kerrmann
Dr. Miller-Thal

Fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Paulinski
Dr. Bergel
Dr. Bodo
Fürst
Karminski
Lichtenstein
Lyon
Meyerheim

1.) Das Gehalt von Herrn Dr. Baeck wird von der Reichsvereinigung übernommen.

2.) In Übereinstimmung mit einem Beschluß der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin sollen den Angestellten der Reichsvereinigung und der Jüdischen Kultusvereinigungen im Reich in diesem Jahr ein Urlaub von 15 Arbeitstagen gewährt werden.

3.) Eine Sondersammlung der Abteilung Fürsorge zur Bestreitung der laufenden Fürsorge-Ausgaben soll nach Abschluß der Jüdischen Winterhilfe von Mitte Mai bis Mitte September unter der Parole "Klasse, wir wollen leisten" erfolgen.

4.) Eine Heraufsetzung bzw. Neuerhebung der Leistungsgebühren soll auf folgenden Gebieten stattfinden (siehe auch Punkt 5 aus der Schulgelderhebung im Protokoll vom 21.2.41):

I. BERUFSAUSBILDUNG:

1.) Für die Bearbeitung der Einweisung soll bei Selbstzahlern eine Gebühr von RMark 5.-- neu eingeführt werden.

2.) Das Ausbildungsgeld für Heimschülerinnen soll auf RMark 85.-- monatlich, für Tagesheimschülerinnen auf RMark 30.-- monatlich, für Krankenund Säuglingsschwestern auf RMark 75.-- monatlich erhöht werden.

V. KULTUSWESEN:

1.) Beerdigungskosten

a) Neben den bisher erhobenen Beerdigungsgebühren sollen zusätzlich 2.- % des in der letzten Vermögenserklärung festgestellten Vermögens erhoben werden.

b) Erhoben sollen in denjenigen Orten, in denen die regulären Gebühren nicht die durchschnittliche Höhe erreichen, deren entsprechende Erhöhung veranlaßt worden. Höhere Beerdigungsgebühren von Auswärtigen sollen in Zukunft nicht erhoben werden, wenn es sich um Personen handelt, die am Orte gestorben sind, oder bei denen der Heimatort keine Beisetzungsmöglichkeit besteht.

2.) Gottesdienstliche Funktionen:

Es soll veranlaßt werden, daß die Trauungsgebühren nicht weniger als RMark 75.-- bis 150.-- betragen.

VI. VERSCHIEDENES:

1.) Für die Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Auswandererabgabe in denjenigen Fällen, in denen eine Auswandererabgabe nicht zu zahlen ist, soll eine Gebühr von RMark 1.-- neu erhoben werden. Für Bescheinigungen, durch die die Gültigkeit von Auswandererabgabebescheinigungen verlängert wird, ist vorgesehen, Gebühren von RMark 0.50 bis 10.-- zu erheben.

2.) Für die Ausstellung von Bescheinigungen über die Mitgliedschaft in der Reichsvereinigung oder der Kultusvereinigung soll eine Gebühr von RMark 1.-- erhoben werden.

3.) Wo Schlichtungsstellen bestehen, sollen bei deren Inanspruchnahme mindestens RMark 2.-- erhoben werden. Die Erhebung eines höheren Betrages in besonderen Fällen soll dabei vorbehalten bleiben.

4.) Für Inanspruchnahme der Wohnungsberatungsstelle sollen Gebühren von RMark 0.20 bis 3.-- erhoben werden.

Es wird in Aussicht genommen, von Nichtmitgliedern der Reichsvereinigung als Ausgleich dafür, daß sie keine ordentlichen Beiträge entrichten, höhere Gebühren zu fordern.

5.) Anträge auf Grundstücksverkäufe sollen künftig vor Abschluß des vorbereiteten Vertrages der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

6.) Von den Juden aus Baden und der Pfalz ist die nachträgliche Erhebung einer Auswandererabgabe nicht genehmigt worden.

II, FÜRSORGE:

1.) Alters- und Siechenheime: Es soll eine Aufnahmegebühr von RMark 5.00 neu eingeführt und das laufende Pflegegeld auf RMark 150.-- bzw. 180.-- erhöht werden.

2.) Kinderheime: Das Pflegegeld soll auf RMark 75.-- monatlich erhöht werden.

3.) Sonderheime:

a) Das Pflegegeld in der Blindenanstalt soll auf RMark 120.-- monatlich erhöht werden,

b) Das Pflegegeld in dem Taubheim für Schwachbegabte in Berlin-Weißensee ebenfalls,

c) In dem Taubstummenheim soll das Pflegegeld in der Abteilung für alte Leute auf RMark 150.--, in der Schulkinderabteilung auf RMark 30.-- (einschließlich Schulgeld) festgesetzt werden,

d) In dem Erziehungsheim für schwachsinnige Kinder in Berlin soll das Pflegegeld (einschließlich Schulgeld) auf RMark 90.-- erhöht werden.

4.) Krankenhäuser: Die Tagessätze für Patienten 1. und 2. Klasse sollen auf die von dem Oberfinanzpräsidenten jeweils örtlich zugelassenen Höchstsätze heraufgesetzt werden.

5.) Einrichtungen der halboffenen Fürsorge: In den Kindergärten und Kinderhorten, in welche grundsätzlich nur Kinder aufgenommen werden, deren beide Elternteile in Arbeit stehen, sollen auch dort, wo die Gebühren bisher niedriger waren, RMark 3.-- wöchentlich erhoben werden. Wenn ausnahmsweise Plätze auch für Kinder verfügbar sind, deren Eltern nicht in Arbeit stehen, soll eine erhöhte Gebühr von RMark 5.-- wöchentlich erhoben werden.

6.) Kleiderkammern: Für Anträge sollen künftig Gebühren zwischen RM 0.20 und 2.-- erhoben werden.

IV. AUSWANDERUNG:

1.) Für die Absendung von Telegrammen in Auswanderungsangelegenheiten soll eine Gebühr von RMark 3.-- erhoben werden.

2.) Bei Inanspruchnahme der Auswandererstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin soll eine Gebühr von 3‰ des Vermögens erhoben werden, mindestens aber RMark 3.--.

Soweit in anderen Kultusvereinigungen entsprechende Einrichtungen bestehen, soll die Erhebung derselben Gebühr veranlaßt werden.



Über die Weiterführung der Schule der nichtmosaischen Juden soll zunächst eine Rücksprache im Erziehungsministerium durch Frau Fürst stattfinden. Eine Weiterführung der Schule obliegt dem Vorstand der Reichsvereinigung nur möglich, wenn der Reichsvereinigung dadurch keine Kosten entstehen, und wenn die Schule unmittelbar der Aufsicht des Reichserziehungsministers unterstellt wird.

Auf behördlicher Anordnung ist das Palästinaamt aufzulösen. Von den vier bisher noch verbliebenen Angestellten (3 Schreibarbeiter, 1 Sekretärin) dürfen von der Reichsvereinigung drei übernommen werden. Da ein besonderer Bedarf an technischen Kräften besteht, wird auf einen Schreibarbeiter verzichtet werden müssen.

gez. Dr. Berliner

...EINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/K.-Rm/Kl.-11/-/239

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 5.5.1941

Anwesend: Dr. B[illegible] als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr.-Ing. Eppstein
Hensel
Kanower
Dr. Lilienthal

fehlend Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Furst
[illegible]ski
[illegible]
Leon
[illegible]
Dr. Sachs

1.) Der infolge der Einigung von 1000 jüdischen Wohnungen in der Wohnungsbera-tungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin erhöhte Personalbedarf soll nach Möglichkeit durch die Jüdische Kultusvereinigung selbst gedeckt werden. 10 Fachhilfskräfte sind von der Abteilung Änderung (W) zur Verfü-gung gestellt worden.

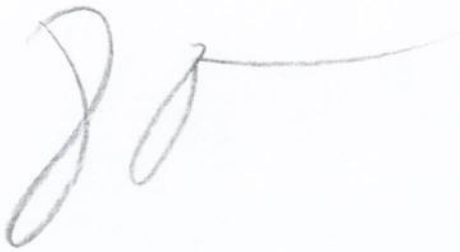
2.) Die von der Abteilung geplante Sammlaktion soll benannt sein "Maasse" "JÜDISCHE PFLICHT" genannt werden. Die vorgelegten Richtlinien für die Be-messung der Spenden werden genehmigt. Die Sammlung soll am 25. Mai 1941 mit einer Kundgebung eröffnet werden.

3.) Die laufenden Sammlungen der Fürsorgebeiträge sollen durch intensivere Werbung im Nachrichtenblatt unterstützt werden.

4.) Um dem Etat der Reichsvereinigung auf die behördlich vorgeschriebene Summe zu bringen, müssen sowohl auf dem Gebiet der Berufsausbildung und Schule als auch vor allem auf dem Gebiet der Fürsorge neue Einsparungen durchgeführt werden. Der Ertrag der Jüdischen Winterhilfe soll künftig teilweise auf den ordentlichen Fürsorge-Etat übernommen werden.

5.) Die Eintragung der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist im Amtsregister erfolgt.

gez. Dr. Berliner



REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Karm./Kl.
41/-/304

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 12. .1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Hirsch

Dr. Berliner
Brasch
Dr. Fuchs
First
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

1.) Hinsichtlich der Gewinnung von ehrenamtlichen Mitarbeitern wird die Jüdische Kultusvereinigung Berlin gebeten, zunächst einen Plan für die Werbung ehrenamtlicher Mitarbeiter aufzustellen, der dann mit entsprechenden Anordnungen auch die Grundlage für gleiche Maßnahmen außerhalb Berlins sein soll.

2.) Die Gehälter-Ordnung ist genehmigt worden. Sie tritt am 1. Juni 1941 in Kraft. Den Kultusvereinigungen und Bezirksstellen ist mitgeteilt worden, daß die Einstufungsvorschläge für die Gruppen 1 - 4 der vorherigen Genehmigung der Reichsvereinigung bedürfen; die Gehälter, die die Gruppen 5 - 7 betreffen, können zunächst ausgezahlt werden, bedürfen aber zur endgültigen Bestätigung ebenfalls der Genehmigung der Reichsvereinigung.

3.) Der für J u n i eingereichte Ausgabenvoranschlag der Reichsvereinigung ist um Mark 500.000.-- gekürzt worden, und zwar sind die Kürzungen, die in den verschiedenen Abteilungen der Reichsvereinigung erfolgen sollen, behördlich festgesetzt worden.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Li/Kl.
41/[illegible]5

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 16.6.41

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Hanschel
Kozower
Dr. Lilienthal

Fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Frisch
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

Mit Rücksicht darauf, daß die starke Kürzung der Kultusausgaben zur äußersten Einschränkung sowohl auf dem Gebiet des Beerdigungswesens wie bei der Veranstaltung von Gottesdiensten zwingt, wird folgendes beschlossen:

1.) Ausgaben der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigungen für den Kultus können nur insoweit erfolgen, als das Beerdigungswesen von den für die Gesamt-Kultus-Ausgaben festgesetzten Beträge etwas frei läßt. Im Beerdigungswesen ist auf äußerste Sparsamkeit hinzuwirken.

Soweit Beträge für den Gottesdienst nicht frei bleiben, soll in erster Linie versucht werden, die Gottesdienste mit in anderen Aufgabengebieten regulär beschäftigten Funktionären aufrecht zu erhalten. Soweit das nicht möglich ist, ist die Aufrechterhaltung der Gottesdienste nur dadurch möglich, daß die erforderlichen Mittel von Privaten aufgebracht werden.

Die Aufrechterhaltung der Mikwoth muß entsprechend ohne Verwendung von Mitteln der Reichsvereinigung oder der Kultusvereinigungen erfolgen.

2.) Hinsichtlich des Beerdigungswesens wird folgendes beschlossen:

a) Allgemein soll in der Pflege der Friedhöfe nur das zur ordnungsmäßigen Instandhaltung Notwendige geschehen. Auf Ausschmückungen durch die Kultusvereinigungen selbst muß, soweit keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, verzichtet werden.

77

c) In kleinen Kultusverbänden, in denen Beerdigungen nur noch selten stattfinden, wo ein Friedhofwärter gestellt nicht vorhanden ist. Sowohl für die Gemeindemitglieder, besonders in ländlichen Gegenden, als auch für den Friedhof selbst ist es unerläßlich, daß die Verwaltung in Betrieb genommen wird.

d) In Kleinorten und in solchen Kultusverbänden, wo es nicht möglich ist, die Friedhofpflege, gegebenenfalls auch das Beerdigungswesen auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu stellen, jedoch nur dann, wenn die Beerdigungswesen bisher einen Zuschuß erfordert hat.

Dr. Lilienthal

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Verm./Kl.
41/-/ 340

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 28. Mai 1941

Anwesend:
Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Jonas
Kozower
Dr. Lilienthal

Fernerd:
Dr. Hirsch.
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Kaufmann
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

1.) Der Werbeaufruf für ehrenamtliche Mitarbeiter im "Jüdischen Nachrichtenblatt" soll konkrete Angaben über die Gebiete, auf denen ehrenamtliche Mitarbeiter benötigt wird, enthalten.

2.) Es wird beschlossen, Zahlungen von Reichsvereinigungsstellen untereinander, d.h. also auch von Kultusvereinigungen untereinander in Zukunft nicht mehr vornehmen zu lassen.

3.) Die blauen Büchsen, die der RVL vervandt hat, sollen zwar nicht neu verteilt werden, aber im Rahmen der bisherigen Verteilung weiter benutzt werden. Besondere Feiertagssammlungen des RVL sollen jedoch in Zukunft unterbleiben. Es soll versucht werden, die Ergebnisse der Büchsensammlungen der Berufsausbildung zuzuführen.

4.) Die Festsetzung der Mittel für Berufsausbildung auf RMark 18.100.-- im Monat Juni (anstatt 181.000.--) zwingt zu einer völligen Umstellung auf diesem Gebiet. Lehrwerkstätten können nur weitergeführt werden, wenn sie sich völlig ohne Zuschüsse durch Zahlungen der Selbstzahler und Übernahme von Aufträgen erhalten. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen aufgelöst, einige wenige können auf Einsatzbetriebe umgestellt werden. Für die Verwaltung dieser Einsatzbetriebe verbleiben in der Abteilung Berufsausbildung der Zentrale die Herren Dr. SCHONFELD, WALTMANN, SELBIGER.

Die weibliche Berufsausbildung kann nur zur Heranbildung eines Nachwuchses der für die Fürsorgeeinrichtungen benötigten pflegerischen und hauswirtschaftlichen Kräfte weitergeführt werden.

Das Arbeitsheim K a d i n k e n d o r f geht ab 1. Juli 1941 in die Verwaltung der Abteilung FÜRSORGE über.

5.) Die Übernahme des Herrn Kurt Israel ROSENBERG und der Frau KIRSCHBAUM vom Palästina-Amt ist genehmigt worden. Herr Rosenberg wird zunächst der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin zur Verfügung gestellt.

6.) Von den Mitarbeitern der Zentrale der Reichsvereinigung einschließlich der Abteilung Wanderung sind eingestuft worden:

in Gehaltsgruppe	1	=	5 Personen
" " "	2	=	3 "
" " "	3	=	14 "
" " "	4	=	79 "
" " "	5	=	109 "
" " "	6	=	9 "
" " "	7	=	9 "

Die Jüdische Kultusvereinigung Berlin hat 3 Personen in Gruppe 1 und 69 Personen in Gruppe 5 eingestuft.

7.) Die für das Altreu-Passageverfahren eingereichte neue Tabelle ist mit sofortiger Wirkung genehmigt worden. Die neue Regelung erstreckt sich jedoch nur auf Passagegelder, nicht auf Gepäckkosten und Vorzeigegelder.

8.) Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Bahntransporte nach LISSABON infolge des eingeschränkten Zugverkehrs ergeben hatten, konnten behoben werden. Neue Transporte werden nur unter der Voraussetzung genehmigt, daß jüdische Auswanderer aus LUXEMBURG gleichzeitig in einer Anzahl von 10% der jeweiligen Gesamtzahl der Transportteilnehmer zur Auswanderung gebracht werden.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Berlin-Charlottenburg, den 16. Mai 1941
Kantstrasse 158
91 01 41

An die

- Jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen,
- Bezirksstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Betr.: Reorganisation - Personalentlassungen.

III C Dr.Le./Ki. - Nr. 41/178/275

Im Zuge der Reorganisationsmassnahmen hatten wir durch Rundschreiben vom 26.4.1941 bei den Jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen die Durchführung der vorgesehenen Entlassungen angeordnet. Die gleiche Anordnung hatten wir für die Bezirksstellen durch Rundschreiben vom 12.5.41 und für die Jüdischen Kultusvereinigungen unter 1000 Seelen durch Rundschreiben vom 14.5.41 erteilt. In allen Fällen war vorgesehen, dass die Entlassungslisten in doppelter Ausfertigung der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle mit der Bitte zu übermitteln sind, die Liste an das zuständige Arbeitsamt weiterzuleiten. Es war ferner gesagt, dass die Gehaltszahlung endet, sobald das Arbeitsamt die entlassenen Mitarbeiter anderweit vermittelt.

Damit wir einen Überblick darüber gewinnen, wie weit noch Gehaltszahlungspflichten laufen, bitten wir um Bericht, in welchen Fällen Vermittlungen der entlassenen Mitarbeiter durch das Arbeitsamt stattgefunden haben und in welchen Fällen und in welcher Höhe noch Gehaltszahlungspflichten weiterlaufen.

Dieser Bericht ist einzureichen:

a) von den Jüdischen Kultusvereinigungen über 1000 Seelen bis zum 5.6.1941,

b) von den Bezirksstellen der Reichsvereinigung für ihr eigenes Personal bis zum 5.6.1941,

c) von den Bezirksstellen über die Mitarbeiter der Kultusvereinigungen unter 1000 Seelen bis zum 13.6.1941.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND
Gemeinde - Abteilung

(Dr. Israel Arthur Lilienthal)

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Karm/Kl.
21/-/339

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 9.6.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerhoff

1.) Für Angestellte der Reichsvereinigung, die schwerkriegsbeschädigt sind, kann grundsätzlich nicht, wie es von der Abteilung KRIEGSOPFER beantragt war, eine Urlaubsverlängerung gewährt werden. Eine solche Verlängerung ist grundsätzlich nur bei Vorliegen eines vertrauensärztlichen Zeugnisses möglich. Es wird beschlossen, bei Schwerkriegsbeschädigten auch ohne Vorliegen eines solchen Attestes eine Urlaubsverlängerung um drei Arbeitstage zu genehmigen, da unterstellt werden kann, daß bei diesem Personenkreis gesundheitliche Gründe vorliegen.

2.) Es wird beschlossen, den Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen in Abänderung der Richtlinien vom Juli 1940 mitzuteilen, daß nach Einführung der neuen Gehalts-Ordnung Ersatzeinstellungen für Mitarbeiter der Gehaltsgruppen 1 - 5 in jedem Falle der Zustimmung der Zentrale der Reichsvereinigung bedürfen. Ersatzeinstellungen für Mitarbeiter der Gehaltsgruppen 5 - 7 können, wie bisher, nach sorgfältiger Prüfung der Neubesetzung einer Stelle durch die Jüdischen Kultusvereinigungen bzw. Bezirksstellen selbst erfolgen.

3.) Durch den vorgenommenen Personalabbau reichen zur Durchführung der Sammlungen (Fördererbeiträge der Reichsvereinigung) die besoldeten Werber nicht mehr aus. Da eine Einstellung neuer Kräfte ausgeschlossen ist, soll versucht werden, ehrenamtliche Kräfte gegen Ersatz der Spesen zu gewinnen.

4.) Die Annahme von letztwilligen Zuwendungen, an die bestimmte Bedingungen geknüpft sind, kann nur erfolgen, wenn die mit diesen Zuwendungen verbundenen Auflagen von der betreffenden Jüdischen Kultusvereinigung bzw. der Reichsvereinigung ohne zu starke Belastung erfüllbar sind.

5.) Das Ausscheiden der arischen Angestellten innerhalb der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin ist bereits geregelt; auch außerhalb Berlins sollen in der Regel die arischen Angestellten, wenn möglich im gegenseitigen Einvernehmen, ausscheiden. Anderenfalls muß eine fristgemäße Einholung der Genehmigung des Arbeitsamtes erfolgen. Nur wenige arische Angestellte werden weiter als Angestellte der Reichsvereinigung verbleiben. Auf diese Personen wird die Gehalts-Ordnung nicht angewandt werden können.

6.) Die "ORT"- Gesellschaft ist in die Reichsvereinigung eingegliedert, die Verwaltung der "ORT"-Schule Berlin der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin übertragen worden. Die Firma S i e m e n s hat der "ORT"-Schule zunächst für 2 1/2 Monate Lieferungsaufträge übertragen.

7.) Für den Etat des Monats JULI werden die verschiedenen Abteilungen ihre Ausgaben nochmals senken und die Beträge einsetzen, die sie als Mindestbeträge sachlich verantworten können.

8.) Es wird berichtet über:

a) die Tätigkeit der Wohnungsberatungsstelle der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin. Im Mai sind 761 jüdische Wohnungen geräumt worden. Eine Räumungsliste für Juni ist noch nicht eingegangen.

b) den Auftrag, eine Mitgliederkartei der Reichsvereinigung anzufertigen. Das dafür notwendige Material soll durch eine Erhebung bei den Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen angefordert werden.

gez. Dr. Berliner

I/Korm./Kl
41/-/329

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 16.6.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerhein

1.) Frau Dr. Berliner und Herr Löwenstein berichten über den Stand der Auswanderung und die technischen Erfahrungen der Auswandererstransporte.

2.) Der unter Berücksichtigung der von der Aufsichtsbehörde gewünschten Änderung eingereichte Voranschlag für den Monat Juli 1941 ist genehmigt worden.

3.) Für den Urlaub der Lehrer gelten die gleichen Grundsätze wie für die übrigen Angestellten der Reichsvereinigung.

gez. Dr. Berliner

72

I/Karw/Kl.
41/ -

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 25. Juni 1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Hirsch
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

Dr. Baeck eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens für Martin B r a s c h. Die Beisetzung wird am 25. Juni 1941 erfolgen.

1.) Es wird beschlossen, in allen denjenigen Fällen, in denen von der Reichsvereinigung und den Kultusvereinigungen Gebühren erhoben werden, die Gebühren von Personen, die weder Mitglieder der Reichsvereinigung noch der Kultusvereinigungen sind, in dreifacher Höhe zu erheben. Dieses gilt nicht für die vom Vermögen berechneten zusätzlichen Beerdigungsgebühren.

Für die Ausstellung der Bescheinigung, daß eine Auswandererabgabe nicht zu zahlen ist, weil der Auswanderer nicht der Reichsvereinigung als Mitglied angehört, wird eine Gebühr von 1 ‰ des Vermögens erhoben. Der Höchstbetrag der Gebühr ist RMark 1.000.--.

2.) Dr. Lilienthal berichtet über Beanstandungen in der Geschäftsführung in der Kultusvereinigung D ü s s e l d o r f . Der Vorstand ermächtigt Dr. Lilienthal, gegebenenfalls den Vorsitzenden der JKV Düsseldorf abzuberufen.

3.) Da der jetzige Leiter der Bezirksstelle Baden i.L. seinem Posten nicht allein gewachsen ist, wird dem Vorschlag von Dr. Lilienthal, einen zweiten Sachbearbeiter dorthin zu entsenden, prinzipiell zugestimmt. Allerdings würde der bisherige Leiter der Bezirksstelle dann nicht mehr in Gruppe 3, sondern in Gruppe 4 der Gehalts-Ordnung einzustufen sein. Dem bisherigen Liquidator der Bezirksstelle Pfalz soll gekündigt werden.

-2-

71

I/Kurm/Kl.
41/-/371

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 30.6.1941

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenstein
Lyon
Meyerheim

Dr. Baeck eröffnet die Sitzung mit Worten des Gedenkens an Dr. Otto Hirsch, der am 10. Juni 1941 verstorben ist.

1.) Es wird beschlossen, in Ziffer 9 der Durchführungsanweisung der Auswandererabgabe-Ordnung den Abschnitt b) zu streichen. Ziffer 9 erhält folgende Fassung:

"Änderungen, die nach Festsetzung der Auswandererabgabe eingetreten sind, führen nur dann zu einem nachträglichen Erlaß aus Billigkeitsgründen, wenn sich nachträglich eine Transfer-Möglichkeit ergeben hat. Anträge, die nach der Auswanderung gestellt werden, können nicht berücksichtigt werden."

2.) Betreffs der Versorgung der jüdischen Bevölkerung in Berlin mit Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln soll zunächst eine Fühlungnahme mit dem Haupternährungsamt erfolgen.

3.) Bürgermeister a.D. Jacoby soll gebeten werden, einen Plan zur Schaffung einer Material-Ausgleichsstelle aufzustellen. Es soll dadurch erreicht werden, daß das jetzt frei werdende Inventar des Umschichtungsgestellen sachgemäß verwertet wird.

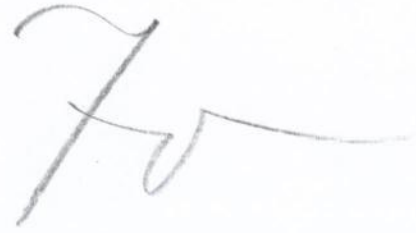
4.) Es wird berichtet über:

a) die Übernahme des Vertrages der Telefongesellschaft im Hause Meinekestraße 10,

b) die Ergebnisse der jüdischen Winterhilfe 1940/41

c) die Vorgänge in der Jüdischen Kultusvereinigung DORTMUND, die zur Abberufung des Vorstandes führen.

gez. Dr. Berliner



I/Karm./Kl.
41/375

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.7.1941

Anwesend:
Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerhein

1.) Über die Unterbringung von Jugendlichen, die infolge der Einstellung der Berufsausbildung aus Hachscharah-Kursen und Umschichtungsstellen entlassen werden müssen, wird eine generelle Entscheidung nicht getroffen. Es soll versucht werden, einen Teil dieser Jugendlichen nochmals in die oberste Schulklasse einzureihen und für andere, die dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt werden müssen, Kurzarbeit zu erreichen, um auch ihnen noch die Möglichkeit einer ergänzenden Fortbildung zu geben.

2.) Baurat a.D. Jacoby berichtet über die Unterbringungsmöglichkeiten der Reichsvereinigung bei einem Umzug aus der Kantstraße 158. Mit Ausnahme der Abteilungen Wanderung, Abwicklungsstelle und Statistik könnte die gesamte Reichsvereinigung im Verwaltungsgebäude der JKV Berlin Oranienburger Straße 31 Unterkunft finden, wenn die dort untergebrachte Wohnungsberatungsstelle in das Gebäude Artilleriestraße 31 verlegt wird. Der Vorstand schließt sich diesen Ausführungen an.

3.) Die Wohnungsberatungsstelle der JKV Berlin hat im Mai dieses Jahres 762 jüdische Wohnungen in arischen Häusern geräumt. Für den Juli 1941 sind bisher 51 derartige Wohnungen angegeben worden.

Für Renovierungskosten in 100 Wohnungen sind rund RMark 75.000.-- zu erstatten.

4.) Es wird beschlossen, Spesen, die durch Inanspruchnahme von Konsulenten entstehen, generell nicht zu erstatten. In besonderen Fällen, die von Dr. Lilienthal zu entscheiden sind, kann gegebenenfalls der Dispositionsfonds, nicht aber Fürsorgemittel für derartige Zwecke herangezogen werden.

5.) Durch die Übernahme von Spinnstoffwaren aus Baden im Wert von ca.RM 96.500. (ohne Nebenkosten) ist der Bedarf der jüdischen Kleiderkammern zurzeit annähernd gedeckt. Falls es gelingt, noch einige Artikel, für die ein besonderer Bedarf besteht, zu erhalten, wird ein nochmaliger Betrag von höchstens RMark 25.000.-- genehmigt.

6.) Dr.Berliner berichtet über die neuen Vorschriften für USA-Visen.

gez.Dr.Berliner.

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Kr./41.
41/-/575

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 16.7.41

Anwesend:

Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Speyerheim

Die Dienststelle Arbeitseinsatz der JKV Berlin hat der Staatspolizeileitstelle fortlaufend alle weiblichen Personen bis zu 50 Jahren und alle männlichen Personen bis zu 60 Jahren zur Weiterleitung an das Arbeitsamt, Dienststelle für Juden, aufzugeben. Frauen, die Kinder oder andere Familienmitglieder zu versorgen haben, können gegebenenfalls für Kurzarbeit vorgeschlagen werden.

Eine endgültige Entscheidung über die Unterbringung auswärtiger Jugendlicher in Wohnheimen in Berlin soll in Gemeinschaft mit der JKV Berlin, Herrn Kozower, getroffen werden. Bis zum 1. August 1941 soll geprüft werden, ob die Mieträume des Wohnheimes 2 durch gemeindeigene Räume zur Unterbringung der 30 Insassen dieses rituell geführten Heimes ersetzt werden können. Die dann noch freien Plätze in Wohnheim 1 werden durch die JKV Berlin mit auswärtigen Jugendlichen, die hier im Arbeitseinsatz sind und bisher in möblierten Zimmern wohnen, besetzt werden.

Ausgehend von dem Einzelfall der jüdischen Siedlungsgemeinschaft BONN wird festgestellt, dass derartige Siedlungsgemeinschaften auch in ihren aus der Siedlung sich ergebenden Angelegenheiten selbstverständlich der Reichsvereinigung bzw. ihren Bezirksstellen unterstellt bleiben. In der Regel soll der Leiter derartiger Gemeinschaften der Beauftragte der betreffenden Bezirksstelle sein.

gez. Dr. Berliner

Karm/Kl. 41/-/447

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 27.7.1941

Anwesend	Dr. Baeck als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Eppstein
	Henschel
	Kozower
	Dr. Lilienthal
	Dr. Berliner
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karminski
	Lyon
fehlend	Löwenstein
	Meyerheim

1.) Da behördlich genehmigt worden ist, die Kürzung des Schulkontingentes um RMark 25.000.-- durch eine zusätzliche Sondersammlung auszugleichen, soll eine Werbung für Schulkinderpatenschaften veranstaltet werden. Um die Kleinsammlungen der RV nicht zu gefährden, sollen nur Vollpatenschaften von RMark 50.-- bzw. Halb- oder Viertelpatenschaften entgegengenommen werden. Ein Werbeaufruf, der sich insbesondere um kostenlose Pflegestellen für Schulkinder bemüht, wird genehmigt.

2.) Eine behördliche Entscheidung über den Weiterbestand der Schule der nichtmosaischen Juden steht noch aus. Falls eine Genehmigung erteilt wird, soll die Finanzierung im wesentlichen durch einen Beitrag der kirchlichen Kreise gedeckt werden.

3.) Es wird über die Lage der jüdischen Auswanderung berichtet. Die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung (Hilfsverein) beschäftigt nach dem geforderten Abbau noch 91 Mitglieder in Berlin und 31 im Reich.

4.) Die Bilanz des Jüdischen Kulturbundes hat ergeben, daß diese Organisation noch über flüssige Mittel und Reserven verfügt. Eine Rücksprache der Vorstandsmitglieder des Kulturbundes im Propagandaministerium soll auch die Frage, ob ein Teil dieser Reserve nicht satzungsgemäß für Aufgaben der Reichsvereinigung verwendet werden darf, zur Erörterung stellen.

5.) Es wird berichtet über:

a) die Räumung des Altersheimes Pankow zum 15. August 1941,

b) Aussiedlungen von bisher 10 Familien aus BRESLAU nach der Anstalt Zoar in Thormersdorf, wo sich bereits das Beate-Guttmann-Heim aus Breslau befindet,

c) die Möglichkeit, jüdische Personen in Berlin, die dem Arbeitseinsatz zugeführt werden sollen, wieder durch Vertrauensärzte der Jüdischen Kultusvereinigung untersuchen zu lassen.

gez. Dr. Berliner

I, Dr.Berl/Kl.
41/-/-.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.8.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cahn
Dr. Eppstein
Hanschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Lyon
Meyerheim

entschuldigt: Fürst
Karminski
Löwenstein

1.) Es wird beschlossen, allen Angestellten der Reichsvereinigung und der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin einen Ausweis auszuhändigen, aus dem sich ergibt, daß und in welcher Stellung sie bei der Reichsvereinigung oder der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin beschäftigt sind.

Für einen ganz eng beschränkten Kreis von Mitarbeitern, die sehr häufig Abens länger beschäftigt sind, sollen darüber hinaus Ausweise ausgestellt werden, aus denen sich ergibt daß sie aus Arbeitsgründen nicht zur vorgeschriebenen Zeit zu Hause sein können. Die Zeit, bis zu der diese Mitarbeiter gegebenenfalls beschäftigt sein werden, soll angegeben werden.

Für solche Mitarbeiter, die an einzelnen Tagen zur Erledigung bestimmter Aufträge länger beschäftigt sind, sollen Ausweise für den bestimmten Tag gegeben werden.

Der Wortlaut aller Bescheinigungen soll zwischen den beteiligten Stellen noch vereinbart werden.

2.) Den Vorstandsmitgliedern der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigung Berlin soll eine Abschrift des Briefes der Reichsvereinigung an die Abteilung Arbeitseinsatz der Kultusvereinigung Berlin, den Arbeitseinsatz der Ehefrauen der Vorstandsmitglieder betreffend, übermittelt werden.

3.) Es ist zu befürchten, daß eine große Anzahl von Personen, die sich für die Auswanderung vorbereitet und die Auswandererabgabe bereits bezahlt hatten, jetzt nach Schließung der USA-Konsulate, die Auswandererabgabe zurückverlangen wird. Dadurch könnten die Rückzahlungen in sehr erheblicher Höhe erforderlich werden.

Es wird beschlossen, mit einer generellen Anweisung über die Rückzahlung solcher Beträge noch einige Zeit zu warten, bis sich übersehen läßt, ob aufgrund der neuen Vorschriften für die Visa-Erteilung diese vielleicht in gewissem Umfang auch für in Deutschland lebende Personen wieder in Gang kommt.

-2-

65

4.) Die Fürsorgeabteilung kommt mit dem ihr für August zustehenden Kontingent nicht aus. Es wird ein Fehlbetrag von schätzungsweise RMark 150.000.-- entstehen.

Nach Erörterungen verschiedener Vorschläge wird beschlossen, Die Deckung dieses Fehlbetrages durch die Verwendung von RMark 100.000.-- des Überschusses der abgelaufenen Winterhilfe und von RMark 50.000.-- aus den Überschüssen des Kulturbundes vorzuschlagen.

5.) Bezieher von Pensionen der Reichsvereinigung und der Kultusvereinigungen sind zum Arbeitseinsatz zu melden, sofern sie arbeitseinsatzfähig sind und das Alter von 60 Jahren bei Männern und 55 Jahren bei Frauen nicht überschritten haben. Der Arbeitsverdienst ist auf die Pension anzurechnen.

Bei Berechnung der Pension ist ferner zu berücksichtigen, daß die Versicherungsrenten, die gleichfalls anzurechnen sind, erhöht sind.

Bei den Fürsorgeleistungen tritt eine Anrechnung der Erhöhungsbeträge aufgrund allgemeiner Bestimmungen nicht ein.

6.) Dem früheren Angestellten der Abt. Förderbeiträge, Herrn Drucker, der ausgeschieden ist, weil er vom Arbeitseinsatz beansprucht worden ist, war zum Ausgleich von entgangenen Provisionen eine Abfindung von RMark 975.-- angeboten worden. Herr Drucker berechnete demgegenüber den ihm zustehenden Betrag auf mindestens RMark 2.500.--. Die Schlichtungsstelle hat einen Vergleich von RMark 1.400.-- vorgeschlagen. Dieser Vergleichsvorschlag ist zunächst gescheitert.

Es soll versucht werden, in einer persönlichen Verhandlung mit dem Konsulenten Schlesinger, der Herrn Drucker vor der Schlichtungsstelle vertreten hat, zu einem Ausgleich zu kommen.

7.) Es wird beschlossen, zum Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung DORTMUND die Herren W o l f , M e y e r und R o s e n b a u m zu bestellen.

8.) Der Leiter der Anlernwerkstätte MÜNCHEN, Herr S i n g e r , hat beantragt, daß ihm neben seinem Gehalt aus Gehaltsstufe 3 für die von ihm abgehaltenen Abendkurse eine besondere Vergütung gewährt wird.

Dieser Antrag wird abgelehnt, da die Einstufung nach Gehaltsgruppe 3 bereits unter Berücksichtigung seiner gesamten Beschäftigung erfolgt ist.

gez. Dr. Berliner

66

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Kärm/Kl. 41/-/448

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.8.1941

Anwesend:	Dr. Baeck als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Epstein
	Henschel
	Kozower
Auf Dienstreise	Dr. Lilienthal
	Dr. Berliner
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karminski
	Lyon
	Meyerheim
fehlend	Löwenstein

Es wird folgendes berichtet:

Die Aufsichtsbehörde hat gestattet, in Zukunft die Einnahmen und Ausgaben von Ertragsgrundstücken zu saldieren. Eine Saldierung darf auch nach Antrag der Abt. Fürsorge für die Siechenheime und das Dauerheim für Schwachsinnige stattfinden. Durch diese Maßnahme wird das Fürsorgekontingent entlastet. Zur Deckung des dann noch vorhandenen Fehlbetrages ist die Verwendung von RMark 100.000.-- aus dem Überschuß der Jüdischen Winterhilfe 1940/41 gestattet worden. Ein Bericht über die jüdischen Organisationen, die noch außerhalb der Reichsvereinigung bestehen, ist angefordert worden.

Für die Aussiedlung der Juden aus K ö l n in Baracken sind von der Reichsvereinigung RMark 800.000.-- vorzulegen. RMark 50.000.-- sollen monatlich durch Erhebung von Mieten zurückerstattet werden.

Eine Besichtigung der Synagoge Heidereuthergasse und des Verwaltungsgebäudes der Jüdischen Kultusvereinigung Rosenstraße 2/4 hat durch die Polizeileitstelle Berlin der Geheimen Staatspolizei stattgefunden. Im Anschluß daran wurden die Wohnungsberatungsstelle Oranienburger Straße und die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung (Hilfsverein) Artilleriestraße besucht.

Die Haupttreuhandstelle Ost hat die Reichsvereinigung beauftragt, Unterstützungen an diejenigen Personen ehemaliger polnischer Staatsangehörigkeit zu zahlen, deren Vermögen durch die Haupttreuhandstelle Ost beschlagnahmt ist. Die Haupttreuhandstelle Ost wird der Reichsvereinigung zu diesem Zweck monatlich die Summe von RMark 12.500.-- überweisen.

Personen, deren Visen für USA verfallen sind, werden nach einer Mitteilung des JOINT, falls keine nahen Angehörigen in Deutschland zurückbleiben, bei einem amerikanischen Konsulat in Spanien Visen erhalten. Die Abteilung Wanderung der Reichsvereinigung wird daher für Personen, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen, einen Transport nach Spanien vorbereiten.

gez. Dr.. Berliner

I/Kurm/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 18.8.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim

krank: Löwenstein

1.) Es wird beschlossen, für den Transport und die Aufbewahrung von persönlichen Urkunden, Familienbildern etc., die der Jüdischen Kultusvereinigung HAMBURG aus den Lifts auswandernder Personen zur Verfügung gestellt werden, künftig nicht mehr zu genehmigen.

2.) Es wird beschlossen, daß in Zukunft auch Friedhofsgrundstücke nicht ohne angemessene Bezahlung verkauft werden sollen. Soweit eine solche nicht erzielbar ist, soll der Verkauf zurückgestellt werden.

3.) Es soll beantragt werden, von den Einnahmen aus der Vermietung von Synagogenplätzen die Hälfte für die Erhaltung des Kultus bereitzustellen. Jedoch soll die Jüdische Kultusvereinigung Berlin nicht mehr als monatlich Mark 2.000.-- für Kultuszwecke verwenden.

4.) Es wird mitgeteilt, daß die Bibliothek der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums provisorisch in der Artilleriestraße 31 aufgestellt werden soll.

5.) Es wird ein Plan erörtert, Bücher bei Privaten zu sammeln und sie bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin zu einer Leihbibliothek zusammenzustellen. Da auch beim Jüdischen Kulturbund Pläne zur Errichtung einer Leihbibliothek schweben, soll vor weiteren Verhandlungen der Frage mit dem Kulturbund Fühlung genommen werden.

6.) Es wird über die Umbesetzung des Vorstandes in FRANKFURT/MAIN berichtet. Der Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender Simon-Wolfskehl, Stellvertretender Vorsitzender Weil, Kauffmann, Marxheimer.

7.) Es wird über die Notwendigkeit eines weiteren Personalabbaus berichtet. Bis Ende September sollen 100 Angestellte, etwa 10 bei der Reichsvereinigung und etwa 90 bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin gekündigt werden.

62

8.) In der Angelegenheit DRUCKER ist es zu einer Einigung auf folgender Grundlage gekommen:

Die beim Ausscheiden des Herrn Drucker in Aussicht genommene Abfindung von RMark 975.-- soll gezahlt werden. Außerdem soll Herr Drucker zusätzlich zur Abfindung an Provisionszahlungen 10% der aus den Spenden Veilchenfeld und Jalowicz eingehenden Beträge erhalten. Vorweg wird zusätzlich zu den genannten RMark 975.-- eine A-conto-Zahlung von Rmark 125.-- geleistet.

9.) Es wird geplant, die Bezirksstelle Baden/Pfalz zur Entlastung von Herrn Eisemann durch Herrn WOLHEIM zu verstärken. Die Zuzugsgenehmigung für Herrn Wolheim ist auch erteilt worden, nicht aber die Genehmigung für seine Familie. Es soll zunächst versucht werden, ihn zu bestimmen, die Stelle auch ohne seine Familie anzutreten; anderenfalls soll eine andere zusätzliche Besetzung erfolgen.

Bezüglich des Herrn P i n k u s verbleibt es bei dem Entlassungsbeschluß.

10.) Dem bisherigen Leiter der bisherigen Umschichtungsstelle ELLGUTH, Herrn S p e a r soll mitgeteilt werden, daß es bei den durch die Abteilung Berufsausbildung getroffenen Maßnahmen bleibt.

11.) Im Zusammenhang mit dem Altreu-Transfer seines Bruders hat Herr Dr. E l s a ß, Ludwigsburg, wie durch die Bezirksstelle München mitgeteilt wird, in Briefen die Reichsvereinigung in bezug auf ihr Finanzgebahren und die Begründung der Sammlungen verdächtigt. Es wird beschlossen, Dr. Elsass binnen einer kurzen Frist zur Rücknahme seiner Behauptungen gegenüber der Reichsvereinigung und gegenüber denjenigen Personen, die seine Briefe empfangen haben, aufgefordert, anderenfalls weitere Schritte unternommen werden sollen.

gez. Dr. Berliner

63

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 25.8.41.

Anwesend	Dr. Baeck als Vorsitzender
	Dr. Cohn
	Dr. Epstein
	Henschel
	Kozower
	Dr. Lilienthal
	Dr. Fuchs
	Fürst
	Karminski
	Lyon
	Meyerheim
erkrankt	Dr. Berliner
	Löwenstein.

1.) Es wird beschlossen, künftig auch für Rechtsauskünfte, die im Rahmen der Reichsvereinigung erteilt werden, eine Gebühr von RMark 2.-- für jede Rechtsauskunft zu erheben; ebenso für Bearbeitung von Telefonanträgen.

2.) Da die Bezahlung der Kultusfunktionäre jetzt in der Regel durch private Sammlungen ermöglicht wird, so daß die Funktionäre weder steuer- noch beitragspflichtig sind, soll ein Weg gefunden werden, den Beiträgen entsprechende Beträge für die Reichsvereinigung auch ohne rechtliche Verpflichtung von den Kultusfunktionären zu erhalten.

3.) Das September-Kontingent ist insbesondere in den Posten Verwaltung, Schule und Fürsorge wieder erheblich gekürzt worden.

4.) Es wird beschlossen, die Ehefrauen der Herren Dr. Levy und Friedrich Meyer, die durch häufige Nachtarbeit ihrer Männer in der Haushaltsführung besonders beansprucht sind, durch die Jüdische Kultusvereinigung Berlin nicht zum Arbeitseinsatz zu melden.

5.) Die neue Fassung des § 11 a der Auswandererabgabe-Ordnung ist in folgender Fassung angenommen:

"Die Auswandererabgabe ist fällig, sobald der Auswanderer zwecks Durchführung seiner Auswanderung, insbesondere zwecks Erlangung seines Passes die Unbedenklichkeitsbescheinigung haben muß.

Die Auswandererabgabe wird zurückbezahlt, wenn eine Auswanderungsmöglichkeit für das Mitglied nicht mehr besteht. Bei der Zurückzahlung wird ein Betrag von 25% der geleisteten Auswandererabgabe als Gebühr einbehalten. Auf diesen Betrag werden 4% jährliche Zinsen für jeden abgelaufenen vollen Monat seit Leistung der Auswandererabgabe angerechnet. Die einzubehaltende Gebühr von 25% kann bis zu 10% ermäßigt werden, wenn dies nach der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Mitgliedes angemessen erscheint."

Es soll hinzugefügt werden, daß der bei der Zurückzahlung der Auswanderervergabe einbehaltene Betrag bei Rückfälligwerden der Auswandererabgabe zur Anrechnung kommen soll.

c) Es wird berichtet über

a) Bemühungen für Frauen, die über das arbeitseinsatzpflichtige Alter hinaus sind, Heimarbeit-Aufträge zu erhalten. Ein größerer Auftrag einer Wäschereif-Firma in Berlin steht bereits in Aussicht.

b) die Bemühungen, in der Heilstätte für jüdische Lungenkranke in Nordrach, die Aufnahme männlicher Patienten zu erreichen, nachdem zunächst eine Genehmigung des badischen Innenministeriums vorlag. Diese Genehmigung ist jetzt infolge einer Anordnung des Reichsstatthalters von Baden zurückgezogen worden.

c) die Genehmigung zur Verwendung von 50% der bei der Vermietung von Synagogenplätzen erzielten Einnahmen für Kultuszwecke.

d) die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, daß bei Arbeitseinsatzpflichtigen, die im Ruhegehalt belassen, die Hälfte des Verdienstes in Arbeitseinsätze auf das Ruhegehalt angerechnet werden soll.

gez. Dr. Lilienthal

a) Da eine Minderung der Richtsätze in der offenen Fürsorge nicht noch einmal erfolgen kann, findet eine Erörterung darüber statt, ob eine Lösung durch Saldierung der Altersheime angängig ist.

61

I/Dr.Li/Kl.
41 / - /515

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 8.9.1941

Anwesend: Dr. Baeck Als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Jensohel
Kozower
Dr. Lilienthal

Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim
Dr. Löwenthal zu L.

fehlend: Dr. Berliner
Löwenstein

1.) Es wird beschlossen, die Richtlinien für die einheitliche Bewertung der Sachbezüge auch für die Angestellten der Reichsvereinigung anzuwenden.

2.) Für einen Lesezirkel der Reichsvereinigungs-Angestellten des Hauses Kantstr. 158 sind aus Privatbesitz Bücher zur Verfügung gestellt worden.

3.) Der Beschluß, auch für Rechtsauskünfte, die im Rahmen der Reichsvereinigung erteilt werden, eine Gebühr zu erheben, wird aufgehoben. Die Zweig-und Bezirksstellen der Reichsvereinigung sollen im übrigen darauf hingewiesen werden, daß auch an sich zulässige Rechtsauskünfte nur an Unbemittelte erteilt werden sollen. Bemittelte sind auf die Konsulenten zu verweisen.

In den Kleiderkammern soll künftig für Umtausch von Kleidungsstücken eine Gebühr von RMark 1.-- erhoben werden.

4.) Der Abbau von 100 Angestellten, der bis Ende September durchgeführt werden muß, soll so verteilt werden, daß die Abt. Wanderung zunächst nur 5 Angestellte entläßt, etwa 15 weitere Personen werden von der Zentrale der Reichsvereinigung abgebaut, so daß bei der JKV Berlin nur 80 Angestellte zu entlassen sind.

5.) Über die Durchführung der Verordnung über die Kennzeichnung der Juden, die am 19. September 1941 in Kraft tritt, wird berichtet.

6.) Es wird berichtet über:

a) einen Besuch im Erziehungsministerium, das anerkennt, daß auch in Zukunft Dienstreisen der Schulabteilung notwendig sind, und daß Kinder, die nicht an ihrem Wohnort zur Schule gehen, für die tägliche Fahrt zur Schule Ausweise erhalten müssen,

b) die Auflösung der Schule der nichtmosaischen Juden

c) die Einsetzung von Dr. Schönfeld als Leiter der Abt. Förderbeiträge.

gez. Dr. Lilienthal

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr. LE/Ri.
41/-/537

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Dienstag 16.9.41

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Hensel
Kozower
Dr. Lilienthal
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim

fehlend Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Löwenstein

1.) Es findet eine Aussprache darüber statt, ob nach Auflösung der Schule der nichtmosaischen Juden die Kinder, die bisher diese Schule besucht haben, in Sondergruppen innerhalb der jüdischen Schule unterrichtet werden sollen. Die Beschlußfassung wird dem Vorstand der JKV Berlin überlassen.

2.) Die Büros der Reichsvereinigung und der JKV Berlin sollen an den beiden Neujahrsfeiertagen und am Versöhnungsfest geschlossen bleiben unter Aufrechterhaltung eines verstärkten Notdienstes. An den Hoshanafeiertagen des Laubhüttenfestes soll je die Hälfte der Mitarbeiter beurlaubt werden.

3.) Es wird berichtet über:

a) die Ausführungsbestimmungen der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden,

b) die Auflösung des jüdischen Kulturbundes,

c) das bisherige Sammlungsergebnis der Sammlung "JÜDISCHE PFLICHT" bis zum 31. August 1941 RMark 670.000.--.

gez. Dr Lilienthal

57

I/Dr.Boel/Kl.
41/-/359

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 29.9.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel.
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim

fehlend: Löwenstein

1.) Es wird beschlossen, die Sammlung des Keren Kajemeth in der Form fortzusetzen, daß die vorhandenen Büchsen bleiben und weiterhin regelmäßig geleert werden sollen. Von einer Neuaufstellung von Büchsen soll Abstand genommen werden. Die Erträgnisse der Sammlung sollen dem Schulwesen, insbesondere zur Förderung von hebräischem Unterricht, zufließen.

Die Büchseninhaber sollen in einem einmaligen Schreiben von der Fortsetzung der Sammlung und der neuen Zweckbestimmung der Erträgnisse in Kenntnis gesetzt werden.

2.) Zum Zwecke der Ersparnis im Schuletat soll der Etat der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums nochmals die Möglichkeit weiterer Einsparungen nochmals überprüft werden.

Es soll ferner geprüft werden, ob zusätzliche Mittel außerhalb des Etats für die Lehranstalt gewonnen werden können.

Im übrigen soll zunächst abgewartet werden, welche etatsmäßigen Ersparnisse die Saldierung der Kinderheime aufweisen.

3.) Herr Dr. E l s a s s , Ludwigsburg, hat durch den Konsulenten Dessauer, Stuttgart, mitteilen lassen, daß er bereit sei, der Aufforderung der Reichsvereinigung, die gegen die ausgesprochenen Verdächtigungen ausdrücklich zurückzunehmen, nachzukommen, sofern seine Erklärung weder veröffentlicht noch einer Behörde vorgelegt würde. Es soll ihm mitgeteilt werden, daß eine Veröffentlichung nicht beabsichtigt sei, daß aber hinsichtlich der Vorlage eine Bindung nicht eingegangen werden könne.

4.) Das Angestelltenverhältnis mit Angestellten in priviligierten Mischehen wird erörtert. Beschlußfassung wird vertagt.

gez. Dr. Berliner

57

I/Dr.Berl/Kl
42/ - / 38

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 7.10.1941

Anwesend:
Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Lyon
Meyerheim

fehlend (krank) Löwenstein.

1.) Es wird beschlossen, die Mitarbeiter bei der Sammlung FÖRDERERBEITRÄGE in bezug auf Gehälter oder Personalangelegenheiten nicht mehr bei der Abteilung Wanderung, sondern unmittelbar bei der Personalverwaltung in der Zentrale Kantstraße zu führen.

2.) Es wird berichtet über

a) Wohnungskündigungen in Berlin,

b) die Beschäftigung von jüdischen Bibliothekaren,

c) die Notwendigkeit der Verstärkung der Hauspflege in Berlin.

gez. Dr. Berliner

I/Dr.Berl./41.
42/ - / 39

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 3.11.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Kerminski
Lyon
Meyerheim

fehlend (krank) Löwenstein

1.) Die Änderung der Auswandererabgabe-Ordnung wird gemäß Vorlage beschlossen.

2.) Es wird beschlossen, für die Jüdische Winterhilfe, deren Genehmigung in Aussicht gestellt ist, als Richtsatz 10% der Einkommensteuer bzw. 8% der Vermögenssteuer monatlich für 6 Monate zu erheben.

3.) Es wird berichtet über

a) die Abwanderungsmaßnahmen in Berlin und die Betreuung der betroffenen Personen durch die Gemeinde,

b) die entsprechenden Maßnahmen im Reich.

gez. Dr. Berliner

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/Kl.
42/ - / 40

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 24.11.1941

Anwesend:	Dr. Baeck	als Vositzender
	Dr. Cohn	
	Dr. Eppstein	
	Henschel	
	Kozower	
	Dr. Lilienthal	
	Dr. Berliner	
	Dr. Fuchs	
	Fürst	
	Lyon	
	Meyerheim	
fehlend (krank)	Löwenstein	
	Karminski	

1.) Es wird über Bemühungen berichtet, die Umwandlung von JOINT-Devisen für die Fortsetzung der Zahlungen in das Generalgouvernement in der Form durchzuführen, daß Personen über 60 Jahre gegen Hergabe entsprechender Reichsmarkmittel (die in gewissem Umfang auch für Personen, die selbst über Mittel nicht verfügen, Verwendung finden sollen), die Auswanderung ermöglicht wird.

2.) Es wird beschlossen, zur Deckung der Auswanderungskosten sowie darüber hinaus für die allgemeinen Zwecke der Reichsvereinigung von den Teilnehmern an den Abwanderungstransporten freiwillige Spenden in Höhe von mindestens 25% der flüssigen Mittel (ohne Wertpapiere) zu erheben.

gez. Dr. Berliner

I/ [illegible] Berl/Kl.
41/- 688

Protokoll der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 8.1.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Kirmmelstei
Lyon
Meyerheim

1.) Es wird beschlossen, die für das Jahr 1941 beschlossene Beitrags-Ordnung unverändert für 1942 beizubehalten.

2.) Es wird für erforderlich gehalten, das Gehalt von Herrn Victor Israel Löwenstein mit Rücksicht auf die lange Dauer seiner Erkrankung und die Unbestimmtheit des Zeitpunktes seiner Wiederherstellung herabzusetzen, und zwar etwa dahin, daß im Januar das Gesamteinkommen unter Berechnung seiner Pension dem seiner Gehaltsgruppe (Gruppe II) entspricht, ab Februar er Rmrk 150.-- brutto zusätzlich zur Pension von der Reichsvereinigung bekommt.

3.) Die Entscheidung von Anträgen, die an die Antrag-Prüfungsstelle gelangen, weil die örtliche Antragstelle ihre Befürwortung und Weitergabe abgelehnt hat, soll von einem Prüfungsausschuß getroffen werden. Diesem Prüfungsausschuß sollen die Herren Kozower, Conrad Cohn, Dr. Eppstein und Dr. Lilienthal angehören; sofern es sich um Berliner Fälle handelt, tritt an die Stelle von Herrn Kozower dann Herr Henschel.

Die vom Prüfungsausschuß gefällten Entscheidungen sollen dem Vorstand zur Kenntnis gebracht werden.

Über eine Reihe von Zweifelsfragen der Anordnung über Verfügungsbeschränkungen soll eine Klärung herbeigeführt werden.

4.) Die Richtsätze für die Jüdische Winterhilfe werden mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Winterhilfsperiode frühestens im Dezember beginnen kann, in folgenden Punkten abgeändert:

Bei der Berechnung des Richtsatzes vom Einkommen werden statt 6 x 10% jetzt 5 x 12% der Lohnsteuer erhoben.

Bei Berechnung des Richtsatzes vom Vermögen werden statt 6 x 3% jetzt 5 x 10% des Reichsvermögensteuerbetrages erhoben.

5.) Es wird darüber berichtet, daß die jüdischen Friedhöfe vielfach zur Bestattung von russischen Kriegsgefangenen in Anspruch genommen werden.- Gegen diese Inanspruchnahme bestehen keine Bedenken.

gez. Dr. Berliner.

57

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Berl/Kl.
42/-/41

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereingung der Juden in Deutschland, Montag, 22.12.1941

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Dr. Lilienthal

Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Kürst
Lyon
Meyerheim

1.) Es wird beschlossen, die Sammlung FÖRDERERBEITRÄGE zum 1.1.1942 aufzulösen.

2.) Die zentrale Sammlung der Reichsvereinigung soll durch einen Teil der Sammler der Fördererbeiträge verstärkt werden.

2.) Es wird berichtet über

a) die Schließung des JOINT-Büros in Krakau,

b) die Betreuung derjenigen Personen, deren Vermögen durch die Haupttreuhandstelle Ost eingezogen worden ist,

c) die Verhandlungen über die Räumung der Wohnungen von Abgewanderten in Berlin.

gez. Berliner

I/Dr.Bor/Wa.
42,-/53

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 26.1.1942

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Epstein
Hanschel
Kronower
Kreindler

fehlend (krank) Dr. Cohn

Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Löwenheim

1.) Die Zuwahl von Herrn Leo Israel K r e i n d l e r als Leiter des in die Reichsvereinigung als Abteilung einzugliedernden Rest-Kulturbundes (Nachrichtenblatt und Buchvertrieb) in den Vorstand der Reichsvereinigung wird vollzogen.

Die Vorkehrungen für die Eingliederung des Rest-Kulturbundes sollen nunmehr getroffen werden, und zwar in der Weise, daß -wie bei allen anderen Abteilungen- die Finanzverwaltung der Finanzabteilung, die Personalien der Personalabteilung eingegliedert werden, während die sachliche Leitung der Abteilung in den Händen des Herrn Kreindler verbleibt. Die kulturelle Aufsicht über diese Abteilung wird weiterhin durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda geführt werden.

2.) Da zu erwarten ist, daß mit dem 1. Februar 1942 die Postzustellung von Zeitungen und Zeitschriften an Juden -mit Ausnahme des Jüdischen Nachrichtenblattes- eingestellt wird, soll versucht werden, der Aufsichtsbehörde Vorschläge zu unterbreiten, durch die die Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit den für sie notwendigen Nachrichten soweit als möglich sichergestellt wird. Diese Vorschläge sollen sich beziehen auf die Zustellung von

a) zentralen amtlichen Publikationsorganen (Reichsgesetzblatt, Reichsanzeiger, Reichsarbeitsblatt usw.) an die Reichsvereinigung, die selbständigen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen sowie die größeren Verwaltungsstellen.

b) örtlichen oder bezirklichen amtlichen Publikationsorganen (z.B.Kreisblättern) an die örtlichen Verwaltungsstellen der Reichsvereinigung.

./.

c) Fachblättern an die Jüdischen Konsulenten und jüdischen Kranken- und Zahnbehandler.

d) allgemeinen Nachrichten an die jüdische Bevölkerung durch Freigabe einer Tageszeitung zur Lieferung an die jüdische Bevölkerung oder -falls dieses nicht möglich sein sollte- durch Aufnahme solcher Nachrichten in das Jüdische Nachrichtenblatt, ferner durch Verbreitung von Nachrichten durch eine besondere Nachrichtenorganisation (in Großstädten: Blocksystem), schließlich durch Einrichtung von Lesestuben usw.

3.) Aus Anlaß eines Einzelfalles wird vorgeschlagen, die Form der Todesanzeigen im Jüdischen Nachrichtenblatt nach Möglichkeit zu vereinfachen.

4.) Über das statistische Ergebnis der Meldungen von Verfügungen seit dem 15. Oktober 1941 wird berichtet sowie ein Überblick über die Tätigkeit der Antragstelle bei der Jüdischen Kultusvereinigung Berlin gegeben. Der Vorstand nimmt von einer Entscheidung der Antrag-Prüfungsstelle Kenntnis.

5.) Nachdem die Zahlungen des JOINT-Lissabon an die Gemeinden in Ostoberschlesien, Warthegau und Süd-Ostpreußen in Fortfall gekommen sind und diese Gemeinden um weitere finanzielle Unterstützung dringend gebeten haben, soll geklärt werden, ob und wieweit die Ghettoverwaltung in Litzmannstadt in der Lage ist, eine Fürsorge für diese Gemeinden zu übernehmen.

6.) Es wird berichtet über:

a) das Gesamtergebnis der Abgabe von Pelz-, Ski- und Wollsachen,

b) den Abgang des Abwanderungstransportes vom 25.1.1942 aus Berlin.

gez. Berliner



I/Karm/Kl.
42/-/37

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 9.2.1942

Anwesend: Dr. [illegible] als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Epstein
[illegible]
Kozower
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski

fehlend: Dr. Berliner
Meyerheim.

1.) Der Vorschlag, zwecks zusätzlicher Mittelaufbringung eine einmalige Abgabe, die in einem bestimmten Prozentsatz zum Vermögen steht, zu erheben, wird grundsätzlich erörtert. Ein detaillierter Plan soll dem Vorstand vorgelegt werden.

2.) Es wird berichtet über:

a) die Herabsetzung der Freigrenze für Inhaber mit beschränkt verfügbarem Sicherungskonto.

b) die behördliche Ablehnung der Inbetriebnahme der Mazzothbäckereien in Frankfurt/Main und Hamburg,

c) die Übernahme des Zeitungsverlages und Buchvertriebes des ehemaligen jüdischen Kulturbundes in die Buchhaltung und Personalverwaltung der Reichsvereinigung zum 1. März 1942.

d) die Anordnung betreffend Auflösung der Paltreu und Eingliederung der Altreu. Es soll dafür eingetreten werden, daß die FWI (Gesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher Interessen von in Deutschland lebenden oder wohnhaft gewesenen Juden) zunächst erhalten bleibt.

gez. Dr. Lilienthal

46

I/Dr.Berl/Kl.

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 23.2.1942

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Meyerheim

1.) Es wird darüber berichtet, daß die Palästina-Fonds eine Reihe von Rentenverpflichtungen eingegangen sind, die nach Eingliederung der Fonds die Reichsvereinigung stark belasten. In einem Einzelfall (Frau Jenny J o s e p h geb. Erlanger, früher Köln, jetzt Berlin), soll versucht werden, die Rente der Frau Joseph durch Aufnahme in ein Altersheim abzulösen.

2.) Die Rente von Frau Maria SEELIGSBERGER geb. Grundmann in Schöna (Sachs. Schweiz) in Höhe von monatlich RMark 300.--, die aus einer Verpflichtung der eingegliederten Simon und Maria Seeligsberger Zustiftung herrührt, soll nach Möglichkeit durch eine Kapitalauszahlung in Höhe von RMark 35.000.-- bis 40.000.-- abgelöst werden.

3.) Herr Kreidler referiert über die Arbeit der Reichsvereinigung. Er regt die Erörterung allgemeiner jüdischer Fragen im Vorstand an, insbesondere die Erweckung des Verständnisses für das Ostjudentum in der jüdischen Erziehung. Er empfiehlt ferner die Besprechung der laufenden Angelegenheiten in regelmäßigen Dezernentenbesprechungen.

4.) Es wird über die Notwendigkeit eines weiteren Abbaus im März berichtet.

Als allgemeine Richtlinien für die Durchführung wird beschlossen, die Verteilung auf die Zentrale der Reichsvereinigung, Berlin und Reich etwa im Verhältnis 1 : 9 : 10, die Verteilung zwischen der Abteilung FÜRSORGE und den VERWALTUNGSAbteilungen etwa im Verhältnis 5 : 3 vorzunehmen.

gez. Dr. Berliner

45

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/Kl.
42/191

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 9.3.42

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Cohn
Dr. Eppstein
Henschel
Kotower
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Meyerheim

1.) Die Änderung des § 10 der Satzung der Reichsvereinigung und die Ordnung über die Erhebung eines außerordentlichen Beitrages 1942 wird der Vorlage entsprechend beschlossen.

2.) Der Etat der Lehranstalt soll künftig 1 1/2 des Schul-Etats nicht übersteigen.

gez. Dr. Berliner

43

REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

I/Dr.Berl/Kl.
42/ - /121

Protokoll der Vorstandssitzung der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 26.3.1942

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Kreindler
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Cohn
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Leyerheim

1. Die Bilanz per 31. Dezember 1940 wird vorgelegt und genehmigt.

2. Mit Rücksicht auf den Rückgang der jüdischen Bevölkerung durch Abwanderung soll die Zahl der selbständigen jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen verringert werden. Dabei sollen je nach Lage des Einzelfalles entweder bisherige Gemeinden in Bezirksstellen eingegliedert oder die Arbeit von Bezirksstellen von einer selbständigen Kultusvereinigung mit übernommen werden.

3. Der außerordentliche Beitrag soll von Kultusvereinigungsmitgliedern nicht erhoben werden.

4. Mit Rücksicht auf die vielfachen Behördenarbeiten wird beschlossen, von einer Schließung der Büros an den Pesach-Feiertagen -mit Ausnahme des zweiten Tages, der mit Karfreitag zusammenfällt- Abstand genommen werden.

5. Es wird berichtet über

a) die Kennzeichnung der jüdischen Wohnungen, die bis zum 15. April 1942 durchgeführt werden soll,

b) das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ab 1. Mai 1942.

c) Durchführung des nächsten Abwanderungstransportes aus Berlin.

gez. Dr. Berliner

41

[illegible]

Protokoll der Vorstandssitzung.

der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 13.4.42

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Epstein
Henschel
Kaufmann
Krakauer
Dr. Lilienthal

fehlend: Dr. Cohn
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Parst
Sarminski
Meyerheim

II
III
IV

16.V

1. Es wird beschlossen, während der Sommermonate die Sammlung JÜDISCHE PFLICHT wie im vorigen Jahre wieder durchzuführen, und zwar vier Monate hindurch, wobei vorbehalten bleibt, sie um einen Monat zu verlängern, falls der Beginn der WINTERHILFE sich verzögert. Die Richtsätze bleiben die gleichen wie bei der Winterhilfe; die Sammlung soll in der letzten Mai-Woche eröffnet werden.

2. Es wird berichtet über

a) die technische Regelung hinsichtlich der Anträge auf Fahrterlaubnis -insbesondere in Berlin- für diejenigen Personen, die nach dem Runderlaß Nr. 42/107/181 vom 30.3.1942 zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigt sind,

b) die Durchführung der drei letzten Abwanderungstransporte aus bzw. über Berlin,

c) die finanzielle Entwicklung der Reichsvereinigung in den letzten Monaten.

gez. Dr. Berliner

Protokoll der Vorstandssitzung
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Montag, 11.5.1942

Anwesend: Dr. Baeck als Vorsitzender
Dr. Eppstein
Henschel
Kozower
Kreindler
Dr. Lilienthal
Dr. Berliner
Dr. Fuchs
Fürst
Karminski
Meyerheim

1. Aufgrund eines Berichtes über das bisherige Verfahren beim Abschluß von Heimeinkauf- und Heimaufnahmeverträgen wird beschlossen, in Zukunft grundsätzlich Heimeinkaufverträge zu bevorzugen, auch wenn das Vermögen der Heimanwärter für die dem Vertrage zugrundeliegende Kostenberechnung nicht voll ausreicht. Werden Heimaufnahmeverträge abgeschlossen (in Fällen, in denen nur laufende Einnahmen oder kleine Vermögen zur Verfügung stehen), so sollen nach Möglichkeit Vorauszahlungen vereinbart werden, die beim Ableben oder Ausscheiden des Heiminsassen der Reichsvereinigung verbleiben; es sei denn, daß das Ausscheiden im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt.

Die Heimverträge sind aufrecht zu erhalten, auch wenn die Leistungen z.B. durch Verlegung in Wohngemeinschaften herabgesetzt werden müssen.

2. Es wird beschlossen, die Heime der JKV Berlin durch Mitarbeiter sowohl der RV wie der JKV kontrollieren zu lassen. Für die RV werden neben den bereits früher beauftragten Herren MEYER und SELBIGER Frau Dr. Berliner und Frau Fürst benannt, für die JKV außer den ständigen Revisoren die Herren ABRAHAMSOHN und Herbert LEVY, und zwar mit der Maßgabe, daß die Kontrollbesuche jeweils gemeinsam von einem männlichen und einem weiblichen Mitarbeiter durchgeführt werden sollen. Unabhängig von diesen Kontrollen soll die hygienische Überwachung der Heime durch die Gesundheitsverwaltung der JKV fortgeführt werden.

Die Federführung soll bei der Abt. F ü r s o r g e der RV liegen; diese wird die beauftragten Mitarbeiter der RV und JKV zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenbitten. Es wird in Aussicht genommen, auch die Heimkontrollen außerhalb Berlin, die durch die Bestellung der bisherigen Heimrevisorin zur Leiterin des Kinderheims Berlin, Schönhauser Allee 162 in Fortfall gekommen sind, wieder aufzunehmen und hierfür gleichfalls sowohl Mitarbeiter der RV wie der JKV heranzuziehen.

3. In Ergänzung des Merkblattes "Gesundheitsschutz - Gemeinschaftsschutz" sollen die verantwortlichen Leiter von Gemeinschaftsunterkünften noch ausführliche Anweisungen bezüglich der Durchführung erhalten.

[illegible] von Arbeitern der Reparatur-
[illegible] der Zentrale der RV (z.B. D[illegible]
[illegible] zu b[illegible]rdernden Einrichtungsgegenstände
[illegible] wird festgelegt, daß die Kosten zwischen
[illegible] der RV kontenmäßig aufgerechnet werden, um die
[illegible] zu vermeiden."

gez. Dr. Berliner

I/Dr.Berl/Kl.
42/ - /295

20

P r o t o k o l l

der Vorstandssitzung vom 29.Juni 1942, 15 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kozower, Artzt, Karminski, Levy, Meyerheim, Simonis

---

1. Wohnungsräumung in Berlin

KOZOWER berichtet über Umfang und Verfahren der Wohnungsräumungen in Berlin, insbesondere über die Arbeit der Wohnungsberatungsstelle im Zusammenhang mit der anderweitigen Unterbringung von Mietern oder Untermietern. Bisher sind rund 6.000 Wohnungen geräumt worden. Der Personalbedarf, der durch die seitens der JKV Berlin zu stellenden Hilfsarbeiter für die Wohnungsräumungen entstanden ist, wird im Zusammenhang mit den weiteren Abbau-Massnahmen erörtert.

2. Abwanderung

a) Heimeinkaufverträge für Theresienstadt

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf des der Aufsichtsbehörde vorgelegten Rundschreibens über den Abschluss von Heimeinkaufverträgen für Theresienstadt und über die verfügten Abänderungen. Zwecks Überweisung der erforderlichen Mittel nach Theresienstadt ist künftig monatlich über die Zahl der dorthin abgewanderten Personen gesondert zu berichten.

b) Altersheim-Transporte aus Berlin

KOZOWER berichtet über die eröffnete Versehrung der Anzahl der Transporte nach Theresienstadt von wöchentlich drei auf fünf, unter gleichzeitiger Erhöhung der Teilnehmerzahl von 50 auf 100 je Transport. Die hierdurch bedingten Personaldispositionen werden erörtert. Angesichts des vermehrten Personalbedarfs soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde darüber eingeholt werden, ob und in welcher Weise hierauf bei dem angeordneten Personalabbau Rücksicht genommen werden kann.

3. Schulkinder-Betreuung

KARMINSKI berichtet über die vorgesehenen Massnahmen zur Betreuung von Schulkindern nach Schliessung der jüdischen Schulen. Die Fragebogen-Aufnahme in Berlin hat ergeben, dass von rund 1400 Volksschülern die zusätzliche Unterbringung für 625 Volksschüler in Kindertagesheimen, davon 372 ganztägig, erforderlich werden wird. Die Möglichkeiten des Einsatzes älterer Schüler für Arbeiten in jüdischen Einrichtungen werden besprochen und festgelegt. Entwurf eines Rundschreibens soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

35

08

4. Abrechnung der Jüdischen Winterhilfe 1941/42

KARMINSKI berichtet über das Ergebnis der Jüdischen Winterhilfe 1941/42. Das Spendenaufkommen belief sich trotz der Verringerung der Anzahl der Juden auf RM 1.537.214,26. Der Kassenbestand von RM 1.269.179,51 soll derart verwandt werden, dass ein Betrag von 1,2 Millionen Reichsmark für die satzungsmässigen Zwecke der RV verwandt wird, während der Spitzenbetrag von rund RM 69.000,- dem Ausgleichsfonds zugeführt werden soll.

5. Ablieferung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, optischen Geräten, usw.

Über die zur Durchführung der Ablieferung von elektrischen Geräten, von Plattenspielern und Schallplatten, von Schreibmaschinen, Fahrrädern und optischen Geräten ergangenen Anweisungen wird berichtet. Die Organisation der Ablieferung in Berlin (1.bis 5.7.1942) wird besprochen. Für die Voraussetzungen, unter denen eine Weiterleitung von Anträgen von Mitarbeitern der RV und JKV Berlin gemäss Ziffer II der Anordnung auf Belassung von Schreibmaschinen zum dienstlichen Gebrauch an die zuständige Staatspolizeileitstelle erfolgen kann, werden Richtlinien aufgestellt.

6. Organisation

Über die aufsichtsbehördlich genehmigten Organisationpläne der Zentrale der RV und der JKV Berlin wird berichtet und demgemäss beschlossen. Mit der räumlichen Zusammenlegung der Zentrale der RV in zwei Stockwerke des Hauses Kantstrasse 158 sowie mit der damit verbundenen Zuordnung des Personals zu den einzelnen Abteilungen erklärt sich der Vorstand einverstanden.

gez. Paul Israel Eppstein

3.

P r o t o k o l l

der Vorstands- und Ausschuss-Sitzung
am 6.Juli 1942, 19.30 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler, Karminski, Meyerheim

---

1. Finanzfragen

a) Steuererklärung der RV

EPPSTEIN berichtet über das Ergebnis der vorläufigen Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der RV in 1941, die mit einem Ausgaben-Überschuss von rund 3 Millionen RMark, bei Einnahmen von rund 39,7 Millionen RMark abschliesst. Aus der Aufstellung ergibt sich, dass der Körperschaftssteuer Einnahmen im Betrag von RM 1.428.000,- unterliegen. Die Körperschaftssteuer wird sich daher voraussichtlich auf RM 642.600,- belaufen, wovon RM 559.800,- durch Vorauszahlungen gedeckt sind. Die Umsatzsteuer-Vorausberechnung ergibt eine Steuersumme von RM 356.285,-, wovon durch Vorauszahlungen rund RM 149.000,- gedeckt sind. Nach Eingang der Steuerveranlagungen muss daher mit Körperschafts- und Umsatzsteuer-Abschlusszahlungen für 1941 von rund RM 291.000,- gerechnet werden.

b) Liquidität der Zentrale der RV

MEYERHEIM berichtet über die bei der Zentrale der RV verwalteten liquiden Mittel, die sich per 30.6.42 auf rund 57 Millionen RMark belaufen, hiervon Effekten im Buchwert von rund 27 Millionen RMark, Bankkonten im Betrag von rund 30 Millionen RMark. Festangelegt sind rund 28 Millionen RMark. In diesen Beständen ist das zentrale Sonderkonto W mit rund 2,9 Millionen RMark, davon fest angelegt 2,4 Millionen RMark, enthalten.

2. Personalfragen

Für den Jüdischen Buchvertrieb wird nach einem Bericht von KREINDLER die Entlassung von drei der bisher zehn Mitarbeitern nach Durchführung des Umzugs von der Wilsnackerstrasse 3 in die Artilleriestrasse 31 beschlossen, ausserdem die Einstellung des bisherigen Abteilungsleiters Pless als Sachbearbeiter in Gehaltsgruppe IV statt bisher III.

3. Fürsorge

a) Einzelbeihilfen

Es wird nach Berichten von BAECK und HENSCHEL beschlossen, Einzelbeihilfen grundsätzlich nur noch im Rahmen der Fürsorge und nach Massgabe der Fürsorge-Richtlinien

zu gewähren. Soweit noch für Unterstützungen Sonderkonten, Dispositions- oder ähnliche Fonds bestehen, sollen sie mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Dies gilt auch für bisher zweckgebundene Stiftungsvermögen, wie z.B. der Mendelssohn- und Salinger-Stiftung, die Vermögen der RV vereinnahmt und deren Zinserträge nicht mehr gesondert ausgewiesen und verwandt werden soll. Zuwendungen aus Stiftungen, die in die RV eingegliedert sind oder werden, müssen daher auf Übergangsbeihilfen nach Massgabe der hierzu erlassenen aufsichtsbehördlichen Richtlinien beschränkt werden. Über Sonderbeihilfen (z.B. für Wohnungsräumungskosten) entscheidet die Abteilung Fürsorge, in Zweifelsfällen der Vorstand.

b) Armenrechtskosten

KOZOWER berichtet über Fälle, in denen, z.B. bei Ehescheidungen, angeforderte Gerichtskosten-Vorschüsse infolge Hilfsbedürftigkeit nicht gezahlt werden konnten. Da Juden das Armenrecht nicht mehr zugebilligt wird, wird, vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, in Aussicht genommen, sofern der Einzelfall es vertretbar erscheinen lässt, Gerichtskosten, jedoch keine Rechtshilfe-Gebühren, aus Fürsorgemitteln zu bewilligen. Um einen Überblick über in Betracht kommende Fälle zu erlangen, behält sich der Vorstand bis auf weiteres die Entscheidung hierüber vor.

4. Abwanderung

KOZOWER berichtet über den am 11.ds.Mts. vorgesehenen Abwanderungstransport mit etwa 200 Teilnehmern aus Berlin sowie über die Durchführung der Transporte nach Theresienstadt mit wöchentlich 500 Teilnehmern, EPPSTEIN über die Abwanderungstransporte aus den anderen Bezirken.

gez. Paul Israel Eppstein

4.

P r o t o k o l l

der Vorstands-Ausschusssitzung
am 9.Juli 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler, Meyerheim

zu Ziffer 2: Karminski, Simonis
zu Ziffer 3: [redacted] (Kataster)

---

1. Finanzen

a) Steuerzahlungen der RV

MEYERHEIM berichtet im Zusammenhang mit der durch die RV abgegebenen Körperschafts- und Umsatzsteuer-Erklärung über den Gesamtbetrag, auf den sich voraussichtlich die Gesamtsteuerzahlungen der RV in 1942 belaufen werden. Körperschafts-, Umsatz-, Vermögens- und Schenkungssteuer werden unter Einbeziehung der entsprechenden Verpflichtungen der eingegliederten Organisationen sich auf rund 2,3 Millionen RMark belaufen. Hiervon dürften durch Vorauszahlungen gedeckt sein rund RM 900.000,-, sodass noch zu zahlen sein werden rund 1,4 Millionen RMark, und zwar einschliesslich der Vorauszahlungen für 1942.

b) Inventarerlöse

MEYERHEIM berichtet über die Entwicklung des Kontos Inventarerlöse, dass sich bei der Zentrale auf rund RM 110.000,- beläuft. Um einen Überblick über das Ergebnis der Inventar-Verwertung zu erlangen, soll künftig bei der Zentrale ein Inventarerlös-Evidenzkonto geführt werden, das eine Übersicht über die Inventarverwertungen, besonders auch der Schulen und Heime, ermöglichet.

2. Fürsorge

a) Heimeinkaufverträge

HENSCHEL berichtet über Zweifelsfragen im Zusammenhang mit der Durchführung der Anweisung über den Abschluss von Heimeinkaufverträgen H. Es wird klargestellt, dass die Heimeinkaufsummen nach Massgabe des Rundschreibens vom 30.v.Mts. nach der Lebenserwartung zu berechnen und dem Sonderkonto H zuzuführen sind. Auf das darüber hinaus etwa noch vorhandene Barvermögen sollen die Spendenrichtsätze für das Sonderkonto W in Anwendung gebracht werden. Sofern noch Aufnahmen in Heime im Altreich stattfinden, sollen Heimverträge nach dem bisherigen Muster abgeschlossen werden mit der Massgabe, dass ausser dem Einkaufsgeld der

monatliche Pflegekostensatz von der Heimeinkaufssumme abgeschrieben, der verbleibende Betrag im Zeitpunkt der Abwanderung nach Theresienstadt jedoch auf Sonderkonto H überwiesen wird. Bei den Heimeinkaufverträgen H soll grundsätzlich von einer Übereignung von Hausrat Abstand genommen werden. Bei Heimeinkaufverträgen für Heime im Altreich kann wie bisher eine Übereignung von Einrichtungsgegenständen und Hausrat zwecks Verwertung stattfinden; es ist jedoch im Vertragsformblatt klarzustellen, dass, soweit Hausrat übereignet wird, dessen Schätzungswert Bestandteil der Heimeinkaufssumme, also des für die Heimaufnahme zu entrichtenden Leistungsentgelts, ist.

b) Kriegsopferbeihilfen

KARMINSKI berichtet über die Zahlung von widerruflichen Beihilfen in halber Höhe der bis zum 20.6.1940 gewährten staatlichen Kann-Leistungen für Eltern von Kriegsopfern, also RM 7.50 im Monat für einen Elternteil oder RM 10,- im Monat für beide Eltern. Nach dem Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht, Abteilung Reichsversorgung vom 20.6.1940 sind Kann-Leistungen für jüdische Kriegsopfer in Fortfall gekommen. Ob derartige Kann-Leistungen künftig durch die jüdische Fürsorge zur Auszahlung gebracht werden können, soll der Aufsichtsbehörde vorgetragen werden.

5. Feststellung von Judenwohnungen in Berlin an Eisenbahnstrecken

Eppstein berichtet unter Verpflichtung zur Geheimhaltung über den am 9.ds.Mts. von der Aufsichtsbehörde erteilten Auftrag, ein Verzeichnis der Juden in Berlin aufzustellen, die an Eisenbahnstrecken wohnen oder von ihren Wohnungen Aussicht auf Eisenbahnstrecken haben. Das Kataster der JKV Berlin wird mit der Durchführung beauftragt mit der Massgabe, dass anhand einer Karte von Berlin sämtliche Strassen ermittelt werden, die an Eisenbahnstrecken liegen und alsdann ein Verzeichnis der Haushaltungsvorstände in Wohnungen in diesen Strassen aufgestellt wird unter Berücksichtigung der Lage der Wohnung zur Eisenbahnlinie im Vorder- oder Hinterhaus, ferner dass anhand der Karte ein Verzeichnis derjenigen Strassen aufgestellt wird, die Eisenbahnlinien schneiden, um die an den Eisenbahnstrecken liegenden Eckhäuser und die darin wohnhaften Juden zu ermitteln.

4. Abwanderung

KOZOWER berichtet über die Vorbereitung des Abwanderungstransports aus Berlin am 11.ds.Mts. unter Berücksichtigung der Anschlusstransporte aus den Bezirken der Staatspolizeileitstellen Hamburg, Magdeburg und Stettin.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

5.

P r o t o k o l l

der Vorstands-Ausschuss-Sitzung
am 16.Juli 1942, 20 Uhr

Anwesend: Baeck, Epstein, Henschel, Kozower, Kreindler
Meyerheim
Zu Ziffer 1: Karminski, Levy, Simonis

1. Fürsorge

a) Heimeinkaufverträge

EPPSTEIN berichtet über den Plan einer Bemessung der Heimeinkaufsummen für die Heimeinkaufverträge H nicht, wie bisher, nur nach Massgabe eines Pauschsatzes für die Unterhaltskosten, vervielfacht mit der Anzahl der Jahre der Lebenserwartung, sondern nach Massgabe einer Staffel unter Berücksichtigung der Vermögensgrössenklassen und des Eintrittsalters. Zweck der Staffel ist, die grösseren Vermögen für das Sonderkonto H zu erfassen, bei denen nach dem bisherigen Verfahren gleicher Pauschsätze erhebliche Spitzenbeträge freiblieben. Gegenüber einem nach Hundertsätzen zu staffelnden Zuschlag zu dem Pauschsatz für Unterhaltskosten bei Vermögen, die die Einkaufsumme übersteigen, wird eine Staffelung des Pauschsatzes für die Unterhaltskosten für zweckmässiger gehalten, weil sie die Aufstellung einer Tabelle ermöglicht, von der die jeweils zu zahlende Einkaufsumme abgelesen werden kann. Wenn das bare bezw. liquidierbare Vermögen geringer ist als die nach der Tabelle errechnete Einkaufssumme, soll eine Anmeldung des Spitzenfehlbetrags nach der Abwanderung unterbleiben. Es kann damit gerechnet werden, dass dieser Ausfall dadurch ausgeglichen werden kann, dass aus bei den höheren Staffeln grössere Barvermögensbestandteile im Sonderkonto H vereinnahmt werden. Der Vorstand beschliesst, der Aufsichtsbehörde einen entsprechenden Vorschlag zur Genehmigung einzureichen.

b) Heimräumungen

KREINDLER berichtet über die Durchführung von Heimräumungen in Berlin, insbesondere der Grundstücke, Altonaerstrasse 4, Derfflingerstrasse 17, Grabenstrasse 12, Iranischestrasse 3 und Lützowstrasse 67 sowie über weitere im Zusammenhang mit der Abwanderung nach Theresienstadt bevorstehende Heimräumungen.

c) Kriegsopfer-Beihilfen

EPPSTEIN berichtet darüber, dass nach Vortrag bei der Aufsichtsbehörde Sonderbeihilfen an Kriegshinterbliebene und Schwerkriegsbeschädigte, soweit sie Kann-Leistungen darstellen, künftig nicht mehr ausgezahlt werden dürfen, dass vielmehr auch in diesen Fällen ausschliesslich eine Unterstützung nach Fürsorge-Richtlinien zu erfolgen hat.

29

2. Finanzen

a) Juniabrechnung-Augustvorschlag

[illegible] über das Ergebnis der Juni-Abrechnung und über den August-Vorschlag, insbesondere über den Einnahmeüberschuss im Juni, über die Entwicklung des Aufkommens aus dem ausserordentlichen Beitrag und aus Leistungsentgelten, über die Senkung der Fürsorge- und Verwaltungsausgaben, ferner über die Anweisung, die Steuerausgaben künftig nicht mehr innerhalb der Sachausgaben, sondern in einer Summe gesondert auszuweisen. Bezüglich der Verwaltungsausgaben der JKV Berlin wird darüber berichtet, dass die Bezüge der Mitarbeiter, die für behördliche Sonderarbeiten im Zusammenhang mit der Abwanderung eingesetzt worden sind, in einem besonderen Titel im Rahmen der Verwaltungsausgaben zusammengefasst wurden. Die Aufrechterhaltung dieses Titels wird solange erforderlich sein, als die Staatspolizeileitstelle Berlin diese Mitarbeiter für die Durchführung von Sonderaufträgen (wie z.B. Wohnungs- und Heimräumungen) benötigt. Die JKV Berlin hat daher jeweils für die Art der zu erledigenden Sonderarbeiten und für die Anzahl der hierbei einzusetzenden Mitarbeiter die Genehmigung der örtlichen Aufsichtsbehörde einzuholen.

b) Einziehung von Aussenständen

HENSCHEL berichtet darüber, dass in einer Reihe von Fällen zur Einziehung von Aussenständen an Mitgliederbeiträgen die Leistungsentgelten Zahlungsbefehle erlassen, Klagenandrohungen ergangen bezw. Klagen eingereicht worden sind. In welchen Fällen diese Verfahren bei säumigen Zahlern beibehalten werden, soll bei der Aufsichtsbehörde geklärt werden.

gez. Dr. Paul Israel Eppstein

30

6.

P r o t o k o l l

der Vorstandsausschuss-Sitzung am 2[illegible].Juli 1942, 19.3 Uhr

Anwesend: Eppstein, Henschel, Kczower, Kreindler

Zu Ziffer 1: Levy

-.-.-.-

1. Finanzen

a) Kürzungen des August-Voranschlags

MEYER-HEINE berichtet über das Ergebnis der Vorbereitung einer Kürzung des Verwaltungsvoranschlags für August nach Massgabe der aufsichtsbehördlichen Entscheidung um RM 12.911,80 auf RM 280.000,-. Demzufolge sollen bei der Zentrale der RV Einsparungen von rund RM 3.000,-, bei der JKV Berlin von rund RM 4.500,-, der Rest bei den übrigen BSTn und JKVn vorgenommen werden. Der Vorstand beschliesst nach Massgabe dieses Vorschlags (vgl.auch Ziffer 2).

b) Liquidität der JKV Berlin

HENSCHEL berichtet über die Liquidität der JKV Berlin, deren flüssige Mittel sich auf RM 5.996.461,85 belaufen, hiervon rund 3,6 Millionen RM Festanlagen. Das Ergebnis des Aufkommens an ordentlichem Beitrag im ersten Halbjahr 1942 beläuft sich auf rund 2,2, Millionen RM gegenüber 2,8 Millionen RM im Vorjahr. Das Aufkommen des ausserordentlichen Beitrags im gleichen Zeitraum beläuft sich auf RM 2.250.000,-. Ein Bericht über Einzelheiten der finanziellen Entwicklung der JKV Berlin wird demnächst erstattet werden.

2. Fürsorge: Widerrufliche Beihilfen

Im Zusammenhang mit der Kürzung des August Voranschlags wird beschlossen, die Zahlung von freiwillig gewährten widerruflichen Beihilfen an frühere Funktionäre mit Wirkung vom 1.8.1942 an einzustellen. Dies soll den BSTn und JKVn durch Rundschreiben bekanntgegeben werden.

ges. Dr.Paul Israel Eppstein

Fl. Kamnitzki

P r o t o k o l l Nr.8

[illegible] Vorstandsausschuss- Sitzung vom 3. Juli 1942, 17 Uhr

Anwesend: Eppstein, Israel, Kozower, Leuchter [illegible]heim

---

1. Organisation Umzug der V-Zentrale

[illegible] die bisher für den Umzug der Zentrale der V aus den Diensträumen im Hause Kantstrasse 158 in ein V-Grundstück getroffenen Feststellungen. Es wird beschlossen, eine gutachtliche Äusserung des Bausachverständigen zu veranlassen über die Möglichkeit einer Unterbringung von hierfür in Betracht kommenden Abteilungen der JKV Berlin aus den Grundstücken Oranienburgerstrasse 29 und 31 in dem Verwaltungsgebäude Ebenstrasse 2/4 und in dem Heimgrundstück Artillerie-Strasse 31 derart, dass für die Zentrale der V das erste Stockwerk des Grundstücks Oranienburgerstrasse 31 sowie entsprechende Räume in der Oranienburgerstrasse 29 freigemacht werden können, notfalls unter Unterbringung solcher Abteilungen der V, deren Arbeitsgebiet dies ermöglicht, in dem Heimgrundstück Artilleriestrasse 31. Hiernach soll zunächst der Verwaltungsraum-Bedarf in der Artilleriestrasse 31, um den die Heimverwendung des Grundstücks eingeschränkt werden müsste, ermittelt werden, selbstverständlich unter Durchführung weiterer Verwaltungsvereinfachungen. Der Bausachverständige hält auch eine Unterbringung der Zentrale der V im Vorderhaus des V-Grundstücks Joachimsthalerstrasse 13 für möglich, was zwar eine Verlegung der Telefonanlage erforderlich machen würde, aber im Interesse der Erreichbarkeit für die Aufsichtsbehörde in der Kurfürstenstrasse zweckmässig erschiene. Zu dem Ergebnis der Feststellungen soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

2. Fürsorge: Jüdisches Krankenhaus Berlin

Mit der Wahrnehmung der Aufgaben des abgewanderten Chefarztes Strauss wird auf Vorschlag von Lustig dessen bisheriger Assistent, Helmut Israel Cohen, beauftragt.

Über die Entwicklung der Einnahmen des jüdischen Krankenhauses wird berichtet und beschlossen, Kosten für die Wohlfahrtspatienten des Krankenhauses nicht zu Lasten der Fürsorge, sondern zu Lasten des Krankenhauses zu buchen.

3. Abwanderung

KOZOWER BERICHTET über die eröffneten Termine für drei weitere Abwanderungstransporte aus Berlin, die im August ausser den fünf je Woche stattfindenden Transporten nach Theresienstadt mit je 100 Teilnehmern durchzuführen sind, und zwar ein Transport nach Theresienstadt, zwei Ost-Transporte. Für diese Mitteilung besteht Schweigepflicht. Für den Transport, der Mitte August mit 1000 Teilnehmern nach Theresienstadt abgeht, wird die technische Durchführung erörtert im Hinblick darauf, dass die Sammlung und Durchschleusung in den Altersheimen erfolgen soll.

gez. Dr. Paul Israel Eppstein

27

Pl. Kanowski

5

Protokoll Nr.9

der Vorstandsausschuss-Sitzung vom 6.8.1942, 19 Uhr

Anwesend: Eppstein, Menschel, Kozower, Kreindler
Meyerheim

-.-.-.-.-.-.-.-

1. Finanzen

a) Liquidität und Festanlage

EPPSTEIN und MEYERHEIM berichten über den Umfang des liquiden RV-Vermögens unter besonderer Berücksichtigung seiner Anlage auf Bankkonten und in Wertpapieren. Von den rund 62 Millionen Reichsmark zentral verwalteter Mittel sind rund 28 Millionen in Wertpapieren angelegt. Zu der Frage, ob ein grösserer Teil der Barmittel, die bisher mit einem Zinsertrag von 2½% als Dreimonatsgeld angelegt sind, in Wertpapieren (z.B. 3½%ige Reichsschatzanweisungen oder Industrie-Obligationen) angelegt werden sollen, ist die Entscheidung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

b) Fahrtauslagen der Sammler

MEYERHEIM nimmt Bezug auf den Vorstandsbeschluss, wonach den Sammlern ein Bonus aus ihren Sammlungsaufkommen nicht mehr zu gewähren ist. Dementsprechend sei eine Regelung für die Erstattung der tatsächlichen Fahrtauslagen erforderlich, die von der Finanzabteilung unter Festsetzung eines monatlichen Höchstbetrages veranlasst werden soll, nachdem durch den Revisor eine Prüfung der Erstattungsunterlagen vorgenommen und hierüber im Vorstand berichtet worden ist.

2. Fürsorge

a) Siechenheim-Einkaufverträge

EPPSTEIN, schlägt vor, für Siechenheim-Einkaufverträge das alte Heimeinkaufverfahren (Pflegesatz von monatlich RM 180,- mal 12 mal Lebenserwartung zuzüglich RM 2.000,- Eintrittsgeld) zugrunde zu legen, jedoch bei Vermögen, die die so errechnete Einkaufssumme übersteigen, die Richtsätze des Heimeinkaufs nach dem Muster H für Spenden zu verwenden. Die so eingehenden Spenden sollen örtlich einem Sonderkonto Si zugeführt werden. Im Falle der Abwanderung von Siechenheim-Insassen hätte eine Umbuchung auf Sonderkonto H zu erfolgen. Infolgedessen bleiben die Einzahlungen auf Sonderkonto Si im Unterschied von den Einkaufssummen und den Eintrittsgeldern von der Saldierung ausgenommen, es sei denn, dass die Siechenheime zuschussbedürftig werden. In diesem Falle könnte der Zuschussbedarf aus dem Sonderkonto Si abgedeckt werden, indem auf diese Weise ein überörtlicher Ausgleich ermöglicht würde. Der Vorstand erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Entwurf eines Rundschreibens soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

Über die Genehmigung des Rundschreibens betreffend Abschluss von Heimeinkaufverträgen für eine Gemeinschaftsunterbringung (Theresienstadt) wird berichtet.

25

b) Beschäftigung von Schulkindern

Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Beschäftigung von Schulkindern teilt KRÜGNDORF mit, dass in der Gartengrundstück Wörthstrasse 20, wie genehmigt, frühere Schulkinder zu Gartenarbeiten eingesetzt worden sind. Der Bezirksbürgermeister Weissensee erhält gegen Erstattung den Ertrag an Obst und Gemüse. Der Ortsbauernführer in Wadinkendorf hat etwa 25 Jugendliche zum Kartoffelerntesinsatz angefordert. Ob diese bereitgestellt werden können, soll der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung vorgetragen werden.

3. Abwanderung

KOZOWER berichtet über die im August vorgesehenen Abwanderungstransporte aus Berlin und deren technische Vorbereitung.

4. Organisation: Umzug der Zentrale der RV

EPPSTEIN berichtet, dass nach Vortrag über die bisher getroffenen Umzugsvorbereitungen die Aufsichtsbehörde, zuletzt anlässlich des Kontrollbesuchs im Hause Kantstrasse 158 am 5.ds.Mts. entschieden habe, dass bis auf weiteres von einem Umzug Abstand zu nehmen ist und dass daher die Zentrale der RV zunächst im Hause Kantstrasse 15 verbleiben soll.

EPPSTEIN und KOZOWER berichten über die 17 anlässlich des Kontrollbesuchs bei der Zentrale der RV am 5.ds.Mts. zur Abwanderung bestimmten Konsulenten. Weisungsgemäss soll die Abwicklung der von ihnen bearbeiteten Akten, soweit sie nicht mit einer Vertretung vor Gericht verbunden ist, durch die Zentrale der RV im Rahmen der FVI-Abwicklung erfolgen. Über die zweckmässigste Form der Übertragung der Abwicklung soll mit dem Obmann der Konsulenten erörtert und alsdann hierüber erneut berichtet werden.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

P r o t o k o l l Nr.10

der Vorstandssitzung am 10.8.1942, 19.30 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Hanschel, Kanower, Kaminski, Levy, Meyerheim

1. Finanzen

a) Einnahmen und Ausgaben im ersten Halbjahr 1942

Mai. [illegible]M berichtet über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Etatpositionen im ersten Halbjahr 1942 anhand der Monatsberichte. Daraus ergibt sich, dass die Einnahmen sich auf RM 10.620.590,19 und die Ausgaben auf RM 8.299.436,26 belaufen haben. Der Einnahmenüberschuss beträgt daher in diesem Zeitraum RM 2.321,145,93.

b) Sammlungen in Berlin

KREINDLER und MEYERHEIM berichten über die Durchführung der Sammlung Jüdische Pflicht in Berlin. Zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der Sammlung grösserer Spenden soll die Sammlung Jüdische Pflicht Spenden nur noch Massgabe der Richtsätze einziehen.

2. Fürsorge

a) Verpflegungskosten in Altersheimen bei Abwanderungstransporten

KREINDLER berichtet, dass eine Reihe von Altersheimen in Berlin nunmehr ebenso wie das Altersheim Grosse Hamburgerstrasse 26 zur Sammlung der zur Abwanderung nach Theresienstadt bestimmten Personen benutzt wird. Nach dem Abtransport der Altersheim-Insassen erfolgt eine vorübergehende Neubelegung dieser Heime mit den Abwanderern aus Privatwohnungen. Soweit mit ihnen Heimeinkaufverträge abgeschlossen werden konnten, erfolgt die Kostenaufbringung für die kurzfristige Unterbringung und Verpflegung im Altersheim aus dem monatlichen Pflegesatz. Hieraus wird sich auch ein Überschuss gegenüber den Selbstkosten ergeben, aus dem die gleichen Kosten für Hilfsbedürftige, mit denen keine Heimeinkaufverträge abgeschlossen werden konnten, gedeckt werden können. Soweit hierbei ein Fehlbetrag entsteht, wird beschlossen, ihn aus dem Sonderkonto X zu decken.

b) Siechenheim-Einkaufvertrag Bernheim

KREINDLER berichtet über einen Einzelfall, in dem ein Jude, 95 Jahre alt, einen Siechenheim-Einkaufvertrag abgeschlossen hat, aber vor Aufnahme in das Siechenheim verstorben ist. Die Einkaufsumme beläuft sich auf RM 42.000,- und war bereits gezahlt worden. Es wird mit Rücksicht darauf, dass der Vertrag vor dem Ableben von dem Erblasser unterzeichnet war, beschlossen, mit Ausnahme eines Betrages von RM 5.000,- zur Erfüllung eines Vermächtnisses die Einkaufsumme nicht zurückzuzahlen.



3. Personalfragen

a) Mitarbeiterverzeichnis

Im Interesse der Übersichtlichkeit der Personalverteilung bei der Zentrale der RV und der JKV Berlin wird beschlossen, mit sofortiger Wirkung in der monatlichen Personalstatistik die Angestellten bei derjenigen Stelle zu zählen, bei der sie tatsächlich arbeiten, ungeachtet dessen, ob im Arbeitsbuch Zentrale der RV oder JKV Berlin als Beschäftigungsgeber eingetragen ist. Für die Zentrale der RV ergibt sich daraus folgendes: Von den 188 ihr bisher zugerechneten Angestellten arbeiten bei der Zentrale nur rund 120, während die restlichen bei der JKV Berlin beschäftigt sind. Dies soll in der Personalstatistik, die nach dem Stand vom 1.8.1942 der Aufsichtsbehörde einzureichen ist, klargestellt werden.

b) Verwendung von Titeln

Im Zusammenhang mit dem Rundschreiben vom 7.ds.Mts., betreffe Angabe von Titeln in Eingaben an Behörden, wird beschlossen, die Dienststellen der RV anzuweisen, auch im dienstlichen Bereich die Verwendung von früheren Titeln oder Berufsbezeichnungen zu unterlassen.

4. Kultus

Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Abwanderungsliste von früheren Rabbiner gibt EPPSTEIN davon Kenntnis, dass aufgrund eine Erörterung bei der Aufsichtsbehörde in diesem Jahre Gottesdienste zu den hohen Feiertagen nicht zu veranstalten sind. Dies soll durc ein Rundschreiben bekanntgegeben werden.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

24

Zum Protokoll

[illegible] Sitzung vom 16. August 1942, 15 Uhr

[illegible]

1. Finanzen

Judenvermögensabgabe

[illegible] die Finanzkasse [illegible] die Erhebung der Judenvermögensabgabe [illegible] 31.7.1942 [illegible] 1.8.1942 für die [illegible] der [illegible] [illegible] des [illegible] [illegible] Reichsmark [illegible] Reichsmark belaufen.

2. Personalfragen

a) Personalabbau der Zentrale

[illegible] Ergebnis einer erneuten Nachprüfung des Stellenplanes der Zentrale der [illegible] vom 1.7.1942 [illegible] Stellen (ausschließlich der Stellen für Hilfskräfte) betrage, die infolge weiterer Zusammenlegung der [illegible] Abteilungen [illegible] Abbau von [illegible] Stellen vor. Der vorstehende Vorschlag [illegible] entsprechend.

b) Der Abbau bei den [illegible]

[illegible] und [illegible] berichteten über den Kontrollbesuch der Staatspolizeileitstelle [illegible] in der [illegible] und den hierbei aufgegebenen Abbau von 15[illegible] (Juden, die [illegible] Zwangsarbeiter [illegible] Zwangsarbeitern, [illegible] Zwangsarbeitseinrichtungen. Die hierbei wahrzunehmenden [illegible] Auswanderungsmöglichkeiten werden erörtert.

3. Auswanderung

[illegible] berichtet über die Durchführung des Ost-Transports am 15.ds.Mts. und des [illegible] Theresienstadt-Transports am 17.ds.Mts. sowie über die Vorbereitung der [illegible] Transporte aus Berlin.

[illegible] Berlin

22

P r o t o k o l l Nr.12

der Vorstandssitzung am 24.8.1942, 18.3 Uhr

Anwesend: Baeck, Epstein, Henschel, Kohner, Leo Kindler, Karminski, Meyerheim, Levy, Leonis

---

1. Finanzen

a) Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer

HENSCHEL berichtet über die Auswirkungen der Aufhebung der Gebäudeentschuldungssteuer auf die Grundstücksverkäufe der RV. In den Fällen, in denen seitens der RV der Abgeltungsbetrag gezahlt wird, ergibt sich ein Wertzuwachs der bei Verkäufen an private Käufer im Kaufpreis Berücksichtigung finden sollte. Die Zahlung des Abgeltungsbetrags könnte bei der RV in den Fällen erspart werden, in denen Grundstücke, besonders in Berlin, an Behörden, vor allem an die Reichshauptstadt, vor der Fälligkeit des Abgeltungsbetrags veräussert werden. Meyerheim wird beauftragt, eine gutachtliche Ausserung zu veranlassen. Über das bei der Kaufpreisfestsetzung von Grundstücken, bei denen die Hauszinssteuer abzulösen ist, anzuwendende Verfahren soll die Entscheidung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

b) Sammlungen: Fahrtauslagen der Sammler

MEYERHEIM berichtet im Vollzug des Beschlusses vom 6.ds. Mts. über eine Revision der Erstattungsunterlagen der Sammler. Zur Intensivierung der Sammlung hält der Revisor die Erstattung der tatsächlichen Auslagen bis zu einem Monatshöchstbetrag von RM70,- bei genauer Tagesabrechnung für vertretbar. Die Finanzabteilung wird grundsätzlich zu einer Erstattung bis zu diesem Betrag ermächtigt mit der Massgabe, dass die Sammler zu allen in Betracht kommenden Einsparungsmöglichkeiten verpflichtet werden.

2. Fürsorge: Heimeinkaufverträge

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf einer Neuregelung, derzufolge als Einkaufbetrag das gesamte bewegliche Vermögen der nach Theresienstadt abwandernden Personen auf die RV übertragen werden soll. Insbesondere werden folgende Fragen erörtert: Umfang des zu erfassenden beweglichen Vermögens, Schuldenhaftung nach Massgabe des übernommenen Vermögens gemäss § 419 BGB, Verfahren und Übergangsregelung, Formulierung der Vermögenserklärung und des Vertragsformblatts.

Da im Zuge der Neuregelung sämtliche in Betracht kommende Mittel der Abwanderer auf Sonderkonto F einzuzahlen sind, also Spenden auf Sonderkonto F entfallen, soll der Aufsichtsbehörde vorgeschlagen werden, den Spendenrichtsatz für das Sonderkonto F von mindestens 25 auf mindestens 5 % des Barvermögens (ohne Wertpapiere) zu erhöhen bezw. die tatsächlichen mit der Durchführung der Abwanderungstransporte nach Theresienstadt verbundenen Kosten aus dem Sonderkonto F zu entnehmen.

5. Wohnungsräumungen

[illegible] berichtet über das Ergebnis einer statistischen Umfrage bei den BDTn und JKVn über die in der Zeit vom 1.10.1941, in Berlin vom Februar 1941 bis 1.8.1942 erfolgten Wohnungsräumungen. Danach sind in dieser Zeit geräumt worden 15.792 von Juden innegehabten Wohnungen, und zwar 9.291 aus arischen und 6.501 aus jüdischen Häusern, im Zusammenhang mit der Abwanderung 9.338 Wohnungen, aus anderen Gründen 6.454.

4. Personalfragen: Abbau bei der Zentrale der JKV

Im Anschluss an die Erörterung am 18.ds.Mts. berichtet [illegible] über das Ergebnis einer weiteren Nachprüfung des Personalabbaus. Unter Beauftragung von Mitarbeitern mit der Sachbearbeitung in mehreren Abteilungen und unter entsprechender Verlängerung der Arbeitszeit sollen insgesamt 26 Mitarbeiter ausscheiden, und zwar 14 besoldete, 10 unbesoldete Mitarbeiter, ein Wohlfahrtspflichtarbeiter und eine Reinemachefrau. Nach diesem Abbau verbleiben bei der Zentrale 105 besoldete, 10 unbesoldete Mitarbeiter, 5 Reinigungspersonal und 2 Wohlfahrtspflichtarbeiter. Von den zur Entlassung gelangenden Mitarbeitern sind der Staatspolizeileitstelle Berlin 13 für den nächsten Osttransport gemeldet worden, 9 kommen zur Abwanderung nach Theresienstadt, ein Mitarbeiter, der schon jetzt an drei Wochentagen bei der Abwanderungshilfe der JKV Berlin eingesetzt war, soll der JKV für diesen Zweck voll zur Verfügung gestellt werden, bei zwei Mitarbeitern in Mischehe, die nach den Richtlinien für eine Abwanderung nicht in Betracht kommen, soll eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob sie dem Arbeitsamt zu melden sind. Dem vorgelegten Entwurf eines neuen Stellenplans stimmt der Vorstand zu.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

Protokoll Nr.14

der Vorstands-Ausschuss-Sitzung am 7.9.1942, 20 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kosower, Kreindler, Meyerheim, Karminski

1. Finanzen

a) Liquidität der Zentrale der RV

MEYERHEIM berichtet über die Bar- und die Effektenbestände bei der Zentrale der RV. Daraus ergibt sich, dass für Überweisungen nach Theresienstadt auf das Sonderkonto H zurzeit rund 9,5 Millionen RMark zur sofortigen Verfügung stehen.

EPPSTEIN gibt Kenntnis von der aufsichtsbehördlichen Entscheidung, wonach Übertragungen von Pfandbriefen und Industrie-Obligationen bei Zahlungen von Mitgliedern an die RV wie bisher auf die Depots der RV übertragen werden können. Inwieweit darüber hinaus weitere Barmittel der RV, die sich zurzeit auf rund RM 46 Millionen belaufen, in diesen Wertpapieren angelegt werden sollen bleibt weiterer aufsichtsbehördlicher Weisung vorbehalten.

b) Sammlungen

MEYERHEIM berichtet über das Sammlungsergebnis in den letzten Monaten. Es wird beschlossen, mit Rücksicht auf den Abschluss von Heimeinkaufverträgen H mit Personen, die für eine Abwanderung nach Theresienstadt in Betracht kommen, von Sammlungen bei diesen Personen abzusehen, im Übrigen jedoch die Sammlungen zu intensivieren mit der Massgabe, dass Anfang Oktober über das September-Aufkommen zu berichten ist. Alsdann wird entschieden werden, in welchem Umfang die Sammlungstätigkeit fortgesetzt werden soll.

Da die Genehmigung zur Sammlung der Jüdischen Winterhilfe noch nicht eingegangen ist, wird nach Vortrag von KARMINSKI beschlossen, die Sammlung Jüdische Pflicht, die in [illegible] Monaten einen Aufkommen von rund RM 770.000,- erbracht hat, im September fortzusetzen.

c) Inventarerlöse

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf einer neuen Anweisung betreffend Erfassung sowie Be- und Verwertung von Inventarien, ferner über die Abrechnung von Inventarerlösen.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluss der Schulinventarverwertung sollen die Schulinventarerlöse bei der Zentrale der RV zusammengezogen und abgerechnet werden. Die übrigen Inventarerlöse sind zunächst örtlich in den Beständen zu vereinnahmen und in den Monatsberichten unter Bestandszugängen auszuweisen. Sie sind alsdann jeweils bis zum 15. des Folgemonats der Zentrale der RV mit besonderem Anzeige zu überweisen.

2. Statistik der Juden in Berlin

Zur Bereinigung des Katasters der JKV Berlin wird beschlossen, bei der Aufsichtsbehörde die Genehmigung zur Durchführung einer Urerhebung zu erbitten. Für deren technische Durchführung wird nach Berichten von EPPSTEIN und KERLINDLER eine entsprechende Veröffentlichung im "Jüdischen Nachrichtenblatt" und die Beilage der Fragebogen bei der Berliner Ausgabe des "Jüdischen Nachrichtenblatts" in Aussicht genommen mit der Massgabe, dass innerhalb einer bestimmten Frist etwa bis 1.10.1942 jeder Jude im Sinne des § 5 der Ersten VO z.RBG einen solchen Fragebogen ausgefüllt und bei einer Dienststelle der RV oder JKV Berlin abgegeben werden muss. Zur Vereinfachung soll die Aufnahme einer Personal nicht in Form einer Personal-, sondern einer Haushaltsstatistik vorgenommen werden derart, dass der Haushaltsvorstand einen Fragebogen für sich und für die mit ihm in der gleichen Wohnung zusammenwohnenen Personen auszufüllen hat.

ges. Paul Israel Eppstein

P r o t o k o l l Nr. 16

der Vorstandssitzung am 15.September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler
Kaminski, Meyerheim
Levy, Lustig

1. Finanzen: Wertpapierüberweisungen an die RV

EPPSTEIN berichtet über den Entwurf eines Rundschreibens, der auf Hinweis der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe der Aufsichtsbehörde vorgelegt worden ist. Nach der allgemeinen Genehmigung des Reichswirtschaftsministers können Zahlungen an die RV in Wertpapieren ohne Einholung einer Sondergenehmigung erfolgen, indem deutsche Reichsanleihen auf die Depots der RV umgelegt werden, während alle übrigen Wertpapiere unter Überweisung des Gegenwerts an die RV durch den Zahlungsverpflichteten bezw. durch die depothaltende Bank zu veräussern sind.

2. Fürsorge: Besoldung der Krankenhausbehandler

LUSTIG berichtet über die bisherige Regelung der Besoldung der Krankenhausbehandler, die, soweit sie in einem freien Vertragsverhältnis zum Krankenhaus stehen, für die Behandlung von Kranken der ersten und zweiten Klasse von diesen unmittelbar Gebühren erheben konnten. Statt dessen schlägt er die Einführung einer Neuregelung vor, die den finanziellen Erfordernissen des Krankenhauses unter Aufrechterhaltung der Staffelung der Krankenhausgebühren nach drei Klassen Rechnung zu tragen versucht. Danach sollen die leitenden Krankenbehandler der grösseren Abteilungen in Gruppe 3 der Gehaltsordnung eingestuft werden mit der Massgabe, dass sie für die ordnungsmässige ärztliche Versorgung sämtlicher Kranken ihrer Abteilung verantwortlich und verpflichtet sind, die Kranken der dritten Verpflegungsklasse unentgeltlich zu behandeln. Da diese Tätigkeit mit der Genehmigung zur Ausübung von Privatpraxis ausserhalb des Krankenhauses verbunden ist, sollen diese Behandler für ihre Krankenhaustätigkeit nur den Bruchteil der Gruppe 3 als Fixum erhalten, der zeitlich ihrer Beschäftigung im Krankenhaus entspricht. Dieser Bruchteil soll 30% bei der Augen- sowie bei der Hals-, Nasen- und Ohrenstation, 40% bei der Kinder-, Frauen- und Tuberkulosestation, 50% bei der Inneren und bei der Chirurgischen Abteilung betragen. Die Behandler sollen verpflichtet werden, für Kranke der ersten und zweiten Verpflegungsklasse eine Gebührenberechnung aufzustellen nach besonderen Bestimmungen, über die Vergütung der Krankenbehandlertätigkeit im Krankenhaus. Jede Rechnung ist zu spezifizieren, und zwar unter Erwähnung der entsprechenden Nummer der Preugo. Den Behandlern ist untersagt, den Kranken für ihre Tätigkeit im Krankenhaus eine Rechnung unmittelbar zu übersenden. Vielmehr soll die Einziehung der Rechnungen durch die Krankenhausverwaltung erfolgen, zusammen mit der Einziehung der Krankenhausgebühren. Von den eingehenden Beträgen für seine Leistungen als Krankenbehandler soll der Behandler den Unterschiedsbetrag zwischen dem Bruchteil des Gruppengehalts als Fixum und dem Gehalt der Gruppe 1 der Gehaltsordnung in voller Höhe, darüber hinaus 50% des Restbetrags der durch das Krankenhaus für ihn eingezogenen Gebühren erhalten.

16

und zweiten Verpflegungsklasse ermöglicht, [illegible] aus den

Vergütung

ersten

5,- Über-

die [illegible] der Krankenhäuser zur Zuziehung der privat [illegible] gelassen sind, soll eine entsprechende Regelung mit der [illegible] getroffen werden, dass das Krankenhaus nach dem Grundsatz des sogenannten "offenen Hauses" die von ihnen behandelten Kranken belegen können.

Im Anschluss an die Erörterung dieses Vorschlags, auch unter [illegible] der Frage, ob statt der drei Verpflegungsklassen eine Einheitsklasse eingeführt werden soll, nachdem die tatsächlich gewährte Verpflegung ohnehin in den drei Klassen keinen erheblichen Unterschied aufweisen kann, wird beschlossen, den vorgetragenen Vorschlag einer Neuregelung zugrunde zu legen. Dabei soll nachgeprüft werden, inwieweit eine Beschränkung der Bezüge der Krankenhausbehandler auf das Gehalt der Gruppe I möglich ist in Vergleich zu der für die Gebührenordnung der freien Krankenbehandler geltenden [illegible] Sätze. Bei Belegung des Krankenhauses mit Kranken nach den Grundsatz des "Offenen Hauses" muss sich der privat behandelnde Krankenbehandler selbstverständlich der Krankenhausordnung unterwerfen, was auch für die Entscheidung über die Aufnahme des Kranken im Krankenhaus durch die Krankenhausverwaltung gilt.

gez. Dr. Paul Israel Epstein

17

P r o t o k o l l Nr.17

der Vorstandsausschuss-Sitzung am 17.September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler, Karminski, Meyerheim
Zu Ziffer 4: Metz

1. Finanzen

a) Grundstücksveräusserungen

HENSCHEL berichtet über die Auswirkungen der Verordnung über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen vom 14.8.1942 (RGBl.I S 545) auf die Grundstücksveräusserungen und -vermietungen in Berlin. Es soll eine Klärung darüber herbeigeführt werden, ob die Verordnung auch auf Zweckgrundstücke, wie Heime, Anwendung findet, die zwar Wohnzwecken dienen, in denen aber keine Einzelwohnungen vorhanden sind.

b) Eingliederung der FWI

MEYERHEIM berichtet anlässlich der Eingliederung der FWI gemäss § 5 der Zehnten VO z.RBG in die RV über deren derzeitige Tätigkeit. Die FWI verwaltet in 138 Fällen Vermögen einschl. derjenigen, deren Verwaltung sie von abgewanderten Konsulenten übernommen hat. Bezüglich der Übernahme weiterer Vermögensverwaltungen auf Antrag von Privatpersonen soll die Finanzabteilung von Fall zu Fall entscheiden.

2. Personalfragen/Organisation

a) Ruhegeld für Nichtpensionsberechtigte

EPPSTEIN berichtet darüber, dass im Zusammenhang mit der Durchführung der Anweisung die Zahlung widerruflicher Beihilfen einzustellen, der Aufsichtsbehörde die Frage zur Entscheidung vorgetragen worden ist, ob sich diese Anweisung auch auf Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für Nichtpensionsberechtigte bezieht. Nach der entsprechenden Ordnung von 1919 werden bei der JKV Berlin noch in 33 Fällen Ruhe- oder Witwengelder in Gesamtbetrag von monatlich rund RM 2.600,- gezahlt. Bei dem Vortrag ist, unbeschadet der Praxis der Arbeitsgerichte, Ruhegeldzahlungen nach entsprechenden Ordnungen auch dann anzuerkennen, wenn ein Rechtsanspruch nicht besteht, eine Weisung in Aussicht gestellt worden, derzufolge die Zahlung von Beihilfen in Form von widerruflichen Ruhegeldern einzustellen ist.

b) Besoldung [illegible] Mitarbeiter im Behördeneinsatz des RSHA, Amt VII

Es wird darüber berichtet, dass bei dem Hauptamt VII des RSHA nach dem derzeitigen Stande 17 Mitarbeiter (ohne die Bauarbeiter) beschäftigt werden, die durch die RV zu besolden sind. Diese Mitarbeiter haben bisher die Bezüge erhalten die sie nach Massgabe ihrer Einstufung in die Gehaltsordnung aufgrund ihrer letzten Tätigkeit bei der Zentrale der RV bezw. bei der JKV Berlin erhielten, nämlich drei die

Bezüge der Gehaltsgruppe 5, sieben diejenigen der Gehaltsgruppe 4, zwei diejenigen der Gehaltsgruppe 5, zwei erhalten Ruhegehalt, drei, unter ihnen zwei frühere Lehrer - Fürsorgeunterstützung. Zur Vereinheitlichung der Bezüge wird beschlossen, der Aufsichtsbehörde vorzuschlagen, die Mitarbeiter im Behördeneinsatz für das Hauptamt VII grundsätzlich in zwei Gehaltsgruppen neu einzustufen, nämlich die zuerst verpflichteten fünf Mitarbeiter in die Gehaltsgruppe 4, die übrigen zwölf Mitarbeiter in die Gehaltsgruppe 5.

c) Einspruch gegen eine Gehaltssenkung

Der bei der Zentrale der JKV beschäftigte Zeichner hat in einem Bericht an den Vorstand unter Darlegung seiner persönlichen Verpflichtungen darum gebeten, die vom Vorstand verfügte Zurückstufung in die Gehaltsgruppe 5 rückgängig zu machen. Es wird beschlossen, den Einspruch abzulehnen und die verfügte Gehaltssenkung aufrecht zu erhalten unter Nachprüfung der Steuerverpflichtungen im Hinblick auf deren Berücksichtigung bei der Bemessung der Beiträge an die JKV.

d) Gesamtarchiv

Mit Rücksicht auf die überörtlichen Aufgaben des Gesamtarchivs, das bisher als Abteilung der JKV Berlin geführt worden ist, insbesondere auch mit Rücksicht auf die dort erfolgende Verwahrung von Urkunden Angewanderter, wird beschlossen, das Gesamtarchiv unmittelbar dem Vorstand der JKV zu unterstellen. Im Hinblick auf die Erfordernisse des Reichssippenamts verbleibt das Gesamtarchiv in seinen bisherigen Räumen Oranienburgerstrasse 28.

3. Abwanderung

KOZOWER berichtet über die weiteren Abwanderungstransporte aus Berlin sowie über die Vorbereitung des nächsten Ost-Transports, ferner über den dritten grossen Altertransport mit 1000 Teilnehmern nach Theresienstadt. EPPSTEIN berichtet über die inzwischen eingegangenen Meldungen der BSTn über Abwanderungstransporte aus deren Zuständigkeitsbereich.

4. Fürsorge: Belegung des Krankenhauses der JKV Berlin nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses"

Zur Klärung von Richtlinien über die Belegung des Krankenhauses der JKV Berlin nach dem Grundsatz des "Offenen Hauses" wird Metz als Obmann der zugelassenen Krankenbehandler, soweit sie nicht im Krankenhaus angestellt sind, zum Bericht veranlasst. Aus dem Bericht ergibt sich, dass für die Belegung neben der noch in Berlin vorhandenen Privatklinik etwa bis zu 30 Betten im Krankenhaus benötigt werden. Bei der Belegung sollen die freien Krankenbehandler der Krankenhausordn unterstehen. Eine Abgabe der freien Krankenbehandler an das Krankenhaus wird von ihnen nicht für zweckmässig und erforderlich gehalten da die von ihnen behandelten Kranken ohnehin Gebühren nach den Sätz für die erste und zweite Verpflegungsklasse an das Krankenhaus zu len haben. Eine Belegung der dritten Verpflegungsklasse nach dem C satz des "Offenen Hauses" soll ausser Betracht bleiben. — Es wird schlossen, die Gesundheitsverwaltung (Lustig) aufgrund des Ergebni der Erörterungen mit der Aufstellung eines endgültigen Entwurfs fü eine Neuregelung der Krankenhausaufnahmebestimmungen und der Bezo der Krankenhausbehandler zu beantragen.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

15

fl. Kaminski

23

Protokoll Nr. 16

der Vorstandesausschuss-Sitzung vom 23.9.1942, 10.30 Uhr

Anwesend: Epstein, Menschel, Kozower, Kreindler

1. Finanzen

a) Oktober-Voranschlag

EPSTEIN berichtet über den Oktober-Voranschlag mit rund RM 570.000,- (ohne Steuern), wovon rund RM 349.000,- auf Fürsorge und RM 220.000,- auf Verwaltung entfallen. Der Voranschlag ist um RM 33.600,- auf RM 641.598,19 gekürzt worden, hiervon RM 334.705,- für Fürsorge und RM 220.346,25 für Verwaltung. Auf die JKV Berlin entfallen rund RM 295.000,-.

b) Zusammenziehung der liquiden Bestände bei der Zentrale der RV

EPSTEIN berichtet über das Ergebnis der Nachprüfung der liquiden Bestände bei den BSVn und JKVn. Diese Bestände belaufen sich (ohne Sonderkonto K) per 31.8.1942 auf rund 22,8 Millionen RMark, von denen rund 16 Millionen RMark fest angelegt sind. Es wird, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, beschlossen, diejenigen Bestände, die etwa das Dreifache eines Monatsvoranschlags zuzüglich Steuerausgaben und Schuldentilgung übersteigen, bei der Zentrale der RV zusammenzuziehen und notfalls für besondere Ausgaben den BSVn, die hierfür erforderlichen Mittel zu überweisen. Die Zusammenziehung soll jeweils nach Fälligkeit der Festanlagen vorgenommen werden, damit ein Zinsverlust bei vorzeitiger Kündigung der Festanlagen vermieden werden kann. Entsprechend sollen von den Beständen der JKV Berlin, die sich ohne Sonderkonto K auf rund 5,3 Millionen RMark belaufen, weisungsgemäss 3 Millionen RMark auf die Zentrale der RV übernommen werden.

2. Fürsorge

a) Heim-Inventarversertung

MENSCHEL und KREINDLER berichten über die Inventarversertung bei der JKV Berlin. Zwecks Arbeitsvereinfachung wird beschlossen, die JKV Berlin zu beauftragen, die Inventarversertung nach den Richtlinien der Zentrale in eigener Verantwortlichkeit vornehmen zu lassen mit der Massgabe, dass das Inventarverzeichnis für die Einrichtungen der JKV Berlin bei dieser geführt wird.

b) Verrechnungsstelle für jüdische Krankenbehandler in Berlin

EPSTEIN und KOZOWER berichten über die dem Obmann der jüdischen Krankenbehandler in Berlin seitens der Ärztekammer Berlin gemachte Eröffnung, wonach mit Wirkung vom 1.10.1942 an die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands die Auszahlung der Krankenkassengebühren nicht mehr unmittelbar an die jüdischen Krankenbehandler in Berlin, sondern über eine von den jüdischen Krankenbehandlern selbst einzurichtende Stelle vorzunehmen wünscht,

12

die auch die Vorprüfung und Einreichung der Kassenscheine zu übernehmen hat. Es wird, vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung beschlossen, den Obmann der jüdischen Krankenbehandler (Wets) zu beauftragen, bei der Zentrale der KV unter Kontrolle der Finanzabteilung, jedoch in eigener Verantwortlichkeit, eine solche Stelle einzurichten mit der Massgabe, dass deren Kosten auf die jüdischen Krankenbehandler aus den Überweisungen der Kassenärztlichen Vereinigung umgelegt werden.

3. Personalfragen/Organisation

a) BSTn-Einteilung

[illegible] berichtet anhand einer Kartenskizze über die derzeitigen BST-Einteilung mit zwölf BSTn ausser der JKV Berlin. Es wird eine Zusammenlegung in sieben BSTn ausser der JKV Berlin vorgesehen, und zwar I Bayern, II Brandenburg-Ostpreussen, III Mitteldeutschland einschl. Sudetenland, IV Nordwestdeutschland, V Rheinland-Westfalen, VI Schlesien, VII Südwestdeutschland einschl.Baden-Pfalz, Hessen, Hessen-Nassau und Württemberg-[illegible]

b) JKV Berlin: Gehaltsrückstufungen

[illegible] berichtet über das Ergebnis einer Nachprüfung der Gehaltseinstufungen bei der JKV Berlin und wird beauftragt, in sieben Fällen Zurückstufungen in die nächst niedrigere Gehaltsstufe vorzunehmen.

gez. Dr. Paul Israel Oppetein

13

P r o t o k o l l Nr.19

der Vorstandssitzung am 28. September 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Oppstein, Henschel, Kozower, Kreindler
Karminski, Levy, Meyerheim

1. Finanzen

a) Beitragsordnung

Die Frage, ob eine Änderung der Beitragsordnung in Bezug auf die Bemessungsgrundlage des Beitrags erforderlich erscheint, wird erörtert. Levy berichtet über das Aufkommen des ordentlichen Beitrags (rund ℳ 5,6 Millionen) und des ausserordentlichen Beitrags (rund ℳ 6,1 Millionen) in 1942. Eine Änderung der Bemessungsgrundlage des ordentlichen Beitrags (30% der Einkommensteuer nach den Sätzen für Nichtjuden bezw. in Staffeln 4 bis 5% des Vermögens nach dem letzten Vermögenssteuerbescheid) und des ausserordentlichen Beitrags (das eineinhalbfache des ordentlichen Beitrags, der im Vorjahre nach dem Vermögen erhoben worden ist) erscheint nicht notwendig. Es wird daher beschlossen, der Aufsichtsbehörde, falls ein satzungsmässiger Beschluss für eine Beitragsordnung 1943 für erforderlich gehalten werden sollte, die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der derzeitigen Beitragsordnung für die Erhebung des ordentlichen Beitrags und eines ausserordentlichen Beitrags, letzterer unter Zugrundelegung des ordentlichen Beitrags für 1942, vorzuschlagen.

b) Zusätzliche Beerdigungsgebühr

Bei der Erhebung einer zusätzlichen Beerdigungsgebühr hat sich die Zweifelsfrage ergeben, welche Gebühr bei dem gleichzeitigen oder unmittelbar nacheinander erfolgenden Ableben von Ehegatten fällig wird. In der Ordnung, betreffend Zusatzgebühr für das Beerdigungswesen, die mit Rundschreiben vom 21.5.1941 erlassen worden ist, wird die Hälfte des Vermögens der Berechnung zugrunde gelegt, wenn Ehegatten mit oder ohne Kinder zur Vermögenssteuer gemeinsam veranlagt sind. Die BST Bayern hat, wie sich bei einer Revision ergab, die zusätzliche Beerdigungsgebühr bei gleichzeitigem oder unmittelbar nacheinander erfolgenden Ableben von Ehegatten, jeweils nach der Hälfte des Vermögens, nicht nach dem ganzen Vermögen, berechnet. Nach Vortrag von Levy wird beschlossen, diese Bestimmung der Gebührenordnung dahin auszulegen, dass beim gleichzeitigen Ableben von Ehegatten, die gemeinsam zur Vermögenssteuer veranlagt sind, die Beerdigungsgebühr vom gesamten Vermögen zu berechnen ist. Bei nacheinander versterbenden Ehegatten ist beim Ableben des ersten die Hälfte des Vermögens der Gebührenberechnung zugrunde zu legen, beim Ableben des zweiten ist, wenn seit dem Ableben des ersten ein neuer Vermögenssteuerbescheid nicht ergangen ist, der Unterschiedsbetrag zwischen der bereits erhobenen Gebühr und derjenigen, die sich bei Zugrundelegung des Gesamtvermögens der beiden Ehegatten ergeben würde, zu erheben. Von einer Nacherhebung in den Fällen, die durch die Revision der BST Bayern zu dieser Entscheidung Anlass gegeben haben, soll Abstand genommen werden.

2. Fürsorge

a) Fürsorge-Sammlungen

Kaminski berichtet über das Ergebnis der Sammlung "Jüdische Pflicht", die in vier Monaten RM 969.977,42 erbracht hat, gegenüber RM 905.000,- im gleichen Zeitraum des Vorjahres und gegenüber einem vorgeschlagenen Aufkommen von RM 7 . . .,-.

Kaminski berichtet über die Genehmigung der Jüdischen Winterhilfe. Die genehmigten Spendenrichtsätze werden vom Vorstand beschlossen.

3. Jüdisches Krankenhaus Berlin

Eppstein berichtet über die Verhandlungen mit dem Beauftragten der Hitlerjugendführung über den Ankauf des Jüdischen Krankenhauses Berlin, Iranischestrasse 2-4.

Mit Rücksicht darauf, dass der Zeitpunkt der Übergabe unbestimmt ist, soll die Meinung der Aufsichtsbehörde darüber eingeholt werden, ob die im Vorstand erörterte Änderung in der Besoldung der Krankenhausbehandler noch durchgeführt oder ob mit Rücksicht auf die Verkaufsverhandlungen das freie Vertragsverhältnis aufrecht erhalten werden soll.

4. Abwanderung

Kozower berichtet über die Durchführung des am 26.9.1942 aus Berlin abgegangenen Osttransports mit rund 800 Teilnehmern aus Berlin, 250 aus Frankfurt/Main und 8 aus Braunschweig. Ferner wird über die Vorbereitung des für den 3.10. vorgesehenen grossen Theresienstadt-Transports, auch im Hinblick auf die Einbeziehung der Inhaber des Verwundetenabzeichens sowie von weiteren Konsulenten berichtet. Eppstein berichtet über die Abwanderungsmeldungen der SSTn. Unter Berücksichtigung der September-Verringerungen durch Abwanderung und Sterbeüberschuss beläuft sich die Zahl der Juden im Altreich per 1.10. auf 60.400.

5. Personalfragen: Besoldung der Mitarbeiter im Behördeneinsatz des RSHA, Amt VII

Über die Vorlage des Obmanns der für das Hauptamt VII abgestellten Mitarbeiter wird unter Bezugnahme auf die Erörterung am 17.ds.Mts. berichtet. Darin wird vorgeschlagen, die Einstufung der Mitarbeiter nicht nur nach der bisherigen Dauer ihres Behördeneinsatzes, sondern auch nach der Art ihrer Tätigkeit vorzunehmen, also ausser den vier unbesoldeten Mitarbeitern zwei in Gruppe 7, vier in Gruppe 5, acht in Gruppe 4, den Obmann in Gruppe 3 einzustufen. Diese Regelung soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgetragen werden.

gez. Dr.Paul Israel Eppstein

Kl. Karminski 9

Protokoll Nr.21

der Vorstandssitzung am 12.Oktober 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler Meyerheim

E 12
10

1. Finanzen

a) Überweisungen für Theresienstadt

EPPSTEIN berichtet über die Weisungen der Aufsichtsbehörde bezüglich der Aufstellung eines Plans für die Überweisung des flüssigen Vermögens der RV auf das Konto der jüdischen Selbstverwaltung in Theresienstadt bei der Böhmischen Unionbank in Prag mit der Massgabe, dass ausser dem Bestand des Sonderkontos H 70 Millionen RMark in monatlichen Beträgen von acht Millionen RMark zur Überweisung gelangen und dass nach der Zusammenziehung der Geldbestände der BSTn bei der Zentrale der RV weitere Überweisungen vorzunehmen sind. Überwiesen sind bereits 19 Millionen RMark. Bankfreigabebrief zur Überweisung von weiteren acht Millionen RMark als Oktober-Rate ist zur Abstempelung vorgelegt.

b) Durchführung der Heimeinkaufverträge

EPPSTEIN berichtet über das bisherigen Gesamtaufkommen des Sonderkontos H. Es beträgt ohne Berücksichtigung der bisherigen Überweisungen per 12.ds.Mts. RM 36.182.316,92.

Es wird über die Erlasse berichtet, die die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Heimeinkaufverträgen im wesentlichen beseitigen werden, nämlich den Erlass des RFM vom 25.9.1942, demzufolge Reichsfluchtsteuer bei der Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt nicht zu erheben oder sicherzustellen ist, über den Erlass des RWM vom 5.8.1942, demzufolge die Zahlung des Heimeinkaufbetrags aus BvS-Konten ohne Sondergenehmigung der OFPn erfolgen kann und über den Erlass des RWM vom 8.10.1942, betreffend Umlegung bezw. Verkauf von Wertpapieren. Ferner wird über das Rundschreiben Nr.141 der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, mit dem die Erteilung von Bankaufträgen im Zusammenhang mit der Abwanderung geregelt wird, berichtet.

c) Einheitliche Erhebung der zusätzlichen Beerdigungsgebühr

Den JKVn ist mit Rundschreiben vom 21.5.1941 aufgegeben worden, die aufsichtsbehördlich genehmigte Erhebung der zusätzlichen Beerdigungsgebühr durch Vorstandsbeschluss der JKV einzuführen. Mit Rücksicht darauf, dass die JKVn in die RV eingegliedert werden und dass in einer Reihe von Fällen Rückfragen von OFPn über die Rechtsgrundlage der zusätzlichen Beerdigungsgebühr, namentlich im Zusammenhang mit entsprechenden Forderungen der RV gegenüber Nachlässen, eingegangen sind, erscheint eine Vereinheitlichung derart erforderlich, dass die Ordnung für die Erhebung der Gebühr für die RV als solche durch Beschluss der RV-Vorstands eingeführt wird, dadurch die Gebühr unabhängig von der

Beschluss des örtlichen JKV-Vorstands zu erheben. Demzufolge wird beschlossen, die Ordnung betreffend Zusatzgebühr für das Beerdigungswesen gemäss Rundschreiben vom 21.5.1941 einheitlich für die JKV einzuführen.

Über die Zahl der Beerdigungen bei der JKV Berlin berichtet KOZOWER, dass im September 347 Beerdigungen stattgefunden haben gegenüber 172 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zahl der Beerdigungen im ganzen Jahr 1941 betrug 2.556, während in den ersten neun Monaten des Jahres 1942 allein bereits 2.532 Beerdigungen stattgefunden haben. Bei einer Verringerung der Anzahl der Juden in Berlin um etwa die Hälfte ist der Monatsdurchschnitt der Beerdigungen von 213 auf 281 gestiege

d) Gebührenerhebung bei Vermögensverwaltungen

[illegible]PPSTEIN berichtet, dass seitens der Aufsichtsbehörde grundsätzlich die Erhebung von Gebühren für Vermögensverwaltungen der JV im Zusammenhang mit der Eingliederung der [illegible]VI und mit der Übernahme von Vermögensverwaltungen bezw. von Abwicklungen abgewanderter Konsulenten genehmigt worden ist, MEYERHEIM schlägt vor, bei unbeschränkt e[illegible]ten Generalvollmachten halbjährlich 0,5 v.H. von dem Wert des verwalteten Vermögens, bei beschränkt erteilten Vollmachten Gebühren nach Massgabe der Preussischen Gebührenordnung für Rechtsanwälte, wie sie auch von Konsulenten erhoben worden sind, zu erheben. Demgemäss wird, vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, beschlossen.

2. Versorgungswesen

a) Lebensmittelzuteilung

KOZOWER berichtet über die Änderung der Lebensmittelzuteilung für Juden, derzufolge Juden Fleisch und Fleischwaren, Weizenerzeugnisse, Eier und Frischmilch nicht mehr erhalten. Von Gemüsen können nach Massgabe einer Regelung, die den örtlichen Ernährungsämtern vorbehalten ist, Kohlrüben und einfache Kohlarten abgegeben werden. Ausnahmen hiervon bestehen nur für Kriegsbeschädigte und anerkannte Lang-, Schwer-, und Nachtarbeiter, die die entsprechenden Zulagen erhalten. Kinder bis zu 6 Jahren erhalten entrahmte Frischmilch.

b) Kohlenzuteilung

KOZOWER berichtet über die Regelung der Kohlenzuteilung für Juden, derzufolge ein örtlich festgesetzter Bruchteil der letztjährigen Menge zur Ausgabe gelangt.

3. Personalfragen

a) Abwanderung von Angestellten

Über die zur Abwanderung erfassten Angestellten wird berichtet. Soweit diese Angestellten noch für die Arbeit dringend benötigt werden, soll der Aufsichtsbehörde vorgeschlagen werden, sie gegen andere zur Abwanderung zu benennende Angestellte auszutauschen.

b) Gehaltszurückstufung

Es wird beschlossen, die Leiterin der Kantine von Gehaltsgruppe 5 in Gehaltsgruppe 6 (RM 130,-) zurückzustufen.



c) Anwendung der Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigte auf deutschblütige Ruhegeldempfänger

HIRSCH-L nimmt Bezug auf die anlässlich eines Einzelfalles (Apotheker Kantelberg, Berlin) getroffene aufsichtsbehördliche Entscheidung, wonach künftig die Ruhegeldordnung für Nichtpensionsberechtigte, die für Juden bereits mit Wirkung vom 1.ds.Mts. ausser Kraft gesetzt worden ist, auch auf deutschblütige Angestellte keine Anwendung mehr findet und berichtet, dass in einer Reihe von Fällen bei der JKV Berlin aufgrund der Ruhegeldordnung für Nichtspensionsberechtigte zurzeit noch Ruhe-, Witwen- oder Waisengelder an deutschblütige Empfänger ausgezahlt werden. Es soll durch Vortrag bei der Aufsichtsbehörde geklärt werden, ob auch die Auszahlung dieser Bezüge einzustellen ist.

gez. Paul Israel Eppstein.



REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, BERLIN-CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 158

Pl. Kaminski

P r o t o k o l l
der Vorstandssitzung der Reichsvereinigung am 21.10.1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Eppstein, Henschel, Kosower, Kreindler
Meyerheim

Organisation der JKV Berlin

Es wird über den anläßlich des Kontrollbesuchs der Aufsichtsbehörde bei der JKV Berlin verfügten Abbau von 527 der 1580 Mitarbeiter berichtet. Die hierdurch bedingten organisatorischen und personellen Änderungen werden erörtert. HENSCHEL übernimmt es, einen neuen Organisationsplan unter Wahrnehmung der Zusammenlegungsmöglichkeiten von bisher selbständigen Abteilungen zu entwerfen.

gez. Paul Israel Eppstein

P r o t o k o l l Nr. 23

der Vorstandssitzung am 29. Oktober 1942, 19 Uhr

Anwesend: Baeck, Epstein, Henschel, Kozower Kreindler, Karminski, Meyerheim
ferner zu Ziffer 1 b und c: Levy, Merzbach
zu Ziffer 2: Rosenthal, Simonns.

1. Finanzen

a) November-Voranschlag

EPPSTEIN berichtet über den November-Voranschlag, der von rund RM 535.000 auf RM 514.000,- gekürzt worden ist. Die Durchführung der Kürzung der Verwaltungskosten bei der JKV Berlin von RM 44.000,- auf RM 35.000,- wird erörtert.

b) Revision der JKV Berlin

Über die Revision der JKV Berlin, die zurzeit durchgeführt wird, berichtet der Revisor MERZBACH. Er weist insbesondere auf die erforderlichen Umstellungen der Buchhaltung hin, um eine in allen Teilen übereinstimmende Belegung der Abrechnung und der Bestandsmeldungen aus den buchhalterischen Unterlagen zu gewährleisten. HENSCHEL übernimmt es, die erforderlichen Umstellungen durchzuführen.

c) Vereinheitlichung der Gebühren

Levy berichtet über die Zweckmässigkeit der Vereinheitlichung der von den JKVn auf Grund früherer Anweisungen der RV eingeführten Gebührenordnungen im Hinblick auf die Eingliederung der JKVn, ferner über die Gebührenerhebung bei der Bearbeitung von Anträgen auf Verfügungserlaubnis nach dem Rundschreiben vom 1.12.1941 sowie bei der Bearbeitung von Eingaben an Behörden. Die einheitliche Gebührenerhebung wird beschlossen. Entwurf eines Rundschreibens soll der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

2. Versorgungswesen

KOZOWER berichtet über Mitteilungen der BSTn über die Lebensmittelzuteilung sowie über die Regelung der Kohlenzuteilung in Berlin.

3. Personalfragen

HENSCHEL berichtet über die organisatorischen Umstellungen, die durch das Ausscheiden der anlässlich des aufsichtsbehördlichen Kontrollbesuchs am 20.ds.Mts. zum Abbau bestimmten Mitarbeiter der JKV Berlin erforderlich geworden sind. Bezüglich derjenigen Personen, die zum Abbau bestimmt wurden, aber noch nicht abgewandert sind, wird in Aussicht genommen, sie bis zum Zeitpunkt ihrer Abwanderung, jedoch ohne Entgelt, zu beschäftigen. Eine Aushändigung des Arbeitsbuches in diesen Fällen soll unterbleiben.

EPPSTEIN berichtet, dass im Oktober bei der Zentrale der [illegible] Mitarbeiter ausgeschieden sind. Für die verstorbene Sachbearbeiterin des Archivs wird mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die bisherige Leiterin der BST Brandenburg-Ostpreussen unter Zurückstufung von Gehaltsgruppe 3 in Gehaltsgruppe 4 eingesetzt.

EPPSTEIN berichtet ferner über die genehmigte Neuregelung der Arbeitszeit bei der Zentrale der RV.

gez. Paul Israel Eppstein